

Minderheits- kontra Mehrheitswahlrecht

Wenn eine Regierungsbildung zu lange dauert oder das Volk mit der Performance einer Koalitionsregierung nicht zufrieden ist, wird verstärkt über eine Neugestaltung des Nationalratswahlrechts nachgedacht.



Foto: Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles / Robert Zolles

Bei der Diskussion im Parlament: 3. Nationalratspräsident Martin Graf, Bundeskanzler a.D. Franz Vranitzky, Nationalratspräsident a.D. Hans Neisser, Verfassungsjurist Univ. Prof. Theo Öhlinger und Bundesratspräsident a.D. Prof. Herwig Hösele (v.l.)

Spätestens seit im Frühjahr 2000 die SPÖ als Wahlsieger in die Opposition geschickt wurde und FPÖ und ÖVP eine Koalitionsregierung bildeten, tauchen immer wieder Forderungen nach einer Änderung des Nationalratswahlrechts auf. Kurz gesagt: Es solle der regieren, der vom Souverän,

dem Volk, mit einer Stimmenmehrheit ausgestattet wurde. Zur Erinnerung: Am 3. Oktober 1999 wurde – nach dem Bruch der mit 28. Jänner 1997 angelobten Koalitionsregierung unter Bundeskanzler Viktor Klima (SPÖ) und Wolfgang Schüssel (ÖVP) – neu gewählt. Die SPÖ ging mit 1,532.448 Stimmen

(33,15 Prozent) als stimmenstärkste Partei aus diesem Wahlgang hervor, es folgte die FPÖ mit 1,244.087 Stimmen (26,91 Prozent), die mit nur 415 (!) Stimmen vor der ÖVP lag (1,243.672 Stimmen und ebenfalls 26,91 Prozent).

Lesen Sie weiter auf der Seite 3 ➤

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,

wir widmen uns in der vorliegenden Ausgabe unseres Journals auf mehreren Seiten der intensiven offiziellen Reisetätigkeit in den vergangenen Wochen. Es ist schön zu erleben, wie herzlich unsere Staatsspitzen, Abgeordnete und Vertreter von Wirtschaft und Wissenschaft in aller Welt empfangen werden – »Beste Beziehungen« und »Viel Ehre für ein kleines Land«, so lauten auch die Titel der beiden Beiträge. Umso unverständlicher erscheint es dann, wenn die Reisekosten aufgerechnet werden. Natürlich erreichen diese respektable Höhen. Aber: keines der Medien, das damit Schlagzeilen produziert, unterzieht sich der Mühe, herauszurechnen, welche langfristigen Vorteile daraus für unser Land entstanden sind.

Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 93

Präsidentenwechsel im Bundesrat	9	Schallaburg erhält wieder Glocken	69
»Rot-Weiß-Rot-Karte« beschlossen	12	Wiener Jause für Volksschulkinder	70
Guter Start für den Arbeitsmarkt	14	Bevölkerungszahl stieg 2010	71
Beste Beziehungen:		Österreichs jüngster	
Spitzenverteter der Republik		Haubenkoch kocht in Ischgl	73
bereiteten Singapur, Neuseeland,		Peter Alexander ist gestorben	
Australien und China	16	Der Schauspieler, Sänger und	
Viel Ehre für ein kleines Land	20	Entertainer Peter Alexander ist	
Goldene Cloche® geht nach NY	28	im 84. Lebensjahr entschlafen	74
»Kaiserball« in München	29	Tirol: Zwölf Ehrenzeichen	77
19. Wien-Ball in Brüssel	32	Wien ehrt Univ.-Prof. Barfuß	78
LH Durnwalder trifft Moretti	33	Ältester Oberösterreich ist	
EU: Kollektiver Rechtsschutz?	34	106 Jahre alt	78
Kroatien bald 28. Mitgliedsstaat?	35	Kaiser-Maximilian-Preis 2011	79
Burgenland-Journal		Zwei Physik-Highlights	
»90 Jahre – 90 Geschichten«	36	aus Innsbruck	80
Kittsee wird Universitätsstandort	40	Erfolgsbilanz RNA-Netzwerk	82
IRE-Konferenz in Güssing	41	Bildungscampus Hauptbahnhof	83
Bundesamt für Weinbau		Rückkehr auf leisen Pfoten	85
setzt verstärkt auf Forschung	43	Glanz einer Epoche	
Eisenstadt: Haus der Generationen	44	Jugendstil-Schmuck aus Europa	
600 SchülerInnen gegen Rassismus	47	Ausstellung im Leopold Museum	87
600 Jahre alte Rebe zerstört	48	Der Dombau von St. Stephan	
Die Geschichte des Burgenlandes		Ausstellung im Wien Museum	92
Teil 2: vom Frühmittelalter bis zum		Benedetto Fellin: Gemalt wird	
Herrn von Schlaining	49	im Wohn-Atelier	95
An 14. Stelle von 37 Ländern	59	Neues Ausstellungskonzept im	
2011 bringt Österreichs Wirtschaft		Konzentrationslager Mauthausen	98
mehr Schwung	61	30 Jahre Festspielhaus Bregenz	99
Schwung für das neue		Serie »K.u.K. Jugendstil« von	
Tourismus-Jahr	62	Prof. Peter Schubert. Diesmal:	
Österreicher wollen 2011		Hausfassaden aus den Ländern	
rund 5460 Euro zur Seite legen	64	Österreich-Ungarns: Tschechien...	100
Österreich baut Position als Bio-		Serie »Österreicher in Hollywood«	
Europameister weiter aus	65	von Rudolf Ulrich. Diesmal:	
OÖ ist bei der Energiewende		Schauspieler Walter Slezak	104
eine der Top-Regionen der Welt	66	Burgenland im Zeichen	
Mehr Geld für Wiener		der Speichen	107
Kreativunternehmen	67	OÖ: Kirschen, Kräuter und	
Frühlingserwachen in Österreichs		Kaiserschmarrn	109
größtem Naturpark	68		



Beste Beziehungen

S 16



»90 Jahre – 90 Geschichten«

S 36



Peter Alexander ist gestorben

S 74



Glanz einer Epoche

S 87



Burgenland im Zeichen der Speichen

S 107

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schöber-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. Jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos S. 1: Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles/Robert Zolles; Dragan Tatic/HBF; Bgld. Landesmedienservice; ORF/BT; Leopold Museum / Craig Dillon; Burgenland Tourismus / steve.haider.com

Innenpolitik

➤ Vier Monate hatten die Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung gedauert, bis schließlich am 4. Feber 2000 die ÖVP-FPÖ-Koalitionsregierung „Kabinett Schüssel I“ – von Bundespräsidenten Thomas Klestil mit deutlich spürbarem Widerwillen – angelobt wurde. Die langwierigen Parteiengespräche hatten damals großen Unmut ausgelöst und dem Ansehen der beteiligten Politiker einigermaßen geschadet. Die meisten Vorhaltungen mußte sich der nunmehrige Regierungschef Wolfgang Schüssel gefallen lassen, ließ er sich doch als Obmann der drittstärksten Partei ÖVP von der FPÖ zum Regierungschef küren. Und das, obwohl er noch vor der Wahl gemeint hatte, er werde seine ÖVP in die Opposition führen, würde sie hinter SPÖ und FPÖ zu liegen kommen.

Das Problem »Große Koalition«

Diese Koalition zerbrach nach der Spaltung der FPÖ (am Parteitag in Knittelfeld am 7. September 2002) und dem Rücktritt von Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer und Finanzminister Karl-Heinz Grassler. Aus der folgenden Wahl am 24. November 2002 ging die ÖVP mit 42,30 Prozent der Stimmen hervor (die SPÖ erreichte 36,51 Prozent, die FPÖ fiel auf 10,01 Prozent zurück). Die Koalitionsgespräche mit der SPÖ unter Alfred Gusenbauer scheiterten, Schüssel ging eine Koalition mit dem BZÖ ein (so nannte sich der Teil der abgespaltenen FPÖ unter Herbert Haupt und Hubert Gorbach), die die Legislaturperiode „durchhielt“. Aus der planmäßigen Wahl am 1. Oktober 2006 ging die SPÖ unter Alfred Gusenbauer mit 35,31 Prozent – wenn auch nur knapp – wieder als Gewinner hervor und verwies die ÖVP, sie erreichte 31,33 Prozent, auf den zweiten Platz. Die noch 1999 auf fast 27 Prozent gelegene FPÖ fiel auf 11,04 Prozent zurück (das nach der Abspaltung neugegründete BZÖ konnte nur knapp 5 Prozent erreichen) und fiel damit für ein Weiterführen der Koalition mit der ÖVP aus. Da auch Gusenbauers Verhandlungen mit den Grünen unter deren Bundessprecher Prof. Alexander van der Bellen zu keinem Ergebnis führten, entschloß sich Gusenbauer zu einer Großen Koalition mit der ÖVP unter Schüssel-Nachfolger Wilhelm Molterer. Diese sollte aber nur bis Mitte 2008 halten, denn andauernder Zwist zwischen den beiden Koalitionären führte dazu, daß Molterer am 7. Juli wissen ließ, daß „es reicht“. Als Grund führte er eine „Führungskrise der Regierung“ an, die SPÖ konnte dem aber nichts abgewinnen: Gusenbauer meinte damals in einer ersten Reaktion, die SPÖ

werde einem Neuwahlantrag im Hohen Haus nicht zustimmen; nach dem Parteipräsidium hieß es dann aber, man werde die Zusammenarbeit mit der ÖVP „niveauvoll beenden“. Und bereits zwei Tage später, am 9. Juli, wurde im Hohen Haus ein rot-schwarz-grüner Antrag einstimmig angenommen, aber nicht ohne sich noch kräftig gegenseitig die Schuld am Scheitern der Regierung zuzuweisen – wobei die Opposition auch hier zustimmte. Bis dahin versuchten – mehr oder weniger hinter den Kulissen – Verkehrsminister Werner Faymann (SPÖ) und Landwirtschaftsminister Josef Pröll (ÖVP) als Koordinatoren die Koalition zu retten, den Streit untereinander und die lähmende Blockaden zu beenden, was jedoch nicht von Erfolg gekrönt war. Faymann und Pröll rückten aus der zweiten Reihe in die erste vor und führten als Bundesparteivorsitzender bzw. Bundesparteiobmann ihre Parteien in den Wahlkampf. Und Beide Parteien erhofften sich vom Wähler, durch die Neuwahl am 28. September 2008 einen möglichst eindeutigen Auftrag für eine Regierungsbildung zu erhalten. Doch das Ergebnis war ernüchternd, die SPÖ verlor 6,08 Prozentpunkte die ÖVP verlor 8,35 Prozentpunkte, während die FPÖ 6,14 Prozentpunkte zulegte (jeweils im Vergleich zur Wahl 2006).

Echte Gegner statt Mitbewerber

Das große Dilemma war nun, wie auch sonst immer, daß „man“ sich im Wahlkampf nichts schenkt. Der politische Mitbewerber, wie es so schön heißt, ist schlicht und einfach der Gegner: Alle Vorhaben, die sich der jeweils andere auf die Fahnen heftet, sind – naturgemäß – falsch und dienen nur der Befriedigung der eigenen Klientel. Nur das eigene Konzept ist der einzig wahre Weg, die Probleme des Landes nachhaltig lösen zu können. Und hier setzt das Unausbleibliche ein: Jede Partei geht davon aus, als Wahlsieger ihre Ziele zügig umsetzen zu können – und verspricht dies auch vor der Wahl. Wenn nun – mangels entsprechender Mehrheit – die Zusammenarbeit mit einer anderen Partei zwingend notwendig ist (Minderheitsregierungen haben in unserem Land keine Tradition), können die Wahlversprechen nur mehr dort eingelöst werden, wo es der – ehemalige – Gegner zuläßt. In manchen Bereichen ist dies möglich, passiert aber in für das Land wirklich entscheidenden Fragen eher selten.

Faymann und Pröll sind also nach der Wahl eine Koalition eingegangen, wollten – nachdem sie sich zuvor als Koordinatoren

gut verstanden hatten – dieses gute Arbeitsverhältnis auch als Bundes- und Vizekanzler beibehalten. Es sollte „neu regiert“ werden, einvernehmlich, nachgiebig, bürgernahe: alles beste Voraussetzungen für eine Regierung. Das bewiesen die beiden auch durch gemeinsame Pressekonferenzen nach dem Ministerrat im Bundeskanzleramt, wo fast freundschaftliches Klima erkennbar war (damals prügelte man Faymann und Pröll wegen ihres „Kuschelkurses“). Doch der politische Arbeitsalltag ließ nicht lange auf sich warten, das kurzfristige Vereinende hatte prinzipiell Trennendes eine Zeit lang übertüncht. Als es nämlich konkret darum ging, bei einschneidenden Maßnahmen der eigenen Wählerschaft Treue zu beweisen (und ihr nicht wehzutun), waren Argumente für das Nachgeben in vielen notwendigen Kompromissen dünn gesät. Oft war natürlich der Finanzminister Schuld an Auseinandersetzungen, scheiterten doch so manche Vorhaben am Nein des ÖVP-Obmanns. Da wurden nach außen hin vielfach diese beiden Funktionen nicht getrennt, jede abgeschmetterte „Budgetbegehrlichkeit“ der SPÖ sei dann schnell nicht fachlich, sondern nur parteipolitisch motiviert gewesen. Das führte dazu, daß Faymann bisweilen offen dafür kritisiert wurde, er hätte bei den Koalitionsverhandlungen der ÖVP einfach zu viele wichtige Ministerien überlassen.

Die Krise schweißte zusammen

Dann erreichte die Wirtschaftskrise auch unser Land, es waren schnelle Entscheidungen vonnöten, wie durch entsprechende Gegenmaßnahmen möglichst Schaden abgewendet werden könnte. Und es sind viele Schritte gesetzt worden, die – und das fand auch international Bestätigung – zielführend und erfolgreich waren. Natürlich hatte es auch hier innerkoalitionär heftige Debatten über das Wie gegeben, vor allem die Frage, wer schlußendlich wie zur Budgetsanierung beitragen soll, ist bis heute nicht ganz geklärt. Es war klar, daß jeder irgendwie seinen Beitrag leisten mußte. Jedenfalls hatte Pröll angekündigt, es würde großes Augenmerk darauf gelegt werden, möglichst nicht an der Steuerschraube zu drehen und Massensteuern zu erhöhen, sondern das Budget wesentlich durch Kürzungen bei den Staatsausgaben entlasten zu wollen. Doch das Festmachen der möglichen Einnahmequellen ließ den Frieden zwischen SPÖ und ÖVP schnell verpuffen. Kritik an „Klientelpolitik“ wurde laut, die jeweils eigene Wählerschaft würde bewußt geschont, „was man mit uns sicher

Innenpolitik

nicht machen kann“, hieß es dann hier wie dort. Doch: Was hatten den die beiden Parteien so schlimmes gemacht? Hatten sie nicht nur versucht, ihre Wahlversprechen einzulösen? SPÖ und ÖVP weichen (kaum) von dem ab, wofür sie bei den letzten Wahlen Stimmen erhalten hatten. Niemanden überrascht es wirklich, daß sich die SPÖ nach wie vor in sozialdemokratischen Kerninhalten treu bleibt; ebensowenig ist man verwundert, daß die ÖVP die wirtschaftspolitische Ziele verfolgt. Aber viele sind überrascht, daß diese beiden „Welten“ nicht bereit sind, ihre Grundhaltungen über Bord zu werfen, nur um den Koalitionsfrieden aufrechtzuerhalten. Und auch, wenn es in den Medien dann immer wieder heißt, es gehe wegen des „unsäglichen Blockierens“ seitens einer der beiden Koalitionäre in diesem Land nichts weiter: Weder von der SPÖ, noch von der ÖVP kann allen Ernstes erwartet werden, daß sie für die Dauer einer Legislaturperiode ihre ideologischen Grundhaltungen in der Garderobe abgeben. Also gibt es zwei naheliegende Möglichkeiten: Entweder die beiden bauen auf Harmonie und verzichten völlig auf das Herangehen an wirklich große Projekte (bzw. „Baustellen“ wie etwa die Bundesstaats-, die Heeres-, Steuer-, Gesundheits- und Pensionsreform), oder sie versuchen – im Angesicht des früher oder später anstehenden Wahltermins – ihre Identität zu wahren, wegen derer sie wiedergewählt werden wollen.

Beide Varianten sind für große politische „Würfe“ kaum geeignet. Dritte Variante wäre eine Kleine Koalition, in der, z.B., die SPÖ mit den Grünen oder die ÖVP mit der FPÖ regiert; ersteres aber mit der realen Einschränkung, daß die Konstellation Rot-Grün wegen der verhältnismäßig geringen Mandatszahl der Grünen ein Wahlergebnis der SPÖ von etwa 38 bis 40 Prozent erfordern würde, was derzeit eher unwahrscheinlich ist. ÖVP und FPÖ könnten rein rechnerisch eher koalieren – fraglich ist, ob die ÖVP das nach den schmerzlichen Erfahrungen aus dem Jahr 2000 wieder versuchen will.

Problemlöser Mehrheitswahlrecht?

Nun schließt sich hier der Kreis zur den eingangs angesprochenen Forderungen nach grundlegenden Änderungen im bestehenden Wahlrecht. Denn all die Probleme, die eine Koalitionsregierung mehr oder weniger lähmen, könnten ausgeschaltet werden, so meinen die Befürworter des sogenannten „Mehrheitswahlrechts“. Kurz gesagt: Es wird gewählt, die Partei „A“ erhält die Mehrheit der

Stimmen, „A“ bildet eine Regierung und kann solange regieren – sprich versuchen, ihre Wahlversprechen einzulösen –, bis bei einer neuerlichen Wahl das Volk entweder die Bestätigung für eine weitere Periode gibt oder diese verweigert. Das wiederum versetzt Partei „B“ in die Lage, für vier oder fünf Jahre zu beweisen, ob das Vertrauen der Wählerschaft berechtigt gewesen ist.

Wenn man Umfragen Glauben schenken darf, dann sind „die Österreicher“ mit der „Performance“ der Koalitionsregierungen im allgemeinen eher bis sehr unzufrieden; immerhin hat es seit dem Kabinett Kreisky IV vom 5. Juni 1979 bis 24. Mai 1983 – also seit 28 Jahren – keine Alleinregierung mehr ge-

geben und die hat man als sehr gut in Erinnerung. Was dem Österreicher abzugehen scheint, ist die Verkündung eines Bundeskanzlers, der eine bestimmte Entscheidung getroffen und deren Umsetzung bereits in Auftrag gegeben hat. Davon kann der Chef einer Koalition nicht einmal träumen. Die öffentliche Debatte darüber, ob das künftig doch möglich sein sollte, läuft – ob der angeblichen Unzufriedenheit der Bevölkerung. Und es bleibt abzuwarten, wie weit sie Priorität im Parlament erlangen und, im Falle einer möglichen Änderung, dort auch eine erforderliche Zweidrittelmehrheit erreichen wird (die ist für Gesetzesänderungen im Verfassungsrang nötig).

Mehrheits-, Verhältniswahlrecht und minderheitenfreundliches Mehrheitswahlrecht

Die klassische Einteilung von Wahlsystemen unterscheidet Verhältnis- von Mehrheitswahlsystemen. In der Literatur werden die beiden Systeme einander oft unter Verwendung unterschiedlicher Vergleichsparameter gegenübergestellt. So wird das Verhältniswahlrecht nach seinem Repräsentationsprinzip – der proportionalen Aufteilung der Mandate –, das Mehrheitswahlrecht aber nach seinen Gestaltungselementen, also etwa der Entscheidungsregel bestimmt. Definiert man, wie der Politologe Dieter Nohlen, beide Systeme unter Betrachtung ihres Repräsentationsprinzips, gelangt man zu folgenden Begriffserklärungen:

Verhältniswahlrecht

Unter diesem Begriff versteht man die proportionale Abbildung des Wählerverhaltens in der Mandatsvergabe. Das Ziel liegt in einer gerechten Aufteilung aller Mandate, der Wählerwille soll sozusagen im Vertretungskörper gespiegelt werden. Der größte Vorteil eines Verhältniswahlsystems liegt in der genauen Wiedergabe des Wählerwillens, es ist „gerecht“. Demgegenüber steht die Gefahr einer Zersplitterung, jede Partei, die Stimmen erhalten hat, muß auch Mandate erhalten. Dem wird meist mit der Festsetzung einer Stimmenhürde entgegengewirkt: Eine Partei muß also eine bestimmte Prozentzahl der abgegebenen Stimmen erreichen um ein Mandat zu erhalten. Die Regierungsbildung

in Verhältniswahlsystemen gestaltet sich oft als schwierig, da es kaum stabile Mehrheiten gibt.

Mehrheitswahlrecht

Das Mehrheitswahlrecht räumt einer Partei im Parlament eine stabile Mehrheit ein, gleichzeitig muß zumindest eine andere Partei die Oppositionsrolle übernehmen und in weiterer Folge einen Machtwechsel herbeiführen können. Die bekannteste Ausformung dieses Wahlsystems findet man in England und den USA mit dem Mehrheitswahlrecht in Einmandatswahlkreisen. Das Wahlgebiet wird hierbei in so viele Wahlkreise eingeteilt, wie Abgeordnete zu wählen sind. Gewählt ist der Kandidat, der die meisten Stimmen erhalten hat. Neben der schon erwähnten relativen Mehrheitswahl in Einmandatswahlkreisen und der absoluten Mehrheitswahl in Einmandatswahlkreisen (Beispiel Frankreich), gibt es aber auch noch andere, weitgehend unbekannte Ausformungen des Mehrheitswahlrechts wie etwa Prämienwahlsysteme in Italien und in Frankreich (lokale und regionale Ebene), bei denen die stärkste Partei eine Prämie an Mandaten erhält, um dadurch eine absolute Mandatsmehrheit zu erreichen. Auf der Grundlage solcher Prämienwahlsysteme entwickelte der Grazer Politologe Klaus Poier Idee und Modell des minderheitenfreundlichen Mehrheitswahlrechts. Eine Zusammenfassung finden Sie über untenstehenden Link >>>

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Minderheitenfreundliches_Mehrheitswahlrecht

Innenpolitik

100 DirektmandatarInnen für Österreich?

Die „Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform“ befaßt sich bereits seit längerem mit der Reform des österreichischen Wahlrechts. Nun präsentierte der Politikwissenschaftler Klaus Poier bei einem Symposium im Parlament namens der Initiative ein neu ausgearbeitetes Modell, das unter dem Schlagwort „100 DirektmandatarInnen für Österreich“ auf eine stärkere Persönlichkeitsorientierung der österreichischen Nationalratswahlordnung setzt und auch politisch engagierten Menschen außerhalb der traditionellen Parteien die Chance auf ein Nationalratsmandat einräumen soll. Mit eingeladen zur Veranstaltung hatte Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, sie machte sich im Sinne des Symposiumtitels „Demokratie im Diskurs“ für eine breite parlamentarische Debatte über die Vorschläge der Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform und andere Reformanregungen stark.

Poier und seine MitstreiterInnen nehmen in ihrem neuen Modell angesichts mangelnder Erfolgsaussichten vorerst einmal von der Forderung nach Einführung eines Mehrheitswahlrechts Abstand und schlagen vor, in einem ersten Schritt im Rahmen der geltenden Wahlkreiseinteilung und unter Beibehaltung des Verhältniswahlrechts in den 43 Regionalwahlkreisen 100 Direktmandate zu vergeben, und zwar unabhängig davon, ob die jeweiligen KandidatInnen einer Partei angehören oder „EinzelkämpferInnen“ sind. Für eine Einzelkandidatur soll die Unterstützung durch 1 Prozent der Wahlberechtigten des jeweiligen Wahlkreises (maximal 500 Personen) ausreichend sein. Damit sollen die Wählerinnen und Wähler in die Lage versetzt werden, „die besten Köpfe“ zu wählen, wie Poier argumentiert. Die übrigen 83 Mandate werden gemäß dem Modell wie bisher den kandidierenden Parteien über die Landeslisten bzw. die Bundesliste zugewiesen.

Detailliert Gedanken gemacht hat sich die Initiative Mehrheitswahlrecht auch über die konkrete Mandatzuweisung – so könnte in einem Regionalwahlkreis ein Direktmandat durch eine niedrige Wahlbeteiligung verloren gehen. Darüber hinaus plädieren Poier & Co für eine Reform der Briefwahl: alle Stimmen sollten am Wahltag eingetroffen sein müssen und gleich mit ausgezählt werden.

Die Nationalratspräsidentin, die neben zahlreichen aktiven auch viele ehemalige PolitikerInnen, unter ihnen Bundeskanzler

a.D. Franz Vranitzky, begrüßen konnte, wies in ihren Einleitungsworten darauf hin, daß die „Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform“ bereits eine Reihe von diskussionswürdigen Vorschlägen gemacht habe, die ihrer Ansicht nach auf parlamentarischem Boden erörtert werden sollten. So zeigte Prammer etwa Sympathie für eine Stärkung direktdemokratischer Instrumente und stellte konkret Überlegungen über die Einführung einer elektronischen Bürgerinitiative in Aussicht. Auch die Bestimmungen über die Briefwahl müßten überarbeitet werden, unterstrich sie.

Bekräftigt wurde von Prammer der Vorschlag, Nationalratswahlen künftig gemeinsam mit sämtlichen Landtagswahlen an einem „Superwahlsonntag“ abzuhalten, wobei sie sich, wie sie meinte, alternativ auch zwei Wahltermine – versetzte Landtagswahlen nach der halben Legislaturperiode des Nationalrats – vorstellen kann. Daß dieses Modell nur funktioniere, wenn eine vorzeitige Auflösung des Nationalrats bzw. eines Landtags nicht bzw. nur unter eingeschränkten Bedingungen möglich sei, sieht sie dabei nicht als Schwächung, sondern, im Gegenteil, sogar als Stärkung des Parlamentarismus. Schließlich heiße es noch lange nicht, daß der Nationalrat gescheitert sei, wenn die Regierung scheitere, hielt Prammer vielfach geäußelter Kritik entgegen und verwies auf ähnliche Regelungen in Norwegen und Schweden.

Neisser will Diskussion über Mehrheitswahlrecht weiterführen

Die Auftaktrede zum Symposium hielt der Sprecher der Initiative, Heinrich Neisser (er war von 1994 bis 1999 2. Nationalratspräsident). Er betonte, auch wenn das nunmehr vorgelegte Wahlrechtsmodell vorläufig davon Abstand nehme, bleibe es Ziel der Initiative, die öffentliche Diskussion über die Einführung eines Mehrheitswahlrechts in Österreich weiterzuführen. Zwischen den Mitgliedern der Initiative gebe es zwar nicht in allen Punkten Übereinstimmung, es herrsche aber eine sehr starkes Aufeinander-Zubewegen der Meinungen. Obwohl er zuletzt, wie er sagte, ablehnende Signale vernahm, hofft Neisser weiter auf die Einsetzung einer Enquete-Kommission des Nationalrats, um auf parlamentarischer Ebene über eine umfassende Wahlrechtsreform zu diskutieren.

Poier: Neues Modell soll »Wahl der besten Köpfe« garantieren

Im Detail präsentiert wurde das neue

Wahlrechtsmodell von Klaus Poier, er ist Ass.Prof. am Institut für Österreichisches, Europäisches und Vergleichendes Öffentliches Recht, Politikwissenschaft und Verwaltungslehre an der Karl-Franzens-Universität Graz. Er erläuterte das Motiv, die Dominanz der Parteiapparate bei Entscheidungen über die Zusammensetzung des Nationalrats zu reduzieren und die Verantwortlichkeit der MandatarInnen gegenüber ihren Wählern zu stärken. Da die Einführung eines Mehrheitswahlrechts „in diesen Tagen“ keine realistische Chance habe, lege die Initiative „als ersten Schritt“ einen Entwurf für eine Wahlrechtsreform in Richtung stärkere Persönlichkeitsorientierung vor. Denn dieses ausdrückliche Ziel sei bei der Wahlrechtsreform 1992, die das Vorzugstimmensystem gebracht hat, klar gescheitert, konstatierte der Politikwissenschaftler: Die Mandatare fühlten sich weiterhin ihren Parteiapparaten verpflichtet, um ihre Chance zu wahren, bei der nächsten Nationalratswahl wieder auf einen wählbaren Platz „auf der Kandidatenliste“ zu kommen.

Der vorliegende Entwurf bleibt im Rahmen des Verhältniswahlrechts und läßt das Verhältnis zwischen Stimmen und Mandaten ebenso unverändert wie die Wahlkreisgliederung. Er bringt aber die Möglichkeit, in den 43 Regionalwahlkreisen 100 MandatarInnen direkt zu wählen. Die WählerInnen sollen sich künftig für einen Kandidaten bzw. eine Kandidatin in ihrem Wahlkreis entscheiden, ohne daß auf dem Wahlzettel neben dem Namen eine Parteibezeichnung aufscheint. Die Verteilung der Mandate wird auf Grund der Ermittlung der Summe aller Stimmen nach dem d'Hondtschen-System vorgenommen. Die restlichen 83 Mandate im Nationalrat sollen nach dem bisherigen System verteilt und damit die Möglichkeit gewahrt bleiben, Fachleute oder VertreterInnen kleiner Gruppen in den Nationalrat zu bringen.

Poier zufolge müßten sich die WählerInnen durch das vorgeschlagene Modell stärker als bisher mit den Personen auseinandersetzen, die zur Wahl stehen. Es soll zwar weiterhin Parteilisten mit bis zu 8 KandidatInnen pro Partei und Regionalwahlkreis geben, gleichzeitig soll aber die Kandidatur von EinzelkandidatInnen ermöglicht werden, wobei als Voraussetzung maximal 500 Unterstützungserklärungen gelten sollen.

Als Anreiz für eine stärkere Wahlbeteiligung sieht der Entwurf der Initiative vor, daß ein Wahlkreis mit geringer Wahlbeteiligung ein Mandat an einen Wahlkreis mit stärkerer Wahlbeteiligung innerhalb des jeweiligen Bundeslandes verlieren kann.

Innenpolitik

Gegenüber dem komplizierten deutschen System des „Stimmensplittings“, das laut Poier große gegenüber kleinen Parteien begünstige, sei das vorgeschlagene System klar und für die Wähler leicht verständlich. Diese Reform würde das Wahlrecht stärker personalisieren und den Wähler einen Anlaß bieten, sich intensiver mit den Persönlichkeiten auseinanderzusetzen, die zur Wahl stehen. Die Mandatare würden sich stärker für die Anliegen ihrer Wähler interessieren müssen, wenn sie ihre Wiederwahlchancen bei der nächsten Wahl wahren wollten. Der Vorschlag zielt darauf ab, die besten Köpfe in den Nationalrat zu wählen und die Qualität der politischen Entscheidungen zu verbessern.

Öhlinger: Keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen neues Modell

Der Verfassungsrechtler Prof. Theo Öhlinger, er war Ordinarius für öffentliches Recht an der Universität Wien, beleuchtete das vorgeschlagene Wahlrechtsmodell aus verfassungsrechtlicher und verfassungspolitischer Sicht und qualifizierte den Vorschlag insgesamt als „sehr innovativ“. Er schaffe die „Quadratur des Kreises“, das Wahlrecht persönlichkeitsorientiert zu gestalten und dennoch im engen Rahmen zu bleiben, den die Bundesverfassung für das Wahlrecht vorgibt. Der Vorschlag stehe im Einklang mit den Grundprinzipien der Verfassung, seine Einführung mache daher keine obligatorische Volksabstimmung notwendig, sagte Öhlinger, der es aus rechtspolitischer Sicht und zur besseren Information der BürgerInnen aber für überlegenswert hielt, über ein neues Wahlrecht nach intensiver öffentlicher Diskussion eine Volksabstimmung durchzuführen.

Der Vorschlag wahre die Prinzipien eines freien, persönlichen, gleichen und geheimen Wahlrechts, schiebe aber der Praxis der Parteien, über die Verteilung von Mandaten erst nach einer Wahl zu entscheiden, einen Riegel vor.

Der Entwurf bleibe innerhalb des Verhältniswahlsystems, führte Öhlinger weiters aus. Ein Problem könne allenfalls der vorgeordnete Anreiz für eine höhere Wahlbeteiligung in den Regionalwahlkreisen sein. Auch die Möglichkeit, bei geringer Wahlbeteiligung ein Direktmandat in einen anderen Wahlkreis zu verschieben, sei aber mit der Bundesverfassung ohne weiteres vereinbar, sofern er mit Zwei-Drittel-Mehrheit im B-VG verankert werde. Der Vorschlag würde eine effektive Personalisierung des parlamentarischen Wahlsystems und mehr Ein-

fluß des einzelnen Wählers auf die Zusammensetzung des Nationalrates bringen.

Die 100 direkt gewählten Abgeordneten wären nicht nur den Parteien, sondern stärker auch den WählerInnen ihres Wahlkreises gegenüber verantwortlich, sagte Öhlinger, und sprach in diesem Zusammenhang von einem Schritt weg von der derzeit oft kritisierten „Abstimmungsmaschine“ im Nationalrat hin zum Idealbild der parlamentarischen Demokratie.

Nach den Referaten fand eine Podiumsdiskussion statt, die der ehemalige Bundesratspräsident Herwig Hösele, einer der zentralen Proponenten der Initiative, moderierte.

Mehrheitswahlrecht: für und wider

In einem Interview mit der Tageszeitung „Der Standard“ erklärte Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll (ÖVP), daß von den Verantwortungsträgern einfach zu früh auf die Öffentlichkeitsarbeit geschickt



Erwin Pröll
NÖ Landeshauptmann
Foto: ÖVP / Jakob Glaser

werde „und das zu einem Zeitpunkt, wo man sich in Wahrheit selber nicht über Grundsatzfragen klar ist. Das ist auch eine Erscheinung in einer politischen Konstellation, wo in einer Koalition zwei Partner ungefähr gleichauf sind und sich damit dem Zwang ausgesetzt sehen, den anderen in der Öffentlichkeit zu übertrumpfen.“ Das hält Pröll für eine „sehr gefährliche Entwicklung“.

Das Mehrheitswahlrecht sei eine Variante, die in Wahrheit in jede politische Situation passen würde. Es habe wie, alles im Leben, mehrere Seiten. „Die positive Seite ist“, so Pröll gegenüber dem „Standard“, „daß klarere Entscheidungsstrukturen geschaffen werden“. Allerdings brauche es einen Ausgleich – ein stabilisierendes Element, das extreme Hakenschlänge in der staatspolitischen Entwicklung verhindere.

Ein Mehrheitswahlrecht verlange nach einem Verwaltungsapparat, der die Kontinuität wahre. In entscheidenden Verwaltungspositionen müßte diese durch Personen gewahrt sein, die sich „gegenüber politischen Entscheidungsträgern Objektivität bewahren können“ – dafür brauche es eine entsprechende rechtliche Absicherung. Beamte, die das Staatswohl über alles andere stellen? „So ist es“, so Pröll.

In der Tageszeitung „Kurier“ hieß es, Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) hätte „nichts gegen ein Mehrheitswahlrecht“ in Österreich. Es spreche dafür, daß „man rascher von Ankündigungen zu Entscheidungen kommt, wenn man alleine das Sagen hat“. Ebenfalls im „Kurier“ wird Vizekanzler Josef Pröll (ÖVP) zitiert, er halte das Mehrheitswahlrecht für „überlegenswert“, aber erst dann, wenn es „in der Regierung Stillstand gibt“.

Oberösterreichs Landeshauptmann Josef Pühringer (ÖVP) erklärte der Tageszeitung „Die Presse“, er wolle ernsthaft über ein Mehrheitswahlrecht diskutieren, wenn sein Amtskollege Erwin Pröll diesen Vorschlag auch in die Landeshauptleute-Konferenz einbringe. „Ich möchte mich derzeit zwar noch nicht festlegen, aber einer ordentlichen Debatte über diese Idee stehe ich offen gegenüber“, sagte Pühringer.

SPÖ-Vorstoß für Mehrheitswahlrecht

Mit einem Vorstoß in Richtung Mehrheitswahlrecht überraschte SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter am 9. Februar in der ATV-Fernsehdiskussion „Am Punkt“



Günther Kräuter
Bundesgeschäftsführer der SPÖ
Foto: SPÖ / Johannes Zinner

zum Thema „Stillstand in Österreich – Wer steht auf der Bremse?“. Sollte die rot-schwarze Regierung ihre Krise nicht aus eigener Kraft beenden können, dann müsse man sich „ein anderes Wahlrecht überlegen – ein Mehrheitswahlrecht. Denn dann kann

Innenpolitik

eine Partei entsprechend ihren eigenen Vorstellungen was umsetzen,“ so Kräuter. Er sei aber optimistisch, daß SPÖ und ÖVP „im Jahr 2011 und 2012 so manche wirklich große Reform gelingen“ werde und etwa der Streit in der Frage der Wehrpflicht beigelegt werden könnte.

Die Opposition ist dagegen

Der freiheitliche Generalsekretär, Harald Vilimsky, sagte, undemokratisches Mehrheitswahlrecht sei keine Lösung der Regierungskrise, „abgesehen davon, daß dies vermutlich ein Schuß ins Knie der im Sinkflug

großer Sorge um die Demokratie beobachtet. „Wehret den Anfängen“, schloß Vilimsky.

BZÖ-Generalsekretär Christian Ebner lehnte ein Mehrheitswahlrecht kategorisch ab. „Ein solches Wahlrecht ist undemokratisch und nicht repräsentativ. Die Regierungsparteien wollen damit lediglich die aufgrund ihrer schlechten politischen Arbeit geringeren Mandate durch den Mehrheitswahlrechtstrick wieder ausgleichen und so ihre Pfründe absichern.“ Ebner erinnerte daran, daß auch im klassischen Mehrheitswahlrechtsland England derzeit eine Koalition regiert. Kräuter habe in der Analyse zwar

Dem von der Initiative vorgeschlagenen Modell der 100 DirektmandatarInnen auf Regionalwahlkreisebene seien jedoch auch gravierende Bedenken entgegenzuhalten. „Auf der Ebene dieser (43) Regionalwahlkreise funktioniert das Wahlrecht nach dem Mehrheitswahlrecht. Nur eine/r kann gewinnen. Es ist bekannt, daß der Frauenanteil in Parlamenten, die nach dem Mehrheitswahlrecht zusammengesetzt sind, besonders gering ist“, erklärt Musiol und weiter: „Wenn die RegionalwählerInnen über mehr als die Hälfte der Parlamentssitze entscheidet, so besteht die Gefahr, daß Wahl-



Harald Vilimsky
Generalsekretär der FPÖ
Foto: FPÖ



Christian Ebner
Generalsekretär des BZÖ
Foto: BZÖ / Philipp Enders



Daniela Musiol
Verfassungssprecherin der Grünen
Foto: Parlamentsdirektion / Mike Ranz

befindlichen SPÖ werden könnte.“ Wenn die Regierungsparteien sich gegenseitig blockierten und sich in ihrer Amtsführung der diversen Ministerien nicht einigen könnten, „dann sollten sie sich überlegen, ob sie in der richtigen Koalition sind, so Vilimsky.

Daß bei einer solchen Konstellation die Regierungsarbeit zum Stillstand komme, sei kein Wunder, so Vilimsky, der hier nicht das Heil in einer Änderung des Verhältniswahlrechtes hin zu einem Mehrheitswahlrecht sieht, sondern in einer Neugestaltung der Bundesregierung – mittels Wählerentscheid. Eine SPÖ-Alleinregierung, so wie dies Kräuter offenbar vorschwebt, sei jedenfalls das Schlimmste, was diesem Land passieren könnte, hätten doch die Genossen bereits heute keine qualifizierten Minister anzubieten und müßten derzeit nur die Hälfte der Regierungsmannschaft stellen, zeigte Vilimsky auf.

Sich trotz anhaltender Unfähigkeit dennoch an der Macht halten zu wollen, indem man einfach das Wahlrecht ändere, zeige deutlich, was die SPÖ von Demokratie halte, so Vilimsky, der die verstärkten Aktivitäten der SPÖ gegen verfassungsmäßig verankerte Grundsätze wie Neutralität, Wehrpflicht und nun auch noch das Verhältniswahlrecht, mit

recht, daß die derzeitige SPÖ-ÖVP-Koalition die schlechtest mögliche Regierungsform sei. Aber um dies zu ändern „braucht es keine Wahlrechtsänderung, sondern schlicht und einfach neue Regierungskoalitionen.

„Immer, wenn die Oppositionsparteien stärker werden, kommt von SPÖ und ÖVP das Verlangen, durch eine undemokratische Wahlrechtsänderung das sinkende Wählervertrauen zu kompensieren. Diese in immer kürzeren Abständen von SPÖ und ÖVP künstlich entfachte Diskussion ist einmal mehr ein Eingeständnis mangelnder Lösungskompetenz der Regierungsparteien in allen Bereichen. Hier wird einfach Machterhalt über Demokratie und Gerechtigkeit gestellt. Außerdem sind die Chancen, daß SPÖ und ÖVP gemeinsam wieder über eine Zweidrittelmehrheit im Parlament verfügen, kleiner als jene, daß Günther Kräuter einen Nobelpreis erhält“, betont Ebner.

Die Verfassungssprecherin der Grünen, Daniela Musiol, begrüßt grundsätzlich die von der „Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform“ vorgeschlagene Aufwertung der einzelnen Abgeordneten: „Das stärkt einerseits deren politisches Gewicht und andererseits auch die Bindung an die WählerInnen“.

kampf und Politik in hohem Maße auf Bezirks- bzw. Regionalthemen ausgerichtet werden. Das Parlament muß aber über Bundesgesetze entscheiden.“ Zudem sei es angesichts der Erfahrungen mit den Vorzugsstimmen die Frage, ob die RegionalkandidatInnen in einem Nationalratswahlkampf wirklich die Chance hätten, von den WählerInnen wahrgenommen zu werden.

„Um der Politikverdrossenheit der BürgerInnen zu begegnen, sollte jedenfalls auch an eine Stärkung der direktdemokratischen Instrumente gedacht werden. Den BürgerInnen geht es um die Ergebnisse der Politik, sie wollen sich nicht nur bei Wahlen einmischen“, so Musiol.

Wien: Rot-Grüne Koalition wird eine Vier-Parteien-Einigung anstreben

Im Rahmen einer „Aktuellen Stunde“ des Wiener Landtags erläuterte SP-Klubobmann Rudi Schicker am 27. Jänner die Zielsetzungen für die angestrebte Reform des Wiener Wahlrechts: „Wir haben uns im Koalitionsvertrag dazu verpflichtet ein modernes Wahlrecht zu erarbeiten und klargestellt, welche Gesichtspunkte dabei zu berücksichtigen sind. Dazu gehört das Wahlrecht für EU-Bürgerinnen und -Bürger nach einer gewis-

Innenpolitik



Rudolf Schicker

Klubobmann der SPÖ Wien

Foto: SPÖ Wien / <http://www.peterrigaud.com>

sen Aufenthaltsdauer in Wien zu ermöglichen. Weiters wollen wir eine verstärkte Aufwertung der persönlichen Komponente innerhalb des Verhältniswahlrechts.“

Für Schicker würde man damit vor allem dem gesamteuropäischen Trend nachfolgen, bei dem sich die Wahlgesetze in Richtung einer stärkeren Personalisierung entwickeln. „Wir müssen den Menschen die Möglichkeit geben, ihre Meinung zu verschiedenen Persönlichkeiten innerhalb der Parteien zum Ausdruck zu bringen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen wissen wen sie entsenden und an wen sie sich in ihrem Wahlkreis dann wenden können.“

Abschließend betonte Schicker, daß die rot-grüne Koalition selbstverständlich eine Vier-Parteien-Einigung bei der Wahlrechtsreform anstreben werde: „Wir werden uns gemeinsam mit unserem Koalitionspartner eine Meinung zu diesem Thema bilden und in weiterer Folge natürlich auch die Opposition hier mit einbinden. Ich warne aber bereits jetzt sowohl FPÖ als auch ÖVP: Die Reform des Wahlrechts ist eine viel zu ernste Angelegenheit, als daß man damit polemisiert.“

Laut SPÖ-LAbg Kurt Stürzenbecher bekenne sich seine Partei zur Wahlrechtsreform, die auch im Regierungsübereinkommen stehe. Auch das gegenwärtige Wiener Wahlrecht sei ein Verhältniswahlrecht. Dieses werde jetzt weiter verbessert. Es gelte ein modernes Verhältniswahlrecht zu schaffen und die Briefwahl zu reformieren. Wien solle noch demokratischer und attraktiver werden.

FPÖ-LAbg Dietbert Kowarik erklärte, daß man sich zuerst mit dem Gesetzestext auseinandersetzen müsse. Daraus sei deutlich ersichtlich, daß stärkere Parteien derzeit bevorzugt würden und demnach das derzeitige Wahlrecht „ungerecht“ sei. Die FPÖ sei „neugierig“ auf diese Arbeitsgruppe. LABg



Dietbert Kowarik

Landtagsabgeordneter FPÖ Wien

Foto: FPÖ Wien



David Ellensohn

Klubobmann der Grünen Wien

Foto: Grüne Wien

Johann Gudenus, sagte, daß die FPÖ für eine Änderung des Wahlrechts und eine damit verbundene Demokratisierung stehe. Sie poche vor allem auf eine Abschaffung der Briefwahl in der derzeitigen Form, diese sei „extrem überholungsbedürftig“. Weiters trete die FPÖ für ein Verhindern des Ausländerwahlrechts ein. Der SPÖ warf Gudenus Verzögerungstaktik, autoritäres Gehabe und ein „Spiel auf Zeit“ vor.

Der ÖVP-Landtagsabgeordnete Matthias Tschirf sagte, seine Partei weise seit Jahren darauf hin, „daß das Wahlrecht in Wien schlichtweg unfair ist. Die Wiener SPÖ hatte seit Jahrzehnten keine absolute Stimmenmehrheit mehr, regierte jedoch bis vor kurzem dank dem Wiener Wahlrecht mit einer absoluten Mehrheit an Mandaten. Uns war klar, daß sich, solange die SPÖ in Wien absolut regieren würde, auch am Wiener Wahlrecht nichts ändern wird. Doch nun stehen wir vor einer völlig neuen Situation. Die Mehrheit der Abgeordneten im Wiener Landtag ist für eine Reform des Wahlrechts. Auf Initiative der ÖVP wurde sogar ein gemeinsamer Notariatsakt von Grünen, FPÖ und ÖVP unterzeichnet, der die Reform des Wahlrechts zu einer unumstößlichen Koali-



Matthias Tschirf

Landtagsabgeordneter ÖVP Wien

Foto: ÖVP Wien

tionsbedingung machen sollte.“ Dank der Parteiführung der Wiener Grünen, die der SPÖ Wien nun zur erforderlichen Mandatsmehrheit geholfen habe, werde die Wahlrechtsreform jedoch weiterhin nicht umgesetzt. Die Grünen sprächen nur noch von einem „modernen Mehrheitswahlrecht“ und gingen damit vom Grundsatz des gleichen Wahlrechts für alle ab. Die SPÖ habe sich von diesem Grundsatz in Wien bereits vor Jahrzehnten verabschiedet. Tschirf findet dies bedauerlich und verweist Rot-Grün in diesem Zusammenhang auf die Wahlrechtsinitiativen von Bruno Kreisky in den Jahren 1970/71, welche auf Bundesebene heute noch Gültigkeit hätten und auch auf Wien anwendbar seien.

Der Klubobmann der Grünen Wien, David Ellensohn, zeigt sich über die Aussagen von Tschirf verwundert: „Das Wahlrecht ist ein zu kostbares Gut und eignet sich nicht für kleinliche Scharmützel, wie sie von ÖVP-Gemeinderäten geführt werden.“ Die Aktuelle Stunde habe Gelegenheit gegeben, den Fahrplan zum modernsten Verhältniswahlrecht in Österreich aufzuzeigen. Der rot-grüne Koalitionsvertrag beinhalte eine gemeinsame Arbeitsgruppe zum „Wahlrecht neu“.

Die Koalition zwischen SPÖ und ÖVP habe von 1996 bis 2001 keinen Millimeter Bewegung in dieser Frage gebracht. „Wir wollen über die Themen Briefwahl, Wahlrecht für EU-BürgerInnen, Wahlrecht für Drittstaatsangehörige und über die Ausgestaltung eines modernen Verhältniswahlrechts einen breiten Konsens über die rot-grüne Koalition hinaus erzielen. Wir haben ein modernes Verhältniswahlrecht versprochen und wir werden das auch umsetzen. Alles andere ist Geplänkel von einer ÖVP, die nicht gerne an ihre fünfjährige Untätigkeit von 1996 bis 2001 erinnert wird“, so Ellensohn. ■

Präsidentenwechsel im Bundesrat

Kneifel: Frischer Wind und neues Selbstverständnis für die Länderkammer –
Pühringer: Die Bundesländer sind keine Reformverweigerer



Alle Fotos: Parlamentsdirektion/cityfoto/Franz Josef Schenk

Antrittsrede von Bundesratspräsident Gottfried Kneifel vor dem versammelten Bundesrat im Hohen Haus am Ring

Es ist an der Zeit, daß der Bundesrat als verlängerter Arm der Länder in der Bundesgesetzgebung aus seinem Schattendasein heraustritt und den gesellschaftlichen Wandel in der Republik aktiv begleitet“, erklärte der Präsident des Bundesrates für das erste Halbjahr 2011, der oberösterreichische ÖVP-Mandatar Gottfried Kneifel, am 3. Feber in seiner Antrittsrede zu Beginn der Plenarsitzung. „Es geht mir um ein neues Selbstverständnis für den Bundesrat. Wir brauchen frischen Wind in der Länderkammer und dürfen uns nicht darauf beschränken, die Windstille zu verwalten“, so Kneifel. Für ihn bedeute das neue Selbstverständnis des Bundesrates:

- selbständige Gesetzesanträge stellen; das hat der Bundesrat bereits im Vorjahr bewiesen: Die bisher weitestreichende Verfassungsreform der Zweiten Republik, die die Mitbestimmung von National-

und Bundesrat im Europäischen Rechtssetzungsprozeß regelt, war ein Gesetzesantrag des Bundesrates, der vom Nationalrat vollinhaltlich übernommen wurde;

- Themen behandeln, die die Menschen betreffen und ihnen unter den Nägeln brennen;
- den Nutzen unserer parlamentarischen Arbeit jederzeit öffentlich darstellen;
- alle Möglichkeiten der Geschäftsordnung ausschöpfen, um die Regierung zum Handeln zu bewegen;
- beweisen, daß die Länder nicht verweigern oder blockieren;
- ideenreich und engagiert für intelligenten Föderalismus eintreten und mit kreativen Lösungen Menschen im gesellschaftlichen Wandel begleiten;
- von einer Einspruchskammer zu einer Zuspruchskammer bzw. Ermutigungskammer werden;

- eine starke Stimme der Regionen Österreichs sein.

- Österreich und die Bundesländer im internationalen Wettbewerb nach vorne bringen.

Außerdem möchte der Bundesratspräsident auch den Bericht des Österreich-Konvents in Verhandlung nehmen und als Bundesrat auch Empfehlungen an die Bundesregierung weiterleiten. „Die Arbeit des Konvents darf nicht vergebens gewesen sein.“

Als Präsident des Bundesrates will Kneifel darüberhinaus die regionale Europapolitik für die Menschen sichtbar machen, den Nutzen für die Regionen darstellen und die Netzwerke der Europapolitik stärken. Dazu standen einige Veranstaltungen fest:

- Bereits für die folgende Woche stand ein Besuch des deutschen Bundesrates in Berlin und Düsseldorf auf dem Plan.

Innenpolitik

- Am 17. und 18. Februar fand ein Dreiländertreffen zur Vorbereitung der „Europa-region Donau-Moldau“ am Hochficht, Bezirk Rohrbach, im Dreiländereck Österreich, Tschechien und Deutschland-Bayern statt.
- Am 24. März gibt es im Parlament eine Donau-Konferenz samt Präsentation der österreichischen Donauhäfen: „Die Donauraumstrategie muß sichtbar gemacht werden“, so Kneifel.
- Am europaweiten Europatag am 9. Mai wird eine Europakonferenz des Bundesrates in Linz abgehalten. Dabei wird es nicht nur um eine aktuelle Themenvorschau in der Europapolitik gehen, sondern um eine bessere Verbindung und Vernetzung zwischen den EU-Ausschüssen der Landtage mit dem Bundesrat, kündigte Kneifel an.



Foto:

Josef Saller - Schriftführer, Gottfried Kneifel – Bundesratspräsident am Rednerpult und Bundesratsdirektorin Dr.in Susanne Bachmann

Pühringer: Die Bundesländer sind keine Reformverweigerer

Im Anschluß an die Antrittsrede des neuen Bundesratspräsidenten nahm der derzeitige Vorsitzende der Landeshauptleutekonferenz, Oberösterreichs Landeshauptmann Josef Pühringer, die Gelegenheit wahr, in der Länderkammer über die Situation des Föderalismus in Österreich zu sprechen. Für ihn stand dabei außer Frage, daß die Bundesländer weder Reformverweigerer noch -blockierer sind: Sie hätten vielmehr großes Interesse an einer Modernisierung der bundestaatlichen Ordnung.

Für Pühringer steht deshalb fest, daß es gemeinsames Ziel sein muß, die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit von Bund und Ländern zu stärken, die politische Verantwortlichkeit deutlicher zuzuordnen und eine zweckmäßige, effiziente Aufgabenerfüllung aller Gebietskörperschaften sicher zu stellen. Nach hinten zu blicken und zu erläutern, wer die Schuld an der Entstehung des verzerrten Bilds der Länder und des Föderalismus trage, bringe nichts. Ihm gehe es vielmehr darum, auszuloten, was moderne Bundesstaatlichkeit im 21. Jahrhundert auszeichne.

Bund und Länder müssen sich auf Augenhöhe begegnen

Pühringer gab in diesem Zusammenhang zu bedenken, daß die Länder keine nachgeordneten Organe des Bundes sind. Bund und Länder müßten sich vielmehr auf Augenhöhe treffen und benötigten das richtige Augenmaß im Umgang miteinander. Eine alle zufriedenstellende Föderativ-Verfassung werde es nie geben, sagte Pühringer mit Ver-

weis auf den Kölner Staatsrechtler Klaus Stern. Es gelte deshalb das relativ Beste zu erreichen. Das föderale Gefüge sei keine leblose Maschine, sondern erwache aus Zusammengehörigkeitsgefühl, Vertrauen, Solidarität und gegenseitigem Verständnis. Es gehe um gelebte politische Kultur, unterstrich Pühringer. Der Österreich-Konvent habe viele wichtige Vorschläge erarbeitet, die Menschen erwarteten nun von der Politik, daß sie die Reformen auch in Angriff nehme.

Föderalismus gewährleistet Bürgernähe, Wettbewerb und Entwicklung

Man dürfe auch nicht vergessen, daß Föderalismus spezifische Vorteile mit sich bringe, etwa mehr Bürgernähe. Alle Umfragen zeigten, daß sich die ÖsterreicherInnen am stärksten mit ihren Gemeinden identifizieren. An zweiter Stelle rangierten die Bundesländer. Das Prinzip der Subsidiarität müsse „Richtschnur“ jeglichen staatlichen Handelns bleiben, zeigte sich Pühringer überzeugt. Dieses sichere schließlich auch schwächeren Regionen die Chance, aufzuschließen zu können. Föderalismus sei schließlich nie ein Wettbewerb der Stärkeren gegen die Schwächeren, sondern ein Wettkampf um die besseren Ideen.

Als dynamisches System fördere die Bundesstaatlichkeit aber auch Innovationen, hielt Pühringer fest. Die Länder bieten hier einen guten Ausgangspunkt für Reformversuche: Sollte ein solcher scheitern, fielen die Kosten dafür geringer aus, habe man Erfolg, könne man Neuerungen auch auf Bundes-

ebene umsetzen. Ein Wettbewerb zwischen den Ländern könne durchaus innovationsfördernd sein, dürfe aber, wie Pühringer ausführte, nicht zu einem Weniger an Solidarität führen.

Das föderale System erweist sich als effizient

Als Stärke des föderalen Systems bezeichnete es der Redner auch, daß in den Bundesländern öffentliche Leistungen kostengünstiger und an die örtlichen Bedingungen angepaßt erbracht werden können. Das sei laut internationaler Studien auch der Grund dafür, daß dezentral organisierte Staaten geringere Steuerleistungen von ihren BürgerInnen verlangen müßten als zentralistisch organisierte. Die Effizienz der föderalen Strukturen Österreichs stand für Pühringer außer Frage.

Kostengünstigere Lösungen seien dabei keineswegs schlechtere, hielt der Redner fest, sondern in aller Regel sogar flexiblere. Insbesondere im Krisenfall wäre regional angepasstes Handeln leichter möglich, gab Pühringer zu bedenken.

Föderale Zuständigkeitsordnung ist kein Selbstzweck

Die föderale Zuständigkeitsordnung sei kein Selbstzweck, konstatierte der Redner, sondern vielmehr Teil der gesellschaftlichen Selbstorganisation. Die Bundesländer wären deshalb auch bereit, in den politischen Reformprozeß offensiv einzusteigen.

Kritik übte Pühringer daran, daß die Länder seit dem Beitritt zur Europäischen Union



Foto:

Ein seltenes Bild: Eine Oberösterreicherin, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, und drei Oberösterreicher an der Spitze der Republik und des Landes: anlässlich der Vorsitzübernahme des Landes OÖ von Bundesratspräsident Gottfried Kneifel (2.v.l.) und Landeshauptmann Josef Pühringer (r.) und OÖ Landtagspräsident Friedrich Bernhofermit (l.) im Parlament in Wien.

1995 kaum weitere Kompetenzen erhalten haben. Sie wären jedoch bereit, zusätzliche Aufgaben im Sinne eines föderativen Bundesstaats zu übernehmen. Niemand habe sich aber jemals dafür ausgesprochen, Angelegenheiten, etwa im Bildungs- oder Sicherheitsbereich, die eindeutig dem Bund zuzuordnen sind, an die Länder zu übertragen. Man pflege keinen „Kantönlicheist“, stellte Pühringer klar.

Anzugehen gelte es unter anderem Fragen der Pflegefinanzierung und der Schulreform. Wo kein „großer Wurf“ gelungen sei, wolle man versuchen, zumindest in kleineren Bereichen Fortschritte zu erzielen. Bei allen Reformprozessen gelte es, Denkverbote aufzuheben und sicherzustellen, daß Aufgaben und Ausgaben stets an einen Träger gebunden bleiben. Den BürgerInnen sei es letztlich egal, in welchem Topf die Steuermittel landen, sie erwarteten sich aber, daß ihre Beiträge für zukunftsfähige Lösungen eingesetzt werden.

BundesrätInnen diskutieren Föderalismus-Reform

Bundesrätin Angelika Winzig (ÖVP) unterstrich eingangs ihres Debattenbeitrags, Föderalismus sei kein Luxus, sondern ein Garant für die Stabilität der Regionen. Am Beispiel Oberösterreichs habe sich gezeigt, daß gerade kleinere Einheiten oft rascher und effizienter reagieren könnten. In der Finanz- und Wirtschaftskrise sei es gelungen, auf regionaler Ebene schnell und wirksam auf die Herausforderungen zu reagieren.

Eine effiziente Verwaltung Sorge dafür, daß das Land auch als attraktiver Wirtschaftsstandort wahrgenommen werde, lobte Winzig.

Bundesrat Johann Kraml (SPÖ) thematisierte die Dauer einer Bundesratspräsidentschaft. Ein halbes Jahr sei sicher zu kurz, um Reformen durchzuführen, hier sollte man sich eine Änderung überlegen. Der Föderalismus als einer der Grundpfeiler des Staates bedürfe zweifellos einer Modernisierung. Das sei aber auch eine Kostenfrage. In den letzten Jahren wären den Gemeinden für Pflegeleistungen und den Erhalt von Krankenanstalten immer höhere Kosten aufgebürdet worden, was ihre Finanzen belastete. Es sei wichtig zu betonen, daß die Bundesländer keine Reformverweigerer sind, gerade in der Neuverhandlung des Stabilitätspaktes gebe es für sie wichtige Aufgaben. Es müsse eine tragfähige Grundlage für die Arbeit des Bundesrats geschaffen werden. Nur so könne man Stimmen, die seine Abschaffung fordern, etwas entgegensetzen, meinte Kraml.

Bundesrat Hermann Brückl (FPÖ) nahm in seinem Debattenbeitrag ebenfalls auf das Thema Reformen Bezug. Die Bevölkerung erwarte sich in vielen Bereichen Neuerungen, er persönlich bezweifle aber, daß tatsächlicher Reformwille vorhanden sei: Dieser ende sehr oft dort, wo es um konkrete Einsparungen gehe. Hier sei jeder in seinem eigenen Wirkungsbereich gefragt. Brückl forderte Landeshauptmann Pühringer auf, als Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz seinen Einfluß geltend zu machen und

sich für den Erhalt der allgemeinen Wehrpflicht einzusetzen.

Bundesrätin Elisabeth Kerschbaum (Grüne) sagte, der Organisation des Föderalismus in Österreich fehle es leider oft an Planmäßigkeit und Zielgerichtetheit. Das habe sich etwa am Klimaschutzgesetz gezeigt, über das seit sechs Jahren ergebnislos verhandelt werde. Ähnlich sei es beim Thema des öffentlichen Verkehrs. Im Rahmen des Finanzausgleichs sollte auch klarer geregelt werden, wofür die Länder Geld erhalten und wie sie es einzusetzen haben. Föderalismus dürfe keine Vorwand für Untätigkeit sein. Kerschbaum kritisierte zudem, daß es in den Landtagen und im Bundesrat nur schwach ausgebildete Oppositionsrechte gibt. Auf Landesebene bestehe eine zu starke Machtfülle der Landeshauptleute, was dazu führe, daß die Ländervertretung zu stark von parteipolitischen Interessen bestimmt werde, meinte Kerschbaum.

Landeshauptmann Josef Pühringer ging auf die Wortmeldungen der BundesrätInnen ein. Bundesrätin Kerschbaum verwies er auf die Bundesverfassung, durch die klar geregelt sei, daß die Landeshauptleute ihr jeweiliges Bundesland nach außen zu vertreten haben. Sie wären für alle BürgerInnen da und nicht nur für ihre Partei. Die Zweckbindung von Geldern sei im Finanzausgleich sehr wohl gegeben. Was den öffentlichen Verkehr anbelange, so wäre er mit Freuden bereit, gewisse Kompetenzen wieder an den Bund abzutreten. Man müsse sich fragen, warum etwa die ÖBB im Bundesbesitz sein müssten, wenn diese beispielsweise die Verbindung zwischen Wien und Graz wie eine unbedeutende Regionalverbindung behandelten und für ihre Aufrechterhaltung sogar einen Länderbeitrag einforderten.

In der Pflegefinanzierung lasse man die Gemeinden nicht allein, hielt Pühringer in Richtung Bundesrat Kraml fest. Eine Lösung müsse aber alle Gebietskörperschaften einbeziehen. Tatsache sei, daß zwei Drittel der Kosten heute von Ländern und Gemeinden getragen werden. Der Bundesrat sei als „föderales Gewissen“ notwendig: Pühringer kann sich deshalb eine Ausweitung des absoluten Vetorechts des Bundesrats auf alle Verfassungsgesetze und alle einfachen Gesetze, die Länderrechte und -aufgaben betreffen, sehr gut vorstellen. Er verschließe sich auch nicht gegenüber Einsparungsvorschlägen, hielt der Redner in Richtung Bundesrat Brückl fest. Er persönlich sei aber gegen Maßnahmen, die nur eine sinnlose Zentralisierung bedeuten würden. ■

»Rot-Weiß-Rot-Karte«

Der Ministerrat hat am 22. Feber beschlossen, die Zuwanderung nach Österreich auf eine systematische Basis zu stellen.

Mit der ‚Rot-Weiß-Rot-Karte‘ wird ein neues, kriteriengeleitetes Zuwanderungssystem für qualifizierte Arbeitskräfte auf Basis eines Punktesystems eingeführt“, so Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) nach dem Ministerrat am 22. Feber. Sie schließt Lücken auf dem heimischen Arbeitsmarkt in Bereichen, wo Hochqualifizierte, Schlüsselkräfte und Arbeitskräfte in Mangelberufen fehlen.

Hundstorfer: Klare Regeln für qualifizierte Zuwanderung

„Österreich braucht qualifizierte Zuwanderer, wobei der in Österreich lebende Arbeitnehmer Vorrang hat“, so Hundstorfer. Ziel des neuen Zuwanderungssystems sei es, die Anwerbung für den Arbeitsmarkt notwendiger qualifizierter Arbeitskräfte aus Drittstaaten zu erleichtern und den Beschäftigungsstandort Österreich attraktiver zu machen. „Ziel der Karte sind bessere Qualifikation der Zuwandernden, höheres Wirtschaftswachstum und raschere Integration“, so Hundstorfer.

„Österreich kann im globalen Wettbewerb um die besten Köpfe besser bestehen“, so Hundstorfer. Wer in Österreich ein Studium absolviert hat, kann künftig in Österreich arbeiten, wenn er oder sie eine dem Ausbildungsniveau entsprechende Beschäftigung mit einem Gehalt von mindestens 1900 Euro findet.

„Verbesserungen, was den Zugang zum Arbeitsmarkt betrifft, gibt es auch für ausländische StudentInnen. Sie können neben der Theorie an der Uni nun auch die für einen Einstieg in den Arbeitsmarkt unabdingbaren Praxiserfahrungen leichter sammeln. Es gibt für ausländische StudentInnen nun die Möglichkeit bis zu 10 Stunden in der Woche zu arbeiten, im 2. Studienabschnitt oder bei Bachelorabschluß sind es 20 Wochenstunden“, erläutert Hundstorfer.

Mit der Einführung der ‚Rot-Weiß-Rot Karte‘ ist auch eine Neuregelung der Saisoniers verbunden. Für „Stamm-Saisoniers“, die zwischen 2006 und 2010 in Österreich alljährlich tätig waren, gibt es künftig Erleichterungen, während die Zahl der normalen Saisonarbeitskräfte stark verringert wird. Erleichterungen beim Arbeitsmarktzugang

gibt es zudem auch für nachziehende Familienangehörige, sofern diese Deutsch können und für Personen mit besonderem Schutz, wie z.B. Opfer von Menschenhandel und familiärer Gewalt.

„Mit der Einführung sind auch scharfe Sanktionen für illegale Beschäftigung verbunden. Wer illegal Ausländer beschäftigt wird künftig mit bis zu zwei Jahren Haft bestraft“, erläutert Hundstorfer die mit der Einführung der ‚Rot-Weiß-Rot-Karte‘ verbundenen Bestimmungen. Zudem werden Betriebe, die illegal Menschen beschäftigen von öffentlichen Förderungen ausgeschlossen. „Die neuen Regelungen sind ein guter Mix aus einer Attraktivierung für Hochqualifizierte und scharfen Restriktionen bei illegaler Beschäftigung“, so der Sozialminister abschließend.

Mitterlehner: Aufwertung des Standorts Österreich

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner sieht die ‚Rot-Weiß-Rot-Karte‘ als wichtige Aufwertung des Standorts Österreich: „Angesichts des demographischen Wandels ist eine qualifizierte und bedarfsorientierte Zuwanderung wichtiger denn je. So können unsere Unternehmen gezielt mehr Fachkräfte anwerben und sind im internationalen Kampf um die besten Köpfe noch konkurrenzfähiger“, so Mitterlehner. „Durch die ‚Rot-Weiß-Rot-Karte‘ schaffen wir langfristig mehr Wachstum und Arbeitsplätze in Österreich. Interkulturelle Kompetenzen machen unsere Unternehmen wettbewerbsfähiger und forcieren die Eroberung neuer Märkte“, so Mitterlehner.

Gleichzeitig begrüßt Mitterlehner die heute beschlossenen Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping. „Auf Basis der Sozialpartner-Vorschläge können wir auch nach der Arbeitsmarkt-Öffnung am 1. Mai einen fairen Wettbewerb zwischen den Unternehmen sichern“, erklärt Mitterlehner.

Über die neue ‚Rot-Weiß-Rot-Karte‘ wird die Zuwanderung nach Österreich auf eine systematische Basis gestellt und kann besser gesteuert werden. „Wir schaffen ein flexibles Punktesystem für drei Gruppen von Zuwanderern aus Drittstaaten, um den Bedarf der Wirtschaft in alle Richtungen abdecken zu können. Je mehr Qualifikationen, desto

mehr Punkte sind möglich“, bekräftigt Mitterlehner. „Durch transparente Kriterien erleichtern wir genau jenen hoch qualifizierten Menschen, die wir am dringendsten brauchen, den Zugang zum Arbeitsmarkt.“

Attraktive Signale sendet die ‚Rot-Weiß-Rot-Karte‘ vor allem an das international umworbene Top-Level an Zuwanderern – wie zum Beispiel Spitzenforscher und Manager: Als Kriterien für deren Arbeitsmarkt-Zugang gelten ab Juli 2011 unter anderem eine sehr hohe Qualifikation, eine gehobene Managementposition oder eine Innovationstätigkeit. Wenn damit im neuen Kriterienkatalog 70 von 100 Punkten erreicht werden, kann diese Gruppe auch ohne Arbeitsplatzangebot im Rahmen eines ‚Job-Seeker-Visums‘ für ein Zeitfenster von sechs Monaten nach Österreich einreisen. „Damit setzen wir ein klares Signal, um diese besonders gefragten und mobilen Menschen nach Österreich zu holen“, so Mitterlehner.

Künftig können Betriebe auch Fachkräfte mit mittlerer Qualifikation leichter anwerben, wenn sie einen Beruf ausüben, der in Österreich stark nachgefragt wird und nicht durch Inländer abgedeckt werden kann. Für Facharbeiter in Mangelberufen (derzeit wären dies z.B. Schweißer, Elektriker, Dachdecker) sowie sonstige Schlüsselkräfte gelten neben Kriterien wie Berufserfahrung, Sprachkenntnissen und Alter bestimmte Verdienstgrenzen: Für Mangelberufe genügt der jeweilige Kollektivvertrag bzw. die betriebsübliche Bezahlung, für sonstige Schlüsselkräfte ist ein Mindestentgelt von 60 Prozent der aktuellen Höchstbeitragsgrundlage (das sind derzeit 2520 Euro) vorgesehen. Für junge Zuwanderer unter 30 reichen 50 Prozent der Höchstbeitragsgrundlage (2100 Euro).

Die neuen Regelungen gelten für Schlüsselkräfte, die ein Ersatzkraftverfahren durchlaufen, schon ab 1. Juli 2011. Für Fachkräfte in Mangelberufen wird die erste Mangelberufs-Verordnung am 1. Mai 2012 in Kraft treten. Bis dahin wird sich zeigen, in welchen Berufen auch nach der diesjährigen Arbeitsmarkt-Öffnung (mit 1. Mai 2011) weiterhin ein Mangel besteht.

Erleichterungen gibt es auch für Universitäts-Absolventen aus Drittstaaten (also Nicht-EU-Staaten sowie bis Ende 2013 Ru-

Innenpolitik

mänien und Bulgarien), die in Österreich studiert haben: „Wir wollen diese Studenten nicht mehr nur für viel Geld ausbilden und sie nach ihrem Abschluß sofort nach Hause schicken, sondern möchten ihr Potenzial stärker nützen“, erläutert Mitterlehner. Ausländische Studenten, die ihr Studium in Österreich absolviert haben, erhalten ab Juli 2011 eine „Rot-Weiß-Rot-Karte“, wenn sie ein adäquates Jobangebot mit einer Bezahlung von mindestens 45 Prozent der Höchstbeitragsgrundlage (rund 1900 Euro) vorweisen können. Bisher durfte diese Gruppe nur über die Schlüsselkraftregelung in den Arbeitsmarkt einsteigen. Das dort vorgesehene Mindestentgelt von 2520 Euro war aber für Jungakademiker zu hoch angesetzt.

Die Opposition kann der „Rot-Weiß-Rot-Karte“ nichts abgewinnen:

Vilimsky: Es wird zum Mißbrauch eingeladen

Der Bevölkerung werde bloß Sand in die Augen gestreut, stellte FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky fest. Bis 2030 sei mit mindestens 100.000 Neuzuwanderern zu rechnen, der Familiennachzug sei dabei noch nicht einmal berücksichtigt. Faktum sei, daß auch mit der „Rot-Weiß-Rot-Karte“ vermehrte Massenzuwanderung aus Drittstaaten erfolgen werde. Aufgrund ihrer Durchlässigkeit handle es sich um eine Einwanderungskarte in unser Sozialsystem, die zum Mißbrauch regelrecht einlade. Anstatt weitere Zuwanderung auf unseren Arbeitsmarkt und in unser Sozialsystem zu forcieren, müssten die innerösterreichischen Probleme gelöst werden, so Vilimsky, der sich erneut für einen Zuwanderungsstopp aussprach.

Dies alles sei vor dem Hintergrund der Öffnung des Arbeitsmarktes für die neuen EU-Länder ab 1. Mai 2011 zu sehen, welche Österreich zusätzlich extrem belasten werde. Eine Verschiebung der Öffnung des Arbeitsmarktes bis zu einem Zeitpunkt, wo Lohnniveau und Wirtschaftskraft in den neuen EU-Ländern zumindest annähernd das österreichische Niveau erreicht haben, sei die einzig effektive Schutzmaßnahme, gegen die Bedrohungen des heimischen Arbeitsmarktes durch billige Arbeitskräfte. Österreich habe einen Mangel an Arbeitsplätzen nicht an Arbeitskräften. Arbeitnehmer sollen nur dann zuwandern dürfen, wenn es tatsächlich keinen für die benötigte Arbeit qualifizierten Österreicher (oder EU-Bürger) gibt. Das jetzt präsentierte System wird hingegen die Zuwanderung aus Drittstaaten im Interesse der Großkonzerne fördern.

Schon heute habe Österreich das Problem, daß in den Ballungszentren aufgrund der Mehrheit von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache der Unterricht zum Problem werde. Die Arbeitslosenquote sei zudem derart hoch, daß auch aus diesem Aspekt keine Zuwanderung möglich sei. Und schließlich seien die österreichischen Kassen und Systeme derart angespannt, daß auch eine weitere Negativbelastung des Sozial-, Gesundheits- und Pensionswesens nicht verkraftet werden könne. Statt einer „Rot-Weiß-Rot-Karte“ der weiteren Massenzuwanderung solle besser eine Rot-Weiß-Rot-Politik erfolgen. Dies bedeute in erster Linie Zuwanderungsstopp sowie Vorrang für österreichische Arbeitskräfte am österreichischen Arbeitsmarkt, so Vilimsky.

Bucher: Dieser rot-schwarze Fleckerlteppich ist nicht akzeptabel

Als „dilettantisch vorbereitet und umgesetzt sowie großen Reinfall“ bezeichnete BZÖ-Bündnisobmann Klubobmann Josef Bucher die „Rot-Weiß-Rot-Karte“. „Es gibt dafür keinerlei budgetäre Bedeckung, der Verwaltungsaufwand ist enorm hoch und es wird lediglich der Zuzug von Schlüsselarbeitskräften geregelt, nicht aber die sonstige Zuwanderung. Dieser rot-schwarze Fleckerlteppich ist nicht akzeptabel“, kritisierte Bucher.

„Gerade vor dem Hintergrund der beginnenden Asyl- und Zuwanderungsströme aus dem arabischen Raum und der EU-Arbeitsmarktöffnung im Mai braucht Österreich eine durchgängige Ausländerpolitik aus einem Guß. Wir müssen verhindern, daß der Brenner ein zweites Lampedusa wird.“ Bucher verwies in diesem Zusammenhang auf das Ausländer-Check-Modell des BZÖ, das eine klare und einheitliche Regelung vorsieht: „Es sollen nur Schlüsselarbeitskräfte zuwandern können, für die ein Bedarf besteht, die Sprachkenntnisse und eine abgeschlossene Ausbildung vorweisen können sowie ein gesichertes Einkommen haben und unbescholten sind. Wir können von den Guten nur die Besten brauchen. Damit soll eine Einwanderung in den Sozialstaat verhindert werden“, forderte Bucher, der weiters eine Mitwirkungspflicht von allen Asylanstragstellern bis zum Endes des Verfahrens verlangte. „Es geht nicht darum, wie viele Tage jemand eine Anwesenheitspflicht hat. Jeder, der in Österreich bleiben möchte, muß immer für die Behörden erreichbar sein und an seinem Verfahren aktiv mitwirken, bis das Verfahren abgeschlossen ist, und ob

er überhaupt noch Interesse an einem Aufenthalt in Österreich hat. Wenn der Asylwerber sich nicht an die Regel hält, muß auch der Asylantrag automatisch erlöschen. Denn auch bei jedem Förderansuchen eines Österreicherers muß der Antragsteller bis zu einer positiven oder negativen Entscheidung vor Ort sein“, schloß Bucher.

Korun: Deckmäntelchen zum Abwälzen von Kosten für Deutsch-Kurse

„Die sogenannte ‚Rot-Weiß-Rot Karte‘, die die Arbeitsmigration von Nicht-EU-BürgerInnen regeln soll, sieht“, so die Menschenrechtssprecherin der Grünen, Alev Korun, „selbst innerhalb der Hochqualifizierten eine Ungleichbehandlung – sozusagen zwei Klassen – vor, wobei man die ‚zweite Klasse‘ der Qualifizierten über den Familienzuzug schikaniert.“

Die Familienangehörigen der „zweiten Klasse“ müssen nämlich, im Unterschied zu denen der „ersten Klasse“, vor der Einreise eine Deutschprüfung machen. Wenn sie die Kosten dafür nicht aufbringen können oder die Prüfung nicht bestehen, werde ihnen die Familienzusammenführung verwehrt, d.h. ihre Kinder, ihre Frau, ihr Mann dürfen nicht nachkommen. „Diese Regelung wird viele Familien zerrütten und an den Rand ihrer psychischen und finanziellen Möglichkeiten bringen. Eine dauerhafte Trennung und außerdem so willkürliche von Familien verletzt das Recht auf Privat- und Familienleben.“

Zahlreiche Verschärfungen im Rahmen der sogenannten „Integrationsvereinbarung“ hinsichtlich der Deutschkurspflicht würden eingeführt – ohne Evaluierung der bisher bestehenden Deutschkurse, bei denen es gravierende Mängel gibt!

„Unter dem Deckmäntelchen der ‚Rot-Weiß-Rot-Karte‘ werden die Kurskosten für Grundkenntnisse Deutsch durch das ominöse ‚Deutsch vor Zuzug‘ auf die einzelnen abgewälzt, die nun in ihrem Heimatland – und sei es die Sahara oder der Kongo, wo es keinerlei ‚Goethe Institut‘ gibt – zuerst eine Prüfung über Deutsch auf A1 Niveau abgelegt haben müssen, um einreisen zu dürfen“, so Korun. Das bedeute den gezielten Ausschluß von finanzschwächeren und „bildungsfernen“ Personen/Schichten, die es sich nicht leisten könnten monatelang in die Hauptstadt zu pendeln und dort teuren Privatunterricht zu nehmen. Ausgenommen von dieser Pflicht sind Familienangehörige von besonders Hochqualifizierten und von Blue-Card Inhabern. ■

Guter Start für den Arbeitsmarkt

Sozialminister Rudolf Hundstorfer: Stärkster Rückgang der Arbeitslosigkeit seit Beginn der Krise – Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner: Bestätigung dafür, daß in der Krise die richtigen Maßnahmen gesetzt wurden

Die Arbeitsmarktdaten sind die ersten validen Wirtschaftsdaten des neuen Jahres und sie zeigen, daß die österreichische Wirtschaft unter Volldampf ins neue Jahr geht“, sagte Sozialminister Rudolf Hundstorfer zu den Arbeitsmarktdaten für den Monat Jänner. Denn die Arbeitslosigkeit gehe gegenüber dem Vorjahr um 14.067 Personen zurück und auch die Zahl der Schulungsteilnehmer verringerte sich um 9.854. Zusammengezählt ergebe sich ein Minus von 23.921 Personen, „daß ist der stärkste Rückgang seit Beginn der Wirtschaftskrise“, unterstrich der Sozialminister. Mit 102.594 hat jede/r dritte Arbeitslose bereits eine fixe Jobzusage (+8.158) und die Zahl der offenen Stellen steigt um 25,2 Prozent auf 29.236. „Die Erholung auf dem Arbeitsmarkt setzt sich auch in diesem Monat fort. Dieses Jahr wird in punkto Arbeitsmarkt sicher nicht einfach werden. Wir werden daher in unseren Bemühungen, weitere Impulse für den Arbeitsmarkt zu setzen, nicht nachlassen“, versicherte der Minister.

Hundstorfer: Konsequente Politik findet auch international Anklang

Die Arbeitslosenquote nach Eurostat betrage für den Monat Jänner 5,1 Prozent. Besonders freut es den Sozialminister, daß die Arbeitslosenzahl bei den Jugendlichen mit einem Rückgang von 7,8 Prozent stark sinkt. Auch der Lehrstellenmarkt entwickelt sich mit 6,5 Prozent mehr an offenen Lehrstellen und 4,9 Prozent weniger Lehrstellensuchenden weiterhin positiv. In zwei Bundesländern, Salzburg und Tirol, gibt es wesentlich mehr offene Lehrstellen als Lehrstellensuchende – zusätzlich gilt die Ausbildungsgarantie, sagte Hundstorfer. „Unsere konsequente Politik zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit findet offenbar auch international immer mehr Anklang, nicht zuletzt hat kürzlich der amerikanische Wirtschafts-nobelpreisträger Josef Stiglitz Österreich am Jugendarbeitsmarkt als Vorbild für die USA genannt“, berichtet der Minister.

Die sehr gut laufende Industrie (-20 Prozent bei der Arbeitslosigkeit) und der wegen wenig Schnee gut laufende Bau (-5,4 Prozent) senken die Männerarbeitslosigkeit um

6,4 Prozent. Auch Handel, Tourismus und Arbeitskräfteüberlassung verzeichnen nach wie vor sinkende Arbeitslosigkeit. Der verstärkte Andrang von Arbeitskräften in den Zukunftsbranchen Gesundheits- und Sozialwesen läßt dort die Arbeitslosigkeit von niedrigerem Niveau aus leicht ansteigen.

„Die intensiven Vermittlungsbemühungen des AMS und die aktive Arbeitsmarktpolitik helfen gerade die Arbeitslosigkeit von Menschen mit besonderen Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt zu senken: so sinkt die Arbeitslosigkeit von behinderten Menschen um 5,3 Prozent und die Langzeitarbeitslosigkeit sogar um 31,7 Prozent. Die Zahl an Arbeitslosen plus SchulungsteilnehmerInnen sinkt in allen neun Bundesländern. In Wien steigt als einzigem Bundesland zwar die Arbeitslosenzahl um 4.695, das erklärt sich aber durch die stark sinkende Schulungszahl (-5.623), schloß Hundstorfer.

Mitterlehner: 2011 zum Jahr des Aufschwungs machen

Die richtigen Maßnahmen in der Krise sorgen für steigende Einzelhandelsumsätze und positive Arbeitsmarktdaten. Die aktive Beschäftigung stieg im Jänner um 1,9 Prozent und die Arbeitslosenrate sank um 0,4 Prozentpunkte auf 8,5 Prozent.

Mitterlehner: „Wir müssen uns den Aufschwung täglich hart erarbeiten, daher ist eine gute Stimmung mitentscheiden für das weitere Wachstum der österreichischen Wirtschaft. So können wir 2011 zum Jahr des Aufschwungs machen.“

„Es macht sich bezahlt, daß wir in der Krise die Kaufkraft der Bevölkerung gestärkt haben. Der Handel ist eine der wichtigsten Säulen unserer Wirtschaft auch im Hinblick auf Arbeitsplatzsicherheit, Berufsausbildung, Nahversorgung und Lebensqualität“, betont Mitterlehner. Der Handel hat sich zum Konjunkturmotor etabliert, der sich positiv auf die Einzelhandelsumsätze sowie auf das Wachstum der Gesamtwirtschaft auswirkt.

Ebenso der Rückgang der Arbeitslosen ist ein positives Signal des Wirtschaftswachstums. Mitterlehner stellt klar, daß die Jänner-Daten die große Leistung der österreichischen

Unternehmen und ihrer Beschäftigten unterstreicht. Da die Betriebe in der Krise sich strategisch gut positioniert haben, werden sie nun mit steigenden Aufträgen belohnt. Mitterlehner: „Wir haben dafür mit den Konjunkturpaketen und unserem Kurzarbeitsmodell die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen.“

Kickl: Arbeitsmarkt derzeit nicht für Ende der Übergangsfristen gerüstet!

„Mehr Arbeitslose als im Dezember 2010 sowie mit derzeit 69.187 Personen gleichzeitig ein deutlicher Anstieg der Schulungen gegenüber dem Vormonat – und das vor der drohenden Öffnung des österreichischen Arbeitsmarktes für die neuen EU-Staaten ab dem 1. Mai 2011. Von einem Durchstarten mit ‚Volldampf‘ in das neue Jahr kann wohl nicht wirklich die Rede sein“, erklärte FPÖ-Arbeitnehmersprecher Herbert Kickl zu den aktuellen Arbeitsmarktdaten. Hundstorfer werde aber offenbar immer dreister, wenn es darum gehe, seine nicht vorhandene aktive Arbeitsmarktpolitik als Erfolg zu verkaufen. „Überhaupt kann es nur einen deutlichen Kurswechsel bei den Arbeitslosenzahlen geben, wenn die Übergangsfristen zum Schutz des heimischen Arbeitsmarktes über den Mai hinaus auf unbestimmte Zeit verlängert werden“, so Kickl. Das sei es, wofür sich der SPÖ-Sozialminister endlich massiv einsetzen müsse.

Kickl warnte weiters auch davor, daß das WIFO in seiner jüngsten Mittelfrist-Konjunkturprognose Ende Jänner 2011 schon davor gewarnt habe, daß sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht entspannen werde. Die Beschäftigung werde laut WIFO zwar jährlich um 0,6 Prozent zunehmen. Da aber das in- und ausländische Arbeitskräfteangebot etwa gleich schnell wachsen werde, sei vor 2014 mit keiner weiteren Entspannung auf dem österreichischen Arbeitsmarkt zu rechnen. „Das ist genau der Punkt, wovon wir Freiheitlichen immer gewarnt haben. Und dazu ist als erstes der österreichische Arbeitsmarkt vor dem drohenden Zustrom von Arbeitskräften aus Ungarn, der Slowakei und Tschechien zu schützen“, so Kickl abschließend.

Innenpolitik

Lugar: Erholung ist nicht mehr als Momentaufnahme

„Die Erholung am Arbeitsmarkt ist nicht mehr als eine Momentaufnahme. Österreich ist einer neuen Krise jedoch schutzlos ausgeliefert“, gibt BZÖ-Wirtschaftssprecher Robert Lugar in Hinblick auf die veröffentlichten Statistiken zu bedenken. Die vorübergehende Entspannung am Arbeitsmarkt sei zudem kein besonderer Effekt österreichischer Maßnahmen. „Weltweit wurde mit einer expansiven Geldpolitik die Nachfrage wieder angekurbelt. Mittel- und langfristig werde dies jedoch zu steigender Inflation und Zinslast führen. Der nächste schwere Dämpfer für die Wirtschaft zeichnet sich bereits ab“, so Lugar.

Zahlreiche internationale Experten warnen vor diesem Szenario und raten den Regierungen zu vorausschauendem Handeln. So auch in Österreich. „WIFO-Chef Aiginger hat von der Bundesregierung zu Recht die Erstellung eines wirtschaftlichen Notfallprogramms verlangt, um für eine weitere Krise gerüstet zu sein. Ein einzelner freundlich wirkender Schnappschuß vom Arbeitsmarkt darf nicht dazu führen, daß die Zukunft nur mehr in rosarot gezeichnet wird. Hier ist mehr Weitblick gefragt“, fordert Lugar endlich ein Angehen der Verwaltungsreform, um den budgetären Spielraum für Notfallmaßnahmen wiederherzustellen.

Schatz: Bitte keine Jubelpropaganda, Herr Sozialminister

„Über 70.000 Menschen in Österreich haben schon länger als ein Jahr keinen Job und werden vom AMS mit sinnlosen Kursen und schikanösen Scheinbeschäftigungen in der Statistik versteckt“, kritisiert Birgit Schatz, ArbeitnehmerInnensprecherin der Grünen. „Sozialminister Hundstorfer aber gaukelt der Bevölkerung vor, es gäbe nur 5600 Langzeitarbeitslose. Derartige Jubelpropaganda ist unseriös. Der Minister sollte seine Presseabteilung schleunigst zurückpfeifen. Statt seinem Motto „Mit Volldampf voraus“ könnte sich sonst die Dampfplauderei bei ihm einschleichen.“

Der Minister bediene sich eines statistischen Tricks zur Behübschung des katastrophalen aktuellen Befunds: Wer zumindest einmal im Jahr in eine noch so sinnlose und schikanöse „Maßnahme“ des AMS geschickt werde, gelte nicht als langzeitarbeitslos, auch wenn der betroffene Mensch in dieser Zeit keinen Arbeitsplatz hatte.

„Es ist schon schön, daß die Arbeitslosigkeit ein bisschen gesunken ist. Aber deswegen

in Jubelpropaganda zu verfallen, ist unseriös“, so Schatz. „Es gibt 380.000 Menschen, die einen Job suchen. Und es gibt mehr als 70.000 Menschen, die schon länger als ein Jahr suchen.“ Die Politik hat sich mit Kurzarbeit und Bildungskarenzen im europäischen Vergleich mit niedrigeren Arbeitslosenraten durch die Krise gebracht. Mit dem beginnenden Aufschwung steht sie weitgehend ohne Konzept da. Nicht zufällig rutscht Österreich daher im internationalen Vergleich ab. „Jetzt ist der Zeitpunkt, in dem neue Jobs in den Bereichen Bildung, Pflege



und Betreuung sowie Forschung und Umwelt geschaffen werden können. Leider ist das öffentliche Geld jedoch für Banken reserviert, die den Regierungsparteien nahe stehen. Geht's den Banken gut, geht's nämlich auch der Regierung gut. Ob es den Menschen gut geht, ist offenbar für Faymann, Pröll und Co. weniger wichtig“, so Schatz.

Tumpel: Mit weniger Geld zu mehr Qualität

„Rund 379.000 Arbeit Suchende (rund 310.000 registrierte Arbeit Suchende und knapp 69.000 in Schulungsmaßnahmen des Arbeitsmarktservice) bedeuten rd. 24.000 weniger Arbeit Suchende gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr – damit hat sich erfreulicherweise die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter entspannt. Das ist mit ein Ergebnis der Konjunktur- und Arbeitsmarktpakete der letzten beiden Jahren. Aber noch ist die Krise nicht überwunden“, warnt AK Präsident Herbert Tumpel und verlangt, daß bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht ausschließlich auf die Exportwirtschaft gesetzt wird. Die Chancen für die Exportwirtschaft sind zwar gut, „aber wir brauchen auch eine entsprechende Inlandsnachfrage und weiterhin dringend eine aktive Arbeitsmarktpolitik“, fordert Tumpel: „Es muß das Richtige getan werden: Wir müssen noch mehr auf Qualität setzen, wir müssen zielgenau dort ansetzen, wo die besonderen Probleme liegen.“ Arbeit Suchende müssen vom AMS die Unterstützung erhalten, die

sie für die Verbesserung ihrer Arbeitsmarktchancen brauchen. Dazu zählen insbesondere:

- Qualitätsvolle Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, die auf die Bedürfnisse der einzelnen Arbeit Suchenden besser abgestimmt sind.
- Ältere ArbeitnehmerInnen haben es auf dem Arbeitsmarkt besonders schwer. Sie brauchen – ebenso wie gesundheitlich beeinträchtigte Arbeit Suchende – gezielte Unterstützungsmaßnahmen, damit sie auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen können und nicht in die Arbeitsunfähigkeit schlittern.
- Die gute Entwicklung am Arbeitsmarkt ermutigt auch viele Frauen, den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu suchen. Sie müssen jetzt aktiv unterstützt werden. Dazu braucht es spezielle Programme und den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung.

Kaske: Weiter offensiv Qualifizierungsmaßnahmen setzen

Es sei erfreulich, daß die Zahl der Arbeit Suchenden weiter zurückgehe, sagt ÖGB-Arbeitsmarktsprecher und vda-Vorsitzender Rudolf Kaske. „Nichtsdestotrotz dürfen wir jetzt bei den Qualifizierungskursen nicht nachlassen. Und dazu ist es nötig, daß es rasch eine ausreichende Finanzierung der Maßnahmen des AMS gibt“, verlangt Kaske. „Ich gehe davon aus, daß das AMS-Förderbudget für heuer 982 Millionen Euro beträgt und daß es ehe baldigst im AMS-Verwaltungsrat beschlossen wird“, so der Gewerkschafter weiter. Hinsichtlich der Verwendung der Gelder verlangt Kaske, daß für Maßnahmen zur Qualifizierung von Frauen die Hälfte der Mittel eingesetzt wird. „Auch die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit der Frauen im Jänner nur um 0,2 Prozent gesunken ist, bestätigt meine Forderung, daß mehr Augenmerk auf die Qualifizierungsmaßnahmen für Frauen gerichtet werden soll“, sagt Kaske.

Weiter angestiegen ist die Zahl der Arbeitslosen über 50 Jahren. Auch angesichts der demographischen Entwicklung seien mehr Bemühungen, altersgerechte Arbeitsplätze zu schaffen, nötig. „Von selbst sind viele Unternehmen offenbar nicht gewillt, ältere ArbeitnehmerInnen zu beschäftigen. Ich begrüße daher das Vorhaben des Sozialministers, mit den Sozialpartnern ein Maßnahmenpaket für ältere ArbeitnehmerInnen zu verhandeln und hoffe, daß diese Gespräche rasch eingeleitet werden“, so Kaske abschließend. ■

Beste Beziehungen

Spitzenverteter der Republik, allen voran Bundespräsident Heinz Fischer mit Gattin Margit, bereisten Singapur, Neuseeland, Australien und China.



Foto: WKO/AWO / Dragan Tatic

Staatsbesuch in Singapur, v.l.: Außenminister Michael Spindelegger, ÖVP-Klubobmann Karlheinz Kopf, Finanzstaatssekretär Reinhold Lopatka, Gesundheitsminister Alois Stöger, Bundespräsident Heinz Fischer mit Gattin Margit, 2. Nationalratspräsident Fritz Neugebauer und WKÖ-Präsident Christoph Leitl

Bundespräsident Heinz Fischer traf am 20. Feber zu einem Staatsbesuch im südostasiatischen Stadtstaat Singapur ein, wo er tags darauf von Staatspräsident S. R. Nathan empfangen wurde und mit Premier Lee Hsien Loong Gespräche führte. Neben den bilateralen Beziehungen waren Wirtschaftsthemen ebenso zur Sprache gekommen wie die jüngsten Umwälzungen in Nordafrika und im Nahen Osten sowie das Verhältnis der Südostasiatischen Staatengemeinschaft (ASEAN) zur EU. Fischer hatte sich im November bei seinem Staatsbesuch im benachbarten Malaysia für die Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen zum „aufstrebenden Wirtschaftsraum“ Südostasien ausgesprochen. Singapur verzeichnete im Vorjahr ein rasantes Wirtschaftswachstum von 14,5 Prozent. Auf dem Programm standen unter anderem auch eine Teilnahme am Wirtschaftsforum Österreich-Singapur, sowie Besuche von Forschungseinrichtungen und der Nanyang Technological University.

Den Bundespräsidenten begleiteten seine Frau Margit, Gesundheitsminister Alois Stöger, Wissenschaftsministerin Beatrix Karl und Finanzstaatssekretär Reinhold Lopatka, Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl führte die Wirtschaftsdelegation an; Außenminister Michael Spindelegger war bereits eine Woche zuvor nach Neuseeland gereist und stieß, nach einem weiteren Aufenthalt in Australien, in Singapur zur hochrangigen Reisegruppe.

Bei seinen Gesprächen mit Präsident S. R. Nathan und Premier Lee Hsien Loong hat der Bundespräsident versucht, Sorgen abzubauen, der Euro oder die EU befänden sich in existenziellen Schwierigkeiten. Fischer erwartete durch seinen Besuch wichtige Impulse auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Der Stadtstaat unterstützte die österreichische Kandidatur um einen Sitz im UN-Menschenrechtsrat, sagte Fischer bei einer Pressekonferenz mit österreichischen Journalisten. Beeindruckt zeigte

er sich auch von der „Konzentration auf die systematische Förderung von Wissenschaft und Forschung“ in Singapur.

Durch diese Prioritätensetzung sei dort „sehr viel geleistet“ worden, was sich positiv auf die Wirtschaft des Stadtstaates ausgewirkt habe. Auch Österreich müsse sich das verstärkt zur Richtschnur machen, forderte das Staatsoberhaupt, das auch die staatliche Forschungsförderungsagentur A*Star/One North besuchte. Fischer betonte das gegenseitige Interesse an verstärkten Wirtschaftsbeziehungen.

Der Bundespräsident besuchte auch die IGS-BioNanoTech an der Nanyang Technological University (NTU) in Singapur, die Wissenschafts- und Forschungsministerin Beatrix Karl als ein „gelungenes Beispiel für Wissenschaftskooperationen über Landesgrenzen hinweg“ bezeichnet, das einen enormen Mehrwert für Studierende und Wissenschaftler schaffe. „Die Graduate School bedeutet auch eine Stärkung der Wissen-

Österreich, Europa und die Welt

schafts- und Wirtschaftsstandorte Singapur und Österreich“, ist die Ministerin überzeugt. Gerade für österreichische Studierende berge ein Studium in einem der führenden High-Tech-Länder einen enormen Erfahrungsschatz. Ebenso würden Studierende aus Singapur an heimischen Universitäten und Forschungsstätten profitieren, verweist Karl etwa auf das Kompetenzfeld Nanowissenschaften und -technologie, das an der Universität für Bodenkultur (BOKU, Wien) neu eingerichtet wird. Das Wissenschaftsministerium finanziert an der International Graduate School Bio-Nano-Technology in den kommenden drei Jahren fünf Plätze.

Die IGS-BioNanoTech bietet im Rahmen eines Doktoratsstudiums für Naturwissenschaften eine Ausbildung in der angewandten und der Grundlagenforschung im Bereich der Bio-Nano-Technologie. Die Ausbildung erfolgt in einem internationalen Umfeld. Das Programm ist für eine Dauer von 9 Jahren (3 Generationen von PhD-Studierenden) und eine Gesamtzahl von maximal 20-30 TeilnehmerInnen konzipiert.

Das „Topfinanzentrum“ Singapur, dessen Wirtschaft im Vorjahr mit 14,5 Prozent rasant wuchs, sei der wichtigste österreichische Handelspartner in Südostasien, betonte Fischer. Laut dem österreichischen Wirtschaftsdelegierten in Singapur, Gerhard



Foto: Dragan Tatic/HBF

Bundespräsident Heinz Fischer, der Präsident der Republik Singapur, S.R. Nathan, und Margit Fischer

Meschke, betrogen die österreichischen Exporte nach Singapur im Vorjahr schätzungsweise 300 Millionen Euro, die Importe aus Singapur 140 Millionen Euro.

Fischer sagte, er habe Premier Lee auch gefragt, ob er sich eine Abschaffung der Todesstrafe vorstellen könne. Lee habe geantwortet, das Drogenproblem sei „so gravie-

rend und gesellschaftlich gefährlich“, daß man es nicht verantworten könne, auf Hinrichtungen zu verzichten. Die Todesstrafe wird in Singapur hauptsächlich wegen Drogenhandels verhängt, wofür sie zwingend vorgeschrieben ist. Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International haben in der Vergangenheit wiederholt kritisiert, daß Singapur gemessen an seiner Bevölkerungszahl von rund fünf Millionen über eine der höchsten Hinrichtungsraten weltweit verfüge.

Die Teilnehmer der von der Außenwirtschaft Österreich (AWO) organisierten Marktsondierungsreise repräsentierten ein breites Spektrum der österreichischen Wirtschaft von Maschinen- und Anlagenbau, Erneuerbare Energien wie Wasserkraft und Solartechnik, Transport- und Eisenbahntechnik und Büromöbelproduktion über Software Entwicklung und Unternehmen im Bereich Dienstleistungen wie Luft- und Seefrächter und Unternehmensberatung. Leitl: „Singapur ist für Österreich die wichtigste Exportdestination in Südostasien. Nicht nur der Inlandsmarkt selbst ist auf Grund seines hohen Entwicklungsgrades und dementsprechend hoher Kaufkraft interessant. Durch seine Drehscheibenfunktion ist Singapur auch ein wichtiges Tor in andere asiatische Märkte.“ Singapur verzeichnete im Vorjahr ein rasantes Wirtschaftswachstum von 14,5 Prozent. Seit Beginn des Jahres 2010 hat sich der Warenaustausch mit Singapur vom Krisentief von 2009 wieder erholt. Im Vorjahr nahmen die österreichi-



Foto: BMF/Schneider

Staatspräsident S. R. Nathan begrüßt WKÖ-Präsident Christoph Leitl. Dahinter (v.l.) Gesundheitsminister Alois Stöger, 2. Nationalratspräsident Fritz Neugebauer, Finanzstaatssekretär Reinhold Lopatka und ÖVP-Klubobmann Karlheinz Kopf.

Österreich, Europa und die Welt

schen Exporte nach Singapur um 30 Prozent (auf über 270 Millionen Euro) und die Importe aus Singapur um 40 Prozent (auf 130 Millionen Euro) zu. Rund 8000 europäische Firmen, darunter über 60 aus Österreich, haben in Singapur eigene Stützpunkte errichtet. Als einzige österreichische Bank verfügt die Raiffeisenbank International (RBI) in Singapur über eine Niederlassung mit 150 Mitarbeitern. „Die hervorragende Infrastruktur, das Fehlen von Sprachbarrieren und ein wirtschaftsfreundliches Rechts- und Steuersystem sind die wichtigsten Faktoren, die für den Standort Singapur sprechen. Nicht umsonst wird die ‚Löwenstadt‘ seit vielen Jahren von der Weltbank als ‚Easiest Place to do Business‘ eingestuft“, betonte Leitl.

Der Außenminister kam von Neuseeland und Australien

Die Beziehungen zwischen Neuseeland und Österreich werden – obgleich der geographischen Distanz – immer enger. Davon zeugt auch die vor kurzem eröffnete bilaterale Botschaft Neuseelands in Wien“, so Außenminister Michael Spindelegger nach seiner Ankunft in Neuseeland am 15. Feber. Doch auch die gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder sind von stetigem Wachstum geprägt: „Auf der einen Seite befinden sich heute zahlreiche österreichische Unternehmen unter den wichtigen Investoren im neuseeländischen Energiesektor. Auf der anderen Seite wählte zuletzt das wichtige neuseeländische Telekommunikationsunternehmen „Tait“, Wien als Sitz, um in den Märkten Zentral- und Osteuropas aktiv zu werden“, so Spindelegger weiter.

Auch auf EU-Ebene möchte Neuseeland seine Beziehungen in Zukunft weiter ausbauen: „Neuseeland zählt bereits jetzt zu den verlässlichen Partnern der EU. Das Land fühlt sich wirtschaftlich natürlich vor allem zu Asien hingezogen, jedoch teilen wir so viele gemeinsame Werte, daß eine verstärkte Kooperation nahezu selbstverständlich ist.“ Und Potential für weiteren Ausbau gebe es genug, so Spindelegger, der von einer mehrköpfigen Wirtschaftsdelegation – mit WKÖ-Präsident Christoph Leitl an der Spitze – begleitet wurde. „Neuseeland ist sehr an unserer Expertise in Ost- und Südosteuropa interessiert, aber auch globale Fragestellungen zu Klima- und Energiepolitik beschäftigen und verbinden unsere Länder“, so Spindelegger, der im Zuge seines Aufenthalts unter anderem mit Außenminister Murray McCully zusammentraf, bevor er seine Reise nach Australien fortsetzte.



Foto: BMWF / Dragan Tatic

Wissenschaftsministerin Beatrix Karl mit Prof. Wolfgang Knoll (wissenschaftlicher Geschäftsführer des AIT)

„Österreich und Australien teilen viele Gemeinsamkeiten, die sich auch in ihrer Arbeit in wichtigen multilateralen Institutionen, wie der UNO, widerspiegeln. Der weniger intensive Besuchs- und Austausch zwischen Australien und Österreich ist einzig auf die große geographische Distanz zurückzuführen, denn gut befreundet sind unsere Länder schon lange“, so der Außenminister bei seiner Ankunft in Canberra. Es handelte sich um den ersten offiziellen Arbeitsbesuch eines österreichischen Außenministers in Australien.

Im Rahmen der diesjährigen „Melbourne Winter Masterpieces“, einem der aufsehenerregendsten Kulturevents Australiens, präsentiert die National Gallery of Victoria die Ausstellung „Vienna: Art & Design – Klimt, Schiele, Hoffmann“. „Österreichs Kunst der Moderne wird für mehrere Monate (von 18. Juni bis 9. Oktober 2011) in Melbourne im Scheinwerferlicht stehen“, freut sich Spindelegger.

„Wir wollen Österreich stärker ins Bewußtsein Australiens rücken. Neben unserer Kultur wollen wir auch mit moderner Technologie, wie zum Beispiel im Bereich der erneuerbaren Energien punkten. Unser Besuch bietet auch eine ideale Gelegenheit zur Anbahnung neuer wirtschaftlicher Projekte“, so der Außenminister weiter, der, unter anderem, auch zu Gesprächen mit seinem australischen Amtskollegen Kevin Rudd zusammentraf, um gemeinsame Interessenschwerpunkte wie Non-Proliferation, Schutz der Zivilbevölkerung im Rahmen der Vereinten Nationen und Klimawandel zu besprechen. „Australien ist der wichtigste Akteur im süd-

pazifischen Raum. Österreich und die EU möchten sich dort in Zukunft politisch und wirtschaftlich noch stärker als bisher engagieren“, so Spindelegger.

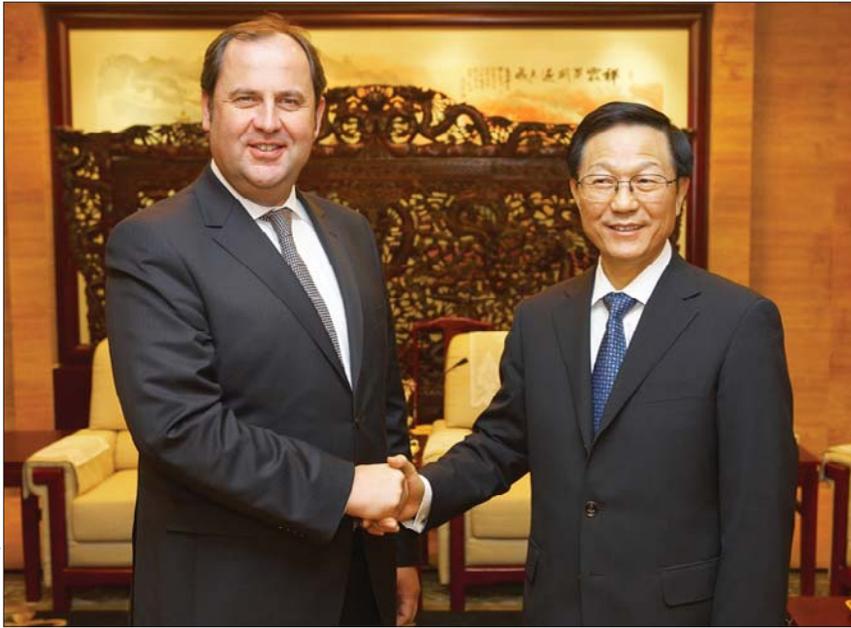
Nächste Station dieser Reise war Singapur, das „als Tor zu Südostasien“ vor ähnlichen Herausforderungen stehe, „wie sie auch Österreich als Drehschibe für Zentralasien zu lösen hat. Als regionaler Brückenkopf teilen wir viele Gemeinsamkeiten, so auch unser Engagement im Dialog der Kulturen und Religionen“, so Spindelegger nach seinem Gespräch mit Singapurs Vize-Außenminister Raymond Lim am 21. Feber. „Wir wollen in Zukunft enger im interreligiösen Dialog zusammenarbeiten. Ich habe meinen Amtskollegen auch zum Trilog nach Österreich eingeladen, um weitere Kooperationsmöglichkeiten zwischen Singapur und Österreich zu erörtern.“

Heute schon bringen zahlreiche Kulturprojekte die Länder einander näher: Gastspiele der Wiener Staatsoper, Auftritte der Sängerknaben und zunehmend auch gemeinsame Projekte der zeitgenössischen Kunst sind nur einige Beispiele.

Doch nicht nur kulturell sind deutliche Verbindungslinien zwischen Österreich und dem asiatischen Stadtstaat erkennbar: „Singapur ist unser größter Handelspartner in Südostasien. Österreichs Unternehmen schätzen besonders die hervorragende Infrastruktur, die niedrigen Steuersätze und das unbürokratische Vorgehen. Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise konnten im Handelsaustausch zuletzt wieder beachtliche Zuwächse verzeichnet werden. Ich bin zuversichtlich, daß wir unsere wirtschaftliche Zu-

Österreich, Europa und die Welt

Foto: BMF/Schneider



Finanzminister Josef Pröll und Chinas Finanzminister Xie Xuren

sammenarbeit auch in Zukunft noch weiter ausbauen können“, so Spindelegger.

Bei der letzten Station dieser Reise, Chinas Hauptstadt Peking, traf der Außenminister dann mit Vizekanzler Finanzminister Josef Pröll zusammen, wo sie neben einer noch intensiveren wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit auch die Menschenrechtslage thematisierten. Zum 40jährigen Jubiläum der bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und China nutzten Pröll und Spindelegger die Gelegenheit, die gegenseitigen Beziehungen weiter zu vertiefen. Inzwischen ist China zum zweitwichtigsten Überseemarkt für Österreich geworden und bietet vor allem im Umwelt- und Infrastrukturbereich große Chancen als Exportmarkt für österreichische Unternehmen.

Das vielfältige Programm des Jubiläumsjahres, das am 25. Jänner mit einem Galakonzert im Wiener Musikverein lanciert wurde, beinhaltet neben zahlreichen Konzerten und Ausstellungen auch Ausgefallenes, wie Walzertanzkurse an öffentlichen Plätzen in Peking: „Besonders freue ich mich auch auf das Wohltätigkeits-Schirennen, das in der Nähe der chinesischen Hauptstadt stattfinden soll“, so Spindelegger.

Bereits vor zwei Jahren hat Pröll seine Strategie vorgestellt, außen- und wirtschaftspolitische Ziele stärker zu koppeln. Dabei geht es dem Finanzminister vor allem um Boomregionen wie etwa rund um das Schwarze Meer oder eben Asien. So hatte Pröll letztes Jahr die Wirtschaftsgrößmacht Indien besucht, nun war China an der Reihe.

Bei dem Besuch sollte die Kooperation gerade auf den Feldern Wirtschaft und Kultur noch stärker ausgebaut werden. So

steht das ehrgeizige Ziel, die österreichischen Exporte bis 2014 auf vier Milliarden Euro pro Jahr zu verdoppeln. Aber auch globale Themen wie der Klimawandel oder die weltweite Energieversorgung standen auf dem Programm.

„Das ist für uns ein wichtiges Anliegen“, sprach Spindelegger die Menschenrechtsfrage an. In diesem Sinn setzt sich Österreich dafür ein, daß China den Menschenrechtsdialog mit der EU wieder aufnimmt. Dieses Thema muß vorangetrieben werden, denn der Außenminister ist überzeugt: „Wenn das alle Europäer tun bei ihren Besuchen, wird das auch zu einer Veränderung führen.“ Gerade auch die Situation der christlichen Minderheit in China liegt Spindelegger am Herzen. Besonders die rund zehn Millionen Papst-treuen chinesischen Christen leiden unter staatlichen Repressalien.

„Die EU und China haben eine strategische Partnerschaft geschlossen, in diesem Rahmen wollen wir einander noch besser kennen lernen und künftig in globalen Angelegenheiten noch stärker an einem Strang ziehen“, so Spindelegger abschließend. ■

Foto: BMF/Schneider



Vizekanzler Finanzminister Josef Pröll, Gouverneur Zhou Xiaochuan und Außenminister Michael Spindelegger (v.l.)

Viel Ehre für ein kleines Land

Eine einwöchigen Reise führte Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Parlamentarierdelegation nach Indien.



Alle Fotos: Parlamentsdirektion / Gerhard Marschall

Parlamentarierdelegation wird von Indiens Staatspräsidentin Pratibha Devisingh Patil empfangen (Bildmitte). Rechts von ihr Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, dahinter (v.l.) NR-Abg. Sigisbert Dolinschek, NR-Abg. Christine Muttonen, NR-Abg. Ruperta Lichtenecker und der 3. Nationalratsabgeordnete und Martin Graf.

Zu einer einwöchigen Reise nach Indien brach Nationalratspräsidentin Barbara Prammer am 5. Feber auf. Sie erwiderte damit einen Besuch der Präsidentin des indischen Parlaments, Meira Kumar, im September 2009 in Wien. Begleitet wurde Prammer von einer Parlamentarierdelegation, welcher der Dritte NR-Präsident Martin Graf (FPÖ) sowie die Abgeordneten Christine Muttonen (SPÖ), Ruperta Lichtenecker (Grüne) und Sigisbert Dolinschek (BZÖ) angehörten.

„Indien ist ein vielfältiges und für Europa in mehrerer Hinsicht wichtiges Land“, begründete Präsidentin Prammer die Bedeutung guter politischer Beziehungen. Immerhin sei Indien mit mehr als 1,1 Milliarden Einwohnern die größte Demokratie der Welt sowie ein Land mit reicher Kulturgeschichte und enormer ökonomischer Schubkraft, wenngleich auch mit einem starken sozialen Gefälle. Aufgrund seiner Größe und Lage komme Indien nicht zuletzt auch eine wichtige geopolitische Rolle in der Region zu.

Zum Auftakt des einwöchigen Indien-Aufenthalts statteten die ParlamentarierInnen am 6. Feber auf Einladung des indischen Parlaments dem Taj Mahal einen Besuch ab. Das im 17. Jahrhundert errichtete Grabmal ist eine der wichtigsten Sehenswürdigkeiten Indiens und wurde 1983 in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes aufgenommen.

Am Morgen des 7. Feber legte Prammer an der Gedenkstätte für Mahatma Gandhi im Raj Ghat einen Kranz nieder. Der Besuch an diesem symbolträchtigen Ort bildete den Auftakt zum umfangreichen Besuchsprogramm, das die Delegation in Indien absolvierte. Dann gab es ein Treffen mit Vertretern österreichischer Unternehmen, die in Indien engagiert sind, bei dem einige Probleme zur Sprache kamen, für deren Lösung die Manager um politische Unterstützung warben. So sollten etwa die Verhandlungen über ein Sozialversicherungsabkommen zwischen den beiden Staaten dringend vorangetrieben werden, da die indische Gesetzgebung für öster-

reichische Arbeitnehmer von Nachteil sei. Weiters seien Ausbildungskooperationen im universitären Bereich wünschenswert, um die Probleme bei der Rekrutierung von qualifizierten Arbeitskräften auszugleichen. Prammer versprach, diese Anliegen umgehend an die Bundesregierung weiterzuleiten.

Gute Beziehungen

Der Minister für parlamentarische Angelegenheiten, Shri Pawan K. Bansal, sprach beim Treffen mit der österreichischen Delegation die lang anhaltenden guten Beziehungen zwischen den beiden Staaten an und erinnerte in diesem Zusammenhang an den Anteil Indiens am Zustandekommen des Staatsvertrags im Jahr 1955. Indien entwickle sich wirtschaftlich hervorragend und habe große Chancen, stellte Bansal fest, räumte zugleich aber ein: „Der Ausbau der guten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und Indien ist sehr wichtig, wir haben das Potential noch nicht ausgeschöpft.“

Österreich, Europa und die Welt



Kranzniederlegung am Mahnmal für Mahatma Gandhi. V.l.: Sigisbert Dolinschek, Christine Muttonen, Österreichs Botschafter Ferdinand Maultaschl, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Dritter Nationalratspräsident Martin Graf, Helfried Carl (Büroleiter der Nationalratspräsidentin), Ruperta Lichtenecker und ein Veranstaltungsteilnehmer

Abgeordnete Christine Muttonen erkundigte sich vor dem Hintergrund des kürzlich abgeschlossenen Wissenschaftsabkommens nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit im wissenschaftlichen Bereich. Solche seien vermehrt anzustreben, bestünden aber bereits vereinzelt, informierte Minister Bansal. Als Beispiel nannte er eine Kooperation im postgradualen medizinischen Bereich zwischen der Universität in seiner Heimatstadt Chandigarh, der Hauptstadt des Punjab, und der Universität Innsbruck.

Auch Oppositionsführerin Sushma Swaraj sprach die Bildung als Schlüssel für eine gerechtere Gesellschaft an. Sie bezeichnete die nach wie vor enormen wirtschaftlichen Unterschiede als größtes Problem Indiens. Das rapide Wirtschaftswachstum komme zwar langfristig der gesamten Bevölkerung zugute, doch das dauere zu lange. In der Zwischenzeit werde die Kluft zwischen Reichen und Ärmsten sogar größer statt kleiner.

Dritter Nationalratspräsident Martin Graf erkundigte sich, wie sich die Sprachenvielfalt im parlamentarischen Alltag auswirke. Laut Swaraj sind Hindu und Englisch die Arbeitssprachen, doch könnten sich die Abgeordneten nach Voranmeldung auch in sechs weiteren Sprachen zu Wort melden. Solche Beiträge würden dann simultan übersetzt.

Zu Mittag traf die Delegation zu einem Meinungsaustausch über aktuelle indische Themen mit Chefredakteuren indischer Zeitungen zusammen. Am Nachmittag stand ein Treffen mit Abgeordneten des parlamentari-



Herzliche Begrüßung zwischen Parlamentspräsidentin Meira Kumar und NR-Präsidentin Barbara Prammer

sehen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten sowie mit dem Vizepräsidenten der zweiten Kammer, Shri K. Rahman Khan, auf dem Programm.

Thema: Ausbau der parlamentarischen Diplomatie

Überaus freundschaftlich verlief das Treffen zwischen Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und ihrer indischen Amtskollegin Meira Kumar am Abend. Den österreichischen ParlamentarierInnen wurde hohe

Wertschätzung entgegengebracht. „Österreich ist das kulturelle Zentrum Europas und ein sehr aktives Mitglied der Europäischen Union“, hielt Kumar im Rahmen ihrer Begrüßung fest. Es sei dabei nicht zuletzt auch in wirtschaftlicher Hinsicht ein interessanter Partner. „Investitionen in Indien sind willkommen“, warb die Präsidentin und sprach in diesem Zusammenhang an den österreichischen Bankensektor die Einladung aus, sich in Indien zu engagieren. Die Krise sei überwunden, die Wirtschaft boome, das Wachstum werde im laufenden Jahr bei 9 Prozent liegen. Daraus ergebe sich beträchtliches Potential für den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen. Notwendig seien aus indischer Sicht vor allem Energie- und Umwelttechnologie, von der Österreich viel zu bieten habe. Prammer warb in diesem Zusammenhang dafür, Kooperationen im universitären Bereich auszubauen und damit den Wissenstransfer zu forcieren.

„Wir sollten die parlamentarischen Beziehungen unserer Länder verstärken“, meinte Kumar und sprach damit ein bei diesem Besuch immer wiederkehrendes Thema an: den Ausbau der parlamentarischen Diplomatie. Parlamente bestünden aus einer Vielzahl von Parteien, weshalb ihre Außenpolitik von einer breiteren Basis getragen werde als jene der Regierungen. „Wir können eine wichtige Rolle spielen“, pflichtete Prammer bei. Parlamente seien auch näher an den Bürgerinnen und Bürgern, was sie für die Lösung von Konflikten prädestiniere.

Österreich, Europa und die Welt

Auch auf den von Präsidentin Kumar vorgebrachten Wunsch Indiens nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat ging Prammer ein: Österreich sei ebenfalls an einer Reform dieses Gremiums interessiert. Sollten neue ständige Mitgliedschaften geschaffen werden, wäre Indien ein natürlicher Kandidat.

Ihr Arbeitsaufenthalt in Indien führte Prammer auch an die Jawaharlal Nehru University in New Delhi, wo sie im Rahmen eines Vortrags Chancen und Vorteile parlamentarischer Diplomatie im 21. Jahrhundert beleuchtete. Dabei stand für sie außer Frage, daß dieser Form internationaler Beziehungspflege zunehmend mehr Gewicht zukommen müsse. Als wesentlichen Vorteil parlamentarischer Diplomatie benannte sie ihre im Gegensatz zu anderen diplomatischen Formen größere Flexibilität und Offenheit: Abgeordnete seien schließlich weder Einschränkungen durch das Protokoll unterworfen, noch wären sie notwendigerweise daran gebunden, die offizielle Position ihres Heimatstaates und damit ihrer Regierung zu vertreten. Gerade deshalb halte sie, so Prammer, parlamentarische Diplomatie für den bestmöglichen Ersatz für direkten Kontakt zwischen Völkern.

Frauenrechte

Obwohl Indien 2005 ein umfassendes Gesetz zum Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt beschlossen habe, das im Vorjahr novelliert wurde, und ein weiteres Gesetz zum Schutz von Frauen vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz dem Parlament vorliege, sei Gewalt gegen Frauen in Indien nach wie vor ein großes Problem. Dieses werde allerdings noch immer nicht als gesamtgesellschaftliches Anliegen begriffen, sondern auf ein rein frauenpolitisches Thema reduziert. Zu diesem selbstkritischen Fazit gelangten VertreterInnen der indischen Zivilgesellschaft, mit denen die österreichische Parlamentarierdelegation im Rahmen ihres Indien-Aufenthalts zusammentraf. Die intensive Diskussion war von Frauenfragen beherrscht und stellte eine interessante Ergänzung zu den offiziellen politischen Terminen in Indiens Hauptstadt New Delhi dar. Die Nationalratspräsidentin sprach sich für eine Weltfrauenkonferenz aus. Seit der letzten Konferenz 1995 in Peking habe sich die Welt schließlich grundlegend verändert, hielt sie im Gespräch mit VertreterInnen der indischen Zivilgesellschaft fest, bei denen dieser Vorschlag auf große Zustimmung stieß. Das Patriarchat sei in Indien noch nicht über-



Staatspräsidentin Pratibha Devisingh Patil begrüßt NR-Präsidentin Barbara Prammer

wunden, stellte die Sozial- und Menschenrechtsaktivistin Mohini Giri fest. Frauen und Mädchen würden weiterhin benachteiligt, oft geschehe das unter Berufung auf Traditionen. Strukturelle Schlechterstellung gebe es laut Giri beispielsweise auch im Justizbereich, Männer würden vor Gericht oft bevorzugt. Der Schlüssel zur positiven Veränderung liege in Aufklärung und Ausbildung, waren sich die TeilnehmerInnen einig.

Auch im Gespräch, das Staatspräsidentin Pratibha Devisingh Patil und Nationalratspräsidentin Prammer am Abend des 8. Februar führten, kam das freundschaftliche Verhältnis zwischen Indien und Österreich deutlich zum Ausdruck. Zugleich herrschte Übereinstimmung darüber, daß die Kontakte im

wirtschaftlichen wie im wissenschaftlichen Bereich ausgebaut werden sollten. Der Empfang im Präsidentenpalast bildete zugleich den politischen Höhepunkt des Indien-Besuchs der österreichischen Parlamentarierdelegation.

Präsidentin Patil verwies eingangs ihres Gesprächs mit Prammer auf die langjährige herzliche Beziehung zwischen den beiden Staaten, die auf gemeinsamen Werten beruhe. Seitens Indiens bestehe großes Interesse, diese Kontakte zu intensivieren. Auftakt dazu sei der Besuch von Bundespräsident Heinz Fischer im Jahr 2005 gewesen. Prammer erneuerte die damals von Fischer ausgesprochene Einladung zu einem Gegenbesuch in Österreich.



Die Nationalratspräsidentin bei ihrem Vortrag an Jawaharlal Nehru Universität in New Delhi. Links: Helfried Carl (der Leiter des Büros der Präsidentin)

Österreich, Europa und die Welt



Fabriksführung: Die Delegation mit dem Chef von Alpla India, Vagish Dixit

Beziehungen zwischen Europa und Indien

Nach politischen Gesprächen in der Hauptstadt New Delhi reiste die Delegation weiter nach Hyderabad, wo Wirtschaftsthemen im Mittelpunkt standen. Dabei ging es um die Beziehungen zwischen Europa und Indien ebenso wie um konkrete Marktchancen für österreichische Unternehmen. Der Bundesstaat Andhra Pradesh zählt mehr als

82 Mio. Einwohner. Seine Hauptstadt Hyderabad ist mit rund 6,3 Mio. Einwohnern sechstgrößte Stadt Indiens, Zentrum der Informationstechnologie und damit einer boomenden Region.

Europäische Unternehmen seien herzlich willkommen, erklärten die beiden höchsten politischen Repräsentanten von Andhra Pradesh, die zu einem Empfang für die österreichische Delegation geladen hatten: Re-

gierungschef Kiran Kumar Reddy und Nandla Manohar, Sprecher des Regionalparlaments. Es bestehe großes Interesse an österreichischen Investitionen, warben die beiden Politiker. An diesem Empfang nahmen auch eine Reihe von Ministern sowie zahlreiche UnternehmensvertreterInnen teil. Tags darauf stand ein Treffen mit einer Vereinigung junger Wirtschaftstreiber aus Hyderabad auf dem Besuchsprogramm, der der Vertiefung bestehender bzw. der Anbahnung neuer Geschäftsbeziehungen diene.

Wirtschaftsthemen im Mittelpunkt

Zum Abschluß ihrer Indienreise statten die österreichische ParlamentarierInnen der Küstenstadt Chennai im Süden des Landes einen Besuch ab. Sie wurden vom österreichischen Honorarkonsul in Chennai, Bhadrashyam H. Kothari, begrüßt, der der Delegation Indiens südlichsten Bundesstaat vorstellte: Tamil Nadu zählt mehr als 65 Mio. EinwohnerInnen und ist eine der höchstindustrialisierten Regionen Indiens. Das schlägt sich in wirtschaftlicher Potenz und sozialer Stabilität nieder: Pro-Kopf-Einkommen, Alphabetisierungsrate und Lebenserwartung liegen hier zum Teil deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

Den Höhepunkt des Aufenthalts in Chennai bildet ein High-Tea im Rahmen einer von der Industrie- und Handelskammer



Indisch-österreichisches Wirtschaftssymposium in der südindischen Küstenstadt Chennai

Österreich, Europa und die Welt



Musikalischer Willkommensgruß für die Parlamentarierdelegation beim Empfang in der österreichischen Botschaft.

zusammen mit dem Logistiker Gebrüder Weiss-Roehlig ausgerichteten Informationsveranstaltung. Dabei ging es darum, indischen Unternehmen den Wirtschaftsstandort Österreich vorzustellen und sie für Investitionen zu interessieren.

Ein Beispiel für bereits funktionierende Wirtschaftsbeziehungen ist, wie sich die Delegation bei einem kurzen Betriebsbesuch überzeugen konnte, die Firma Tuscany Home Solutions. Der Familienbetrieb importiert österreichische Küchen (EWE, FM) und ist gerade dabei, sein Tätigkeitsgebiet auf weitere Standorte in Indien auszuweiten.

Prammer verwies zu Beginn ihrer Rede auf die dauerhaften freundschaftlichen Kontakte der beiden Staaten, die bereits mehr als sechs Jahrzehnte zurückreichen. Österreich war eines der ersten Länder, die 1949 mit dem unabhängigen Indien diplomatische Beziehungen aufnahmen und zählte auch zu den ersten Staaten, die dem von Premierminister Jawaharlal Nehru an die industrialisierten Staaten gerichteten Appell, den industriellen Aufbau Indiens zu unterstützen, Folge leisteten. Vor allem die indische Stahlindustrie profitierte vom Einsatz avancierter österreichischer Technologie, wie etwa dem LD-Verfahren. Österreich habe also Anteil daran, daß Indien heute zum viertgrößten Produzenten von Rohstahl weltweit geworden ist.

Die Aufnahme von Direktflügen zwischen Wien und New Delhi durch die Austrian Airlines zu Ende der 1990er Jahre markierte einen weiteren wichtigen Punkt im Ausbau der bilateralen Beziehungen, merkte Prammer an. Indien sei heute ein Schlüsselmarkt für österreichische Unternehmen. Gerade im Bereich des Technologietransfers bieten sich zahlreiche Möglichkeiten für eine verstärkte Kooperation von indischen und österreichischen Unternehmen. Bereiche, die hier von besonderem Interesse sind, wären alternative Energieträger und Umwelttechnik, Infrastruktur, die Automobil-, Elektro- und Elektronikindustrie, wie auch Dienstleistungen und Tourismus, führte Prammer aus.

Diese wirtschaftlichen Beziehungen sind, wie die Nationalratspräsidentin unterstrich, nicht einseitig: Neben Joint-Ventures österreichischer Firmen in Indien haben in den letzten Jahren zunehmend auch indische Unternehmen in Österreich investiert. Vor der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise hatten die österreichischen Exporte rund 610 Mio. Euro erreicht, die Exporte Indiens nach Österreich betragen 416 Mio. Euro. Im Zuge der globalen Wirtschaftskrise fiel 2009 das österreichische Exportvolumen, die indischen Exporte nach Österreich konnten aber weiter zulegen. Die bisher vorliegenden Zahlen für 2010 deuten jedoch auf eine Erholung der österreichischen Exportfähigkeit hin.

Österreich exportiert in erster Linie Maschinen- und Werkzeugtechnik, Spezialfahrzeuge, Eisen und Stahl, chemische Produkte, Plastik, Medikamente sowie Test- und Messinstrumente nach Indien und importiert von dort vor allem Kleidung und Textilien, Maschinen und Fahrzeuge, Chemikalien und Medikamente, Schuhe, Kaffee, Tee und Gewürze. Prammer zeigte sich überzeugt, daß Österreich und Indien in eine neuen Phase der intensiven Zusammenarbeit und wirtschaftlichen Kooperation eintreten können und es noch viel Raum zur Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen gebe. Diese könnten sehr viel dazu beitragen, die guten bilateralen Kontakte zwischen Österreich und Indien zu vertiefen, schloß sie.

Resümees

Nationalratspräsidentin
Barbara Prammer

„Die nun intensivierten Kontakte müssen aufrechterhalten und gepflegt werden. Wir müssen uns um Indien enorm bemühen, wobei die Wirtschaft sicherlich Priorität hat. Ich bin davon überzeugt, daß wir mit bilateraler Politik sehr oft behilflich sein und Türen öffnen können. Es ist bemerkenswert und äußerst erfreulich, wie groß das Interesse seitens der indischen Wirtschaft an Österreich ist.“

Österreich, Europa und die Welt

In politischer Hinsicht ist es natürlich höchst interessant, wie die indische Seite die verschiedenen globalen Fragen bewertet. Das sind wertvolle Informationen, aus denen man Schlüsse ziehen kann. Sehr spannend war für mich daher die Aussprache mit dem Außenpolitischen Ausschuß im Parlament, bei der das Verhältnis Indiens zu den Nachbarn Pakistan und Afghanistan sowie generell die Situation im südasiatischen Raum zur Sprache kamen. Es ist immer gut zu wissen, wie so große Staaten die weltpolitische Lage einschätzen. Wir haben selbstverständlich auch ein Gefühl für das Land bekommen, für ein Land der großen Gegensätze: einerseits technologisch hoch entwickelt mit gewaltigem Wachstum, andererseits die großen Herausforderungen in der Armutsbekämpfung bis hin zu den Frauenfragen.

Es war wichtig, daß wir nicht nur in New Delhi waren, sondern daß wir darüber hinaus einen Eindruck gewonnen haben, wie riesig groß und vielfältig die einzelnen Provinzen sind. Alles in allem war das eine sehr erfolgreiche Reise mit viel Mehrwert für alle TeilnehmerInnen der Delegation.

Indem das eine Allparteiendelegation war, können auch die Fraktionen aus einer Fülle an Informationen ihren Nutzen ziehen. Wir werden zuhause alles, was bei den vielen Kontakten angesprochen wurde, gemeinsam mit der österreichischen Botschaft in Indien, mit dem Außenministerium und vor allem mit der österreichischen Wirtschaft aufarbeiten.“

Christine Muttonen (SPÖ)

„Mich hat einerseits das wirtschaftliche Wachstum beeindruckt, der indische Markt ist geradezu am Explodieren. Überrascht hat mich dieses Vorpreschen in der Technologie insgesamt, da ist Indien sehr gut unterwegs.

Andererseits versucht Indien sehr viel im Bildungsbereich zu tun und hier könnten beide Seiten von Kooperationen viel profitieren. Das könnte auf dem HTL-Sektor sein, aber selbstverständlich auch zwischen Fachhochschulen und Universitäten. Aufgrund der kulturellen Unterschiede erweitern sich die Blickfelder, woraus sich wiederum Neues entwickeln kann.

Das Vernetzen von Firmen und von Bildungseinrichtungen, grundsätzlich ein interkultureller Dialog erscheinen mir sehr wichtig. Es können beide, Österreich wie Indien, viel voneinander lernen. Auch für die Kreativwirtschaft tun sich Chancen auf, die teilweise schon genutzt werden, aber noch viel zu wenig. Wie wir etwa in Chennai gesehen

haben, könnte es etwa in der Textilindustrie im Bereich des Stoffdesigns oder bei neuen Webtechnologien spannende Möglichkeiten zur Zusammenarbeit geben. Auch in der sehr starken indischen Filmbranche gäbe es für die österreichische Kreativwirtschaft sicherlich gute Möglichkeiten zur Zusammenarbeit.

In bezug auf eine Frauenquote in den Parlamenten tut sich auf regionaler Ebene einiges, das ist durchaus nachahmenswert. Andererseits gibt es, wie uns berichtet wurde, noch viel Gewalt an Frauen.

Besonders beeindruckt hat mich der von den Indern immer wieder vorgebrachte Slogan ‚Unity in diversity‘ (Einheit in der Vielfalt), nachdem sie sowohl in sprachlicher, religiöser und kultureller Hinsicht zu leben versuchen.“

Dritter NR-Präsident Martin Graf (FPÖ)

„Ein spannendes Land der großen Gegensätze, mit einer reichen Oberschicht und einer gut ausgebildeten Mittelschicht auf der einen Seite und teilweise Massenelend auf der anderen Seite. Es gibt große Bemühungen seitens der staatlichen Stellen, Betriebsansiedlungen – und damit Wertschöpfung und Arbeitsplätze – in das Land zu holen. Letztlich kann man sich nicht dem Gefühl entziehen, daß hier ein wirtschaftlicher Gigant entsteht.

Österreich hat mit Qualitätsprodukten durchaus hervorragende Marktchancen, die genutzt werden sollten. Dazu sollten die Kontakte auf politischer wie wirtschaftlicher Seite intensiviert werden, weil ich den Eindruck habe, daß sehr viele Unternehmen auf der Suche nach internationalen Partnern sind. Hier ist die Wirtschaftskammer mit ihren Außenhandelsstellen gefragt und gefordert. Es sollte darüberhinaus in Österreich eine Informationsoffensive geben, um auch mittleren und kleineren Unternehmen die Scheu zu nehmen, den Schritt nach Indien zu machen.

Zu bemerken war, daß in den drei großen Städten das österreichische Bankwesen überhaupt nicht vorhanden ist. Wo Banken sind, sind im Schlepptau immer auch wirtschaftliche Aktivitäten. Daher sollten sich Österreichs Banken den indischen Markt einmal anschauen.

Insgesamt glaube ich schon, daß diese Delegation eine Türöffnerfunktion hatte. Solche Delegationen sind wichtig, weil wir ansonsten als kleines Land bei solchen Giganten wie Indien überhaupt nicht sichtbar werden.“

Ruperta Lichtenecker (Grüne)

„Ich denke, daß Indien derzeit politisch wie wirtschaftlich unterschätzt wird. Die Wachstumsraten, sowohl in der Bevölkerung als auch in der Wirtschaft zeigen einfach, daß hier ein sehr großes Land im Kommen ist.

Ein großes Problem sind mit Sicherheit der Umweltschutz und die Energieversorgung. In diesen Bereichen haben wir eine Menge an Firmen, etwa in Umwelttechnologie, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, erneuerbare Energie, um nur einige zu nennen. Hier gibt es für österreichische Betriebe sicher interessante Möglichkeiten. Die Investitionen in die Infrastruktur sind ja enorm, insofern müssen die sich bietenden Chancen nur ergriffen werden.

Ein Riesenthema ist auch das Stadt-Land-Gefälle im wirtschaftlichen und sozialen Bereich, aber auch in der Bildung oder in der Gleichberechtigung der Frauen. Das wird eine große Herausforderung für die nächsten Jahre sein. Es gibt allerdings erfreulich viele Organisationen, die in diesem Bereich arbeiten.

Interessant war für mich, daß sehr offen und vertrauensvoll auf einen zugegangen wird. Die Erfahrungen österreichischer Firmen in Indien sind ebenfalls sehr gut. Daher glaube ich, daß wir die bestehenden Kooperationen mit den Unternehmen und den Wirtschaftsverbänden verstärken sollten. Dazu ist es wichtig, daß wir die politischen Kontakte weiterhin pflegen und intensivieren.“

Sigisbert Dolinschek (BZÖ)

„Indien ist ein spannendes Land der Gegensätze, das für uns ein wichtiger Partner ist. Viele österreichische Firmen haben diesen Markt schon entdeckt. Mir persönlich war wenig bekannt, welche Firmen hier bereits Fuß gefaßt haben.

Sehr beeindruckt hat mich das Wissen der politischen Vertreter über Österreich. Die Inder interessieren sich sehr für Österreich und die Firmen, die bereits in Indien sind, sind sehr erfolgreich. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, für Schlüsselarbeitskräfte, die aus Österreich entsandt werden, ein Sozialabkommen, wie wir es auch mit anderen Ländern haben, mit denen wir in wirtschaftlichen Beziehungen stehen, abzuschließen. Das ist für mich das Allerwichtigste, damit die Ansprüche der österreichischen Arbeitnehmer gewahrt bleiben. Ansonsten könnte es sich der eine oder andere überlegen, für seine Firma nach Indien zu gehen.“

ÖGfE-Umfrage: Jugendliche wollen mehr Europa

Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGvE) hat jüngst Umfrageergebnisse veröffentlicht, wonach 75 % der befragten Jugendlichen die EU-Mitgliedschaft positiv sehen. „Trotz der aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen stehen die Jugendlichen zur Europäischen Integration“, analysiert Paul Schmidt, Leiter der ÖGfE. Nur etwa 12 % äußern sich negativ, die restlichen machten keine Angaben.

Mehr Information gewünscht ...

Die SchülerInnen wollen mehr wissen, vor allem zu Themen wie Ausbildung in Europa (49 %), Österreich und die EU (48 %), EU-Erweiterung (41 %) sowie EU-Themen, die ihre Region direkt betreffen (37 %).

„Jugendliche wollen einfach wissen, welchen Mehrwert sie persönlich von der EU haben und welche Chancen sie ihnen bietet. In Österreich sollte daher verstärkt kommuniziert und – auch offen und kritisch – die Vor- und Nachteile der Europäischen Union angesprochen werden“, so Schmidt.

„Auch meine Erfahrungen im Rahmen der Europa-Dialog-Tour haben mir dies gezeigt“, bestätigt Außenminister Michael Spindelegger. „Das wirksamste Mittel gegen EU-

Skepsis ist der Dialog. Unsere Jugend muß hier noch stärker miteinbezogen werden.“

„Die österreichische Jugend interessiert sich stark dafür, was in der EU passiert. Die Wanderausstellung und die sie begleitenden Diskussionen helfen Schülern wie Lehrern vor allem bei einem: Europa nicht nur als Friedensprojekt, sondern als nicht wegzudenkenden Teil unseres Alltags zu begreifen“, erläutert Richard Kühnel, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich.

... aber wie?

Die befragten Jugendlichen bevorzugen zu 48 % Diskussionsveranstaltungen über die EU, 39 % wollen eine verstärkte Auseinandersetzung mit europäischen Themen im Unterricht. Mehr Informationen in den Medien bzw. im Internet wünschen sich knapp 30 %.

Die Umfrage zeigt, daß das Projekt „Die EU und DU“ in dieser Hinsicht durchaus erfolgreich ist. Immerhin wurden die EU-Wanderausstellung und die Diskussionsveranstaltungen von knapp zwei Dritteln (66 %) der Befragten als „interessant“ oder sogar „sehr interessant“ bewertet. Drei Viertel (76 %)

der befragten Jugendlichen fühlten sich nach der Ausstellung und der Diskussion „gut informiert“ oder sogar „sehr gut informiert“.

„Wir versuchen die SchülerInnen objektiv über aktuelle europäische Entwicklungen zu informieren, ihr Interesse zu wecken und sie zu einer kritischen Auseinandersetzung zu ermutigen – egal ob das Medienberichte oder Diskussionen im Familien- und Freundeskreis betrifft“, meint Schmidt.

„Europa geht uns alle etwas an. Jeder ist dazu eingeladen, sich einzubringen und aktiv mitzugestalten. Die Lehrkräfte sind in der Europa-Arbeit wichtige Partner. Ihr Engagement, den Schülern das Projekt Europa näher zu bringen, ist unverzichtbar“, so Spindelegger.

Von den 1043 Befragten sind 52 % weiblich und 46 % männlich (2 % ohne Angabe). 62 % sind zwischen 15 und 17 Jahre alt, 18 Jahre oder älter sind 28 %, nur jede/r Zehnte ist 14 Jahre oder jünger. Die Wanderausstellung tourte im vergangenen Jahr hauptsächlich durch AHS, HAK und Berufsschulen, die restlichen 10 % der Befragten besuchen andere Berufsbildende Höhere Schulen. ■

<http://www.die-eu-und-du.at>

<http://www.oegfe.at>

van Staa: Ausschluß der Regionen ist in der EU unverzichtbar

In letzter Zeit immer wieder geäußerte Bemerkungen von Abgeordneten zum Europäischen Parlament, man möge als Sparmaßnahme auch eine „Schließung“ des Ausschusses der Regionen (AdR) und des Wirtschafts- und Sozialausschusses der EU überlegen, veranlassen den Tiroler Landtagspräsidenten Herwig van Staa, der seit 2004 auch Vizepräsident des AdR und österreichischer AdR-Delegationsleiter ist, zu einer Reaktion.

„Wenn diese Abgeordneten jetzt allen Ernstes sagen, daß es über Jahrzehnte verabsäumt worden sei, diese Institutionen sinnvoll in den EU-Entscheidungsprozeß mit einzubeziehen und die Kompetenzverschiebungen der letzten Jahre innerhalb der EU deren Existenz obsolet mache, so haben sie offensichtlich den Vertrag von Lissabon, der nun doch schon seit geraumer Zeit in Kraft und damit in der gesamten EU verbindliches Recht ist, noch nicht genau gelesen“, so van Staa. „Denn gerade das Gegenteil ist der Fall“.

Die Regionen, aber auch die Kommunen, hätten sukzessive an Einfluß und Bedeutung gewonnen, weil die EU schon lange erkannt habe, daß für das Projekt Europa die aktive

Miteinbeziehung der regionalen und lokalen Ebene unverzichtbar sei. „Mit dem Vertrag von Lissabon erfuhren der AdR wiederum eine eindeutige Stärkung, seine Kompetenzen wurden ausgebaut und er hat nunmehr bei Verletzungen des Subsidiaritätsprinzips durch andere Organe der EU ein Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof. Und ich kann aus jahrelanger eigener Erfahrung berichten, daß die vom AdR verabschiedeten Stellungnahmen im Entscheidungsprozeß der EU sehr wohl Ernst genommen werden, weil man weiß, daß hier die VertreterInnen starker Regionen und Kommunen, die schließlich den BürgerInnen am Nächsten sind, aufgezeigt und sich aktiv eingebracht haben.“

„Ich kann diesen Europaparlamentariern nur anbieten, mit mir das Gespräch zu suchen, ich bin auch jederzeit gerne bereit, sie über die aktuellen regionalpolitischen Entwicklungen eingehend zu informieren“, appelliert van Staa an die betreffenden Abgeordneten, gleich welcher Fraktion. „Wir alle, sowohl Mitglieder des Europäischen Parlaments als auch des AdR, sollten uns bemühen, uns gemeinsam dafür einzusetzen, daß das Mitspra-

cherecht der Regionen und Kommunen in Europa noch weiter gestärkt wird, um so eine stärkere Legitimität und Bürgernähe von europäischen Entscheidungen zu erreichen“.

Daß Demokratie auch Geld koste, sei eine bekannte Tatsache. „Ich werde immer wieder mit der Frage konfrontiert, ob man nicht auch die Landtage abschaffen sollte, um Geld zu sparen. Dazu möchte ich klarstellen, daß Österreich nach geltender Verfassung ein Bundesstaat ist und diese Bundesstaatlichkeit neben Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu den Grundprinzipien der Republik zählt. Für mich besteht jedenfalls kein Zweifel, daß die Bundesländer mit ihren Gesetzgebungsbefugnissen und damit auch die Landtage politisch sinnvoll und notwendig sind“, so van Staa. „Auch die EU hat im Vertrag von Lissabon jetzt sogar ausdrücklich den Landtagen die Möglichkeit eingeräumt, sich im Rahmen der Subsidiaritätskontrolle an der europäischen Gesetzgebung mit zu beteiligen. Europa hat also die Bedeutung der Regionalparlamente erkannt und will sie stärken, nicht abschaffen“. ■

<http://www.cor.europa.eu/>

Zwei neue österreichische Vertretungen

Honorarkonsulat in Yogyakarta

Im Rahmen einer feierlichen Zeremonie wurde am 18. Februar der neue österreichische Honorarkonsul für Yogyakarta und Zentraljava, Sugiharto Soeleman in sein Amt eingeführt. Anlässlich der Eröffnung konnte der österreichische Botschafter Klaus Wölfer eine Reihe hochrangiger Gäste begrüßen: Wissenschafts- und Forschungsministerin Beatrix Karl, Sultan Sri Hamengkubuwono X von Yogyakarta, den Gouverneur der Provinz Zentraljava sowie österreichische WirtschaftsvertreterInnen.

Der Naturwissenschaftler und Geschäftsmann Soeleman wird zukünftig das mittlerweile schon dritte österreichische Honorarkonsulat auf indonesischem Boden leiten und somit wesentlich dazu beitragen, die österreichische Präsenz im Inselstaat zu erweitern. Bereits letztes Jahr konnten Honorarkonsulate in Bandung (für Westjava) und Surabaya (für Ostjava) eröffnet werden.

Die Universitäts- und Kulturstadt Yogyakarta ist sowohl spirituelles als auch touristisches Zentrum der indonesischen Hauptinsel Java. Weltbekannt ist etwa der buddhistische Borobudur Tempel aus dem 9. Jhd. ■

Honorargeneralkonsulat in Kapstadt

Am 17. Februar nahm in Kapstadt das österreichische Honorargeneralkonsulat für die Provinz Westkap seine Arbeit auf. Aus Anlaß der Eröffnung gab Botschafter Otto Ditz tags zuvor einen Empfang, an dem etwa 100 AuslandsösterreicherInnen aus der Provinz teilnahmen.

Honorargeneralkonsul ist der 63jährige Otto Stehlik, Vorstandsvorsitzender der südafrikanischen „Protea“-Hotelkette. Stehlik kam 1970 nach Südafrika und arbeitete als Rezeptionist im 5* Heerengracht Hotel, welches er 1976 als Generaldirektor übernahm.

1984 gründete er die „Protea“-Hotelkette. Protea ist heute die größte und erfolgreichste Hotelkette in ganz Afrika.

Nachdem das Generalkonsulat Kapstadt wegen notwendiger budgetärer Einsparungen mit Ende Oktober 2010 geschlossen werden mußte, war es dem Außenministerium ein besonderes Anliegen, möglichst bald ein Honorargeneralkonsulat zu eröffnen, um die mehrere Tausend Personen starke Gruppe der AuslandsösterreicherInnen im Westkap auch in Zukunft wieder konsularisch betreuen zu können. ■

Oscar-Verleihung

Österreichische Unternehmen sind dabei

Wenn auch heuer leider kein österreichischer Film oder Schauspieler für den Oscar nominiert ist, so sind österreichische Unternehmen bei der Oscar Verleihung am 27. Februar auf alle Fälle mit dabei“, berichtete Rudolf Thaler, österreichischer Wirtschaftsdelegierter im Außenwirtschaftszentrum der WKÖ in Los Angeles einige Tage vor dem großen Event. Denn mit Sicherheit werde ein Oscar-gekrönter Film mit Kamera der Verleihfirma des Österreichers Otto Nemenz in Hollywood oder mit den mit einem Technologie-Oscar gekrönten Kamerasteuerungen der Wiener Firma Camadeus gedreht worden sein. Eine Hollywood Feuerprobe absolvierte im Jänner die Wiener Medienfirma Sabotage Films beim Sundance Filmfestival der Hollywood Ikone Robert Redford in Park City/Utah. Mit der Nominierung von zwei Filmen und einem preisgekrönten Film „Hell and back again“ erzielte Sabotage Films einen sensationellen Erfolg.

„Sollte ein Oscar für herausragende unternehmerische Leistungen in den USA im Jahr 2010 zu vergeben sein, so würde ich alle österreichischen Unternehmen nominieren, die im US-Geschäft tätig sind und gemeinsam ein Exportplus von 20 Prozent erzielen“, so Thaler. Ein Oscar in der Kategorie „Start up Unternehmen“ erginge an die 40 österreichischen Hitech Unternehmen im IT Bereich, die sich für die Technologieinitiative „Go Silicon Valley“ qualifizierten. Unter den zahlreichen Nominees in der Kategorie „Herausragendes Unternehmen“ fiel die Wahl auf Doppelmayr Cable Car, das sich 2010 in einem langwierigen Entscheidungsprozeß gegen stärkste Konkurrenz durchsetzte und mit dem Bau des Flughafenzubringers in Oakland den größten Auftrag in der Firmengeschichte erhielt.

Die Filmindustrie in Hollywood gehört zu den dynamischen Wirtschaftszweigen in Los Angeles und entwickelte sich nach einer Berg- und Talfahrt im vergangenen Jahr zu einem treibenden Wirtschaftsmotor. „16.500 neue Jobs wurden 2010 in Los Angeles im Filmbusiness geschaffen, um 13 Prozent mehr als im Jahr zuvor“, so Thaler. Die Zahl der Drehgenehmigungen nahm um 16 Prozent zu, nachdem sie 2009 um 23 Prozent im Vergleich zum Vorjahr einbrachen. Spielfilm Produktionen nahmen um 8 Prozent zu, TV-Shows um 12 und Werbespots um 28 Prozent. ■

http://portal.wko.at/wk/kontakt_dst.wk?dstid=623

Wiener Know-how in Bukarest ausgestellt

Die Ausstellung „Vienna Know-how: Urban Technologies and Strategies“ im Museum der Stadt Bukarest zeigt bis 15. April einen detaillierten und umfassenden Einblick in den Organismus der Stadt Wien. Weil es nämlich doch nicht ganz so selbstverständlich ist, daß eine Stadt so funktioniert, wie sie funktioniert.

BesucherInnen der Ausstellung begegnen auf einem Rundgang einer Vielzahl innovativer Wiener Lösungen in ausgesuchten und symbiotisch zusammenhängenden Themenkreisen wie Wasser, Stadtentwicklung, Immobilien, Umwelt, Mobilität, Sicherheit, Abfall, Kommunikation, Barrierefreie Stadt, Energie und Strategien.

Die Ausstellung war von April bis Juni 2010 erstmals in Wien zu sehen. Im September 2010 wurde sie erstmals international, im Museum für angewandte Kunst in Belgrad, präsentiert. Nun setzt sich die internationale Tour im Museum der Stadt Bukarest im Rahmen der Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Wien und der Stadt Bukarest im Museum der Stadt Bukarest fort. Eröffnet wurde die Ausstellung am 27. Februar durch

Emanuel Papageorghiu (Direktor für Kultur, Unterricht, Tourismus der Stadt Bukarest), Christian Oxonitsch (Amtsführender Stadtrat für Bildung, Jugend, Information und Sport der Stadt Wien) und Alexandra Vogl, MSc (Geschäftsführerin TINA VIENNA GmbH).

TINA VIENNA, ein Unternehmen der Wien Holding, ist Dienstleistungsorganisation und Drehscheibe für innovative Stadt- und Umwelttechnologien, entwickelt und umgesetzt von den Dienststellen und Unternehmen der Stadt Wien.

TINA VIENNA erfaßt das Wiener Know-how in diesem Bereich, vermittelt dieses international und unterstützt in- und ausländische Gebietskörperschaften dabei, das Wiener Wissen im Bereich der urbanen Technologien und Strategien für ihre Bedürfnisse zu nutzen.

Zeitnah zum Start der Ausstellung fand in Bukarest am 26. Februar der traditionelle „Wien Ball“ statt, an dem VertreterInnen der Stadt Wien, u.a. Stadtrat Christian Oxonitsch, teilnahmen. ■

<http://www.tinavienna-exhibitions.com>

Goldene Cloche® geht nach NY

Die moderne Interpretation der Österreichischen Küche prägt den Stil des gebürtigen Niederösterreichers Kurt Gutenbrunner im Big Apple, der mittlerweile fünf Lokale besitzt.

Sein erstes Lokal „Wallsé“ benannte der österreichische Koch Kurt Gutenbrunner nach seinem Heimatort, kurze Zeit später folgte das „Cafe Sabarsky“ im Deutsch-Österreichischen Museum an der Upper East Side. 2005 kam dann das Wirtshaus „Blaue Gans“ in Tribeca dazu. Ständig auf der Suche nach neuen Herausforderungen, eröffnete er die Weinbar „The Upholstery Store“. Zu seinen neuesten Projekten zählt der Wahl-New Yorker das „Cafe Kristall“ in Soho, das seit Herbst 2010 die New Yorker Society mit österreichischen Köstlichkeiten verwöhnt.

Nachdem der Starkoch die Gastronomie-fachschule in St.Pölten abgeschlossen hatte, verbrachte er seine Lehrjahre im „Hotel Schloß Dürnstein“ in der Wachau.

Kurt Gutenbrunner arbeitete in zahlreichen exklusiven Restaurants wie dem „Tantris“ und der „Bistro Terrine“ in München sowie im „Prinz Eugen“ mit Werner Matt.

Als Chef de Cuisine konnte er sein Können in New York im „Window's World“ dem Restaurant „Mangostin“ und der „Monkey Bar“ sowie an der Seite von David Bouley unter Beweis stellen.

1999 entschloß er sich, sein erstes Restaurant, das „Wallsé“, im West Village zu eröffnen, das noch im selben Jahr mit einem Michelin-Stern ausgezeichnet wurde und bis



Wurde gleich nach der Eröffnung seines ersten Restaurants in New York mit einem Michelin-Stern ausgezeichnet: der Niederösterreicher Kurt Gutenbrunner.

heute die größte Auswahl an Österreichischen Weinen in Amerika hat.

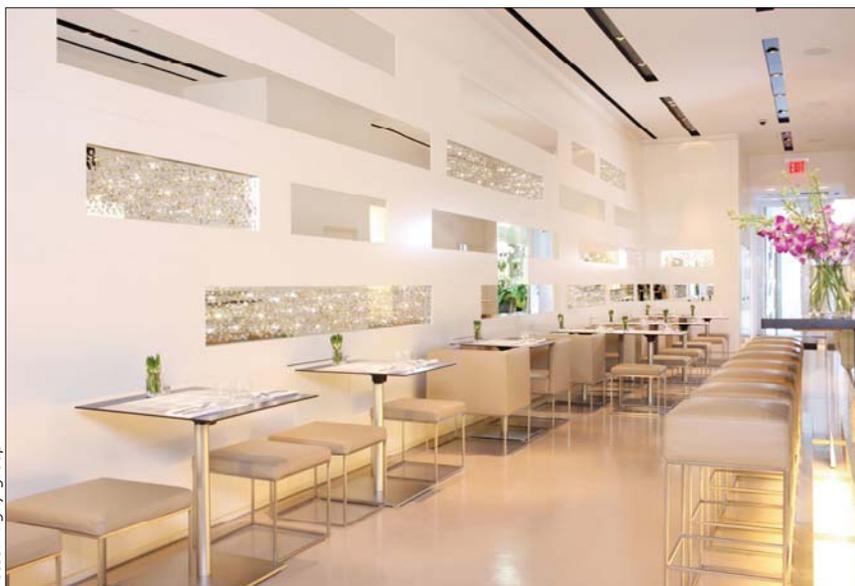
Die Wände des Restaurants sind mit Kunst von Martin Kippenberg, Dennis Hopper und Julian Schnabel geschmückt, was das Restaurant „Wallsé“ noch eindrucksvoller macht. Kurt Gutenbrunner's Philosophie ist eine Kombination aus Genuß und Kunst. Expressionisten der Österreichisch- Deutschen Kunst liegen besonders in seinem Focus.

Kurt Gutenbrunner lebt mit seinen drei Töchtern und seinem Sohn in seiner Wahlheimat New York.

Der „Gastronomie Club Wien“ freut sich, Kurt Gutenbrunner in die Riege der österreichischen Köche – neben großen wie Eckart Witzigmann, Sarah Wiener, Hans Haas und Mario Lohninger – aufzunehmen, die sich im Ausland erfolgreich verwirklicht haben. ■

<http://www.kg-ny.com>

<http://www.gastronomieclub.at>



Fotos: Kony group

Cafe Kristall

Dreivierteltakt und viel Tritsch-Tratsch

Opernball-Atmosphäre herrscht seit vielen Jahren beim »Kaiserball« auf Münchens größtem Tanzparkett im Ballsaal des Internationalen Congress Centers – ein Abend der Wiener Balltradition, den Bayern, Österreicher und Gäste aus nah und fern auch in diesem Jahr wieder stilvoll gefeiert haben.

Von Gaby Hildenbrandt.



Alle Fotos: Kaiserball / Konrad Stock

Wo kann man – außerhalb der Donaumetropole natürlich – eine rauschende Ballnacht wie beim Wiener Opernball erleben? Seit vielen Jahren lautet die Antwort: auf dem Kaiserball in München! Es ist jedes Mal ein besonderes Gefühl, den Ballsaal zu betreten. Einen Ballsaal, der keine 24 Stunden zuvor noch ein schlichter Kongreßsaal war. Doch viele Helferlein haben gezaubert und jetzt verströmen über 15.000 Nelken ihren Duft. Ein ganzer Kilometer rot-weiß-roter Stoff wurde an die Wände drapiert und über der großen Tanzfläche glitzern zehn riesige Kristall-Luster um die Wette. Das Austria Swingtett hat schon Platz genommen, das Wiener Hofburg Ballstreichorchester setzt zu Strauß-Melodien an – der Walzertraum beginnt!

Eine ganze Nacht im Dreivierteltakt tanzen – die Österreichisch-Bayerische Gesellschaft macht es möglich. Präsident Carl Paul Wieland und seine Gattin Mechthilde sind



Die Gastgeber Mechthilde und Carl Paul Wieland, Präsident der Österreichisch-Bayerischen Gesellschaft

die Macher des exklusiven Münchner Balls. Bei ihnen laufen alle Fäden zusammen: Sie organisieren den Umbau des ICM, suchen die Stargäste aus, besprechen mit dem Caterer die Menükarte (selbstverständlich mit vielen Austria-Schmankerln). Sie laden die Schrammeln in den Heurigen ein und sind überaus charmante Gastgeber für die ÖsterreicherInnen und ihre Freunde. Aus ganz Bayern – sogar aus Wien! – kommen die treuen Fans des Kaiserballs. Auch 2011 gehörte der Abend mit über 1500 Besuchern zu den Höhepunkten des Faschings. „Die Monarchie ist zwar schon abgeschafft, aber wir Wiener feiern noch immer kaiserlich“, so das Credo von Gastgeber Carl Paul Wieland. Und das bedeutet: Frack, Orden, elegante Roben und viel „Kuß“ die Hand, gnädige Frau!“. Für den Ball 2011 wurde das Motto „Tritsch-Tratsch“ gewählt – nach der bekannten Strauß-Polka. „Es wird heutzutage viel zu viel durcheinander geredet“, so Wieland.

Österreich, Europa und die Welt

„Und was unsere Politiker alles daherreden – oh mei“, fügte er hinzu. Die anwesenden bayerischen Staatsministerinnen Emilia Müller und Christine Haderthauer nahmen die Anspielung mit Humor.

Die oft beschworene und beim Kaiserball stets demonstrierte österreichisch-bayerische Freundschaft wird von den Volksmusik-Stars Marianne und Michael Hartl auf perfekte Weise repräsentiert. Das erfolgreiche Musikduo ist nun schon seit 38 Jahren ein Paar – auf der Bühne und privat. „Ich hab den Michael damals ganz schön zappeln lassen“ erinnert sich Marianne Hartl, eine waschechte Münchnerin. Der „Steirer Bua“ Michael hatte ein Auge auf die fesche Volksmusikantin geworfen. Mehrmals hat Michael seinen Schwarm zu einem Treffen eingeladen, erst beim dritten Mal hat Marianne „ja“ gesagt und es wurde eine lange Liebe daraus. Beide waren zum ersten Mal beim Kaiserball und amüsierten sich bis nach Mitternacht. „Mir ist besonders positiv aufgefallen, daß die Kapellen so gespielt haben, daß man sich am Tisch noch gut mit seinem Gegenüber unterhalten konnte“, so Marianne Hartl. „Das war ein sehr schöner Abend und das Essen war vorzüglich“, urteilte Ehemann Michael über seinen ersten Kaiserball.

Ein Quartett Schauspieler der Erfolgsserie „Sturm der Liebe“ (Montag bis Freitag in der ARD und im ORF) stürmte ebenfalls den Kaiserball. Premiere für Andreas Thiele, Florian Stadler und Tobias Dürr, der mit seiner TV-Schwester Johanna Bönninghaus kam. Die Männer sahen fesch aus im Smoking – ein ganz ungewohnter Anblick vor allem bei Andreas Thiele, der in der Serie einen Öko-Bauern spielt und meistens im Stall hantiert (wenn er gerade mal nicht mit schönen Frauen Flirt-Szenen spielen muß). Gut gelaunt übernahmen die drei Jungs das Kommando beim Heurigen und spielten mit den Schrammeln. Auch die Tanzkünste der Schauspieler konnten sich sehen lassen: Florian Stadler war sogar mal Turniertänzer und Tobias Dürr hat auf der Musicalschule in Hamburg gelernt, wie man perfekt das Tanzbein schwingt. „Ich hab‘ noch schnell am Nachmittag Walzertanzen geübt“, gesteht Andreas Thiele – und zieht seine Partnerin schon wieder Richtung Tanzfläche – das Hofburg Ballstreichorchester spielt da gerade die „Rosen aus dem Süden“ – ein Must für Walzertänzer.

Es soll aber tatsächlich Männer geben, die man zur Gattung der „Tanzmuffel“ zählen muß. Extra für diese Problemfälle hat Gastgeber Wieland einen Heurigen aufbauen



Die bayerischen Staatsministerinnen Emilia Müller und Christine Haderthauer



Prominente Ballgäste: die Volksmusikstars Marianne und Michael



Beste Stimmung beim Kaiserball-Heurigen: Florian Stadler, Tobias Dürr und Andreas Thiele – alle drei Schauspieler in der Erfolgsserie »Sturm der Liebe«

Österreich, Europa und die Welt



Dominik Truschner (r.), Direktor Tanzschule Willy Elmayer-Vestenbrugg, mit Debütantenpaaren aus Wien, die den Münchner Kaiserball eröffneten.

lasen. Hier kann man eine Pause machen (oder sich vor allzu eifrigen Tänzerinnen verstecken) und ein Glas Wein genießen. Beim Flanieren zurück in den Ballsaal könnte man auch einen Stopp an der Rauch-Saftbar einlegen. Dort serviert man köstliche Drinks auf Fruchtsaftbasis. Raffiniert gemischt mit Wodka oder Rum heißen sie dann „Küß’ die Hand“ oder „Kaiserin Sisi“.

Keiner wollte natürlich das Highlight des Abends verpassen: den Formationstanz der 50 Debütantenpaare (Einstudierung: Dominik Truschner von der Tanzschule Elmayer-Vestenbrugg, Wien). Ein bezaubernder Anblick, wenn das Eröffnungskomitee elegant über das Parkett schreitet – Opernball-Feeling pur! Und das war noch nicht alles: Die Volksoper Wien hatte ihre Stars Elisa-

beth Flechl und Kammersänger Josef Luftensteiner geschickt. Sie überbrachten einen Strauß Operettenmelodien, darunter auch das berühmte „Maxim-Lied“ aus der „Lustigen Witwe“. Um Luftensteiner herum wirbelten Tänzerinnen der „Miller Girls“ mit ihren Röcken und zeigten Bein. Der Cancan aus „Orpheus in der Unterwelt“ bildete das furiose Finale des Showblocks, der ebenfalls unter dem Motto „Tritsch-Tratsch“ stand – Regisseur Kurt-Walter Grund hat dies allerdings auf die meistens komplizierte Beziehung von Männern und Frauen zugrundegelegt. Begeistert applaudierten: Reinhold Bocklet, Vizepräsident des Bayerischen Landtags, Andrey Jurewitsch Grozov, Generalkonsul der Russischen Föderation, Ingrid Pech, Österreichische Generalkonsulin, Reinhard Pfeiffer, Geschäftsführer der Messe München, Polizeipräsident Prof. Wilhelm Schmidbauer, Generalmajor a.D. Bruno von Mengden, Heinz Watzka, Vorstand E.ON Ruhrgas.

Die letzten Ballgäste fanden um 4 Uhr früh den Weg nach Hause, noch immer die mitreißenden Operettenmelodien im Ohr. Und so stand für die meisten Besucher fest: „Heut’ geh’ ich ins Maxim – und im nächsten Jahr wieder auf den Kaiserball!“

<http://www.kaiserball-muenchen.de>



Ein Kilometer rot-weiß-roter Stoff wurde an die Wände drapiert – zehn riesige Kristall-Luster glitzerten um die Wette.

19. Wien-Ball in Brüssel

In einem der schönsten Ballsäle von Brüssel, dem »Concert Noble«, fand in der Nacht auf den 20. Feber bereits zum 19. Mal der Wien-Ball statt.



Foto: Österreichische Vereinigung in Brüssel (ÖVB)

v.l.: Alfred Klicka, Dritte Landtagspräsidentin Marianne Klicka, Botschafter Walter Grahammer mit Gattin, Botschafter Reinhard Bettzuege mit Gattin beim 19. Wien-Ball in Brüssel

Wiens Dritte Landtagspräsidentin, Marianne Klicka, nahm in Vertretung des Wiener Bürgermeisters vor zahlreicher Prominenz und insgesamt rund 800 Ballbesuchern die Eröffnung vor. Unter den Ehrengästen befanden sich der Österreichische EU-Botschafter Walter Grahammer, EU-Kommissar Johannes Hahn, der Präsident der Österreichischen Vereinigung in Belgien Konsulent Volkmar Hierner, der deutsche Botschafter in Belgien Prof. Reinhard Bettzuege, die Präsidentin von SOS-Kinderdorf Belgien, Vize-Präsidentin von SOS Kinderdorf international und Ballgründerin Barbara Francois sowie VertreterInnen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

„Der jährliche Wiener Ball in Brüssel ist zu einem gesellschaftlichen Ereignis geworden und somit aus der Faschingszeit in Brüssel nicht mehr weg zu denken. Vor allem die jungen Debütantinnen und Debütanten bereiten sich mit großer Freude auf diese traditionelle Veranstaltung vor und besuchen Tanzkurse, um einen echten Wiener Walzer gekonnt aufs Parkett legen zu können. Der Ballsaal mit glänzenden Kristalllustern hin-

terläßt bleibende Eindrücke und erinnert an rauschende Ballnächte in Wien. Die lange Nacht bietet aber auch Gelegenheit zu Gesprächen in angenehmer Atmosphäre und zum Austausch mit österreichischen und belgischen Freunden“, so Klicka.

Vor rund 30 Jahren gründete die in Österreich geborene Barbara Francois den „Wiener Ball“, um ihren belgischen Freunden die Wiener Ballkultur näher zu bringen. Der Ball findet jedes Jahr im Fasching statt, wobei Österreich für das spezielle rot-weiß-rote Flair sorgt. Auch diesmal bildete der in den Farben der Österreichischen Nationalflagge gehaltene Ballsaal den Rahmen für die Gäste. Für die musikalische Unterhaltung sorgten u.a. die Stehgeiger des Tanzorchesters aus Wien. Das Kinderballet der Tanzschule Marly tanzte zur Eröffnung „An der schönen blauen Donau“.

Der Ball stand unter dem Ehrenschutz der österreichischen Botschafter in Brüssel, Karl Schramek und Walter Grahammer, des EU-Kommissars Johannes Hahn und des Wiener Bürgermeisters Michael Häupl. Vor der dem großen Abend lud Botschafter Walter Gra-

hammer die Landtagspräsidentin zu einem kurzen Meinungsaustausch.

Die ÖVB

Die Österreichische Vereinigung in Belgien (ÖVB) ist eine der größten und mitgliederstärksten Vereinigungen von Auslandsösterreichern in der Welt. Sie will zuallererst eine Plattform aller Österreicher sein, die sich mit ihren Landsleuten treffen wollen. Dabei kann man heimatliche Traditionen pflegen. Eine in letzter Zeit geschaffene Einrichtung ist z.B. die „Österreichische Schule“, die für Kinder unserer Landsleute den Österreichbezug verstärken soll, den sie in belgischen, europäischen und internationalen Schulen in Belgien nicht haben. Zur Vertiefung der gegenseitigen Kontakte und um sich persönlich vorzustellen, dient der „Blog“, für „member2member“-Botschaften, den die Mitglieder intensiv nutzen sollten. Weiters fungiert die ÖVB als Ansprechpartnerin der offiziellen und inoffiziellen österreichischen und belgischen Stellen in Fragen, die die Österreicher in Belgien betreffen. ■

<http://www.oevb.be>

Internationale Züge, Bahnhöfe

LH Luis Durnwalder trifft Eisenbahn-Chef Moretti

Für die einvernehmliche Lösung des Streits um den Halt internationaler Züge in Südtirol und im Trentino wollen sich beide Länder einsetzen. Dies hat Südtirols Landeshauptmann Luis Durnwalder am 18. Feber im Gespräch mit Mauro Moretti, dem Generaldirektor der italienischen Eisenbahn-Holding, unterstrichen. Im Gespräch ging es zudem um neue (und alte) Bahnhöfe sowie die Übernahme der Strecke Bozen-Meran.

Im Mittelpunkt des bereits seit längerer Zeit geplanten Treffens des Landeshauptmanns mit dem Chef der „Ferrovie dello Stato“, jener Holding also, in der die italienischen Eisenbahn-Gesellschaften zusammengefasst sind (darunter auch Trenitalia sowie der Schienennetzbetreiber RFI), drehte sich in erster Linie um das Problem der internationalen Zugverbindungen. RFI hatte schon im Vorjahr der Deutschen Bundesbahn (DB) und den Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) verboten, auf der Fahrt ihrer Züge durch Italien Zwischenstopps einzulegen. Das heißt, daß etwa internationale Zugverbindungen nach Mailand nur mehr dort halten und nicht etwa auch in Bozen oder Trient. „Das ist für uns ein Riesenproblem, weil wir als Tourismusland von den internationalen Zugverbindungen abgeschnitten sind“, so Durnwalder.

Der Streit zwischen RFI auf der einen Seite und ÖBB bzw. DB auf der anderen ist auch bereits vor europäischen Gerichten gelandet, vor denen die deutschen und österreichischen Eisenbahn-Gesellschaften das Recht auf Freizügigkeit einklagen und sich gegen unlauteren Wettbewerb zur Wehr setzen. „Ein langer Gerichtsstreit bringt uns allerdings wenig, nachdem dieser zur zumindest zeitweiligen Einstellung unserer Verbindungen führen würde“, so der Landeshauptmann, der deshalb mit seinem Trentiner Amtskollegen Lorenzo Dellai ein Schreiben an die Eisenbahngesellschaften und die zuständigen Ministerien in Rom, Wien und Berlin richten wird. Darin werden die beiden Landeshauptleute auf eine einvernehmliche Lösung auch in Absprache mit den betroffenen Ländern drängen.

Im rund zweistündigen Gespräch wurde zudem über den Übergang der Führung der Eisenbahnstrecke zwischen Bozen und Meran an das Land verhandelt. „Die Eisenbahn-



Der Zentralbahnhof Bozen liegt nur wenige Minuten vom Stadtzentrum entfernt.

Holding wäre grundsätzlich einverstanden, allerdings hat hier auch das Verkehrsministerium ein Wörtchen mitzureden“, so Durnwalder nach dem Treffen. Nachdem es der Staat war, der der RFI die Konzession über die Strecke übertragen hat, muß dieser erst sein Einverständnis für eine Sub-Konzession geben, die die Übernahme der Strecke durch das Land ermöglichen würde. „Auch in dieser Angelegenheit werden wir den Kontakt zum Ministerium suchen“, so Durnwalder.



Am 4. Oktober 1981 feierte man »100 Jahre Strecke Bozen-Meran«.

Zur Sprache kam darüber hinaus auch die Situation der Bahnhöfe in Südtirol. So ging es etwa um den rechtlichen Rahmen rund um die sowie den Ausbau der Bahnhöfe in Brixen und Bruneck und um die Anpassung des Bahnhofs in Innichen. Für letzteres schwebt dem Land wie auch der Eisenbahngesellschaft vor, daß die Gesellschaft dem Land überflüssigen Eisenbahngrund abtritt, im Gegenzug dazu soll das Land Arbeiten an der Eisenbahn-Infrastruktur übernehmen. Dazu brachte Durnwalder auch den Verladebahnhof in Grasstein sowie die neu einzurichtenden Bahnhöfe für Sinich und das neue Bozner Stadtviertel Kaiserau zur Sprache. „Moretti ist grundsätzlich mit den neuen Bahnhöfen einverstanden, allerdings müssen die technischen Details noch grundlegend überprüft werden“, so Durnwalder.

Schließlich ging es auch noch um offene Fragen rund um die Zusammenarbeit zwischen den Eisenbahngesellschaften und den von den Lokalkörperschaften geführten Güterverkehrs-Unternehmen (allen voran der Rail Traction Company). „Hier ergeben sich immer wieder rechtliche Probleme, nachdem die Unternehmen nicht nur oft die selben Kunden bedienen, sondern auch die selben Schienenstränge nutzen“, so Durnwalder, dessen Fazit zum Gespräch in diesem Bereich lautet: „Einige der offenen Fragen konnten heute beantwortet werden, andere harren noch einer Lösung.“ ■

Kollektiver Rechtsschutz?

Die Europäische Kommission hat am 4. Feber eine öffentliche Konsultation eingeleitet, die zur Entwicklung eines kohärenten Ansatzes für den kollektiven Rechtsschutz in der Europäischen Union beitragen soll.

Als Behörde, die mit hoheitlicher Gewalt ausgestattet ist, und als Hüterin der EU-Verträge wendet die Kommission EU-Recht an und setzt es durch. Verbraucher und Unternehmen können die ihnen durch EU-Recht verliehenen Rechte auch vor den Gerichten der Mitgliedsstaaten geltend machen. In manchen Fällen kann ein Verstoß gegen EU-Recht eine Vielzahl von Einzelklagen nach sich ziehen. Das EU-Recht sieht im Verbraucherrecht bereits die Möglichkeit vor, daß mehrere Personen gemeinsam klagen, aber die Regelungen sind auf nationaler Ebene je nach Bereich – Finanzmärkte, Wettbewerb, Umweltschutz usw. – sehr unterschiedlich. Noch größere Unterschiede stellen sich beim kollektiven Rechtsschutz, wenn ein Fall mehrere Mitgliedsstaaten betrifft und eine Gruppe von Verbrauchern oder Unternehmen Schadenersatz in derselben Sache geltend machen will. Die Kommission will im Rahmen ihrer öffentlichen Konsultation versuchen, gemeinsame Rechtsgrundsätze für den kollektiven Rechtsschutz in der EU zu ermitteln (z. B. das Gebot von Wirksamkeit und Effizienz, Recht auf Information und Schutz vor Klagemißbrauch). Wie die Konsultation ausgehen wird, ist völlig offen. Beiträge können bis Ende April 2011 eingereicht werden.

Der kollektive Rechtsschutz ist ein umfassender Begriff, der sowohl Unterlassungsverfügungen als auch Schadenersatz einschließt. Er ist klar von den Sammelklagen („class actions“) nach US-amerikanischem Recht zu unterscheiden. Die kollektiven Rechtsschutzverfahren sind in Europa sehr unterschiedlich ausgestaltet: Sie umfassen Klagen vor Gericht, außergerichtliche und alternative Streitbeilegungsverfahren sowie Verbandsklagen.

Der kollektive Rechtsschutz ist für die EU kein neues Konzept. Auf Unterlassung gerichtete kollektive Verfahren sind im EU-Verbraucherrecht gang und gäbe und auch im EU-Umweltrecht nicht unbekannt. Kollektive Schadenersatzverfahren gibt es hingegen nicht in allen Mitgliedsstaaten. Die Kommission startet deshalb eine breit angelegte öffentliche Konsultation mit Blick auf die „Entwicklung eines kohärenteren EU-



Foto: Parlamentsdirektion/HBF/Livio Srodic

EU-Justizkommissarin und Vizepräsidentin der EU-Kommission Viviane Reding anlässlich ihres Besuches in Wien beim Eintrag in das Gästebuch des Parlaments.

Ansatzes für den kollektiven Rechtsschutz“. Ziel dieser Konsultation ist es unter anderem, gemeinsame Rechtsgrundsätze zu ermitteln für den Fall, daß die Kommission eine Legislativinitiative zum kollektiven Rechtsschutz ausarbeitet, und zu überlegen, wie diese Grundsätze in das Rechtssystem der EU und die 27 Rechtsordnungen der EU-Mitgliedsstaaten integriert werden könnten. Dabei stellt sich auch die Frage, in welchen Bereichen der kollektive Rechtsschutz (auf Schadenersatz und/oder Unterlassung gerichtet) einen Mehrwert in Bezug auf eine bessere Durchsetzung des EU-Rechts oder einen besseren Schutz der Geschädigten darstellen könnte.

Gleichzeitig wendet sich die Kommission entschieden gegen die Einführung von Sammelklagen („class actions“) nach US-amerikanischem Muster oder Bestimmungen, die Klagemißbrauch Vorschub leisten.

Die öffentliche Konsultation wird der Kommission Anhaltspunkte für ihre eigene Position in der Frage des kollektiven Rechtsschutzes liefern. Zum jetzigen Zeitpunkt ist noch nichts entschieden. Bei der Überlegung, ob es überhaupt sinnvoll ist, im EU-Recht eine Regelung für den kollektiven Rechtsschutz vorzusehen, wird die Kommission alle Meinungen berücksichtigen und den Grundsätzen der Subsidiarität, der Ver-

hältnismäßigkeit und der Effektivität Rechnung tragen. Zum Abschluß der Konsultation wird eine Anhörung stattfinden. Die Ergebnisse werden anschließend von der Kommission in einer Mitteilung vorgestellt. Die Entscheidung, ob eine neue EU-Regelung erforderlich ist, wird letztlich von den Ergebnissen der Konsultation abhängen und gegebenenfalls von einer ausführlichen Folgenabschätzung, in der alle Optionen geprüft werden.

Die Kommission arbeitet seit einigen Jahren an europäischen Normen für den kollektiven Rechtsschutz im Bereich des Verbraucher- und Wettbewerbsrechts. 2005 legte sie ein Grünbuch über Schadenersatzklagen wegen Verletzung des EU-Wettbewerbsrechts vor, dem 2008 ein Weißbuch folgte. Beide Texte enthalten ein Kapitel über den kollektiven Rechtsschutz. 2008 veröffentlichte die Kommission zudem ein Grünbuch über kollektive Rechtsdurchsetzungsverfahren für Verbraucher. Vizepräsidentin Reding, Vizepräsident Almunia und Verbraucherkommissar Dalli erörterten die Probleme, die sich beim kollektiven Rechtsschutz stellen, während einer Grundsatzdebatte in der Kommissionsitzung vom 12. Oktober 2010. Auf dieser Grundlage wurde am 4. Feber die öffentliche Konsultation eingeleitet. ■

Kroatien bald 28. Mitgliedsstaat?

Kopfzerbrechen bereitet den EU-Abgeordneten der Umstand, daß sich die Mehrheit der Kroaten durch eine EU-Mitgliedschaft keine Vorteile für ihr Land verspricht.



Foto: Suradnik13 / GNU Free Doc. License

Diese Panorama-Aufnahme zeigt einen Überblick über Kroatiens Hauptstadt Zagreb, in der rund 1 Million Menschen leben.

Die Beitrittsverhandlungen zwischen Kroatien und der EU könnten in der ersten Jahreshälfte 2011 erfolgreich beendet werden, sofern Kroatien am eingeschlagenen Reformkurs festhält. Dies bekräftigt das Parlament in einer am 16. Feber angenommenen EntschlieÙung. Die größte Hürde könnte jedoch sein, der euroskeptischen Bevölkerung Kroatiens die Vorteile einer EU-Mitgliedschaft nahezubringen.

Der Kampf gegen Korruption, Hilfen für rückkehrende Kriegsflüchtlinge und die Reform der Schiffswerften gehören zu den Herausforderungen, mit denen das Land noch konfrontiert ist. Die Abgeordneten würdigen hingegen, daß im Hinblick auf Verfassungsänderungen, Anpassungen des Rechtssystems sowie der engeren Zusammenarbeit Kroatiens mit dem Internationalen Straftribunal für Ex-Jugoslawien beträchtliche Anstrengungen unternommen worden sind. Gleichzeitig merken sie kritisch an, daß der Anfrage des Tribunals nach wichtigen militärischen Dokumenten bis jetzt noch nicht nachgekommen worden sei.

Das Parlament beglückwünscht Kroatien zu dessen „beträchtlichen Fortschritten“ bei der Einführung von Reformen, die für einen EU-Beitritt unerlässlich sind, und merkt an: „Die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien können in der ersten Hälfte 2011 unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, daß die notwendigen Reformen weiterhin entschlossen durchgeführt werden.“ Im Hinblick auf die stattfindenden Reformen des Rechtssystems betont der Berichtstext, daß es wichtig sei, rasch zu einer Verfolgung von Kriegsverbrechen und zu gelangen und fordert, daß die Maßnahmen zum Zeugenschutz weiter verbessert werden.

Obwohl die Abgeordneten die Bemühungen der kroatischen Regierung zur Bekämpfung

der Korruption sowie der strafrechtlichen Verfolgungen zweier früherer Minister und eines früheren Premierministers anerkennen, bleibt ihrer Auffassung nach „Korruption in Kroatien weiterhin ein ernstzunehmendes Problem“. Sie fügten hinzu, daß bisher nur wenige Fälle von Korruption gerichtlich verfolgt wurden. Die meisten Fälle gingen nicht über das Stadium von Untersuchungen hinaus. Das Parlament fordert das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) auf, eng mit den kroatischen Behörden zusammenzuarbeiten, um potentielle Folgeerscheinungen in Form sekundärer Korruption in EU-Institutionen zu beleuchten.

Insgesamt wurden bei der Rücknahme von Kriegsflüchtlingen Fortschritte erzielt und die öffentliche Feindseligkeit gegenüber zurückkehrenden Serben hat sich verringert, heben die Abgeordneten positiv hervor. Dennoch sind mehr Anstrengungen nötig. So sollten etwa die rückkehrenden Flüchtlinge bei der Erlangung eines dauerhaften Aufenthaltsstatus, beim Wiederaufbau von Wohnhäusern und bei der Gründung von Wiedereingliederungsprojekten Unterstützung erhalten. Tausende Flüchtlinge sind noch im-

mer nicht in ihre Heimat zurückgekehrt und verbleiben derzeit noch in Serbien.

Die kroatische Regierung solle den Prozeß der Neustrukturierung und der Privatisierung von Schiffswerften beschleunigen, da es anderenfalls unmöglich werde, das „Wettbewerbskapitel“ der Beitrittsverhandlungen zeitgerecht abzuschließen, so die Abgeordneten.

Kopfzerbrechen bereitet den Abgeordneten der Umstand, daß sich die Mehrheit der Kroaten durch eine EU-Mitgliedschaft keine Vorteile für ihr Land verspricht. Dies hat die jüngste Eurobarometer-Umfrage ergeben. Deswegen fordern die Abgeordneten kroatische Behörden und die Zivilgesellschaft dringend auf, aktiv dafür einzutreten und den Bürgern Kroatiens deutlich zu machen, daß „das europäische Projekt auch ihre Sache ist“. Kroatien hat seiner Verfassung gemäß eine Volksabstimmung über die Vorschläge für die EU-Mitgliedschaft abzuhalten. Zudem finden im November 2011 Parlamentswahlen statt.

Der Bericht wurde mit 548 Ja-Stimmen gegen 43 Nein-Stimmen und 52 Enthaltungen angenommen. ■

<http://www.europarl.eu>



Foto: Ezequiel Porta / GNU Free Documentation License

Blick von der Stadt Senj auf die Adria-Küste im Norden Kroatiens

90 Jahre – 90 Geschichten

Eine Sonderausstellung im Landesmuseum in Eisenstadt erzählt Geschichten über das Land und seine Menschen. LH Hans Niessl eröffnete die Ausstellung, die bis 18. Dezember 2011 besichtigt werden kann.

Von Dieter Szorger *)



Foto: KSB - Kultur-Service Burgenland GmbH

Eine der 90 Geschichten: Ladislaus Almásy, aus Bernstein stammend, war Wüstenforscher, Pilot, Geheimagent, Direktor des Instituts für Wüstenforschung in Kairo und: Romanvorlage für »Der Englischer Patient«. Das Foto links zeigt ihn als deutschen Offizier bei der Geheimoperation Salaam (1942), das Dokument weist ihn als Offizier der (ungarischen) Luftwaffe aus.

Das Burgenland ist reich an Geschichten, Mythen und Legenden. Sie handeln von Menschen, die Großes bewirkt haben oder von Ereignissen, die das Land in besonderer Form geprägt haben. 90 solcher Geschichten spürt das Landesmuseum in der Sonderausstellung „90 Jahre – 90 Geschichten“ nach. Dabei findet sich einiges Widersprüchliche, das sich in unserem kollektiven Gedächtnis festgesetzt hat. Nach 90 Jahren ist die Zeit gekommen, einige dieser Legenden kritisch zu hinterfragen.

Der Name »Burgenland« kommt von den vielen Burgen im Land!

Um die Namensgebung des Burgenlandes ranken sich zwar etliche Mythen, mit der

Vielzahl an heimischen Burgen hängt sie aber nicht zusammen.

Als absehbar war, daß der als „Deutsch-Westungarn“ bezeichnete Landstreifen zu Österreich kommen würde, suchte man nach



Foto: KSB - Kultur-Service Burgenland GmbH

Das Burgenländische Landesmuseum

einem neuen, von der „ungarischen Erblast“ befreiten, Namen. Der Terminus „Heinzenland“ kam nicht in Frage, da er sich nur auf einen Teil der Landesbevölkerung bezog und er außerdem als Spottname galt. In Anlehnung an „Siebenbürgen“ schlug der Neusiedler Apotheker und Anschlußaktivist Adalbert Wolf bereits 1918 die Bezeichnung „Vierburgenland“ – nach den vier Komitaten Eisenburg, Wieselburg, Ödenburg und Preßburg 2 vor. Nachdem Preßburg der neu gegründeten Tschechoslowakei einverleibt wurde, entstand daraus „Dreiburgenland“, bis sich schließlich, der Einfachheit wegen, der Name „Burgenland“ einbürgerte.

Die Ungarn haben uns Ödenburg gestohlen!

Bis heute hält sich die Meinung, Ungarn hätte uns Burgenländern unsere „natürliche“ Hauptstadt Ödenburg geraubt und bei der Volksabstimmung vom 14. bzw. 16. Dezem-

*) Dieter Szorger ist Mitarbeiter der Abteilung 7 der Burgenländischen Landesregierung (Kultur, Wissenschaft und Bildung), und zeichnet, gemeinsam mit Pia Bayer, für die Gestaltung dieser Ausstellung verantwortlich.

Foto: Landesmuseum Burgenland



Die Eisenstädter demonstrieren für ihre Stadt als Hauptstadt des Burgenlandes – mit Erfolg, denn am 30. April 1925 entscheidet sich der Landtag in diesem Sinne; 1929 kann das neuerrichtete Landhaus seiner Bestimmung übergeben werden.

ber 1921 betrogen. 90 Jahre danach darf festgehalten werden, daß es tatsächlich zu Manipulationen, Wahlbetrug und Resultatsfälschungen gekommen ist. Dies alles fand allerdings im Einverständnis mit höchsten österreichischen politischen Kreisen statt. Die einfache Landbevölkerung in Ödenburg und den umliegenden Dörfern dürfte davon allerdings nichts gewußt haben.

Bereits im Oktober 1921 einigten sich Bundeskanzler Johannes Schober und Ministerpräsident István Bethlen in Venedig auf die friedliche Räumung des Burgenlandes bei gleichzeitiger Abtretung Ödenburgs an Ungarn. Die Volksabstimmung von 1921 war also nur eine politische Inszenierung.

Fred Astaire ist der berühmteste Burgenländer!

Fred Astaire wurde 1899 als Frederick Austerlitz in Omaha, Nebraska, geboren. Weder er, noch seine Familie stammten aus dem Burgenland. Sein Vater kam aus Linz, die Mutter aus den USA und es existieren nachweislich keine verwandtschaftlichen Beziehungen zum Eisenstädter Zweig der Austerlitz. Dennoch hielt sich lange Jahre das Gerücht über seine angebliche burgenländische Herkunft, dessen Ursprung – wie wir von Günter Unger wissen – folgender ist: Der letzte Bürgermeister der jüdischen

Gemeinde Eisenstadt-Untenberg, Wilhelm Schneider, flüchtete mit seiner Familie 1938 aus dem Burgenland in die USA. Angesichts seiner schwierigen wirtschaftlichen Lage verfaßte er einen Bittbrief an Fred Astaire, da seine aus Mähren stammende Großmutter eine Tante von Fred Astaire war.

Diese Geschichte wurde durch den „BF“-Redakteur Franz Probst im Burgenland bekannt, der sie in einem Interview 1974 persönlich von Schneider erzählt bekommen hatte. Die nicht vorhandene Beziehung zum Burgenland wuchs im Laufe der Jahre aufgrund journalistischer Freiheiten mehr und

Foto: ORF / Landesmuseum Burgenland



Dokument aus der jüngeren Vergangenheit: ORF-Interviews am Abend nach der Landtagswahl 2005 (v.l.) Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (SPÖ), Johann Tschürtz (FPÖ), Landeshauptmann Hans Niessl (er erreichte die Absolute Mehrheit für die SPÖ), ORF Burgenland-Moderator, Landesrat Helmut Bieler (ÖVP) und Grete Krojer (Grüne)

mehr und so wurde aus Fred Astaire der berühmteste (leider) Nicht-Burgenländer.

Am 27. Juni 1989 wurde an der Grenze bei Sopron-Klingenbach der Eisernen Vorhang durchtrennt!

Anfang Mai 1989 begann Ungarn mit dem Abbau der Grenzbefestigungen entlang der burgenländisch-ungarischen Grenze. Die Arbeiten gingen in einem derartig zügigen Tempo von statten, daß selbst die Presse-Abteilung des österreichischen Außenministeriums überrumpelt wurde. Als man im Umfeld von Außenminister Alois Mock auf die Idee kam, gemeinsam mit den Ungarn den Eisernen Vorhang mediengerecht zu durchtrennen, mußte man feststellen, daß dieser bereits entsorgt war. Im Bereich Klingenbach-Sopron ließen die Ungarn deshalb eigens ein Stück Stacheldraht wieder aufbauen, um es in Anwesenheit der Herren Außenminister Gyula Horn und Alois Mock sowie von Landeshauptmann Hans Sipötz medienwirksam zu zerschneiden. Im Anschluß an den „Fall des Eisernen Vorhangs“ lud Landeshauptmann Sipötz alle Beteiligten zu einem Empfang ins Schloß Esterházy. Mock und Horn hatten ihren Platz in der Geschichte sicher und das Burgenland hatte seinen – wenn auch nur kleinen – Beitrag dazu geleistet.

Das Burgenland ist das jüngste Bundesland Österreichs!

Das Bundesverfassungsgesetz vom 1. Oktober 1920 zitiert im Artikel 2 die selbständigen Bundesländer der Republik Österreich. Darunter findet sich auch das Burgenland. Die formale Errichtung folgte am 25. Jänner

Foto: ORF / Landesmuseum Burgenland



Landeshauptmann Hans Niessl und Paul Iby, Bischof von Eisenstadt

1921 mit dem so genannten „Burgenlandgesetz“. Das war die Geburtsstunde des Burgenlandes.

Das Bundesland Wien wurde erst mit dem Trennungsgesetz vom 29. Dezember 1921 und mit Wirkung vom 1. Jänner 1922 ein selbständiges Bundesland und ist somit das jüngste Bundesland Österreichs.

Das Burgenland wird heuer 90 Jahre alt!

Genau genommen wird das 1921 entstandene Burgenland im Jahr 2011 83 Jahre alt. Sieben Jahre – vom 1. Oktober 1938 bis zum 1. Oktober 1945 – gab es kein Burgenland.

Die gesetzliche Grundlage für die Aufteilung des Burgenlandes bildete das „Gebietsveränderungsgesetz“ vom 1. Oktober 1938, das am 15. Oktober 1938 in Kraft trat. In diesem Gesetz wurde das Burgenland offiziell das letzte Mal genannt. Erst am 1. Oktober 1945 wurde das Burgenland mit wohlwollender Unterstützung der russischen Besatzungsmacht wieder als eigenständiges Bundesland konstituiert.

Das Burgenland ist das kleinste Bundesland Österreichs!

Wien ist mit 415 km² das kleinste und Vorarlberg mit 2601 km² das zweitkleinste Bundesland. Erst dann folgt das Burgenland, das mit 3965 km² das siebentgrößte Bundesland Österreichs ist.

Nimmt man allerdings die Einwohnerzahl als Bezugssystem, so stimmt die Behauptung. Das war aber nicht immer so. Als das Burgenland zu Österreich kam, war das Land nach Vorarlberg und Salzburg das drittkleinste Bundesland. 1961 wurde das Burgenland von Salzburg einwohnermäßig überholt. Erst die Bevölkerungsstatistik des Jahres 1981 weist das Burgenland mit 269.771 gegenüber Vorarlberg mit 305.164 Einwohnern als „kleinstes“ Bundesland Österreichs aus.

Solche und ähnliche Geschichten finden sich in der Ausstellung „90 Jahre – 90 Geschichten“, der Jubiläumssonderausstellung im Burgenländischen Landesmuseum.

<http://www.burgenland.at/90jahre>

Foto: ORF / Landesmuseum Burgenland



Eine »Maschine« des 17fachen Speedway-Staatsmeisters Pepi Kamper

Landeshauptmann Hans Niessl ging in seiner Eröffnungsrede auch auf die politische und wirtschaftliche schwierige Zeit vor 90 Jahren ein: „Viele hatten Zweifel, daß sich das Burgenland so entwickelt, wie es sich bis heute entwickelt hat. Das Burgenland ist ein modernes Land auf das wir stolz sind und das seinen Platz im Herzen Europas hat. Diese Ausstellung spiegelt auch wider, was die burgenländische Identität ausmacht.“

Aber wer waren die Schöpfer der burgenländischen Identität? Wer waren die wesentlichen politischen Figuren? Welche Künstler schufen die beliebtesten Kunstwerke, die markantesten Texte, die schönsten Melodien? Welche sozialen Errungenschaften und welche gesellschaftliche Prozesse sind eng mit den Namen von Burgenländerinnen und Burgenländern verbunden? Wer sind die tragischen und die wirklichen Helden? Von wem ging die größte Gefahr für unser Land aus? Auf alle diese Fragen will die Ausstellung Antworten geben. Ausgewählte Personen und deren Exponate werden in Beziehung zu einer historischen Periode (z. B. Russenzeit) und einem Ereignis (z. B. Anschluß) gesetzt, die für das Burgenland von Bedeutung waren. Ein kurzer Text verbindet Person und Exponat mit dem Burgenland - macht sozusagen eine „Geschichte“ daraus. Neben 90 Exponaten zeigt die Ausstellung auch Fotos aus neun Jahrzehnten, die aus den Beständen des Burgenländischen Landesarchivs sowie aus privaten Sammlungen stammen.



Der Begleitband zur Ausstellung »90 Jahre - 90 Geschichten« und die Ausstellung selbst sind mehr als einen Blick wert – davon überzeugte sich auch LH Hans Niessl bei der gemeinsamen Präsentation des Buches mit Kulturlandesrat Helmut Bieler, Josef Tiefenbach (r.) und Gerald Schlag (l.)

Zum unterhaltsamen Geschichtsrundgang für Kinder wird der Rundgang durch die Ausstellung bei Rätselspielen und einem Burgenland-Quiz.

»Historien-Krimi«

„Viele Personen und historische Momente haben das Land geprägt, einen Teil davon rückt diese Ausstellung ins Zentrum. Ich möchte mich, stellvertretend beim Abteilungsvorstand der Abteilung Kultur, Wissen-

schaft und Archiv der burgenländischen Landesregierung, Josef Tiefenbach, und den Ausstellungskuratoren Pia Beier und Dieter Szorger, bei allen die mitgearbeitet haben, die Ausstellung auf die Beine zu stellen, bedanken“, so Kulturlandesrat Helmut Bieler bei der Eröffnung der Ausstellung.

Wie spannend und lebendig Geschichte ist, bewies der profundeste Kenner der burgenländischen Geschichte, Gerald Schlag, mit seinem Vortrag über die von wirtschaftlichen und politischen Wirren gezeichneten Geburtsjahre des Burgenlandes.

„Wir feiern heuer den 90. Geburtstag unseres Burgenlandes. Ein anfangs zusammengewürfelter Landstrich, mit uneinheitlicher Struktur aber kultureller Vielfalt. Es war den Generationen nach 1921 bestimmt, diesen Landstrich zu einen und ein burgenländisches Landesbewußtsein in den Herzen der Menschen zu verankern. In der Sonderausstellung begegnen uns viele individuelle, zugleich aber auch historische Momente und Persönlichkeiten, die dazu beigetragen haben. Heute blicken wir mit Stolz auf ein modernes und weltoffenes Land“, so der Kulturlandesrat.

Ausstellung zum Nachlesen

Die Ausstellung „90 Jahre – 90 Geschichten“ gibt es auch zum Nachlesen. Der Begleitband zur Schau ist zum Preis von 18 Euro im Shop des Burgenländischen Landesmuseums oder unter landesmuseum@bgld.gv.at per E-Mail erhältlich. ■



Fotos: Bgld. Landesmedienservice

Josef Tiefenbach, Leiter der Kulturabteilung des Landes, die Kuratoren Pia Bayer und Dieter Szorger, Kulturlandesrat Helmut Bieler und Kulturvermittlerin Elisabeth Lackner mit einem Trabi, der 1989 anlässlich der Massenflucht von DDR-Bürgern an der ungarisch-burgenländischen Grenze zurückblieb.

Kittsee wird Universitätsstandort

Kittsee im Nordburgenland wird zum Knotenpunkt grenzüberschreitender Wissenschaftseinrichtungen.

Das im geografischen Dreiländereck liegende Kittsee erhält noch dieses Jahr einen Cluster europäischer Partneruniversitäten, der in Folge zu einer eigenständigen Universität geformt wird. Federführende Unterstützung kommt von der Corvinus-Universität Budapest. Weitere namhafte Institute und Wissenschaftler haben bereits ein Dokument zur Zusammenarbeit unterzeichnet. Es handelt sich dabei um ein Projekt der „Europäischen Territorialen Zusammenarbeit“, das gemeinsam mit dem Regionalmanagement Burgenland (RMB) durchgeführt wird.

„Die guten Erfahrungen mit einem kleineren, vergleichbaren Expositurmodell der Kunstuniversität Graz in Oberschützen haben das Land Burgenland darin bestärkt, die Initiative der Corvinus-Universität Budapest maßgeblich zu unterstützen und mit weiteren Partneruniversitäten gemeinsam ein CENTROPE- und Donauraum-Projekt der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung zu realisieren.“

Die künftige Universität in Kittsee erfüllt das EU-Programmziel nach einer Intensivierung grenzüberschreitender Kooperationen und stellt darüber hinaus einen bedeutenden Beitrag zur Weiterentwicklung eines gemeinsamen Bildungsraumes in der Europäischen Union dar“, so Landeshauptmann Hans Niessl.

Um den Aufbau der wissenschaftlichen Lehre und Forschung sicherzustellen, wurde ein Errichtungsverein gegründet, der die organisatorische und rechtliche Basis bildet, um das Schloß Kittsee für den Aus- und Weiterbildungsbetrieb tauglich zu machen. Mit den entsprechenden Adaptierungsmaßnahmen wird voraussichtlich Mitte dieses Jahres begonnen. Den Schwerpunkt der wissenschaftlichen Lehre und Forschung werden die Themenstränge „Sicherheit“, „Infrastruktur“, „Gesundheit“ sowie „Öffentliche Verwaltung“ mit dem Fokus „Akademisierung der Sicherheit“ bilden.

Mit den akkreditierten Baccalaureats-, Master- und Doctor of Philosophy- Studiengängen der jeweiligen Partneruniversitäten



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Rektor Prof. Giselher Guttman, Prof. Georg Nogradi, Prof. Agnes Hofmeister, Landeshauptmann Hans Niessl und Prof. Erich Wendl

kann der Studienbetrieb sofort aufgenommen werden. Nach einer Überprüfungsphase der Studiengänge und dem Einfließen von „Best Practice“-Erfahrungen sollen diese in einer weiteren Phase angepasst und nach einer Bedarfserhebung in ein Akkreditierungsverfahren übergeleitet werden. Angestrebt wird, auf den Studiengängen der Partneruniversitäten basierend, Exzellenzstudiengänge bzw. ein europäisches Universitätszentrum im Hinblick auf Forschung, Lehre und Ausstattung zu etablieren, welches als europäische Musteruniversitätsinitiative herangezogen werden kann.

Für die wissenschaftliche Leitung dieses Universitäts Clusters konnte der renommierte österreichische Wissenschaftler Univ.-Prof. Giselher Guttman gewonnen werden.

Kosten für Adaptierung und Renovierung des Schlosses

Der Finanzbedarf für die Ausgestaltung des Schlosses Kittsee als universitäre Einrichtung beträgt rund 1,6 Mio. Euro, die in Form einer EU-Förderung aufgebracht werden. Diese Gelder fließen in die Adaptierung und Renovierung des historischen Schlosses Kittsee. Davon kommen 1,3 Mio. Euro von österreichischer Seite, 0,3 Millionen Mio. von Ungarn. Die 1,3 Mio. Euro von Österreich werden zu 85 Prozent durch die EU und zu 15 Prozent vom Land Burgenland fi-

nanziert. Zur Abdeckung weiterer Investitionen und Betriebskosten werden entsprechende Investoren ins Kalkül gezogen.

Burgenland eröffnet Absolventen attraktive Chancen am Arbeitsmarkt

Bis zur Realisierung des Zieles einer „Europäischen Universität“ ist das Rechtskonstrukt einer Privatuniversität angedacht. Seit dem Jahr 1999 ist es in Österreich möglich, Privatuniversitäten einzurichten. Derzeit gibt es in Österreich zwölf akkreditierte Privatuniversitäten mit rund 6000 Studierenden. Darunter befinden sich 62 Prozent inländische sowie 38 Prozent ausländische Studierende. Österreichs Universitäten werden als bedeutende Säule in der heimischen Bildungslandschaft gesehen. Auf der Grundlage eines breiten Bildungshorizontes bilden diese Einrichtungen markt-, bedarfsorientiert und in zukunftsweisenden Fachbereichen aus. Das eröffnet den Absolventen attraktive Chancen am Arbeitsmarkt. Das Land Burgenland unterstützt die Installation einer länderübergreifenden Europauniversität als Weiterentwicklung des europäischen Gedankens. So repräsentiert die künftige Universität in Kittsee nicht nur europäische Lehre und Forschung, sondern auch einen zentral- und donaueuropäischen Begegnungsraum auf höchstem Niveau. ■

<http://www.schloss-kittsee.at/classic/home.htm>

IRE-Konferenz in Güssing

Positive Erfahrungen österreichischer Gemeinden mit der EU – EU-Regionalfonds helfen den Gemeinden

Die Frage, welche Erfahrungen die Regionen und Gemeinden Österreichs, Ungarns und Sloweniens innerhalb der EU bisher gemacht haben, stand im Mittelpunkt einer Fachkonferenz des Instituts der Regionen Europas (IRE) am 11. Februar in Güssing. Diese Konferenz gehört zum Programm des EU-Projektes „Lucky Four Leaf Clover“, das vom IRE bis November 2011 durchgeführt wird. Vertreter aus sieben europäischen Ländern waren unter den rund 100 Teilnehmern der Konferenz. Die Veranstaltung sollte vor allem den Vertretern aus dem Kandidatenland Kroatien und der Regionen Bosnien-Herzegowinas wichtige Informationen auf ihren Weg zur EU mitgeben.

Gerade das in ganz Europa bekannte Zentrum für erneuerbare Energie in Güssing (siehe: Beitrag „Öko-Weltmeister“ in der ÖJ-Ausgabe 87) sei ein besonders gutes Beispiel, wie mit Unterstützung aus den EU-Fonds auch in entlegenen Regionen durch Innovation Arbeitsplätze geschaffen und Betriebe angesiedelt werden können, erklärte der Bürgermeister von Güssing, Peter Vadasz.

Marc Botman, Abteilungsleiter aus der Generaldirektion Regionalpolitik der Europäischen Kommission, gab einen umfassenden Bericht über die Förderung der Regionen in Österreich, Ungarn und Slowenien. Das Ziel sei, die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten der verschiedenen Regionen durch gezielte Förderungen auszugleichen.



Generalsekretär Andreas Kiefer, Kongreß der Gemeinden und Regionen des Euro-Parates, Generalsekretär Hofrat Robert Hink, Österreichischer Gemeindebund, Landtagsabgeordneter Leo Radakovits, Präsident des Burgenländischen Gemeindebundes, Landeshauptmann-Stv. Franz Steindl, Land Burgenland, und Landeshauptmann a.D. Univ. Doz. Franz Schausberger, IRE Vorstand, Mitglied des Ausschusses der Regionen (AdR) (v.l.)

Burgenlands Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl unterstrich die große Bedeutung der EU-Regionalförderung für seine Region in den letzten Jahren und betonte die Notwendigkeit der verstärkten grenzüberschreitenden regionalen Zusammenarbeit. Das Burgenland habe die beiden Ziel 1-Phasen gut genutzt – und sei jetzt dabei, Projekte im Phasing-Out umzusetzen. Im Phasing-Out wurden 1607 Projekte mit Projektkosten von über 180 Mio. Euro bewilligt. Die Fördersumme beläuft sich auf 81,2 Mio. Euro. Im Programm des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwick-

lung des ländlichen Raums (ELER) konnten bis Ende 2009 die meisten Investitionen getätigt werden – fast 29.000 Förderakte mit Förderungen über 195 Mio. Euro wurden genehmigt.

Die regionale Verteilung der geförderten Projekte zeige, daß etwa 36 % der Förderungen ins Mittel- und Südburgenland gehen, 33 % ins Nordburgenland. In Summe standen und stehen von 1995 bis 2013 somit mehr als 1 Mrd. an EU-Mitteln zur Verfügung. Die nationale Kofinanzierung durch Bund und Land beträgt nochmals knapp 1 Mrd. Euro. Die Zahl der Beschäftigten konnte in



Alle Fotos: Institut der Regionen Europas (IRE)

Lajos Tombi, Stadt Zalaegerszeg (Ungarn), Tomaž Kancler, Vizebürgermeister der Stadt Maribor (Slowenien), Josip Mihalic, Abteilungsleiter EU Regionalfonds in Maribor (Slowenien), Moderator Walter Reiss, ORF Burgenland, Landeshauptmann-Stv. Franz Steindl, Land Burgenland, Peter Vadasz, Bürgermeister der Stadtgemeinde Güssing, und Wolfgang Renezedner, Leiter des Referats III. 1.a, EU Grundsatzfragen, BMeiA, Wien (v.l.)

den letzten Jahren sukzessive gesteigert werden – sie betrug im Jahr 2001 80.971, 2008 wurde erstmals die 90.000-Marke überschritten. Steindl wies darauf hin, daß gemeinsam mit den ungarischen Nachbarn das Pannonische Kompetenzzentrum für Feuerwehrwesen und Katastrophenschutz errichtet wurde und ein neues Brandausbildungszentrum gebaut wurde.

Auch das Tourismusland Burgenland würde anders aussehen, hätte es nicht Förderungen von der EU gegeben – etwa beim Ausbau der Thermen-Infrastruktur, der nur mit Hilfe der EU erreicht werden konnte. Heute ist das Burgenland mit den Thermen in Frauenkirchen, Lutzmannsburg, Bad Tatzmannsdorf und Stegersbach eine der ersten Gesundheits- und Wellnessdestinationen im Land.

Mit Hilfe der EU konnten in den letzten Jahrzehnten aber auch viele Initiativen im Kulturbereich gesetzt werden, etwa das Franz Liszt-Zentrum in Raiding.

Grenzüberschreitende Kontakte und Begegnungen werden in den Grenzgemeinden speziell im Schulbereich und in den Kindergärten gepflegt durch einen regen Austausch mit den ungarischen, den slowakischen und slowenischen Nachbarn.

Nun gehe es darum, sich auf die neue Förderperiode nach 2013 vorzubereiten. Die EU-Kommission wolle Länder als Übergangsregionen definieren, die beim Brutto-regionalprodukt zwischen 75% bis 90% liegen. Von dieser Regelung würde auch das Burgenland profitieren, erklärte Steindl.

Der Generalsekretär des Kongresses der Gemeinden und Regionen im Europarat, Andreas Kiefer, gab interessante Informationen darüber, welche Voraussetzungen und Kriterien für eine lokale und regionale Selbstverwaltung nach europäischem Standard erfüllt sein sollten.

Jürgen Gmelch von der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich verwies darauf, daß der durch viele populistische Falschmeldungen geschürten Skepsis gegenüber der EU vor allem durch die Unterstützung der EU seitens der Politiker auf Gemeinde- und Regionalebene entgegengetreten werden kann. Er begrüßte daher die Aktion „EU-Gemeinderäte“ des Österreichischen Gemeindebundes, dessen Generalsekretär Robert Hink ebenfalls an der Konferenz teilnahm.

Unter der Moderation von Walter Reiss vom ORF-Burgenland diskutierten schließlich Vertreter von ungarischen, slowenischen und österreichischen Gemeinden sowie Josip



Teilnehmer der IRE Fachkonferenz in Güssing u.a. Georg Krauchenberg, Regional Manager AWO-Südosteuropa, WKÖ, Landtagsabgeordneter Leo Radakovits, Präsident des Burgenländischen Gemeindebundes, Generalsekretär Hofrat Robert Hink, Österreichischer Gemeindebund, Landtagsabgeordneter Helmut Sampt, Bürgermeister der Marktgemeinde Neuhaus/Klausenbach

Mihalic vom slowenischen Ministerium für lokale Selbstverwaltung und Regionalpolitik und Wolfgang Renezeder vom österreichischen Außenministerium über die Erfahrungen mit der EU.

Der zweite Teil der Konferenz unter der Leitung des Geschäftsführers der Central Danube Region, Andreas Hopf, war ganz konkreten Beispielen von EU-Projekten im Grenzgebiet Österreich-Ungarn-Slowenien-Kroatien gewidmet. Die Vielzahl von erfolgreichen Projekten war beeindruckend und zeigte, daß auf der kleinen lokalen Ebene das gemeinsame Europa sehr konkret gelebt wird. So informierte der Bürgermeister der burgenländischen Kleingemeinde Bildein darüber, daß er schon seit langem mit zwei ungarischen Nachbargemeinden sogenannte „Zaungespräche“ durchführe, ein „Geschichtehaus“ gebaut habe und ein „Grenzerfahrungsweg“ in Errichtung sei. Außerdem gäbe es regelmäßig grenzüberschreitende Treffen der Jugendlichen der benachbarten Gemeinden. Viele der Aktivitäten sind nur durch Unterstützung aus den EU-Fonds möglich geworden. Weitere sehr positive Beispiele für grenzüberschreitende Projekte seien der Drei-Länder-Naturpark Raab-Orseg-Goricko, über den Helmut Sampt berichtete, sowie der Gewerbe- und Industriepark in Szentgotthard oder die Wellness- und Wallfahrtswegprojekte in Krapina.

Der Präsident des Instituts der Regionen Europas, Franz Schausberger, appellierte an alle, die Europäische Integration vor allem als Chance zu sehen und diese auch zu nutzen und hoffte, daß aus dem Treffen in

Güssing weitere Kooperationen auf regionaler und lokaler Ebene entstehen mögen.

Über das IRE

Das Institut der Regionen Europas (IRE) ist ein wissenschaftliches Institut mit Sitz in Salzburg (Österreich) und ist Teil der im Herbst 2004 gegründeten Institut der Regionen Europas (gemeinnützige) Privatstiftung.

Mit der Gründung des IRE wurde eine überregionale und überparteiliche Einrichtung geschaffen, die sich im erweiterten Europa der Aufgabe stellt, der zunehmenden Bedeutung der Regionen und Gemeinden – auch auf der Basis des Vertrages von Lissabon – Rechnung zu tragen, vorhandene Informationsdefizite abzubauen, sich der vielfältigen Problemstellungen anzunehmen und zu versuchen, die möglichen wirtschaftlichen Potenziale der regionalen, aber auch überregionalen Zusammenarbeit der Regionen Europas zu nutzen.

Ein wichtiger Bereich ist dabei die Schaffung von Netzwerken zwischen Regionen, Kommunen und anderen Bereichen des öffentlichen Handelns sowie der Wirtschaft zur Durchsetzung ihrer Interessen. Dies gilt vor allem für die neuen Mitgliedsstaaten als auch für die Beitrittskandidaten der nächsten Aufnahmerunde bzw. für jene Staaten, die diesen Status anstreben. Die Mitglieder und Unterstützer des Institutes der Regionen Europas (IRE) sind einerseits – neben der Republik Österreich – Regionen, Städte und Gemeinden Europas und andererseits bedeutende Wirtschaftsunternehmen. ■

<http://www.institut-ire.eu>

Bundesamt für Weinbau setzt verstärkt auf Forschung

Wir konnten im BAWB durch innovative Weiterentwicklung in den vergangenen Jahren Kompetenz aufbauen und das wird auch geschätzt. Durch Fachkompetenz bleiben wir auch wettbewerbsfähig“, sagte der Direktor des Bundesamts für Weinbau, Walter Flak, bei einem Treffen mit Landeshauptmann Hans Niessl. Gemeinsam mit dem Land will man künftig verstärkt auf Forschung setzen. Aber auch im Bereich des Tourismus soll es Vernetzungen geben.

Das BAWB wurde 1983 in Form der Weinabteilung Burgenland, damals noch als Außenstelle der Landwirtschaftlich-chemischen Bundesanstalt, in Eisenstadt gegründet. Nach nur sechs Jahren erfolgte bereits die Aufwertung zur selbständigen Bundesanstalt für Weinbau. Seit 1994 ist das Institut als BAWB tätig. Es ist mit allen Standarduntersuchungsmethoden ausgestattet und gehört somit zu den modernen Weinuntersuchungszentren in Europa. „Die vergangenen Jahre waren von einem großen strukturellen Wandel geprägt. Früher konnten am Tag etwa zwölf Proben untersucht werden – heute sind es rund 65.000 Proben jährlich. Durch die moderne Serienanalytik sind 400 Weinuntersuchungen am Tag möglich“, gibt Flak Einblick in die Tätigkeit seines Instituts, das heute rd. 80 MitarbeiterInnen in Eisenstadt



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann Hans Niessl und Hofrat Walter Flak vom BAWB setzen künftig verstärkt auf Forschung.

und den Außenstellen beschäftigt. „Schwerpunkte der Tätigkeit sind neben der Kontrolltätigkeit und der Qualitätsprüfung im Weinbereich insbesondere Beratung der Weinwirtschaft, sowie Forschungstätigkeit im gesamten Önologiebereich“, erklärt Flak. „Die Weinwirtschaft hat sehr wesentlich

zur positiven Entwicklung des Burgenlandes beigetragen und Riesenimpulse im Bereich des Tourismus gesetzt. Künftig wollen wir die Stärken des Landes, Wein, Natur und die Thermen noch mehr vernetzen, um das Burgenland als Urlaubsland zu attraktivieren“, so Landeshauptmann Hans Niessl. Neben der verstärkten Zusammenarbeit der Weinwirtschaft mit dem Tourismus soll im BAWB der Forschungsanteil gehoben werden. „Forschung und Innovation sind die Themen für die Zukunft der burgenländischen Wirtschaft. Das Ziel kann nur lauten eine schrittweise Verbesserung der Forschungs- und Innovationsquote herbeizuführen und so die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen anzustreben“, unterstrich Niessl. Das gelte auch für die Weinwirtschaft. Um die künftige Wettbewerbsfähigkeit der Burgenländischen Unternehmen sicherzustellen, wird das Land Burgenland im Rahmen seiner Förderprogramme insgesamt rund 50 Millionen Euro für Forschung und Innovation für Klein- bis zu Großbetrieben einsetzen. Das BAWB und der burgenländische Weinbau will die Forschung auf einige für den österreichischen Weinbau besonders wichtige Bereiche fokussieren und den Forschungsanteil von derzeit sieben Prozent heben. ■



Foto: BMLFUW

Die Böden eignen sich besonders für die Kultivierung von Rotwein im Hauptproduktionsgebiet Südöstliches Flach- und Hügelland des Burgenlands.

Eisenstadt: Haus der Generationen

»Der Mensch steht im Mittelpunkt« – das ist das Motto des Eisenstädter Generationenviertels.

Seit August 2009 wurde an der letzten Baustetappe, der Anlage für betreutes Wohnen mit dem „Haus der Generationen“, gebaut. Die Bauarbeiten liegen nun im Endspurt und werden am 1. April beendet sein. Dann beherbergt das Generationenviertel ein Pflegeheim, Tagesbetreuung, betreutes Wohnen, das „Haus der Generationen“ und einen Kindergarten mit Kinderkrippe.

Ältere Menschen, die in Eisenstadt ihre Pension genießen und Hilfe schnell und bequem in Anspruch nehmen können, wenn sie wollen oder müssen, aber auch Menschen aller Altersgruppen, vom Kleinkind bis zu den Eltern – im Eisenstädter Generationenviertel begegnen sich Menschen aller Generationen ganz selbstverständlich im Alltag, lernen voneinander und erfahren Unterstützung. Das Miteinander kann für alle nur ein Gewinn sein.

„Als Bürgermeisterin bin ich stolz, daß mit dem Generationenviertel ein in Österreich einzigartiges Projekt des Zusammenlebens entsteht. Alte Menschen werden sich mit Jungfamilien und Kindern im neuen ‚Haus der Generationen‘ bei zahlreichen Veranstaltungen begegnen. Es bietet die Möglichkeit zur vielfältigen Interaktion von Menschen verschiedenen Alters. Das Zusammenleben fördert die Toleranz und das Verständnis zwischen den Generationen“, freut sich Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel.

„Manchmal ist es im Alter nicht mehr möglich, ohne Hilfe alleine zu leben – man möchte jedoch in vertrauter Umgebung bleiben. Das konventionelle Altersheim ist längst nicht mehr der einzige Ort, um alt zu werden, denn die ‚eigenen vier Wände‘ geben Geborgenheit und ermöglichen Rückzug. Für ältere Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen oder aufgrund des Lebensalters Hilfe bei der eigenen Haushaltsführung benötigen und nicht in ein Heim umziehen wollen, ist die Wohnform des betreuten Wohnens eine gute Alternative. Sie bietet Eigenständigkeit bis an das Lebensende. Gleichzeitig können nach Wunsch bestimmte Hilfen bei alltäglichen Verrichtungen oder



Foto: Magistrat Eisenstadt

Das »Haus der Generationen« in Eisenstadt bei der Gleichenfeier im Mai 2010

im medizinisch-pflegerischen Bereich in Anspruch genommen werden“, schildert der Vorsitzende des Eisenstädter Seniorenbeirats, Gemeinderat Hans Skarits.

„Wir wollen unseren älteren Mitmenschen so viel Selbständigkeit wie möglich, jedoch auch soviel Hilfestellung und ärztliche Betreuung wie nötig bieten. Ob die Senioren nun ganz ohne fremde Hilfen leben wollen und können, ob sie nur für kleine Handgriffe oder Einkäufe jemanden benötigen, ob sie vielleicht dauernd auf medizinische Betreuung angewiesen sind – es wird alles geboten, was gebraucht wird, ohne jedoch diese Betreuung aufzudrängen. Die Unabhängigkeit bleibt in jedem Fall gewahrt. Aber niemand muß Angst haben, alleine zu sein, wenn Hilfe notwendig wird“, erklärt Gemeinderat Werner Klikovits, Vorsitzender des Sozialausschusses.

Die Anlage für Betreutes Wohnen verfügt über 30 Wohneinheiten zwischen 50 m² und 79 m². Dazu kommen noch ein gemeinsamer Aufenthaltsbereich mit Therapie-, Fitness- und Spielraum sowie ein Arztzimmer. Auch modernste technische Ausstattung (Telefon, Sat-TV, Internet, Notrufanlage...) gehören zum Angebot. Weiters sind die Wohnungen barrierefrei gestaltet und verfügen über eine Loggia/Terrasse sowie ein Kellerabteil. Das

Gebäude wurde von der „Neuen Eisenstädter“ als Bauherr errichtet. Zurzeit stehen noch 8 Einzimmerwohnungen mit rund 50 m² Wohnfläche zur Verfügung.

„Die Idee ist, wie der Name schon verrät, die Begegnung mehrerer Generationen. Das bedeutet ein Miteinander von Kindergarten, Betreutem Wohnen und Pflegeheim. Denn jede Generation hat ihre Stärken. Wir möchten diese Stärken gemeinsam finden und entdecken, wie wir sie für andere nutzbar machen können. Wir wollen voneinander lernen, miteinander leben und einander unterstützen“, erklärt Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel.

Eines der ersten Projekte im neuen Haus der Generationen wird ein Oma/ Opa-Kurs sein. Seit 1. Jänner 2009 ist die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuung möglich. Eltern und Erziehungsberechtigte können Betreuungskosten bis zu einer Höhe von 2300 Euro pro Jahr und Kind steuerlich geltend machen. Diese Möglichkeit wird aber nur spärlich in Anspruch genommen. Grund ist unter anderem, daß die Betreuungspersonen – oft Omas oder Opas – einen Kurs zur Befähigung nachweisen müssen. Eben dieser Kurs wird im Haus der Generationen angeboten. ■

<http://www.eisenstadt.at>

Landesauszeichnung für verdiente Persönlichkeiten

In Anwesenheit zahlreicher Gäste aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung fand im Landtagssitzungssaal die Landesehrenzeichen- und Berufstitelverleihung an verdiente Persönlichkeiten statt. Insgesamt 19 Personen wurden von Landeshauptmann Hans Niessl und Landeshauptmannstellvertreter Franz Steindl im Namen der burgenländischen Landesregierung ausgezeichnet. „Es ist dies ein Zeichen des Dankes, der Wertschätzung und der Anerkennung für besondere Verdienste. Sie haben durch Kompetenz, Einsatzbereitschaft und Idealismus Großartiges für unser Land geleistet“, betonte der Landeshauptmann. Der langjährige Präsident des burgenländischen Landtages, Walter Prior, wurde mit dem höchsten Ehrenzeichen des Landes Burgenland, dem Komturkreuz mit Stern, ausgezeichnet. Unter den Geehrten sind auch zwei Unternehmer: Mario Müller, Chef des Family-parks Neusiedlersee in St. Margarethen, sowie Michaela Koch, deren familieneigener Baustoffgroßhandel zu den größten Handelsbetrieben des Landes zählt.

Man könne stolz darauf sein, so der Landeshauptmann weiter, wie sich das Burgenland in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt habe: „Das ist eine ganz große gemeinsame Leistung aller Burgenländerinnen und Burgenländer. Aber immer wieder gibt



Foto: Bgld. Landesmedienservice

LH-Stv. Franz Steindl, Walter Prior und LH Hans Niessl (v.l.)

es Persönlichkeiten, die besonderes viel zum Aufstieg beigetragen haben. Und wir freuen uns, daß es auch außerhalb des Burgenlandes immer wieder Menschen gibt, die sich für unsere Anliegen einsetzen.“ Die geehrten Personen zeichnen Engagement und Einsatz die weit über das übliche Maß hinausgehen aus, so Niessl: „Dafür möchte ich mich heute bedanken. Ich hoffe, daß sie dem Burgenland weiter gewogen bleiben, und daß wir gemeinsam für dieses Land weiterarbeiten.“

Stellvertretend für alle Ausgezeichneten ergriff der frischgebackene Träger des Komturkreuzes mit Stern und langjähriger Präsident des burgenländischen Landtages, Walter Prior das Wort: „Wir nehmen die Auszeichnungen nicht nur für uns persönlich entgegen, sondern auch für unsre Familien, unsere Mitarbeiter und allen die mitgeholfen haben. Ich möchte mich im Namen aller bedanken.“

<http://www.burgenland.at>

Nachhaltiges Bauen mit Holz prämiert

Der burgenländische Tagwerksplaner und Paradearchitekt Richard Woschitz wurde mit dem „Wiener Ingenieurpreis“, der 2008 von der Stadt Wien gemeinsam mit der Kammer der Architekten und Ingenieurkonulenten für Wien, Niederösterreich und Burgenland ins Leben gerufen wurde, prämiert. Zahlreiche Persönlichkeiten, mit Landeshauptmann Hans Niessl und Landtagspräsident Gerhard Steier an der Spitze, stellten sich im Büro von „Woschitz Engineering“ in Eisenstadt als Gratulanten ein.

Mit dem „Wiener Ingenieurpreis“ soll ein wichtiges und innovatives Werk, ein Projekt oder das Lebenswerk eines Ingenieurs ausgezeichnet werden, das einen weitreichenden Impuls für die Gesellschaft bewirkt hat. Mit der Vergabe des Preises soll auf die Leistungen und das Können der Ingenieure aufmerksam gemacht sowie ihr Stellenwert in der öffentlichen Wahrnehmung verbessert werden. Ausgezeichnet wurde Woschitz insbesondere für seine Leichtbaukonstruktionen aus Holz



Foto: Bgld. Landesmedienservice

3. Landtagspräsident Manfred Moser, LR Peter Rezar, Landeshauptmann Hans Niessl, Architekt Richard Woschitz, LR Helmut Bieler, Landtagspräsident Gerhard Steier und SP-Klubobmann Christian Illedits (v.l.)

und zeitgemäße Holz-Wohnbauten. Zu den bekanntesten Leistungen von Woschitz für den modernen Holzbau in Wien zählen die

Wohnhausanlagen Podhagskygasse und Kellerberggasse sowie der begehbare Holzturm „bahnorama“ in der Favoritenstraße.

MonA-Net – Mädchen online im Fokus

Was 2003 als gemeinsames INTERREG IIIA Projekt von Burgenland und Ungarn startete, ist mittlerweile eine unverzichtbare Einrichtung und durch Vorbildwirkung als Idee österreichweit aufgegriffen worden. Die Rede ist von „MonA-Net“, einem Online-Netzwerk, das vor allem Mädchen und junge Frauen anspricht und ihnen die Möglichkeit gibt, sich zielgruppengerecht zu informieren. „MonA-Net“ wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Frauen, des Frauenbüros des Landes Burgenland und des AMS finanziert, ist nicht kommerziell und wird redaktionell, medien- und sozialpädagogisch betreut.

„MonA-Net“ versucht Mädchen in jeder Hinsicht zu stärken und vermittelt ihnen die Kraft, für ihre Rechte einzustehen. „MonA-Net“ sieht Mädchen und junge Frauen im Mittelpunkt. Die Online-Plattform informiert über Themen, wie untypische Frauenberufe und Karriere, aber auch über Verhütung, persönliche und familiäre Probleme oder Eß-Störungen. Ziel ist es, unter anderem, die Userinnen mit Mentorinnen und „role models“ stärker zu vernetzen um somit ihre Selbstbestimmung und Partizipation zu fördern. Information und Bewußtseinsbildung stehen im Vordergrund.

Diese Online-Plattform hatte, wie Frauenlandesrätin Dunst gemeinsam mit Projekt-



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Projektleiterin Jutta Zagler (l.) und Frauenlandesrätin Verena Dunst

koordinatorin Jutta Zagler berichtete, von Anbeginn einen sehr großen Zulauf und erfreut sich immer größerer Beliebtheit. Dunst hat es sich zur Aufgabe gemacht, mittels „MonA-Net“ Mädchen dabei zu unterstützen, selbständig und eigenverantwortlich zu werden und den eigenen Lebensweg aktiv zu gestalten. Die meisten der mittlerweile 5400 Mitglieder sind zwischen 15 und 18 Jahren alt. Die Alterstruktur deutet darauf hin, daß gerade Mädchen und junge Frauen, die vor einer beruflichen Entscheidung ste-

hen, Hilfe suchen. „MonA-Net“ möchte aber nicht nur online helfen, sondern die Mädchen und jungen Frauen auch im wirklichen Leben begleiten. Deshalb werden an Schulen und verschiedenen Veranstaltungsorten kostenlose Workshops abgehalten. Projektschwerpunkte sind die Berufs-, Bildungs- und Lernberatung inklusive Bewerbungstraining, Workshops zur Berufsorientierung, Selbstbewußtseinsstraining, Psychologische Betreuung und Mädchenberatung. ■

<http://www.mona-net.at>

Faschingsnarren und Bräuche in der Region Neusiedler See

Der Höhepunkt der närrischen Zeit naht wiederum. Jubel, Trubel und Heiterkeit verbreiten die in den Straßen herumziehenden Faschingsnarren. Ob Sie als solcher dabei sind oder die originellen Kostüme und Faschingswägen bestaunen – einer darf bei keinem fehlen – der Faschingskrapfen. Um die Entstehung des Faschingskrapfens gibt es ja verschiedene Geschichten: Der Verzehr von Krapfen wurde einst kurz vor Beginn der Fastenzeit ausdrücklich zur Stärkung empfohlen, damit auch das ärmere Volk noch genug Fett zu sich nahm, um die 40 Tage dauernde Fastenzeit gut zu überstehen. Eins steht jedenfalls fest: wer auch immer den Faschingskrapfen erfunden hat – er schmeckt köstlich!

Der Faschingsdienstag als letzter Tag vor dem Beginn der Fastenzeit stellte früher den Höhepunkt des närrischen Treibens in der Fastenzeit dar. Heute hat sich das Narrentreiben auch auf den Faschingsamstag und den Faschingssonntag mit Faschingsumzügen und Faschingsfesten verlagert.



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Jubel, Trubel und Heiterkeit verbreiten die herumziehenden Faschingsnarren.

Am Faschingsdienstag endet die Zeit des Schlemmens und Trinkens, des ausgelassenen Feierns und Tanzens. In manchen Orten wird auch noch der Brauch des Fasching-

Begrabens fortgeführt: Eine kostümierte Puppe, die alle Laster der Faschingszeit in sich vereint, wird zu Grabe getragen. ■

<http://www.neusiedlersee.com>

Gegen Rassismus

600 SchülerInnen des BG/BRG Mattersburg setzten ein beispielhaftes Zeichen für eine gerechte Zukunft.

Von Victoria Wlasits *)



Foto: Mediengruppe BG/BRG Mattersburg

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen. (Artikel 1 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte)

Mit diesem Worten im Hinterkopf machte sich die Schülervvertretung des BG/BRG Mattersburg, Ralf Wallner, Louis Reumann und Burcu Akar auf und organisierte für den 10. Februar einen „Aktionstag gegen Rassismus“ (A.R.T.). Durch eine Workshopgruppe, eine Mediengruppe und durch eine Aktionsgruppe wurde versucht, die Thematik möglichst verständlich aufzubereiten und Menschen zum eigenständigen Nachdenken zu motivieren.

Im Gymnasium Mattersburg Ausnahmezustand: Zahlreiche Gruppen von Schülern und Schülerinnen hielten sich in den verschiedenen Räumen des Schulgebäudes auf. Flanierte man durch die weitläufigen Flure und erhaschte man einen flüchtigen Blick in die Klassenräume, fiel eines auf: SchülerInnen, ob groß oder klein, jung oder erfahren, versuchten die Problematik des Rassismus voller Energie, Überzeugung und Taten-

drang aufzubereiten und auch für UnterstufenschülerInnen verständlich zu machen.

Der Startschuß für den A.R.T war die Eröffnungsparty mit zahlreichen Ehrengästen im Festsaal. Die SchülerInnen der Oberstufe hatten die Möglichkeit, sich für drei verschiedene Aufgabenbereiche zu engagieren: Die Mitglieder der Workshopgruppe versuchten in einem Team von bis zu drei Schülern einer Gruppe von rund 10 UnterstufenschülerInnen durch Rollenspiele, Vorträge und durch die Gestaltung von Plakaten das Thema näherzubringen.

Um den Tag und vor allem den Aktionismus des Gymnasiums mittels Filmaufnahmen und Fotos festzuhalten, wurde die Mediengruppe engagiert. Ab 14 Uhr ging der A.R.T weiter, aber an einer anderen Location: Am Mattersburger Veranstaltungsort versammelten sich die sogenannte Demogruppe und andere SchülerInnen und setzten im Zuge eines Marsches durch die Innenstadt voller Elan und Begeisterung ein Zeichen. Dieser Aktionismus wurde durch selbst gestaltete T-Shirts und durch Transparente verdeutlicht.

„Wir Eltern sind stolz auf unsere Kinder und ihre Schülervetreter. Die Idee zu dieser Aktion wurde von den Schülervetretern dem Schulgemeinschaftsausschuß überzeugend

präsentiert und die Durchführung einstimmig beschlossen. Was dann geschah, ist für mich ein Musterbeispiel dafür, wie Motivation und Begeisterung sich auf andere übertragen können. Wie gute Ideen zusätzliche Flügel bekommen und Unterstützung finden. Die Organisatoren durchliefen einen Lernprozeß in Sachen Lobbying, Organisation, Sponsoring, Behördeninformation, Genehmigungsverfahren, PR-Aktivitäten, Ressourcenplanung, Ablaufplanung, Coaching usw., usw. Sie lernten wirklich fürs Leben ... Ein für mich wesentlicher Ansatz ist, bereits darauf aufmerksam zu machen, bevor nicht wiedergutzumachender Schaden entsteht.

Diese jungen Menschen, ihre Einstellung und ihr Fähigkeit zur Zusammenarbeit sehe ich als einen wichtigen Grund dafür, daß niemand vor der Zukunft Österreichs Angst haben muß. Wir sind stolz auf unsere Kids.
Erhard Puschautz, Obmann des Elternvereins

„Unser Projekt soll bloß der Anfang eines langen Weges gegen Rassismus sein und wir wollen gemeinsam dagegen auftreten. Dieser Weg wird bestimmt nicht einfach, doch der Gedanke in einer Zukunft ohne Rassismus zu leben ist es definitiv wert.“

Ralf Wallner, Schulsprecher

<http://www.brgmattersburg.at/>

*) Victoria Wlasits ist Schülerin der 5C des BG/BRG Mattersburg.

600 Jahre alte Rebe zerstört

Ein Rebstock in St. Georgen bei Eisenstadt gilt als »Vaterrebe« des Grünen Veltliners – und wurde von Unbekannten devastiert.

Älteren St. Georgenern war seit ihrer Jugend ein durch stacheliges Buschwerk vor Viehfraß geschützter alter Weinstock auf dem „Hetscherlberg“ (heute „Viehtrift“) bekannt. Im Zuge der Erstellung der Dorfchronik „St. Georgen – Geschichten und Geschichten (2000)“ durch den Verein Dorfblick kam der Hinweis auf den alten Weinstock. Aufgrund von Beschreibungen und einer Skizze auf einem Bierdeckel fand der Kassier des Vereins, Michael Leberl, den Weinstock. Die lange Zeit als verschollen bzw. als unbekannt gegoltene Vatersorte des Grünen Veltliners überlebte als einzige zur Zeit auffindbare Rebe der Welt auf einem Grundstück der Freistadt Eisenstadt, welches im Mittelalter letztmalig als Weingarten genutzt wurde. Man kann davon ausgehen, daß dieser Rebstock rund 500 Jahre alt ist.

Auf Empfehlung des Winzers Hans Moser wurde die Landwirtschaftliche Fachschule (LFS) für Weinbau in Eisenstadt kontaktiert – mit den damals verwendeten Methoden der Sortenbestimmung konnte vorerst kein Ergebnis erzielt werden. Erst nachdem weitere Proben aus dem Jahr 2005 untersucht wurden, die vom „Verein Dorfblick“ an die der Bundesversuchsanstalt in Klosterneuburg geschickt wurden, gab es erste Hinweise, daß dieser alte Rebstock ein genetischer Elternteil der Sorte Grüner Veltliner sein könnte. Ein Jahr darauf bestätigte sich diese Vermutung: es stand fest, daß es sich um die bis dato verschollene Vaterrebe des Grünen Veltliners handelt.

Nachdem schon im Winter 2008/09 ein Teil der Edelreiseruten erstmalig gestohlen wurden, hat der „Pflegevater“ der Rebe, Hans Moser, Ende Oktober 2010 bei einem Kontrollgang zur Rebe entsetzt festgestellt, daß wiederum ca. 50 Prozent der veredlungsfähigen Augen abgeschnitten und entfernt worden waren. Sein Vater, Johann Moser sen., wollte am 8. Feber die verbliebenen Edelreiser schneiden, um sie zur Rebschule zu bringen. Entsetzt fand er den zerstörten, weil zersägten Rebstock vor und fotografierte die Verwüstung. Die Stadtbezirksvorsteherin Heide Hahnenkamp mußte nun schon zum zweiten Mal Anzeige erstatten. Der Wert der Rebe wurde bei der 1. Anzeige im Jahr 2009 als unschätzbar bzw. durch ein



Hofft, daß die erstattete Anzeige möglichst rasch zu einer Bestrafung des Täters führen wird: Winzer Hans Moser aus St. Georgen.



Die 500 Jahre alte Rebe wurde zerstört.

Expertengutachten mit mehr als 100.000 Euro beziffert. Die uralte Rebe ist schwer geschädigt und es ist noch unklar, ob sie genug Kraft zum Überleben hat. Somit handelt es sich hierbei um eine schwere Sachbeschädigung und Kulturgutfrevel am Eigentum der Stadtgemeinde Freistadt Eisenstadt.

Die unscheinbare Pflanze – als Weinrebe kaum erkennbar – hatte durch geduldige und fachgerechte Pflege wieder an Vitalität gewonnen. Glücklicherweise konnten seit drei Jahren sogar schon Edelreiser zur Vermehrung geschnitten werden, der Fortbestand dieser wertvollen Sorte ist also gesichert, an drei verschiedenen Standorten in Österreich gibt es bereits Vermehrung und Veredelung.

Der Rebgenetiker Ferdinand Regner vom Bundesamt für Wein- und Obstbau Klosterneuburg macht Hoffnung, daß es in zwei bis drei Jahren die ersten Trauben geben könnte.

Der „Verein zur Kultivierung der St. Georgener Rebe hofft“, so erzählt Winzer Hans Moser, daß die erstattete Anzeige möglichst rasch zur Überführung und zu einer Bestrafung des Täters führen wird. Unvorstellbar ist jedenfalls, was jemanden dazu bewegen könnte, gezielt ein derartiges Kulturgut zu zerstören. ■

<http://www.hans-moser.at>

Die Geschichte des Burgenlandes

Anlässlich des Jubiläums »90 Jahre Burgenland« im Jahr 2011 setzen wir mit Teil 2 unsere Serie fort: mit dem beginnenden Frühmittelalter bis zu Andreas Baumkircher, dem Herrn von Schlaining.

Von Michael Floiger, Karl Heinz Gober, Oswald Guber, Hugo Huber und Josef Naray*)

+Die Zeit der Völkerwanderung

Im Folgenden wird dargestellt, wie sich das Leben der Menschen in unserer Heimat im Frühmittelalter gestaltete. Wir lernen Völker kennen, deren (kriegerische) Unternehmungen innerhalb mehrerer Jahrhunderte (4. -10./11. Jhdt.) die heutige Landkarte mitbestimmen.

Die Hunnen

Ein zeitgenössischer Zeitungsbericht hätte so lauten können:

Die Hunnen drängen nach dem Westen Südrußland, am Don (350 n. Chr.) Die Zahl der alanischen Flüchtlinge, die den Don in westlicher Richtung überschreiten, wird von Monat zu Monat größer. Sie verlassen die Gebiete zwischen dem Schwarzen und dem Kaspischen Meer vor dem Reitervolk der Hunnen. Diese mongolischen Nomaden sind kriegerischer als seßhafte Bauernvölker. Sie rauben die Herden anderer Völker, plündern diese aus und machen sie ihnen dienstbar. Ihre Stammesführer wollen sogar das reiche, militärisch aber schwächer werdende römische Reich tributpflichtig machen.

Die Hunnen besiegten 375 n. Chr. die germanischen Ostgoten. Dieses Jahr gilt seither als Beginn der Völkerwanderungszeit. In den folgenden knapp 100 Jahren flohen viele germanische Steppenvölker (Goten, Vandalen, Quaden, ...) vor ihnen. Manche wurden sogar in den römischen Militärdienst aufgenommen. Die kleinen Reste der zivilen Bevölkerung, die trotz der Ängste vor den Hunnen ausharrten, verschmolzen mit den noch ansässigen Romanen. Um 425 n. Chr. errichteten die hunnischen Fürsten ihre Sitze im Karpatenbecken. Unter dem Großfürsten Bleda (434-445 n. Chr.) erreichte das Hunnenreich seine größte Ausdehnung.

Die Randgebiete der Ostalpen, also auch der burgenländische Raum, waren allerdings für nomadisch betriebene Viehzucht der Eroberer ungeeignet daher blieben die Menschen von dem so furchtbar beschriebenen „Hunnensturm“ fast unberührt.



Der bekannteste Hunnenkönig war Attila, berühmt-berüchtigt durch seine barbarischen Reiter.



Gürtel- und Schuhschnallen aus Gold, wurde in Mörbisch gefunden und ist im Museum Sopron ausgestellt.

Der bekannteste Hunnenkönig war Attila. Seine schrecklichen Raubzüge durch Europa vermitteln noch heute das Bild seiner barbarischen, alles zerstörenden Reiter. Mit der Niederlage auf den Katalaunischen Feldern in Gallien (451) und Attilas Tod (453/54) in Pannonien begann das Ende des hunnischen Großreiches.

Nicht wilder als die anderen!

Sieht man aber von der Attilazeit ab, so waren die Hunnen auch nicht „wilder“ als andere Völker dieser Epoche. Schon ihr fremdartiges, anderes Aussehen bewog die damaligen Geschichtsschreiber, sie als grausame Horden zu beschreiben. In Wirklichkeit pflegte dieses Steppenvolk beachtenswerte Kultur. Allein die Prunkgegenstände aus ihren Gräbern beweisen das auch.

Die Ostgoten

In der zweiten Hälfte des 5. Jhdts. geriet Pannonien bis „Vindomina“ (Wien) in den Herrschaftsbereich der Ostgoten. Diese waren bei ihren zahlreichen Kriegszügen nicht weniger grausam als etwa die von ihnen letztendlich besieigten Hunnen.

Als Förderaten (= Bündnispartner) des oströmischen Kaisers sollten sie die Grenzen vor Einfällen schützen und lebten damit nicht schlecht: als solche waren sie steuerfrei und durch Jahrgelder (= Tributzahlungen), Vieh- und Getreidelieferungen sorgenfrei gehalten. Ihre Kraft konnten sie so dem Krieg und dem Schutz der römischen Kaiser widmen.

In West-Rom regierte bereits seit 476 n. Chr. der germanische Fürst Odoaker. 489 n. Chr. zog der ostgotische König Theoderich der Große nach Italien, wo er ein großes Reich errichtete. Obwohl unser heutiges Gebiet seinem Machtbereich angehörte, erfolgte hier keine neue Besiedlung.

Spätantik-frühmittelalterliche, hunnisch-gotische Grabfunde (4./5. Jhdt.)

Sowohl die Frauen als auch die Männer der damaligen „Pannonier“ liebten schöne Kleider und Schmuck. Unzählige Grabfunde im Burgenland sind Beweis dafür.

*) Wir haben – mit freundlicher Genehmigung des Burgenländischen Landesarchivs, des Landesschulrats für Burgenland und des Verlags Ed. Hölzel Gesellschaft m.b.H. Nfg KG, Wien, – Text und Bilder dieser Serie dem Lehrbuch für die Unterstufe „Geschichte des Burgenlandes“ entnommen.





Das germanische Volk der Goten bedrohte lange Zeit die Grenzen des Römischen Reiches. Von den Hunnen bedrängt, spaltete sich der Stamm in Ost- und Westgoten. Zum Untergang des Weströmischen Reiches 476 trugen vor allem die Westgoten bei (= Ende der Antike, Beginn des Frühmittelalters).

Die Langobarden – »Langbärte«

Zur Zeit des römischen Kaisers Augustus beschrieben Historiker diesen Stamm als „noch wilder als die germanische Wildheit“. Einer schilderte, daß sie sich nicht durch Unterwerfung, sondern durch „Kampf und Wagemut“ behaupteten.

Die Langobarden siedelten zunächst an der Elbe, von wo sie nach Böhmen und in den niederösterreichischen Raum zogen. Im Jahr 526 überschritten sie unter der Führung ihres Königs Wacho die Donau. 20 Jahre später stand ganz Westungarn mit dem nördlichen und mittleren Burgenland unter ihrer Oberhoheit. Im südlichen Teil unseres Landes konnten keine Siedlungsspuren nachgewiesen werden.

Die Männer waren mit ihren durchschnittlich 180 cm, die Frauen mit etwa 170 cm Körpergröße auffallend. Ihre Lebenserwartung betrug rund 30 Jahre. Die Kindersterblichkeit war ungemein hoch. Schädelverformungen wie bei den Hunnen gab es nur bei den langobardischen Männern.

Gesellschaft und Religion

Aufgrund der Gräberfunde kann der Archäologe die gesellschaftliche Ordnung der Langobarden erkennen. So zum Beispiel wurden Frauen und Kinder von den Männern getrennt bestattet.

Seit Beginn des 5. Jhds. stand ein König („kuning“) an der Spitze einer Heerfahrt.



Der in Steinbrunn gefundene langobardische Spangenhelm aus vergoldetem Kupfer ist ein besonderes Prunkstück.

Den Kern der Gesellschaftsschichten bildeten alle freien wehrhaften Männer. Für diese „frei geborenen“ gab es die Bezeichnung „baro“ (vergleiche: Baron).

Zu den Halbfreien gehörten die Kriegsgefangenen, alle im Krieg Unterworfenen oder jene, die die Freiheit verspielt oder freiwillig verkauft hatten. Knechte waren rechtlos, Sklaven gab es keine.

Die Langobarden nahmen allmählich das Christentum der Römer an, doch das Heidentum blieb lange in ihrem Glauben verwurzelt: Priester heilten weiterhin mit Ziegenmilch, wonach die Ziege mit einem Schlangenbiß getötet wurde. Wahrsager brachten an heiligen Bäumen und Quellen Opfer dar.



Ebenfalls in Steinbrunn wurden Fibel, Ohrring und zwei Gürtelschnallen der Langobarden gefunden (6. Jhdt.).

Ansiedelung, Wirtschaft und Ernährung

Die ersten Eroberer ließen sich in ehemaligen römischen Siedlungen nieder. Diese militärischen Punkte lagen entweder in hügeliger Gegend oder sumpfigen Ebenen. Das Ackern wurde von den Langobarden als unfreie Knechtsarbeit betrachtet. Ihr Haupterwerbszweig dürfte die Viehwirtschaft gewesen sein. Flachs war die einzige Kulturpflanze, später in Italien noch Gemüse sowie Zwiebeln und Obst. Das Jagen war nur den Adeligen vorbehalten.

Auch der Handel mit Naturalien war ein Standbein ihrer Wirtschaft. Mit der Feinwaage wog man das Gewicht der Münzen.

Der Abzug aus Pannonien

Nach über 40 Jahren Anwesenheit entschlossen sich die Langobarden unter ihrem König Alboin, Pannonien in Richtung Oberitalien zu verlassen (568). Ein neues Volk, das ihnen kriegerisch überlegen war, zwang sie zu diesem Abzug: die Awaren.

In Norditalien sollte die langobardische Völkerschaft über 200 Jahre lang herrschen, nachdem es gemeinsam mit Byzanz (= Konstantinopel; heute: Istanbul) die Ostgoten

vernichtet hatte. Erst 774 eroberte der Frankenkönig Karl der Große ihren Herrschaftsbereich, der heute noch im Namen „Lombardei“ weiterlebt.

Awaren und Slawen

Ein Vertrag mit den neuen Herrschern im Karpatenbecken, den Awaren, sicherte den restlos abgezogenen Langobarden das Recht, innerhalb der nächsten 200 Jahre zurückkehren zu dürfen. Doch Verträge oder Bündnisse waren oft nicht einmal das „Papier wert“, auf dem sie festgehalten waren. Damit rechneten auch die Awaren.



Zillingtal: Awarischer Gürtelbeschlag. Dargestellt ist ein Greif (Fabelwesen); Bronze, 8. Jhdt. In Zillingdorf legte man insgesamt 129 Gräber frei.

Mit neuen Waffen fast unbesiegbar

Wie schon die Hunnen waren auch die Awaren aus Innerasien nach Europa vorgezogen, das damals mit dem Gebiet nördlich des schwarzen Meeres begann. An sich nichts besonderes, wäre da nicht ihr sonderbares Aussehen gewesen und – welch ein Schrecken! – ihre Ausrüstung für den Krieg. Einiges davon war den germanischen und römischen Soldaten vollkommen unbekannt.

Reiter und Pferd schienen miteinander verwachsen zu sein. Niemals zuvor hatte man ein Pferd mit Sattel und Steigbügeln gesehen, geschweige denn diesen Vorteil im Kampf ausgenützt! Holzsattel und Steigbügel verschafften den awarischen Krieger im Nahkampf einen festeren Halt auf dem Schlachtpferd. Zudem konnten sie im Reiten ihre gefürchteten schweren Pfeile mit dreiflügeligen Eisenspitzen auch stehend abschießen. Ausgerüstet auch mit einer überlangen Lanze und besseren, beinversteiften Reflexbögen und geschützt von einem Lamellenpanzer, galten sie bei ihren Feinden anfangs als unbesiegbar.

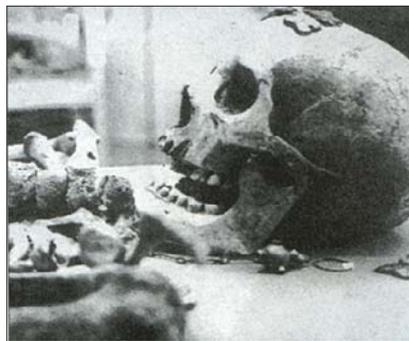
Auch die oströmischen Kaiser, in deren Bereich die Awaren allzu gerne sesshaft geworden wären, erkannten die überlegene Militärkraft der Awaren. Um sie sich vom Leibe zu halten, mußten sie auch diesem Förderaten-

volk ungeheure Mengen an Gold abliefern. Khagan (= allmächtiger awarischer Fürst) ließ sich sogar ein Bett aus purem Gold von einem oströmischen Kaiser „schenken“.

Die Slawen werden zu Awaren

In den folgenden zweieinhalb Jahrhunderten nach der erfolgreichen Schlacht gegen die germanischen Gepiden (567) dehnten die Awaren mit den von ihnen unterworfenen Völkerschaften (Slawen, Gepiden, ...) ihr Siedlungsgebiet aus. Die Karpaten im Norden und Osten, die Save im Süden und bei uns im Westen das Gebiet bis zur Enns bildeten ungefähr die Grenze des Reiches. Den slawischen Siedlern gewährten sie militärischen Schutz, ja sogar die Aufnahme in ihr eigenes „Volk“.

Ein Slawe fühlte sich als Aware als etwas Besseres, Stärkeres. „Echte Awaren“ waren schließlich nur noch etwa ein Fünftel der Gesamtbevölkerung. Damit ist verständlich, daß die Geschichtsforscher Orte oder Land-



Gräberfund aus einem Awarengrab bei Zillingtal

schaften nur sehr schwer als „rein slawische“ bestimmen können, denn schließlich ließen sich auch die Slawen wie ihre Herren begraben. Richtig sesshaft wurde das gesamte Mischvolk erst ab Mitte des 7. Jhdts., wobei

überwiegend die Viehzucht – neben dem Ackerbau – dem Lebensunterhalt diene.

Gräber und Gesellschaft

Bis heute haben die Archäologen rund 30.000 (!) Awarengräber erfaßt. Allein auf burgenländischem Gebiet legten sie etwa 850 Gräber frei. Der größte Awarenfriedhof liegt in Leithaprodersdorf, wo 131 Ruhestätten offengelegt wurden. Alles, was man im täglichen Leben benötigte, gab man den Verstorbenen mit ins Grab: Waffen, Schmuck, Haushaltsgeräte, Geschirr. Gold – Silber – Kupfer entsprachen dabei ihrer gesellschaftlichen Stellung im Diesseits, nämlich Fürst – Adeliger – Freier – Sklave.

Die Bayern

Überwiegend friedlich gestaltete sich zunächst das nachbarliche Leben zwischen den Bayern (in Oberösterreich bis zur Enns; Salzach und Inntal) und der slawischen Bevölkerung (in den Flußtalern des Burgenlandes, der Steiermark und Kärntens; in Niederösterreich nördlich und südlich der Donau). Als aber die Bayern vom fränkischen Königshaus der Karolinger selbst bedroht wurden, suchten sie bei den „Herrenawaren“ ihre Verbündeten. Tatsächlich unternahmen die Awaren nichts, als sich die Slawen gegen den Zuzug „deutscher“ Siedler in Kärnten und der Südoststeiermark (= Karantainen) wehrten (2. Hälfte des 8. Jhdts). In diesen langwierigen Auseinandersetzungen bildeten sich allmählich jene Grenzen heraus, die eigentlich noch heute zwischen Slowenien bzw. Tschechien und Österreich bestehen.

Der Frankenkönig Karl der Große unterwarf die Bayern und gliederte sie in sein mächtiges Frankenreich ein (778 n. Chr.). Der Weg nach Osten gegen die Awaren war für ihn nun frei.



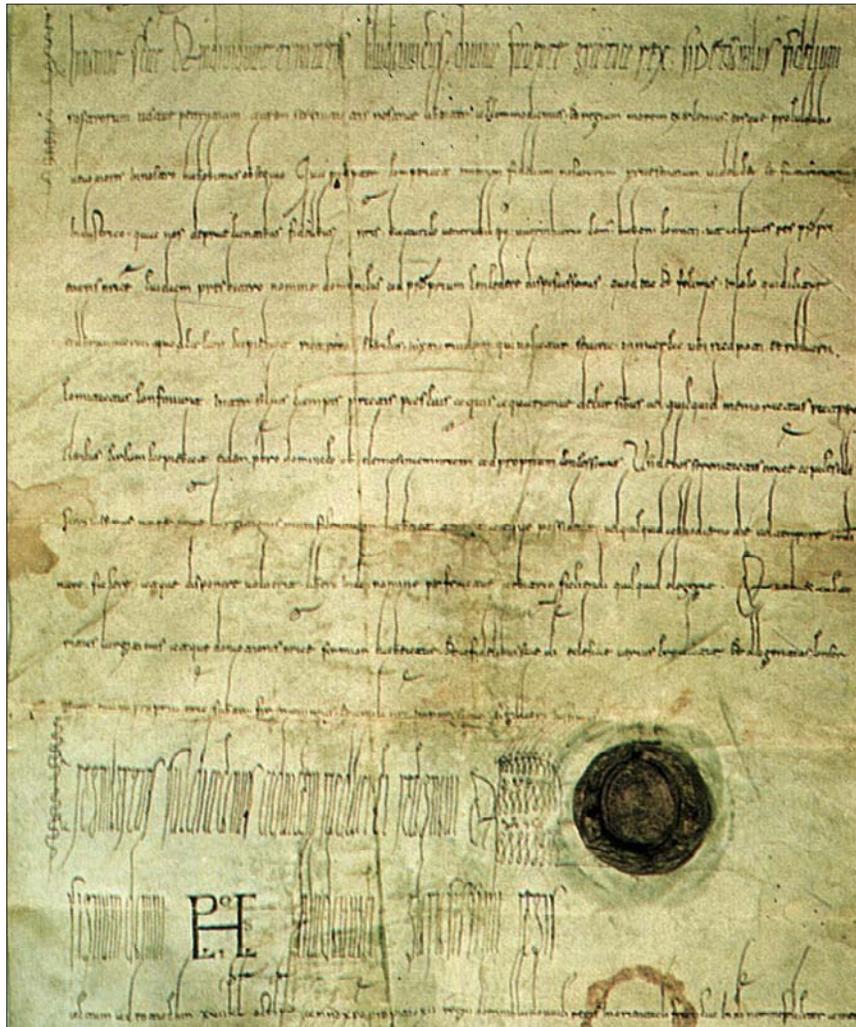
Karl der Große (768-814 n. Chr.) zerstört das Awarenreich

Karl der Große, der Herr über ganz Mitteleuropa bis zum Atlantik, sah in der Vergrößerung seines Frankenreiches und dessen Christianisierung seine politischen Hauptziele. Im Osten lockte der sagenhafte Schatz der Awarenhagane. Im Jahr 791 n. Chr. führte er persönlich ein Heer donauabwärts, mußte aber den Feldzug abbrechen (Winterbruch, Pferdeseuche, Rückzug der Awaren). Über Steinamanger zog er sich wieder zurück. Seinem Sohn Pippin gelang 795/96 der entscheidende Schlag: Er eroberte den „Ring“ der Awaren, den burgähnlichen Sitz der Feinde im Karpatenbecken. So war – trotz kleiner Grenzstreitigkeiten – die awarische Vorherrschaft zu Beginn des 9. Jhdts. in unserem Gebiet beendet. Die Franken/ Bayern waren die neuen Herren.

Bayerische Kolumnisten und Missionare kommen in unser Land (9. Jhd.)

Nach Karls Sieg begann man die Besiedelung des Ostlandes zu fördern. Die bayerischen bzw. fränkischen Siedler rodeten neue Landstriche und machten sie urbar. Aber auch die Slawen konnten sich weiterhin breitmachen, wobei sie jedoch politisch unter fränkischer Oberhoheit verblieben. Einige slawische Fürstentümer bestanden zwar für kurze Zeit, doch blieben sie ohne weitere Bedeutung.

Die Verbreitung des Christentums ging Hand in Hand mit der Verteilung des Landes auf (westliche) Grenzgrafen und Kirchenfürsten. Für das kirchliche Gebiet (Diözese) im Nord- und Mittelburgenland war das Bistum Passau, für den Süden waren die Fürsterzbischöfe von Salzburg zuständig. Mit dem Christentum verschwanden auch allmählich die heidnischen Grabbeigaben.



Urkunde aus dem Jahr 844 n. Chr. – König Ludwig der Deutsche schenkt dem Priester Dominikus auf Bitten des Bischofs Baurich von Regensburg und der Grafen Werinher und Babo den Besitz Brunnaron am Zöbernbach.

Die Magyaren

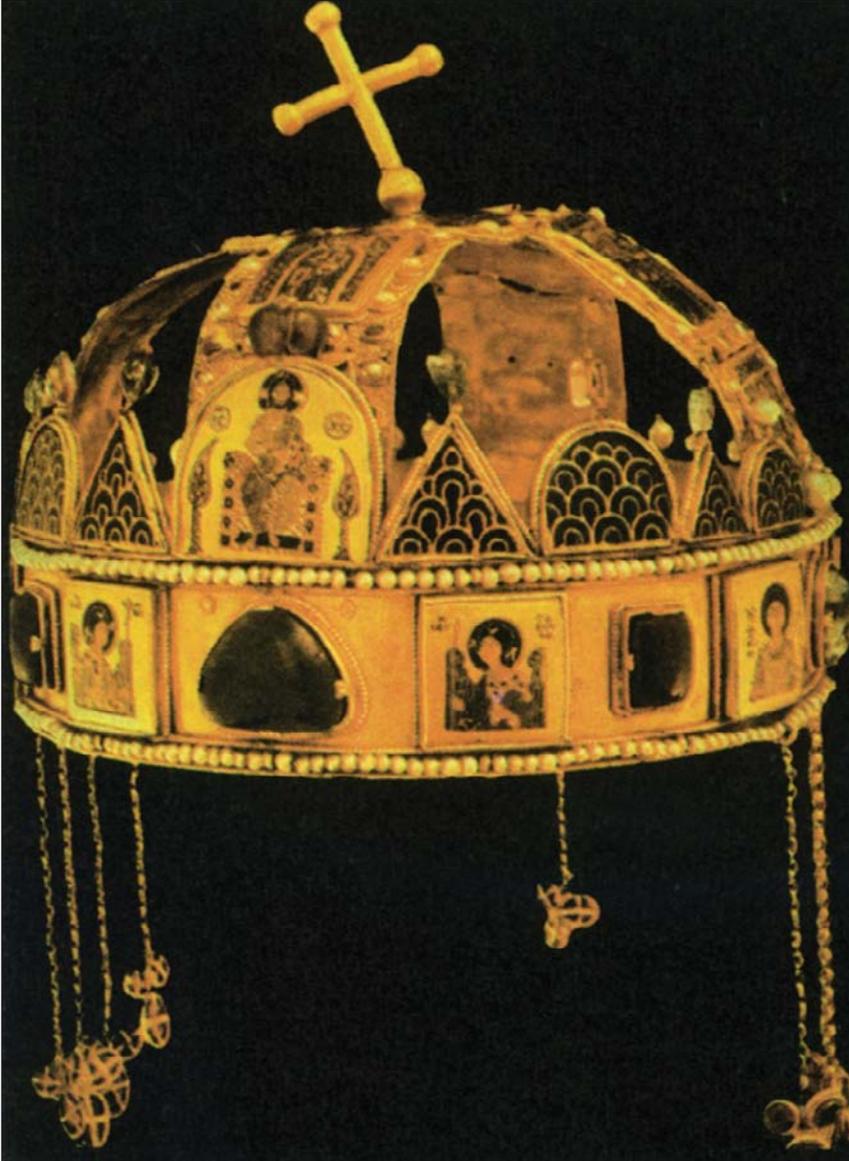
Um 2000 v. Chr. (Bronzezeit) lebte ein Volk im Westen Sibiriens zwischen Ob und Ural. Wie viele Wandervölker teilten sich auch die so genannten ugrischen Stämme:

einige von ihnen zogen in nordwestliche Richtung (Finnen, Esten, Lappen, ...) aus den anderen gingen um 500 v. Chr. die ungarischen Stämme hervor.

Die Magyaren – so nennen sich die Ungarn in ihrer Muttersprache – zogen vom Ural aus in Richtung Westen. Von anderen Völkern und Reichen lernten diese Viehnomaden unter anderem auch den Ackerbau und das Eisen kennen. Nach jahrhundertelanger „Wanderschaft“ standen sie vor den Karpaten, Klimaveränderungen, aber auch kriegerische Nachbarvölker hatten sie dazu gezwungen. Der fruchtbare Boden in der ungarischen Tiefebene, dieses zum Teil herrenlose Land, lockte zur Eroberung. Die Awarenherrschaft existierte damals nicht mehr.

Das Jahr 895/96 n. Chr. ist in den ungarischen Geschichtsbüchern eine wichtige Jahreszahl. Damals nämlich führte Fürst Arpad sein Volk mit zehntausenden von





Die ungarische Stephanskrone

Menschen in jenes neues Siedlungsland, das bis heute für deren Nachkommen Heimat blieb. Dieses geschichtliche Ereignis bezeichnen die Magyaren als die „glorreiche Landnahme“.

Lebensweise und Gesellschaft

Im Karpatenbecken lebten die Ungarn als Halbnomaden von der Viehzucht. Der Ackerbau und damit die Selbsthaftigkeit setzten sich erst langsam im 10. Jhd. durch. Im Winter bewohnte man einfache Häuser an den Flüssen, während im Sommer luftige Zelte als Behausung ausreichten.

Jeder Bewohner gehörte zu einem der sieben Hauptstämme. Ein achter, nicht magyarischer Stamm hatte sich ihnen schon früher nördlich des Schwarzen Meeres angelagert (Kabaren = „schwarze Ungarn“).

Die Fürsten dieser Stämme bildeten mit ihren Kriegern die herrschende Oberschicht. Entsprechend ihrer Macht und ihres Reichtums wurden sie nach dem Tod auch bestattet.

Silberlockenringe, Halbmondanhänger u.a. aus dem 10.-12. Jhd. fand man in Mattersburg, Mitterpullendorf, Stotzing und Nebersdorf. Weitere Gräber mit Silberfingerringen und Halsreifen legten die Archäologen in Steinbrunn, Andau und Lutzmansburg frei. Waffenbeigaben waren hier nur wenige vorhanden.

»Vor den Pfeilen der Ungarn bewahre uns, Herr!«

Diesen Hilfescrei zu Gott richteten die Menschen sonntags in der heiligen Messe. Er zeigt, welch große Angst die ungarischen

Reiterscharen in weiten Teilen Europas verbreiteten. Überall konnten sie urplötzlich auftauchen. Sie brandschatzten und nahmen mit sich, was sie gebrauchen konnten. Sie entführten auch Menschen aus slawischen Siedlungen, die sie als Sklaven an byzantinische Händler verkauften. Die Bezeichnung „Slawe“ stammt vom Wort „Sklave“.

Doch die europäischen Herrscher waren an den „Streifzügen“ der Ungarn nicht ganz unschuldig. Nicht selten zogen sie gemeinsam mit ihnen gegen einen nachbarlichen Gegner. Ob Freund oder Feind spielte dabei eine geringe Rolle. Nach einem Sieg bzw. der Niederlage des (angeblichen) Feindes winkte eine reichliche Belohnung. So besiegten die Bayern mithilfe der Ungarn den Slawenfürsten Svatopluk, doch wenig später erlitten die Bayern selbst bei Preßburg von den Ungarn eine vernichtende Niederlage (907 n. Chr.). Die europäischen Fürsten erkannten, daß sie gemeinsam gegen die „Gefahr aus dem Osten“ ankämpfen mußten, wollten sie ihre eigene Reiche erfolgreich schützen. Dem deutschen Kaiser Otto I. gelang 955 auf dem Lechfeld bei Augsburg ein wichtiger Sieg gegen die Ungarn. Diese sahen jetzt ein, daß auch für sie der Friede mehr Sicherheit bot als das Kriegerdasein.

Unser Burgenland zur Zeit der ungarischen Besiedelung

Ab 976 n. Chr. entwickelt sich unser Österreich aus dem Kernland „Ostarrichi“. Die Grenze zwischen den Ungarn und dem deutschen Kaiserreich wurde von der Enns aus im Laufe der Zeit von den Babenbergern ostwärts verlagert. Schließlich bildete sich jener Grenzverlauf an Leitha und Lafnitz heraus, der bis 1921 bestand. Man kann sagen, daß unser Bundesland rund 1000 Jahre lang dem ungarischen Staat angehörte.

Schon im 10. Jhd. waren ungarische Siedler in unseren Raum gekommen. Gleichzeitig zogen auch bayerische Kolonisten in das Land, denn hier war noch Platz genug, man mußte weitaus weniger Abgaben leisten als in den alten Wohngebieten.

Hoch- und Spätmittelalter (11.-15. Jhd.)

Bereits gegen Ende der Regentschaft Stefans I. zeichnete sich eine große Krise ab. Streitigkeiten um den Thron gab es von nun an immer wieder. In diese oft blutigen Auseinandersetzungen mischten sich auch die römisch-deutschen Kaiser ein. Sie strebten in Ungarn die Lehensoberhoheit an. Am Beginn des 12. Jhdts. wurde die Macht des

Königs auch durch den Adel immer wieder mehr eingeschränkt. Die Könige litten unter Geldmangel und *verliehen* daher immer mehr Land an besonders treue Dienstleute. Diese *Lehen* wurden allmählich erblich. Damit wuchs die Macht des Adels. Der Einfluß mancher Adelsfamilien wurde sehr groß. Eine dieser mächtigen Familien waren die im heutigen Burgenland beheimateten Güns/Güssinger.

Die Verwaltung Ungarns

Den größten Teil des Landes beanspruchten die König für sich. Anfangs überließen sie den Fürsten nur in etwa ein Drittel des Landes, das Komitate eingeteilt war. Zentrum des Komitats war die Burg. An der Spitze eines solchen Verwaltungszentrums stand der Gespan als Stellvertreter des Königs. Zu seinen Aufgaben gehörte:

- Durchführung königlicher Verordnungen,
- Eintreibung der Steuern,
- Rechtsprechung und
- Sicherung der Grenzen in den Grenzkomitaten.

Die Rolle der Kirche

Weltliche und geistliche Macht waren eng miteinander verbunden. So stützte sich König Stephan auf die katholische Kirche. Kirchlich teilte er das Land in acht Diözesen. Das Gebiet der heutigen Diözese Eisenstadt gehörte zum Bistum Raab. Dort, wo vermutlich schon früher Kirchen standen, ließ er „Stephanskirchen“ errichten, die es, z.B., in Leithaprodersdorf, Kleinfrauenhaid, Marz, Lutzmannsburg, Pinkafeld usw., gibt. Sie waren wahrscheinlich die Mittelpunkte der ersten gegründeten Pfarren.

Später, im 12. und 13. Jhd., riefen die Könige und Adligen auch Orden in das dünn besiedelte Land. So entstanden zum Beispiel Klöster der Benediktiner in Güssing und Ják, der Zisterzienser in St. Gotthard und Klostermarienberg, der Augustiner in Marz-Rohrbach und der Pauliner in Kulm und Eberau.

Die Klöster wurden mit umfangreichen Besitzungen beschenkt. Die Mönche leisteten einen wichtigen Beitrag zur Besiedlung unseres Landes, das sie gemeinsam mit den neuen Siedlern urbar machten.

Bayerische und fränkische Siedler roden unser Land

Zum Schutz gegen deutsche (= steirische und österreichische) Einfälle in das Land errichteten die Ungarn eine Schutzzone, den Gyepügürtel. Sogenannte Wächter und Bogenschützen sollten von ihren Warten aus (Oberwart, Siget in der Wart, Schützen am Gebirge, ...) herannahende Feinde melden, an Flußtälern Sperren errichten und sich in den Wäldern verschanzen. Die Grenze zwischen Ungarn und dem Deutschen Reich bildeten seit Mitte des 11. Jhdts. Leitha und Lafnitz. Sie gilt als eine der ältesten Grenzen Europas. Bis 1921/22 spielte diese „nasse Grenze“ eine bedeutende Rolle.

Im 12. Jhd. begannen sich die nachbarlichen Beziehungen zu verbessern. Die ungarischen Könige begannen sogar „adelige Gäste“ aus dem Westen ins Land zu rufen. Wie die Ordensgemeinschaften erhielten auch sie reichlich Grundschenkungen vom König. Die meisten dieser Grundherren gründeten Klöster, denen sie Land zum Roden bzw. zur Bearbeitung überließen. Diesen adeligen Herren und den Mönchen folgten deutsche Siedler aus Franken und Schwaben, vor allem aber aus Bayern in die noch ungerodeten und weiten Landschaften.

Hier waren die Abgaben geringer als zu Hause. Andererseits profitierte auch der ungarische König, denn er konnte mit Mehreinnahmen rechnen. Fleißig rodeten die Bauern Wälder, legten Sümpfe trocken und errichteten Wege und Brücken. Diese große Besiedlungswelle erreichte im 13. Jhd. ihren Höhepunkt.

Die Zeit des Burgenbaus beginnt

In den Jahren 1241/42 stürmten mongolische und tatarische Reiterscharen von Asien aus bis an unseren Alpenrand. Kein Staat Westeuropas kam den Ungarn gegen diese „Goldene Horde“ zu Hilfe. Nur wenige Burgen, wie Bernstein und Güssing, hielten dem Ansturm stand. Es zeigte sich, daß das Wächtersystem nicht mehr zeitgemäß war. Es wurde notwendig, die hölzernen Burgen durch feste Türme aus steinernen Mauern zu ersetzen (z.B. Güssing). Neue Anlagen entstanden unter anderem in Eisenstadt, Hornstein, Eberau und Forchtenstein. Als Gegengewicht waren entlang der steirisch-österreichischen Grenze ebenfalls mächtige Befestigungsanlagen (z.B. Riegersburg, Fürstenfeld, Hartberg, Wiener Neustadt ...) entstanden.

Zahlreiche kleinere Befestigungsanlagen – es waren rund 180 –, die von Erdwällen, Gräben oder Sümpfen umgeben waren, boten den Menschen kurzfristig etwas Schutz.

Die Güssinger

In den Jahrhunderten des Hoch- und Spätmittelalters und darüberhinaus waren die Herrscher Österreichs als Herzöge bzw. deutsche Könige stets bestrebt, ihren Machtbereich auf Ungarn auszuweiten. Der letzte Babenbergerherzog, Friedrich II., fiel 1246 gegen die Ungarn in der Schlacht an der Leitha. Aus den Kriegen um das Babenbergererbe ging schließlich Rudolf von Habsburg hervor. Er besiegte den Böhmenkönig Ottokar II. in der Schlacht zwischen Dürnkrut und Jedenspeigen an der March.

Auch die Ungarn mischten in diesen Auseinandersetzungen kräftig mit. So zum Beispiel die Güns-Güssinger. Der Stammvater der Güssinger kam aus dem Westen und hieß Wolfer. 1157 erhielt er vom ungarischen König den noch un bebauten Burgberg von Güssing samt mehreren Grundstücken ge-



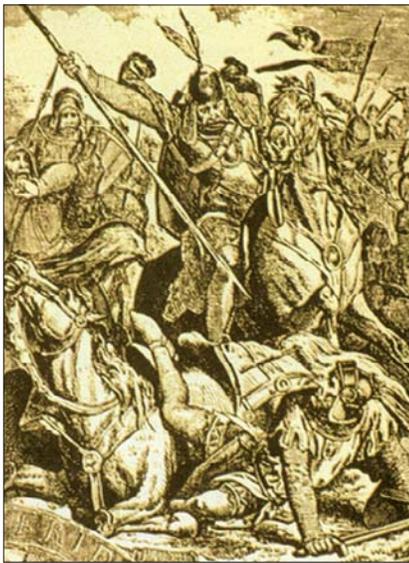
Urkunde aus dem Jahr 1202 – König Emmerich verleiht dem Woiwoden Benedict das Mattersdorf (Mattersburg)

schenkt. Er errichtete eine Burg aus Holz und holte Benediktinermönche. Deren Kloster versah er mit Grundstücken, darunter auch Weingärten.

Während des 13. Jhdts. erwarben Wolfers Nachfahren viele Burgen, hauptsächlich in Westungarn, Slawonien und Kroatien. Zwischen dem habsburgischen Österreich und dem arpadischen ungarischen Königreich konnten sie sich als mächtiges Grafengeschlecht betrachten. In Ungarn bekleideten sie höchste Ämter, wie zum Beispiel das Amt des Paladins (Stellvertreter des Königs).

Für ihre Großmachtträumen der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts standen die politische Sterne günstig denn:

- Österreich-Steiermark waren seit dem Aussterben der Babenberger (1246) ohne Herrscher,
- im Deutschen Reich herrschte das „Faustrecht“ (schwache Herrscher),
- in Ungarn gab es Thronstreitigkeiten.



Der Babenberger Friedrich II. der Streitbare fiel bei der Schlacht an der Leitha gegen den Ungarnkönig Bela IV.

Dem Güssinger Heinrich II., dem Großen, und seinen Söhnen gelang es damals, ihren Landsitz riesig auszudehnen. Weder vor noch nach ihnen lag im burgenländischen Raum ein derart großes Ausmaß an Macht in den Händen einer einzelnen Familie. Ihr Ziel, ein selbständiges „Land Güssing“ zu errichten, konnten sie aber letztlich doch nicht verwirklichen.

Seit 1282 waren die Habsburger die Herzöge von Österreich und Steiermark. Herzog Albrecht I. von Habsburg bekämpfte – mit Einwilligung des ungarischen Königs – die Güns-Güssinger erfolgreich und beendete damit die Machtträume der Güssinger.



Die größte Wasserburg Österreichs wurde in Eberau errichtet. Die Mauern und Gräben umfaßten den gesamten Ort.

Die Güssingerfehde

Heinrichs Sohn, Iwan der „reißende Wolf“, griff immer wieder auf das österreichisch-steirische Gebiet über, wo er plünderte oder das Vieh stahl.

1289 beschloß Herzog Albrecht I., diesem Treiben ein Ende zu setzen. Der Österreicher eroberte 34 Burgen und Befestigungsstätten der Güssinger allein auf burgenländischen Gebiet.

Zwei Jahre später schlossen der ungarische König – in diesem Feldzug waren auch einige seiner Burgen eingenommen worden – und Albrecht Frieden. Der Herzog gab zwar den Ungarn wieder alles zurück, doch einige befestigte Plätze mußten geschleift werden (z.B. Mattersburg).

Im 14. Jhd. verloren die weiterhin unbotmäßigen Güssinger ihren gesamten Besitz. Dieser wurde zunächst königliches Gut, das später an andere Adelsfamilien (zum Beispiel Ujlaki, Batthyany) als Lehen bzw. Schenkung weitergegeben wurde.

Die Grundherrschaft

Die Entstehung der Grundherrschaft in unserem Land steht in engem Zusammenhang mit den königlichen Landschenkungen an die „adeligen Gäste“ aus dem Westen. Für treue Dienste, vor allem Kriegsdienste, schenkte der König Land an seine Getreuen. So entstanden die Grundherrschaften der Adeligen. Die hohen Adeligen nannte man auch Magnaten. Der Grundherr war gleichzeitig der Inhaber aller Rechte innerhalb seiner Besitzungen. Er übte die richterliche und militärische Gewalt aus. Das Recht der nie-

deren Gerichtsbarkeit übertrug er einem Dorfrichter.

Zentrum des eigenen herrschaftlichen Besitzes war der Herrenhof („Meierhof“). Die Herrschaftsfelder wurden vom herrschaftlichen Gesinde (Knechte, Mägde, ...) und vor allem von den Bauern bearbeitet. Diese mußten Frondienste leisten. Dafür aber hatte ihnen der Grundherr Haus, Hof, Äcker und Wiesen verliehen (*Lehenbauern*). Zusätzlich mußte der Bauer verschiedene Abgaben leisten und zwar in Form von Geld oder Naturalien. Den Zehent (= zehnter Teil der Ernte) hatte er an die Kirche abzuliefern.

Wüstungen

Alte Urkunden oder Baureste sagen uns heute, daß es Siedlungen gegeben hat, die von der Landkarte verschwunden sind. Man nennt solche verödeten Dörfer und ihre Flächen, die die Menschen verlassen haben, Wüstungen. Ihre Zahl wird allein in unserem Land auf rund 100 geschätzt.

Die Höhepunkte dieser Wüstungswellen ereigneten sich vom 13. bis zum 15. Jhd. Es waren nicht Kriege, wie jene gegen die Türken des 16. und 17. Jhdts., die diese Wüstungen hervorriefen. In erster Linie waren es wirtschaftliche Gründe, Klimaänderungen, Seuchen, Wassermangel, Überschwemmungen oder Feuersbrunst. Der Aufschwung der Städte, wo das Handwerk zu blühen begann, begünstigt diese Entwicklung besonders (Landflucht).

Hauptsächlich war die spätmittelalterliche Agrarkrise für die meisten Wüstungen entscheidend. Eigentlich war diese Krise

eine Getreide-Absatzkrise. Die Getreidepreise sanken deutlich ab. Dörfer mit schlechten Böden hatten gegen die Getreideproduktion von Dörfern mit guten Böden keine Chance. Andererseits lockte der intensive Weinbau in den günstigen Lagen zahlreiche Arbeitskräfte an. Hier kam es sogar zu einer Bevölkerungsverdichtung!

Auf manchen Wüstungen und auch in der zum Teil öd gewordenen oder später von Türken zerstörten Dörfern wurden im 16. Jhd. Kroaten angesiedelt.

Die mittelalterliche Kultur

Im 11. und 12. Jhd. gab es bereits mittlere Schulen in Ungarn. Als einzige Hochschule ist aber nur jene in Veszprem zur Zeit des Bischofs Peter von Güssing (Mitte 13. Jhd.) bekannt. Ungarische Studenten besuchten mitunter auch andere europäische Universitäten, wie jene von Paris, Oxford oder Bologna.

Literatur

Wie überall in Europa so waren auch im ungarischen Raum die Geistlichen die Träger der Literatur. Latein war die Gelehrtensprache. Vom 11. bis 13. Jhd. erreichte die Legendendichtung ihren Höhepunkt. Diese Legenden berichteten zum Beispiel über die heiligen Könige Stephan, Ladislaus und Emmerich oder über den heiligen Benedikt.

Im Mittelalter blühte besonders die Erzähltradition. So wurde etwa die Geschichte der ungarischen Wanderung aus ihrer Urheimat in das Karpatenbecken mündlich weitergegeben

Der Minnesang

Sehr früh kam das Land mit der donauländischen Dichtung in Berührung. Im Gefolge des Grafen Botho von Wieselburg, der 1053 aus dem Deutschen Reich eingewandert war, dürfte sich der Sänger Marcolfus befunden haben. Wie andere Minnesänger verehrte er Burgherren und -herrinnen in seinen Liedern.

Namhafte Sänger hielten sich auf dem Babenbergerhof in Wien auf: Walther von der Vogelweide, Neidhart von Reuenthal und Ulrich von Lichtenstein. Die Reisen Ulrich von Lichtenstein führten ihn auch auf die westungarische Burg Landsee. In seinen Liedern feierte er besonders die Frauen.

Der Kampfgefährte Iwans I. von Güssing, Peter der Wachtelsack, brachte es vom königlichen Hoftrumpeter zum Notar und Gesandten. Er war einer der wenigen Glück-

lichen unter den Sängern, die reichlich Besitz erwerben konnten. Seinen Namen erhielt er durch sein Werk die „Wachtelmäre“.

Spielleute

Die meisten Spielleute waren damals ohne festen Wohnsitz und lebten vom Vortragen ihrer Künste als Gaukler, Mimen, Puppenspieler und Märchenerzähler. Sie zogen von Ort zu Ort und brachten Neuigkeiten mit. In einer Zeit, in der es weder Radio noch Fernsehen gab, waren sie den Leuten als lebende Zeitungen willkommen. Von den höheren Schichten, den Adligen, wurden sie jedoch verachtet



Die Fischerkirche in Rust



St. Jakobs-Kirche in Güssing

Bauwesen

Die ersten Kirchen im 11. Jhd. wurden noch im frühromanischen Stil errichtet. Charakteristisch für sie waren deren kleine Ausmaße.

Die Gotik mit ihrem Spitzbogenstil hat ebenfalls bedeutende Spuren in unserem Raum hinterlassen. Ein steter wirtschaftlicher Anstieg führte zu größerer Bautätigkeit im Spätmittelalter.

Gotische Bauwerke im Burgenland

Vor dem 14. Jhd. bestimmten Kapellen- und Choranbau die Bautätigkeit der Frühgotik (Zurndorf, Kleinfrauenhaid, Burg und Oslip). Aus dem 14. Jhd. stammen die ersten Langhausbauten. Die ersten gotischen „Räume“ großen Ausmaßes, wie die Domkirche in Eisenstadt und die Pfarrkirche von Stadtschlaining, entstanden im 15. Jhd.

Westungarn – Burgenland vom 15. bis zum 17. Jhd.

Das Leben der Menschen unseres Landes war in der Übergangsepoche zur Neuzeit nicht selten von Schrecknissen begleitet. Einerseits versuchten steirische und österreichische Adelige ihre Besitzverhältnisse hier auszuweiten, andererseits trachteten ungarische Magnaten ihre Herrschaftsmacht in „ihrem Westungarn“ zu festigen. Das galt vor allem im 15. Jhd., während ab dem 16. Jhd. die islamischen Türken das Land bedrängten. Sie betrachteten es als Vorfeld für Eroberungszüge in Richtung Mitteleuropa. Zusätzlich bedrohten Naturkatastrophen wie die Pest oder Dürreschäden das Leben der Menschen.

Und dennoch: wirtschaftliche Veränderungen erzeugten bei den Bewohnern eine Aufbruchstimmung, die mancherorts sogar zu Wohlstand führte. In erster Linie war es der Weinbau, der nicht wenige Gemeinden zu wohlhabenden Märkten, einige von ihnen sogar zu Städten entwickeln ließ.

Der Streit zwischen Ungarn und Österreich um Westungarn im 15. Jhd.

Erstmals waren Österreich und Ungarn miteinander verbunden, als der Habsburger Albrecht V. seinen Schwiegervater Sigismund von Luxemburg beerbte (1437). Kaiser Sigismund war auch König von Ungarn und Böhmen gewesen.

Albrecht starb aber schon nach zwei Jahren Regierungszeit, und ab diesem Zeitpunkt begannen über jahrzehntelange, oft fürchterliche Auseinandersetzungen im westungarischen Raum. Wichtige Personen der

politischen Ereignisse waren unter anderem: Kaiser Friedrich III.; Ladislaus Postumus, der nachgeborene Sohn Albrechts V.; Matthias I. Corvinus („Rabe“), ungarischer König; Andreas Baumkircher, Söldnerführer und Herr über Schlaining, Burg und Gersersdorf.

Ladislaus V. Postumus – ein »Herrscher in Windeln« (1440-1457)

Albrechts Sohn Ladislaus wurde erst nach dem Tod des Vaters geboren (Postumus = der Nachgeborene). Trotzdem war er der

rechtmäßige Nachfolger, nur – was sollten die Ungarn mit einem Säugling tun im Kampf gegen die Türken?

Daher wählten die Magnaten im Jahr 1440 den erst 16jährigen Polenkönig Wladislaw I. Jagiello zu ihrem König. Elisabeth, die Mutter des jungen Ladislaus, lehnte entsetzt eine Heirat mit dem Polen ab und floh heimlich zu Friedrich III. nach Westungarn. Eine Kammerfrau schmuggelte die heilige Stephanskrone, das wichtigste Symbol der Macht, über die Grenze. In Ödenburg und

Forchtenstein fanden Mutter und Kind zunächst sichere Zufluchtsorte.

Friedrich »erwacht...«

Als Vormund des Ladislaus und mit der Stephanskrone als Pfand wartete Friedrich – wie später so oft – die Geschehnisse ab. Tatsächlich sah er seine Stunde gekommen, als Wladislaw 1444 im Kampf gegen die Türken fiel. Die Ungarn und Böhmen waren nun bereit, den vierjährigen Ladislaus zu ihrem König zu krönen. Doch Friedrich dachte nicht daran, sein Mündel herauszugeben. Denn damit hätte er nicht nur auf Ungarn, sondern auch auf Österreich verzichtet. Hier in Niederösterreich und Oberösterreich war Ladislaus als Erbnachfolger seines Vaters Albrecht rechtmäßiger Herzog.

Rasch besetzte Friedrich zahlreiche Festungen in Westungarn und von Schlaining und Rechnitz bis Theben bei Preßburg. In den eroberten Gebieten setzte er drei Gefolgsleute aus der Steiermark ein. Diesen Söldnerführern (= Kriegsunternehmer) verpfändete er als Entlohnung für deren Kriegsdienste westungarische Herrschaften wie Forchtenstein, Kobersdorf, Landsee, Eisenstadt und Hornstein sowie Schlaining, Bernstein und Güns (= Pfandherrschaften).

... und schläft wieder«

Nach diesem Ungarnfeldzug Friedrichs nahmen die Bandenkriege kein Ende. Beschäftigungslose Söldnertruppen streiften mit ihren Burgherren durch die Lande und machten das Leben der Bewohner unsicher. Ganze Landstriche wurden besetzt, die Ernten beschlagnahmt, das Vieh der Bauern geraubt und hohe Steuern willkürlich eingehoben. Es herrschte das Faustrecht.

Vergeblich warteten die Stände (Adel, Städte) und die drangsalierte Bevölkerung auf die Hilfe Friedrichs. Die aber konnte wegen seiner Schulden kein schlagkräftiges Heer gegen die Raubritter aufbauen. Stattdessen begab er sich nach Rom, um vom Papst zum Kaiser gekrönt zu werden (1452).

Friedrich gibt seine Geißel frei

Für die Stände war das Faß nun voll, und ein offener Aufstand gegen ihren Landesherren brach los. Als sich der zurückgekehrte Kaiser in seiner Residenzstadt Wiener Neustadt einschloß, konnte der tatkräftige Söldnerführer Andreas Baumkircher seinen Herren vor den Verbündeten österreichischen, ungarischen und böhmischen Belagerern retten.

Jetzt war Friedrich gezwungen, sein Mündel Ladislaus herauszugeben, und man



Andreas Baumkircher verteidigte seinen Gönner Friedrich III. vor den Toren Wiener Neustadts (1462). Drei Jahre später stand er allerdings auf der Seite des Ladislaus Postumus und zerstörte selbst mit anderen Söldnerführern die ganze Umgebung der kaiserlichen Residenzstadt.

erkannte den zwölfjährigen als König von Ungarn und Böhmen an.

Wer glaubt, daß damit Ruhe und Ordnung eingezogen wären, der irrt: Die verschiedenen Adelsgruppen kämpften um die Gunst dieses neuen, noch unerfahrenen Königs. Verschwörungen, Verrat, Eidbrüche und blutige Grenzfehden standen weiterhin auf der Tagesordnung. Zu den „Günstlingen“, die sich klar Ladislaus anbiederten, gehörte auch Andreas Baumkircher. Der junge König belohnte ihn dafür reichlich.

König Ladislaus stirbt (1557)

Völlig unerwartet erlag Ladislaus Postumus einer Krankheit. Einiges spricht dafür, daß er einer Verschwörung zum Opfer gefallen war. Mit seinem Tod brach das Bündnis („Konföderation“) der Länder Österreich, Ungarn und Böhmen abermals auseinander.

In allen drei Ländern kamen einheimische Fürsten an die Macht. In Österreich war wieder Friedrich zur Stelle, der den Söldnerführern weiterhin tatenlos zuschaute. Deshalb hätte man dort lieber seinen Bruder Albrecht als Herrscher gesehen. 1462 belagerte dieser mit den unzufriedenen Wiener Bürgern monatelang den Kaiser und dessen Familie. Zum Glück war Haudegen Baumkircher wieder da. Mit der Hilfe böhmischer Truppen befreite er den Kaiser in Wien.

Ein Jahr später war wieder alles beim Alten: mit dem Tod Albrechts hatte Friedrich diesen Bruderkrieg auch überlebt. Bei Andreas Baumkircher bedankte er sich damit, daß dieser Stadt Schläining ausbauen durfte und 1463 in den Adelsstand erhoben wurde.

Matthias I. Corvinus (1458 bis 1490)

Die Ungarn hatten inzwischen in Matthias Corvinus (= Rabe) einen tüchtigen König gefunden. Zwar wurde 1459 Friedrich III. auf der Burg Güssing von einer Gruppe von Magnaten zum ungarischen König gewählt, doch söhnte der sich – wie es seine Art schon einmal war – mit seinem neuen Gegenspieler bald aus. Für 80.000 Dukaten gab er Matthias sogar die Stephanskronen heraus.

König Matthias wußte nur zu genau, daß ein vereinigt Großreich allein im Stande war, der akut werdenden Türkengefahr zu widerstehen. Ihm gelang es, neben Schlesien und Mähren auch Österreich in seine Herrschaft zu bringen. Angeblich wurde er von hier in das Land gerufen, um das Faustrecht endgültig zu beseitigen. 1485 bis zu seinem Tod im Jahr 1490 residierte er in Wien.

Kaiser Friedrich III., der vor ihm das Weite gesucht hatte, kehrte danach zurück, als ob nichts geschehen wäre.

Halb Österreichisch – halb Ungarisch. Die Pfandherrschaften.

1491 beendeten der Sohn Friedrichs, Maximilian I, und der neu gewählte König von Ungarn, Wladislaw II. aus Polen, im Preßburger-Vertrag die Streitigkeiten. Die Herrschaft Forchtenstein, Eisenstadt, Ko-



Matthias Corvinus, König von Ungarn und Böhmen

bersdorf, Bernstein, Güns, Hornstein und Ungarisch Altenburg blieben habsburgischer Besitz, gehörten aber gleichzeitig zum Königreich Ungarn. Die Habsburger verpfändeten sie an österreichische und steirische Adelige. So wurden alte Adelsgeschlechter immer mehr durch deutsche Grundherren abgelöst bzw. verdrängt, sodaß Deutsch die Landessprache bleiben konnte. Erst im 17. Jhd. wurden die erwähnten Herrschaften an Ungarn „zurückgegeben“, weil die Habsburger u.a. die Esterházy brauchten, um die Türken abzuwehren und die Evangelischen „wieder katholisch zu machen“. Nur Ödenburg, Eisenstadt und Güns, später auch Rust waren als königliche Freistädte „ihre eigenen Herrn“.

Andreas Baumkirchner, der Herr von Schläining

Der Steirer Andreas Baumkircher gelangte durch Tüchtigkeit, militärischen Sachverstand und auch Rücksichtslosigkeit zu Ruhm und Reichtum. Als Söldnerführer des Kaisers kam er unter anderem in den Besitz der

Herrschaften Schläining, Burg und Gerersdorf. 1462 gründete er die Stadt Schläining bei seiner Burg. Der Ausbau der Stadtfestung ergab ein prächtiges Gesamtwerk, an dem Macht und Reichtum dieses Herren sichtbar wurde. Das Paulinerkloster, das er errichten ließ, sollte als Grabstätte seiner Familie und deren Nachkommen dienen.

Ebenso versuchte der adelige Herr seine Stadt zu einem Handelszentrum auszubauen. Alle Bewohner erhielten Handelsfreiheiten, und Kaiser Friedrich III. gewährte sogar das Recht, Bergwerke zu eröffnen und Münzen zu prägen.

Die späteren Herren, die Familie Bathyany, vernachlässigten die Stadt, sodaß sie als Handelsort bedeutungslos wurde.

Gegen die Unfähigkeit des Kaisers verbündeten sich diesmal steirische Adelige mit dem Ungarnkönig Matthias Corvinus. Rädelsführer dabei war Andreas Baumkircher mit den Adelligen Hans von Stubenberg und Andreas Greisenegger. Der Kaiser hatte nämlich Baumkircher manche Leistungen nicht zurückbezahlt. Für seinen ehemaligen Getreuen galt es nun, nach dem damaligen Fehderecht die „ritterliche Ehre“ wiederherzustellen.

Die so genannte Baumkircherfehde dauerte zwei Jahre. Große Teile der Oststeiermark wurden verwüstet, Vieh und Getreide geraubt, die Weingärten zerstört und viele Dörfer und Gehöfte verbrannt. Als die geplagte Bevölkerung für die Schulden des Kaisers auch noch aufkommen sollte, weigerte sie sich einfach zu zahlen. Da beschloß ihr Landesherr, die Sache auf seine eigene Art zu lösen: Unter dem Vorwand, Verhandlungen anzubieten, lud Friedrich die treibenden Rädelsführer freundlich nach Graz. Dort wurden sie verhaftet und kurzerhand enthauptet. Den Leichnam Baumkirchers überführte man später nach Schläining. Friedrich aber brach mit dieser Tat das Recht, denn er hatte die freie Rückkehr versprochen. Seinen Intrigenspiel machte ihn der Bevölkerung zusätzlich verhaßt. ■

Serie

Teil 1: Von den Jägern und Bauern der Steinzeit bis zum Niedergang des Römischen Reiches
http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_092.htm

Bildnachweis

Leopold Banny, Lackenbach; Burgenländisches Landesarchiv, Eisenstadt; Burgenländisches Landesmuseum, Eisenstadt; Michael Floiger, Loipersbach; GRU-Mediathek Lutzmannsburg, Fotoarchiv Atelier am Berg, Mattersburg; Hugo Huber, Weiden am See, Fotostudio Muik, Güssing; Gerhard Mollay, Neusiedl am See.

An 14. Stelle von 37 Ländern

Österreich zählt zu den fünf EU-Ländern, deren Wirtschaft von der weltweiten Krise am wenigsten in Mitleidenschaft gezogen wurde. In Europa bewältigten die Schweiz, Norwegen und Polen die Krisensituation am besten.

Im Rückblick lassen sich einige Faktoren identifizieren, die mit dafür maßgebend waren, wie schwer die Wirtschaft eines Landes von der Krise betroffen war: Länder mit hohem Außenhandelsdefizit, starkem Kreditwachstum und dynamischem Aufholprozess vor der Krise verzeichneten einen raschen und anhaltenden Rückgang der Wirtschaftsleistung.

Die Weltwirtschaft wächst derzeit fast so schnell wie vor der Krise – 2010 um 4,5%, für heuer wird eine Rate von +4,1% erwartet. Die Wirtschaftsleistung liegt deutlich höher als 2007, allerdings nicht in allen Ländern und auch nicht im Durchschnitt der EU. Für eine erste Analyse der Entwicklung der Wirtschaftsleistung von 37 OECD- und asiatischen Ländern in der Krisenperiode werden vier Indikatoren gegenübergestellt, die vier verschiedene Sichtweisen repräsentieren:

- der Rückgang der Wirtschaftsleistung (reales BIP) im Jahr 2009,
- die Entwicklung der Wirtschaftsleistung über die Dreijahresperiode 2008 bis 2010, um den Beginn der Krise und das erste Erholungsjahr mit einzubeziehen,
- der Rückgang in den saisonbereinigten Quartalsdaten vom Vorkrisenhöhepunkt zum Tiefpunkt, um die unterjährige Entwicklung und die Steilheit der Krise zu messen,
- der Unterschied zwischen der Wirtschaftsentwicklung in den drei Krisenjahren und dem Wachstum seit 2000, um zu zeigen, wie stark sich die Dynamik verringert hat.

Österreich liegt nach der Gesamtschätzung durch alle vier Indikatoren unter den 37 untersuchten Ländern an 14. Stelle. Innerhalb der EU ist das ein Rang unter den Top 5, nahezu gleichauf mit Frankreich und Belgien und knapp vor den Niederlanden. Portugal hatte zunächst auch eine milde Krise, fällt aber 2010/11 deutlich zurück. Die vier Indikatoren ergeben für Österreich eine ähnliche Position an der Spitze des zweiten Drittels der Länder: Die Wirtschaftsleistung sank 2009 um 3,9%, in der Dreijahresperiode ergaben sich per Saldo

keine Einbußen, weil der Rückgang 2009 durch das Wachstum daher und danach kompensiert wurde. Die Wirtschaftsleistung schrumpfte zwischen dem II. Quartal 2008 (Höhepunkt) und dem II. Quartal 2009 (Tiefpunkt) um 4,6%, und das durchschnittliche Wachstum verlangsamte sich von +2,2% p. a. 2001/2007 auf +0,1% p. a. 2008/2010.

Die Wirtschaft der EU als Ganzes schnitt nach allen Indikatoren schlechter ab als jene der USA. Die USA, von denen die Krise ausgegangen war, verzeichneten 2009 gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 2,7% (EU -4,2%), vom Höhepunkt zum Tiefpunkt von 3,8% (EU -5,2%); 2010 war das BIP gleich hoch wie 2007 (in der EU hingegen um 2% niedriger), der Trendverlust betrug 2,4% in den USA und 2,8% in der EU.

Die Rangordnung nach den 4 Indikatoren wurde nicht durch Addition gewonnen, sondern durch eine Methode, die zusätzliche Informationen nutzt und gleichlautenden Informationen ein geringeres Gewicht gibt. Die beste Gesamtentwicklung zeigt der Indikator für China, Indien, Australien und Korea, somit durchwegs für Länder im asiatischen Wirtschaftsraum. Chinas Wirtschaft wuchs in den Jahren 2008/2010 im Durchschnitt um 9,6% p. a., das Trendwachstum verlangsamte sich nur unwesentlich zurück. Indien verzeichnete in den Krisenjahren ein etwas geringeres Wachstum und einen noch geringeren Einfluß der Krise. In Polen als einzigem europäischen Land unter den Top 5 der untersuchten Länder wuchs die Wirtschaft auch 2009; in der Dreijahresperiode 2008/2010 ergab sich eine durchschnittliche Rate von +3½%. Die Schweiz erreichte das zweitbeste Ergebnis unter den europäischen Ländern (Rang 6 insgesamt), hatte allerdings vor der Krise ein geringeres Wachstum verzeichnet. Am stärksten brach das Wachstum in Rumänien, Ungarn und Slowenien ein, also drei neuen EU-Ländern, deren Wirtschaft seit 2000 relativ rasch expandiert hatte. Besonders betroffen waren mit Island und Irland auch zwei Länder mit bisher überdurchschnittlichem Pro-Kopf-Einkommen. Finnland und Japan wurden wegen des

hohen Industrieanteils ihrer Wirtschaft von der Krise stark in Mitleidenschaft gezogen. Eine endgültige Bilanz der weltweiten Wirtschaftskrise kann noch nicht gezogen werden, da für Portugal und Griechenland auch noch 2011 ein Rückgang der Wirtschaftsleistung prognostiziert wird.

Auch 2011 wird für die EU mit +1,7% ein niedrigeres Wachstum prognostiziert als für die USA und vor allem die asiatischen Länder. Neuerlich wird die Wirtschaft in China, Indien und Korea, die in der Krise zu den Top 5 gehörten, am stärksten expandieren. Für die Türkei wird (wie schon 2010) die dritthöchste Wachstumsrate prognostiziert. Eine Rate über 3% wird auch für die EU-Länder Estland, Lettland, Polen und Schweden erwartet. Österreich liegt unter den 37 Ländern 2011 mit +2,2% in der Mitte, allerdings über dem EU-Durchschnitt.

Nur teilweise erklärt die spezielle Ausgangslage, wie gut die Wirtschaft eines Landes die Krise bewältigt hat. Budgetsituation und Staatsverschuldung vor dem Abschwung hatten entgegen den Erwartungen keinen Einfluß auf die Stärke der Krise in den einzelnen Ländern. Auch Strukturindikatoren wie die Größe der Industrie und des Finanzsektors, der Staatsanteil und die Offenheit der Wirtschaft können die unterschiedliche Betroffenheit nicht erklären. Hingegen wurde die Wirtschaft eines Landes wesentlich schwächer in Mitleidenschaft gezogen, wenn es vor der Krise einen Außenhandelsüberschuß aufgewiesen hatte und wenn das Kreditwachstum international unterdurchschnittlich gewesen war; zudem waren europäische Länder mit besonders hohem Wachstum vor der Krise überdurchschnittlich betroffen. Die Entwicklung in der Krise hing auch stark vom Volumen der Konjunkturpakete ab.

Eine exakte Vorhersage der Entwicklung in künftigen Krisenphasen kann anhand der vorliegenden Evidenz nicht erwartet werden: Die Ergebnisse sind vorläufig, weil wichtige Krisenfolgen weiterwirken. Auch beziehen sich die Erfahrungen auf eine einzige Wirtschaftskrise – wenn auch in 37 Ländern. Die Kombination von Außenhandelsdefizit, hohem Kreditwachstum und überdurch-

Wirtschaft

schnittlichem Wirtschaftswachstum wie z. B. in einem raschen Aufholprozeß scheint aber eine Konstellation zu sein, die eine besondere Anfälligkeit gegenüber einer weltweiten Wirtschaftskrise bedeuten könnte.

Pröll: WIFO Studie belegt erfolgreiches Krisenmanagement Österreichs

Finanzminister Josef Pröll: „Österreich ist an vierter Stelle innerhalb der EU, was die Krisenbewältigung betrifft. Unsere Anstrengungen – von Konjunkturbelebungs- bis hin zu Arbeitsmarktpaketen – zeigen Wirkung. In schwierigen Zeiten haben wir bewußt geholfen und die Menschen nicht im Regen stehen lassen. Das war nicht nur sozial, sondern auch volkswirtschaftlich richtig, wie die Studie nun belegt.“ Österreich werde laut der WIFO Studie 2011 ein Wirtschaftswachstum von 2,2 Prozent verzeichnen, also 1,7 Prozent über dem EU-Schnitt. „Unsere Strategie ist klar: Wirtschaft, Wachstum und Aufschwung. Die Basis dafür haben wir mit unseren Maßnahmen gegen die Krise gelegt. Wir haben kraftvoll geholfen und der Erfolg gibt uns recht“, so Pröll.

„Nun beginnt die Zeit des Aufschwungs. Wir haben gesät und werden 2011 erfolgreich ernten. Gerade diese Studie zeigt, daß unser entschlossenes Handeln in der Bundesregierung richtig war und wir allen Grund

haben mit Optimismus in die Zukunft zu blicken“, schloß Pröll.

Matznetter: Austro-Keynesianismus als richtiges Modell bestätigt

„Die Krisenbilanz zeigt, daß der Austro-Keynesianismus das richtige Modell zur Eindämmung der Krise war“, zeigte sich SPÖ-Wirtschaftssprecher und Präsident des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbands, Christoph Matznetter, erfreut. Die Maßnahmen der Bundesregierung seien richtig gewesen und hätten sich bewährt, so Matznetter, der unter anderem auf die Steuerreform 2009 verwies. Umso wichtiger sei es jetzt, daran mit einer strukturellen Steuerreform zur Umverteilung der Steuerlast anzuschließen.

Weiters hob Matznetter die Leistung der Klein- und Mittelbetriebe in Österreich hervor. „Diese Betriebe haben gezeigt, daß sie tatsächlich krisenfest sind. Erfreulicherweise brachten die Meisten ihre Unternehmen durch die Krise und konnten auch größtenteils ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter halten“, so Matznetter, der betonte, daß es sich diese Unternehmer nun verdient hätten, daß ihre langjährigen Forderungen endlich umgesetzt werden. „Dazu zählen Mikrokredite für Ein-Personen-Unternehmen sowie kleine und mittelgroße Unternehmen mit bis

zu 10 Mitarbeitern in ganz Österreich. Weiters braucht dieser Sektor Investitionsbegünstigungen und unbürokratische Vergabekriterien bei Krediten“, so Matznetter.

Leitl: Tolle Krisenbewältigung ist heimischen Betrieben zu verdanken!

„Wenn Österreich laut WIFO-Vergleich zu jenen fünf EU-Ländern gehört, welche die Wirtschaftskrise am besten bewältigt haben, so ist das vor allem den heimischen Betrieben zu verdanken, die mit aller Kraft versucht haben, ihre Beschäftigten trotz Umsatz- und Gewinneinbrüchen zu halten. Hire und fire war bei den Unternehmen Österreichs kein Thema – und dafür ist ihnen zu danken“, hebt Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich hervor.

Leitl sieht aber auch in den Konjunkturpaketen der vergangenen Jahre, welche Regierung und Sozialpartner geschnürt haben, einen äußerst wirkungsvollen Beitrag, um den Standort Österreich krisenfest zu machen: „Von der Kurzarbeits-Förderung bis zur thermischen Sanierung hat es viele Maßnahmen gegeben, welche dazu beigetragen haben, daß die weltweite Wirtschaftskrise Österreich nicht so stark getroffen hat, wie andere Länder. Da hat die Regierung, da haben Finanz- und Wirtschaftsminister goldrichtige Arbeit geleistet.“ ■

Übersicht: Krise und Erholung in 37 Ländern

	2009	2008/2010 p.a.	Rückgang Vorkrisenhöhe- punkt zum Tief- punkt	Veränderung 2008/2010 gegenüber 2001/2007	Rang ¹⁾ in Krise	Erholungs- phase 2010/11 p.a.
	Veränderung des realen BIP in %			Prozentpunkte		Veränderung des realen BIP in %
China	+ 8,9	+ 9,6		- 1,2	1	+ 9,6
Indien	+ 6,8	+ 7,6		+ 0,2	2	+ 8,5
Polen	+ 1,7	+ 3,4		- 0,6	3	+ 3,7
Australien	+ 3,0	+ 2,4		- 1,1	4	+ 3,4
Korea	+ 0,2	+ 2,8		- 1,8	5	+ 5,3
Stärkste Betroffenheit						
Slowenien	- 8,1	- 1,2	- 9,5	- 5,7	33	+ 1,5
Irland	- 7,6	- 3,8	- 12,5	- 9,3	34	+ 0,4
Litauen	- 14,7	- 4,1	- 18,1	- 12,2	35	+ 1,6
Estland	- 13,9	- 5,8	- 19,6	- 13,9	36	+ 3,4
Lettland	- 18,0	- 7,9	- 26,1	- 16,9	37	+ 1,4
Zum Vergleich						
USA	- 2,7	± 0,0	- 3,8	- 2,4	10	+ 2,4
Österreich	- 3,9	+ 0,1	- 4,6	- 2,1	14	+ 2,1
EU 27	- 4,2	- 0,7	- 5,2	- 2,8	(19) ²⁾	+ 1,8

Q: Eurostat (AMECO, November 2010), WIFO-Prognose. .¹⁾ Geringste Betroffenheit gemäß den 4 Indikatoren. ²⁾ Hypothetischer Rang aufgrund der 4 Indikatoren (nicht als Land gewertet)

2011 bringt Österreichs Wirtschaft mehr Schwung

Die österreichische Wirtschaft schließt an den erfreulich dynamischen Jahresabschluss mit einem Anstieg des BIP um 0,6 Prozent zum Vorquartal – der ein Wirtschaftswachstum von 1,9 Prozent im Gesamtjahr 2010 ermöglichte – nahtlos an.

Die Konjunkturerholung hat sich in Österreich in den vergangenen Monaten zusehend stabilisiert. „Der Bank Austria Konjunkturindikator ist im Jänner auf 3,9 Punkte und damit auf ein Dreijahreshoch geklettert. Von der Eintrübung des Konjunkturklimas, die sich im Spätherbst 2010 abzeichnete, ist nichts mehr zu sehen. Die österreichische Wirtschaft präsentiert sich nach dem Jahreswechsel in strahlender Verfassung“, meint Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer. Der fortgesetzten Erholung der Konjunktur scheint in den kommenden Monaten nichts im Wege zu stehen.

„Die Stimmung unter den heimischen Verbrauchern hat sich zu Jahresbeginn wieder merkbar aufgeheitert, was den Bank Austria Konjunkturindikator maßgeblich nach oben gezogen hat“, so Bruckbauer. Die anhaltende Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt belebt die Zuversicht und unterstützt die Konsumlaune, während die negativen Auswirkungen der Budgetkonsolidierung auf die Kaufkraft noch nicht spürbar sind. Zudem bietet das aktuell niedere Zinsniveau wenig Anreiz zum Sparen, die Sparquote geht tendenziell zurück. „Die Stimmung der heimischen Industrie hat sich weiter erhöht. Im Sog des Aufwärtstrends auf europäischer Ebene zeigt sich Österreichs Wirtschaft insbesondere aufgrund der positiven Entwicklung in einigen osteuropäischen Ländern optimistisch“, meint Helmut Bernkopf, Bank Austria Vorstand Corporate & Investment Banking. Die Rahmenbedingungen für die österreichische Wirtschaft sind damit nach Einschätzung der Ökonomen der Bank Austria so günstig, wie schon seit mehr als drei Jahren nicht mehr.

Die österreichische Wirtschaft schließt an den erfreulich dynamischen Jahresabschluss mit einem Anstieg des BIP um 0,6 Prozent zum Vorquartal – der ein Wirtschaftswachstum von 1,9 Prozent im Gesamtjahr 2010 ermöglichte – nahtlos an. „Wir gehen für das erste Quartal 2011 von einem Anstieg des BIP um 0,5 Prozent zum Vorquartal aus, denn die österreichische Wirtschaft erhält von

der Auslandsnachfrage weiterhin einen kräftigen Schub“, meint Bruckbauer. Nicht nur die ansteigende Stimmung in der exportorientierten Industrie, sondern auch die zu Jahresbeginn kräftig gewachsene Anzahl der Neuaufträge und die deutlich zugenommenen Auftragspolster im Sektor deuten darauf hin. Doch auch die Binnennachfrage wird im ersten Quartal einen spürbaren Beitrag zum Wachstum leisten. Wir erwarten für den privaten Konsum dank der anhaltend günstigen Entwicklung am Arbeitsmarkt eine Fortsetzung des moderaten, aber stabilen Aufwärtstrends. Insbesondere bei den Investitionen, sollte sich der bestehende Nachholbedarf in den kommenden Monaten in einem spürbaren Anstieg zeigen.

„Im weiteren Jahresverlauf 2011 wird die Wachstumsunterstützung durch die Auslandsnachfrage nicht mehr so stark sein, wie zu Jahresbeginn. Der Export wird aber über das gesamte Jahr 2011 den anhaltenden Wirtschaftsaufschwung in Österreich unterstützen“, meint Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl. Insgesamt ist für 2011 von einem realen Anstieg der Exporte um 7 Prozent nach fast 11 Prozent im Vorjahr auszugehen. Die Entwicklung des privaten Konsums ist angesichts der eher moderaten Lohnaufwärtsentwicklung und der sich verlangsamenden Verbesserung am Arbeitsmarkt mit steigenden Risiken behaftet. Das niedrige Zinsniveau wird jedoch dazu beitragen, daß auf Kosten der Sparquote der Konsum sein recht stabiles Wachstum 2011 weitgehend fortsetzen sollte, wenn auch mit etwas sinkendem Tempo in der zweiten Jahreshälfte. Im Gesamtjahr wird der private Konsum um knapp 1 Prozent zulegen. „Die Aussichten für die Investitionen hellen sich weiter auf. Mit einem Anstieg um 3,5 Prozent werden die Investitionen sogar zum wichtigsten Wachstumsträger des Jahres 2011“, so Pudschedl. Das Comeback der Investitionen ist eine Folge der angewachsenen Auftragsrückstände und der gestiegenen Kapazitätsauslastung in der Industrie, die bereits seit vielen Monaten den langfristigen Durch-

schnitt übersteigt. Belastet durch die budgetäre Zurückhaltung des öffentlichen Sektors werden sich die Bauinvestitionen nur schwach entwickeln. Der hauptsächliche Beitrag geht daher von den Ausrüstungsinvestitionen aus.

Die Wachstumsdynamik wird sich Verlauf des Jahres 2011 tendenziell etwas abschwächen. Mit Zuwachsraten um 0,3 bis 0,4 Prozent zum Vorquartal bleibt die Erholung der österreichischen Wirtschaft jedoch über das gesamte Jahr in Schwung. „Aufgrund der anhaltend günstigen Exportaussichten und insbesondere den verbesserten Investitionserwartungen haben wir unsere Wachstumsprognose für 2011 auf 2,3 Prozent angehoben. Damit zählt Österreich zu den wachstumsstärksten Ländern des Euroraums“, meint Pudschedl.

Der Auftrieb aus dem Ausland überträgt sich 2011 zunehmend auf die Binnenwirtschaft und erhöht die Aussicht auf ein selbsttragendes, nachhaltiges Wachstum der österreichischen Wirtschaft. Während die Auslandsnachfrage im Vorjahr fast 80 Prozent zum Wirtschaftswachstum beitrug, wird 2011 die Inlandsnachfrage für knapp mehr als die Hälfte verantwortlich sein. „Der BIP-Anstieg wird 2011 in Österreich auf einer stabileren, ausgeglicheneren Basis als im Vorjahr stehen. Das macht die Konjunktur-entwicklung resistenter gegenüber einzelnen Risikofaktoren“, so Bruckbauer.

Auch für 2012 sind die Ökonomen der Bank Austria recht optimistisch. „Die Anzeichen für eine ungestörte Fortsetzung des Konjunkturaufschwungs im kommenden Jahr verdichten sich. Allerdings besteht eine Reihe von Risikofaktoren, die dafür sorgen, daß 2012 mit einem Anstieg des BIP um 2 Prozent eine etwas gedämpftere Dynamik als in diesem Jahr zu erwarten ist“, meint Bruckbauer. Das zu erwartende Anziehen der noch lockeren geldpolitischen Zügel und die Eindämmung der Dynamik der öffentlichen Verschuldung werden ebenso wie die stark gestiegenen Rohstoffpreise das Wachstum belasten. ■

Schwung für das neue Tourismus-Jahr

Wirtschafts- und Tourismusminister: Gute Basis für solides Gesamtergebnis der Wintersaison gelegt - Diversifizierung der Herkunftsmärkte bringt mehr Wachstum

Nach ersten vorläufigen Ergebnissen von Statistik Austria wurden in der ersten Hälfte der Wintersaison 2010/11 (November bis Jänner) 27,81 Mio. Nächtigungen registriert, was einer Steigerung von 0,8% gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres bedeutet. Dies ist auf Nächtigungszuwächse bei ausländischen Gästen (+1,7% auf 21,20 Mio.) zurückzuführen, während inländische Gästenächtigungen mit -2,0% auf 6,61 Mio. rückläufig waren. Das erste Drittel der aktuellen Wintersaison (November und Dezember 2010) war insgesamt noch rückläufig (-2,1%).

Bei der Zahl der Gäste (=Ankünfte) verlief die erste Winterhälfte mit einem Plus von 1,8% auf 7,44 Mio. ebenfalls positiv, wobei auch hier ausländische Gäste mit +3,2% auf 5,12 Mio. den Rückgang bei inländischen Ankünften (-1,3% auf 2,32 Mio.) überkompensieren konnten.

Weiter Trend zu höherwertigen Unterkünften, der Südosten verliert

Der bereits seit Monaten anhaltende Trend zu höherwertigen Quartieren setzt sich auch in der laufenden Wintersaison fort. So verzeichneten Hotels der 5-/4-Stern Kategorie in den Monaten November 2010 bis Jänner 2011 überdurchschnittliche Nächtigungszuwächse von 2,0%. Im gleichen Zeitraum waren die Nächtigungen in 2-/1-Stern Betrieben mit -2,8% rückläufig. Die größten Nächtigungsrückgänge verzeichneten Privatquartiere mit -4,9%.

Eine regionale Analyse zeigt, daß mit Ausnahme von Kärnten (-4,9%), der Steiermark (-0,7%) und dem Burgenland (-0,6%) alle Bundesländer Nächtigungszuwächse erzielen konnten; mit +5,4% waren diese bei Wien gefolgt von Oberösterreich (+2,8%) am höchsten.

Rekordjänner 2011: Der Gästemix wird vielfältiger

Im Jänner 2011 konnte mit 14,39 Mio. Nächtigungen (+3,7%) und 3,28 Mio. Ankünften (+1,4%) das beste je erhobene Nächtigungs- und Ankunftsergebnis erzielt

Gliederungsmerkmale	Ausländische Gäste			Inländische Gäste			Insgesamt		
	Absolut:		Veränderung	Absolut:		Veränderung	Absolut:		Veränderung
	In 1.000	in %		In 1.000	in %		In 1.000	in %	
In allen Unterkunftsarten									
In Österreich insgesamt	2.447,3	5,4	125,4	837,5	-8,7	-79,8	3.284,8	1,4	45,6
Ausgewählte Herkunftsländer									
Deutschland	1.335,1	5,0	63,6						
Niederlande	187,0	2,2	4,0						
Schweiz	93,0	17,7	14,0						
Vereinigtes Königreich	74,6	-2,1	-1,6						
Russland	72,9	20,4	12,4						
In gewerblichen Beherbergungsbetrieben (=Hotels und gewerbl. Ferienwhg.)									
In Österreich insgesamt	1.840,4	5,9	102,5	680,1	-6,1	-44,2	2.520,5	2,4	58,4

Vorläufige Ankunftsergebnisse der Beherbergungsstatistik im Jänner 2011

Gliederungsmerkmale	Ausländische Gäste			Inländische Gäste			Insgesamt		
	Absolut:		Veränderung	Absolut:		Veränderung	Absolut:		Veränderung
	In 1.000	in %		In 1.000	in %		In 1.000	in %	
In allen Unterkunftsarten									
In Österreich insgesamt	11.698,1	6,0	662,2	2.692,0	-5,2	-147,7	14.390,1	3,7	514,5
Ausgewählte Herkunftsländer									
Deutschland	6.649,9	6,0	376,4						
Niederlande	996,5	1,8	17,6						
Russland	434,1	16,7	62,1						
Vereinigtes Königreich	395,8	-3,4	-13,9						
Schweiz	325,1	22,7	60,1						
In gewerblichen Beherbergungsbetrieben (=Hotels und gewerbl. Ferienwhg.)									
In Österreich insgesamt	8.350,3	5,6	442,8	1.924,1	-4,4	-88,6	10.274,4	3,6	354,3

Vorläufige Übernachtungsergebnisse der Beherbergungsstatistik im Jänner 2011

werden. Trotz des Rückgangs bei der Zahl der inländischen Gästenächtigungen von 5,2% auf 2,69 Mio. wurde durch Nächtigungszuwächse ausländischer Gäste von 6,0% auf 11,7 Mio. ein neuer Nächtigungsrekord für den Jänner verzeichnet. Mit wenigen Ausnahmen trugen viele wichtige Herkunftsmärkte zu diesem Ergebnis bei: Deutschland (+6,0%); Niederlande (+1,8%); Russland (+16,7%); Schweiz (+22,7%); Belgien (+30,0%); Italien (+5,8%).

Das nunmehr hohe Niveau der Zahl der Nächtigungen im Jänner ist unter anderem auf eine zunehmende Internationalisierung des Gästeportfolios zurückzuführen. Vor allem Gäste aus Zentral- und Osteuropa steigern ihre absoluten Nächtigungsanteile kontinuierlich. So hält der deutsche Markt – mit einem Zuwachs von 6,0% im Jänner 2011 im Vergleich zum Vorjahresmonat – gemessen an den Gesamtnächtigungen einen aktuellen Anteil von 45,2%, im Jahr 2001 waren es

Wirtschaft

allerdings noch 55,2%. Andererseits konnten die russischen Gästenächtigungen deutlich zulegen, wobei deren Nächtigungsanteil innerhalb von zehn Jahren von 0,9% auf 2,4% stieg. Nach Deutschland und den Niederlanden stellte Rußland im Jänner 2011 den drittgrößten ausländischen Herkunftsmarkt dar. Auch Gäste aus Ungarn (Anteil der Gesamtnächtigungen von 1,0% im Jänner 2001 auf 2,1% im Jänner 2011) der Tschechischen Republik (von 0,5% auf 1,7%) und Polen (von 1,3% auf 2,5%) waren im abgelaufenen Jänner in Österreichs Tourismuszentren wesentlich präsenter als noch vor zehn Jahren.

Minister warnt vor allzugroßer Euphorie

Die am 23. Februar veröffentlichte Zwischenbilanz der touristischen Wintersaison liegt über den Erwartungen. „In der ersten Winterhälfte sind mehr Gäste als je zuvor nach Österreich gekommen. Allein im Jänner wurde sowohl bei den Ankünften als auch bei den Nächtigungen ein neuer Rekord erzielt. Damit haben wir das leichte Dezember-Minus aufgeholt und eine solide Basis für die gesamte Wintersaison gelegt. Jetzt geht es darum, diesen Schwung ins weitere Tourismusjahr mitzunehmen, um mehr Wachstum und neue Arbeitsplätze in Österreich zu schaffen“, erklärte Wirtschafts- und Tourismusminister Reinhold Mitterlehner. Angesichts der bisher guten Zahlen ist er optimistisch, warnt aber vor allzugroßer Euphorie. Nach der für Touristiker ungünstigen Lage der Weihnachtsfeiertage kommen heuer auch die Osterferien sehr spät. Daher rechnet das WIFO bestenfalls mit einem ähnlichen Nächtigungsergebnis wie im vergangenen sehr guten Winter. Die Umsätze der vergangenen Wintersaison würden demnach aber wohl nicht erreicht werden.

Diversifizierung auch im Tourismus ein Gebot der Stunde

Als besonders erfreulich wertet Mitterlehner die steigende Internationalisierung des Gäste-Portfolios. „Wegen des härteren internationalen Wettbewerbs ist Diversifizierung auch im Tourismus ein Gebot der Stunde. Durch neue Gäste aus Zentral- und Osteuropa können wir sinkende Marktanteile in manchen traditionellen Märkten besser kompensieren und insgesamt starke Ergebnisse erzielen“, so Mitterlehner. So war Rußland im Jänner nach Deutschland und den Niederlanden schon der drittgrößte ausländische Herkunftsmarkt. Trotz solcher neuen

Gliederungsmerkmale	Ausländische Gäste			Inländische Gäste			Insgesamt		
	Absolut:		Veränderung	Absolut:		Veränderung	Absolut:		Veränderung
	In 1.000	in %	in 1.000	In 1.000	in %	in 1.000	In 1.000	in %	in 1.000
In allen Unterkunftsarten									
In Österreich insgesamt	2.447,3	5,4	125,4	837,5	-8,7	-79,8	3.284,8	1,4	45,6
Ausgewählte Herkunftsländer									
Deutschland	1.335,1	5,0	63,6						
Niederlande	187,0	2,2	4,0						
Schweiz	93,0	17,7	14,0						
Vereinigtes Königreich	74,6	-2,1	-1,6						
Rusland	72,9	20,4	12,4						
In gewerblichen Beherbergungsbetrieben (=Hotels und gewerb. Ferienwhg.)									
In Österreich insgesamt	1.840,4	5,9	102,5	680,1	-6,1	-44,2	2.520,5	2,4	58,4

Vorläufige Ankunftsergebnisse der Beherbergungsstatistik im Zeitraum November

Gliederungsmerkmale	Ausländische Gäste			Inländische Gäste			Insgesamt		
	Absolut:		Veränderung	Absolut:		Veränderung	Absolut:		Veränderung
	In 1.000	in %	in 1.000	In 1.000	in %	in 1.000	In 1.000	in %	in 1.000
In allen Unterkunftsarten									
In Österreich insgesamt	21.200,3	1,7	354,4	6.607,7	-2,0	-134,9	27.808,0	0,8	219,5
Ausgewählte Herkunftsländer									
Deutschland	11.495,0	1,4	158,7						
Niederlande	2.002,2	-5,5	-116,5						
Vereinigtes Königreich	745,5	-2,6	-19,9						
Schweiz	660,1	13,5	78,5						
Italien	655,5	-3,3	-22,4						
In gewerblichen Beherbergungsbetrieben (=Hotels und gewerb. Ferienwhg.)									
In Österreich insgesamt	15.602,2	1,9	290,9	4.878,2	-1,0	-49,3	20.480,4	1,2	241,6

Vorläufige Übernachtungsergebnisse der Beherbergungsstatistik im Zeitraum November 2010 bis Jänner 2011

Hoffnungsländer werden jedoch die traditionellen Märkte keineswegs vernachlässigt. Dort gibt es unter dem Motto „Den Winter neu entdecken“ eigene Winterkampagnen. „Im Sinne der Tourismusstrategie konzentrieren wir uns in allen Märkten auf unsere wichtigsten Alleinstellungsmerkmale – eines davon sind die Alpen, die gerade für den Wintertourismus von großer Bedeutung sind“, so Mitterlehner. Insgesamt setzt die Österreich Werbung in der Wintersaison rund 13 Millionen Euro für Marketing ein.

Neue Rekorde

In der ersten Hälfte der Wintersaison gab es 27,81 Millionen Nächtigungen, was einem Plus von 0,8 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht. Die Ankünfte sind um 1,8 Prozent auf den neuen Rekordwert von 7,44 Millionen gestiegen.

Neue Rekorde gab es im Jänner sowohl bei den Nächtigungen (14,39 Millionen / plus 3,7 Prozent), als auch bei den Ankünften (3,28 Millionen / plus 1,4 Prozent).

Methodische Informationen, Definitionen:

Da die Ankünfte und Nächtigungen im Tourismus maßgeblich von der Anzahl der freien Tage in einem Berichtsmonat abhängen, stehen diesbezüglich neben den unbereinigten auch bereinigte Daten zur Verfügung. Die von Statistik Austria durchgeführten Bereinigungen berücksichtigen Effekte in Bezug auf Schaltjahre, Ostertage, Wochenenden und bestimmte Feiertage. Zur Verfügung stehen bereinigte Zeitreihen betreffend inländische und ausländische Ankünfte und Nächtigungen ab Jänner 1990. ■ <http://www.statistik.at>

Österreicher wollen 2011 rund 5460 Euro zur Seite legen

15% derer, die eine größere Anschaffung vorhaben, planen Kreditaufnahme

Laut einer aktuellen Umfrage des Markt- und Meinungsforschungsinstituts INTEGRAL im Auftrag der Erste Bank bleibt auch 2011 ein Jahr der sicheren Anlageformen. Demnach wollen knapp zwei Drittel der Österreicher mittels Sparbuch, 58% per Bausparvertrag und 4 von 10 mit einer Lebensversicherung ihr übriges Geld in den kommenden 12 Monaten ansparen. Durchschnittlich nehmen sich die Befragten vor, 5460 Euro übers Jahr anzusparen. Dabei sind Einmalbeträge aus Geldgeschenken, Abfertigungen oder Erbschaften genauso berücksichtigt wie etwa das was am Monatsende übrig bleibt. Rund ein Drittel der Befragten plant heuer größere Anschaffungen wie z.B. eine eigene Wohnung oder ein neues Auto. 15% davon wollen sich das mittels Kredit finanzieren und dafür durchschnittlich 70.200 Euro aufnehmen. Um den Zustand der europäischen Gemeinschaftswährung macht sich die Mehrheit (2/3) der Österreicher keine Sorgen. Die Leitzinsen werden noch bis zum 4. Quartal niedrig bleiben, was für Kreditnehmer weiter positiv ist, am Sparbuch wird es allerdings bis dahin auch keine großen Sprünge nach oben geben. Die Arbeitslosenquote sinkt leicht und die heimische Wirtschaft wächst um 2,2%.

Geldflußprognose der Haushalte

Trotz niedriger Zinsen ist und bleibt das Sparbuch die beliebteste Anlageform der Österreicher. In den nächsten 12 Monaten wollen laut Umfrage 62% ihr Geld aufs Sparbuch legen, etwas weniger werden einen Bausparvertrag (58%) abschließen. 40% wollen heuer eine Lebensversicherung und 34% in die Pensionsvorsorge investieren. Für Fonds können sich 2011 17% begeistern, Immobilien wollen 11% kaufen und immerhin 8% werden sich Gold ins Depot legen. „Geld zur Seite zu legen, in welcher Form auch immer, ist den Österreichern traditionell sehr wichtig“, so Peter Bosek, Privat- und Firmenkundenvorstand der Erste Bank. Was die Höhe der Geldanlage betrifft, so rechnet der Durchschnitt, daß in den nächsten 12 Monaten rund 5.460 Euro zur Verfügung stehen, um es in diverse Anlage-

produkte zu investieren. Sieht man sich die Einlagenentwicklung der privaten Haushalte in Österreich an, so besteht ein Seitwärtstrend seit Ende 2009. Im Jahr 2010 haben sich die Einlagen der privaten Haushalte, mit kleinen Auf und Abs bei rund 207 Mrd. Euro eingependelt. Erste Bank und Sparkassen halten daran einen Anteil von knapp 40 Mrd.



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Euro. Neben der Geldanlage zeigen sich die Österreicher aber auch bereit, 2011 einiges zu investieren. Demnach plant rund ein Drittel größere Anschaffungen wie einen Autokauf, eine eigene Wohnung oder neue Einrichtung wofür zusätzlich Geld benötigt wird. Der überwiegende Teil kann sich diese Wünsche aus eigenen Ersparnissen finanzieren (85%), 15% brauchen allerdings einen Bankkredit dazu. Im Österreichschnitt denkt jeder Befragte der einen Kredit aufnehmen will, an eine Summe von rund 70.200 Euro. Das Kreditvolumen zeigt außerdem einen klaren Aufwärtstrend: Hatten die privaten Haushalte per Jänner 2010 Kredite in Höhe von etwa 128 Mrd. Euro ausständig, so waren es per Dezember 135 Mrd. (+5,5%). Erste Bank und Sparkassen halten davon per Ende Dezember 2010 einen Anteil von gut 26 Mrd. Euro.

Mehrheit macht sich keine Sorgen um den Euro

Die europäische Gemeinschaftswährung kommt seit einigen Monaten nicht aus den Wirtschaftsschlagzeilen. Hierzulande machen sich die Menschen aber weniger Sorgen um die Existenz des Euros: Knapp zwei Drittel der Österreicher glauben an die europäische Gemeinschaftswährung. Die Staatsschuldenkrise einiger südeuropäischer Länder hat zu einem Vertrauensverlust der Finanzmärkte geführt und letztlich zu einer Belastungsprobe für den Zusammenhalt der Eurozone. Das klare politische Bekenntnis der großen Eurozone-Staaten zu mehr Gemeinsamkeit sorgte dann aber seit Jahresbeginn wieder zu einer Befestigung der Gemeinschaftswährung gegenüber dem US-Dollar. „Der Euro ist nach wie vor eine stabile Währung. Die Konsolidierung der Staatshaushalte einiger Euroländer wird dennoch das bestimmende Thema des Jahres 2011 werden“, so Bosek weiter.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Österreich sind 2011 sehr positiv: Das Wifo erwartet ein Wirtschaftswachstum von 2,2% sowie eine leicht rückläufige Arbeitslosenquote. Die Inflation wird mit 2,1% (2010: 1,8%) im laufenden Jahr nur leicht ansteigen. Das Zinsniveau sollte damit noch einige Zeit niedrig bleiben. Am Sparbuch ist vorerst leider nicht viel mehr zu erwarten. Die Experten der Erste Bank gehen davon aus, daß die EZB die Leitzinsen frühestens im 4. Quartal 2011 anheben wird, voraussichtlich um 25 Basispunkte. 2012 wird sich das dann auch auf die Spar- und Kreditzinsen auswirken. „Die niedrigen Zinsen sollten heuer noch die eine oder andere Investition beflügeln“, meint Peter Bosek. Da die Zinsen in den nächsten Jahren sicher wieder steigen werden, sollte man sich das aktuell niedrige Niveau mit z.B. einer Fixzinsvereinbarung auf die nächsten Jahre unbedingt absichern.

Den Sparern rät Bosek, „sich jetzt genau zu überlegen wie man sich am besten für die Zeit steigender Renditen aufstellt. Alles nur am Sparbuch zu belassen, ist bei diesem Zinsniveau sicher nicht die ertragreichste Möglichkeit.“ ■

Österreich baut Position als Bio-Europameister weiter aus

Mittlerweile 19,4% der Agrarnutzfläche und 16,2% der Betriebe

Österreich ist es im Jahr 2010 gelungen, seine Top-Position als Bio-Europameister weiter auszubauen. So wird mittlerweile rund ein Fünftel (19,4%) der landwirtschaftlichen Nutzfläche unseres Landes, insgesamt 544.672 Hektar, von 21.798 Bio-BäuerInnen bewirtschaftet. Das entspricht wiederum 16,2% der Landwirtschaftsbetriebe, wie Christoph Gleirscher, Geschäftsführer von Bio Austria, am 18.02. bei einem Pressegespräch auf der Biofach-Messe in Nürnberg berichtete. Im Jahr 2009 waren es noch 18,5% der Agrarnutzfläche und 20.870 Bio-Betriebe (15,2%).

Doch auch am österreichischen Bio-Lebensmittelmarkt gibt es laut den aktuellen RollAMA-Daten einen noch nie dagewesenen Bio-Boom. Der Mengenzuwachs von 2009 auf 2010 betrug im Segment Bio-Frischwaren (exklusive Brot) im LEH 21,5%, der Wertzuwachs 18,7%. Da auch im Ausland gute Marktentwicklungen zu verzeichnen sind, möchte Rudi Vierbauch, Obmann von Bio Austria, die heimischen Unternehmen noch mehr motivieren, zu 100% auf Bio zu setzen, und die Firmen dabei unterstützen, im Ausland Fuß zu fassen.

Belakovich: Spitzenreiter der nachhaltigen österreichischen Landwirtschaft

Österreichs Landwirtschaftsminister Nikolaus Belakovich zeigte sich gegenüber aiz.info über diese Zuwachsraten erfreut. „Die Bio-Landwirtschaft ist Spitzenreiter des österreichischen Wegs einer nachhaltigen Landwirtschaft. Daß diese Vorreiterrolle Österreichs weiter abgesichert wird, garantieren einerseits engagierte und zukunftsorientierte Bio-Bäuerinnen und -Bauern, professionelle Verarbeiter, Vermarkter, Bio-Kontrollstellen und Konsument(inn)en. Andererseits unterstützt die heimische Agrarpolitik die österreichische Bio-Landwirtschaft durch effiziente und vielfältige Förderungen. Außerdem ist auch die umfassende Information der Konsumenten ein wichtiger Teil unserer Strategie“, so Belakovich.

Das Bio-Engagement Österreichs muß auch vor den globalen Entwicklungen und Marktchancen betrachtet werden. So hat eine Studie des Forschungsinstituts für biologi-

schen Landbau (FiBL) ergeben, daß der globale Markt für biologische Lebensmittel und Getränke weiter zunimmt. 2009 wurden bereits Umsätze von 54,9 Mio. US\$ verzeichnet, gegenüber 40,2 Mio. US\$ im Jahr 2006 und 25,5 Mio. US\$ im Jahr 2003. Ein ähnliches Bild zeigt der europäische Markt. Der größte Bio-Markt weltweit sind die USA mit umgerechnet 17,8 Mrd. Euro, dahinter folgen Deutschland (5,8 Mrd. Euro) und Frankreich (3,0 Mrd. Euro). Erstaunlich ist, daß sich die Schweiz (1.023 Mio. Euro) und Österreich (868 Mio. Euro) trotz ihrer geringen Landesgröße in den Top-10 der



Foto: BMLFUW/AMA

Bioäpfel mit Herz

weltweiten Bio-Märkte befinden. Je 48% der weltweiten Bio-Lebensmittelverkäufe teilten sich 2009 ferner auf Europa und Nordamerika auf. Verschwindende 4% verbleiben für die restliche Welt.

Neue europäische Absatzmärkte erschließen

Um neue europäische Absatzmärkte für die Zukunft zu erschließen und abzusichern, hat Bio Austria im Vorjahr gemeinsam mit der AMA Marketing eine Exportoffensive mit einer ersten österreichischen Bio-Präsentation in Hamburg gestartet. Heuer soll diese Initiative ausgebaut werden. Neben Deutschland, dem wichtigsten Exportland für Österreich, liegt ein weiterer Schwerpunkt auf ausgewählten Zielmärkten wie Slowenien, Polen, Tschechien, Slowakei und Frankreich, denen ein großes Potenzial als Bio-Absatzmarkt eingeräumt wird. Für das erste Halbjahr 2011 ist eine Veranstaltung in Nord-

rhein-Westfalen – voraussichtlich Köln – und eine weitere in einer nicht-deutschsprachigen EU-Stadt, vermutlich Paris oder Warschau, im zweiten Halbjahr geplant.

Insgesamt wurden im Jahr 2009 rund 37,2 Mio. ha weltweit ökologisch bewirtschaftet, 32,6% in Ozeanien, 24,9% und somit ein Viertel in Europa sowie 23% in Lateinamerika. In der EU sind große Staaten wie Spanien (1,3 Mio. ha), Italien (1,1 Mio. ha) und Deutschland (0,95 Mio. ha) die führenden Länder im Hinblick auf die absolute Bio-Fläche. Österreich befindet sich mit 518.757 ha trotz seiner vergleichsweise kleinen Landesfläche auf dem stolzen sechsten Platz. Anteilsmäßig lag die Alpenrepublik 2009 mit 18,5% im absoluten Spitzenfeld. Lediglich Liechtenstein, das jedoch kaum über Flächen verfügt, lag mit 26,9% davor. Hinter Österreich folgen Schweden (12,6%) und die Schweiz (10,8%).

Bio legt auch bei Käuferreichweite zu

Wie eine Motivanalyse zum „Einkaufsverhalten Bio“ ferner ergeben hat, haben Bio-Produkte in Österreich mittlerweile eine Käuferreichweite von 88% bei steigender Einkaufsintensität. Demnach decken 40% der Haushalte 80% des Bio-Umsatzes. Als Kaufmotiv wird vor allem der Gesundheitsaspekt angegeben. Aber auch Personen, die keine Bio-Produkte kaufen, haben eine überraschend positive Einstellung zu diesem Thema. Der Anteil an absoluten Bio-Verweigerern ist hingegen sehr gering. Vor allem ist auch das deutlich bessere Angebot dafür verantwortlich, daß heute mehr Bio gekauft wird als vor fünf Jahren. Die Nachfrage ist mit einem Plus von 30% jedoch noch stärker gestiegen als das Angebot (+12%).

In Deutschland ist der Absatz auch seit Bekanntwerden des Dioxin-Skandals enorm gestiegen. Dieses Vertrauen der Konsumenten in Bio-Produkte wollen nun auch die österreichischen Produzenten als Chance nutzen, wie Bio Austria in Nürnberg betonte. Bio Austria ist mit 13.000 Mitgliedern der größte Verband österreichischer Bio-BäuerInnen und damit auch der bedeutendste Verband für biologische Landwirtschaft in Europa. ■

OÖ ist bei der Energiewende eine der Top-Regionen der Welt

Jetzt erstmals auch Solarwärme für Erzeugung industrieller Prozeßwärme

Oberösterreichs Energiepolitik wirkt – die Energiewende wird schrittweise Wirklichkeit. Der Landes-Energiebericht 2011 zeigt bisherige Rekordwerte beim Anteil der Erneuerbaren Energieträger am Energiemix, bei der Ökowärme und beim Ökostrom sowie bei der Energieeffizienz.

Der Landesenergiebericht 2011 baut auf die neue Energiestatistik der Statistik Austria auf und präsentiert die Zahlen für Oberösterreichs Energiesituation im Jahr 2009. Der Bericht belegt, daß Oberösterreich wieder einen großen Schritt in Richtung Energiewende gemacht hat, daß die Landesenergiepolitik wirkt. Als erste Region Europas hat Oberösterreich im Jahr 2007 die vollständige Umstellung bei Strom und Raumwärme auf erneuerbare Energieträger und Energieeffizienz bis 2030 beschlossen. Der aktuelle Energiebericht zeigt, daß Oberösterreich in diese sehr ambitionierte Richtung ein sehr guter Start gelungen ist. Konkret:

- der Anteil Erneuerbarer Energieträger am Gesamtenergieverbrauch Oberösterreichs konnte erstmals auf 36 Prozent gesteigert werden (Österreich: 30,1%, Deutschland: 10,3%, EU 2008: 8,4%) – das ist weltweit ein Top-Wert,
- der Anteil Erneuerbarer Energieträger am Gesamt-Wärmeverbrauch Oberösterreichs konnte auf 45,5% Prozent erhöht werden (Österreich: 34,8%, Deutschland: 8,8%, EU 2008 :12%) – das ist weltweit ein Top-Wert,
- der Anteil Erneuerbarer Energieträger am Gesamtstromverbrauch Oberösterreichs konnte auf 86% erhöht werden (Ö: 68,2%; Deutschland: 16,4%, EU 2008: 16,8%), auch das ist weltweit ein Top-Wert und
- der Energieverbrauch konnte um 5,8% Prozent abgesenkt werden – im Vergleich ist das österreichweite Wirtschaftswachstum um 3,9% gesunken. Besonders eindrucksvoll ist der Rückgang des Energieverbrauchs im Bereich der Raumwärme (2005 bis 2009: minus 12,3% Prozent) sowie der Anteil der Ökoraumwärme, der mit 52,1% über der 50%-Marke liegt.

Energie-Landesrat Rudi Anschober: „Oberösterreich zählt mit dieser Entwick-



Foto: Land OÖ / Binder

Martin Leitl, Landesrat Rudi Anschober und Cornelia Leitl

lung mittlerweile zu den weltweiten Top-5-Regionen der Energiewende. Die Nutzung der erneuerbaren Energien verringert die Importkosten (um ca. 1 Milliarde Euro) für immer teurere fossile Energieträger, reduziert die CO₂-Emissionen (um ca. 7,8 Mio Tonnen pro Jahr), und das macht uns unabhängiger. Gerade jetzt wird angesichts der Konflikte in Nordafrika und der aktuellen Preisentwicklung bei Öl (höchster Preis seit zweieinhalb Jahren – und das ist nur der Beginn) immer klarer, daß die bisherige Abhängigkeit von Öl Diktaturen gestützt und immer mehr Menschen in die Armutsfalle geführt hat.“

Weiterentwicklung der Erfolgsgeschichte Solare Wärme

Mit Sonnenenergie werden Betonteile produziert – ein innovativer Weg, für den sich die Leitl Beton GmbH entschieden hat. Die 300 Quadratmeter große thermische Solaranlage liefert die zur Herstellung von Betonfertigtecken und Wänden notwendige Prozesswärme, in Kombination mit einer umweltfreundlichen Hackschnitzelanlage. Damit können je nach Anwendungsfall bis zu 70% der der jährlichen Kosten für die Prozesswärme eingespart werden. Statt Öl oder Gas, Sonne und Hackschnitzel – und damit werden 422.000 kg klimaschädliches

Kohlendioxid pro Jahr eingespart. Dieses erste Großprojekt zur Erzeugung industrieller Prozeßwärme wurde am 22. Feber von Energielandesrat Rudi Anschober besucht – die Zwischenergebnisse sind hervorragend und entsprechen den Prognosen. Die neue Nutzung der Solarwärme funktioniert!

Solarwärme in Oberösterreich weiterhin auf Erfolgskurs

Thermische Solarenergie ist in Oberösterreich seit Jahren auf der Überholspur. Auch 2010 konnten wieder rund 80.000 m² Fläche zugebaut werden. Damit liegt Oberösterreich bei einer Pro-Kopf-Fläche von 0,8 m²/EW und ist Nummer 1 in Europa. Zum Vergleich: in Deutschland (2009) liegt die Pro-Kopf-Fläche bei 0,16 m²/EW, in der EU (2009) bei 0,06 m²/EW. Setzt sich der Zubautrend der letzten Jahre auch in den kommenden Jahren fort, dann wird Oberösterreich 2015 die Schallmauer von durchschnittlich einem Quadratmeter pro Bürger überschreiten. In Summe werden durch die Verwendung von thermischen Solaranlagen, die zu einem Gutteil in Oberösterreich erzeugt werden, rund 40 Mio l Heizöl pro Jahr ersetzt und ca. 100.000 Tonnen CO₂ eingespart. Die Solarförderung ist Angelegenheit der Bundesländer, Oberösterreich garantiert seit Jahren stabile Förderungen. ■

Mehr Geld für Wiener Kreativunternehmen

Förderrichtlinien für das »Schwerpunktprogramm Creativ Industries« optimiert

Um mit den departure-Förderprogrammen noch gezielter und bedürfnisorientierter auf die Wiener Kreativunternehmen eingehen zu können, trat mit Jänner 2011 eine neue Richtlinie in Kraft, die zusätzliche Anreize für Unternehmen der „Creative Industries“, insbesondere UnternehmensgründerInnen und JungunternehmerInnen bietet. Die maßgeblichen Neuerungen umfassen die Erhöhung der maximalen Fördersumme im Programm „departure pioneer“ und „departure experts“ sowie die Anhebung der Förderquote bei „departure classic“. Weiters wurde nun bei allen Programmen eine Erhöhung der Förderquote um drei Prozent für Projekte, die maßgeblich von Frauen getragen werden, eingeführt.

„Die maßgeschneiderte Förderpolitik von departure im Bereich der Kreativwirtschaft stärkt die kleinen und mittleren Unternehmen, das Rückgrat der Wiener Wirtschaft, fördert damit die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen selbst und stärkt den Wirtschaftsstandort. Mit dem erweiterten Bonus-system fördern wir zudem gezielt Frauen“, zeigt sich Finanz- und Wirtschaftsstadträtin Vizebürgermeisterin Renate Brauner überzeugt. „Die Erfahrungen aus der Umsetzung des Förderprogramms zeigen, daß nicht nur wirtschaftliches Wachstum und positive Beschäftigungseffekte ausgelöst werden, sondern Wien auch imagemäßig als Standort für Creative Industries in Europa etabliert werden konnte“, ergänzt Christoph Thun-Hohenstein, Geschäftsführer von departure.

Neue Anreize für Wiener Kreativunternehmen

- departure pioneer: Im Programm für JungunternehmerInnen und UnternehmensgründerInnen kann nun mit maximal 25.000 Euro pro Einreichung – statt bisher maximal 15.000 Euro – gefördert werden.
- departure experts: Die Zusammenarbeit mit ExpertInnen für Unternehmen, die sich in der Wachstumsphase befinden, wird nun mit maximal 20.000 Euro – statt bisher maximal 15.000 Euro – unterstützt.
- departure classic: Hier wurde die Förderquote an jene von departure focus ange-



Foto: Mannsberger / PID

Christoph Thun-Hohenstein, VbGmin. Renate Brauner und StR Andreas Mailath-Pokorny (v.l.) anlässlich eines QUER-Symposiums und Labors für Interkreativität

glichen und von 47 auf 50 Prozent erhöht bzw. von 50 Prozent auf 53 Prozent bei Projekten, bei denen Frauen in einer Führungsposition und/oder im Rahmen der Projektleitung maßgeblich am Konzept als auch an der Umsetzung beteiligt sind. Die Maximalförderung beträgt weiterhin 200.000 Euro pro Projekt bzw. Vorhaben.

- Die Erhöhung der Förderquote um drei Prozentpunkte bei Projekten, die maßgeblich von Frauen getragen werden und bei „departure classic“ und „focus“ schon besteht, wird nunmehr auch für „departure pioneer“ und experts eingeführt.

Weitere inhaltliche Änderungen betreffen die Programme departure pioneer und departure experts: „Pioneers“ können nach der neuen Richtlinie nun auch einreichen, wenn ihre Unternehmensgründung länger als sechs Monate zurückliegt – ab sofort ist der Zeitraum auf zwölf Monate ausgeweitet. Im experts-Programm können neben den Beratungsleistungen durch ExpertInnen auch erste Umsetzungsschritte gefördert werden.

Die departure Förderprogramme

Mit dem „Schwerpunktprogramm Creativ Industries“ der Stadt Wien hat departure Österreichs erstes umfassendes Wirtschaftsförderprogramm für die Creative Industries

gestartet. Wiener Unternehmen und UnternehmensgründerInnen können bei vier Förderprogrammen einreichen: „departure classic“ und „departure focus“, zwei klassische Projektförderungen, können von etablierten Unternehmen und UnternehmensgründerInnen in Anspruch genommen werden. „departure pioneer“ ist auf GründerInnen und JungunternehmerInnen zugeschnitten. Von „departure experts“ profitieren im Wachstum befindliche Unternehmen durch die Zusammenarbeit mit qualifizierten ExpertInnen; Grundlage für die Förderung ist ein geplantes Projekt oder Wachstumsvorhaben, das mit ExpertInnenunterstützung realisiert werden soll. Neben den laufenden Förderprogrammen greift departure durch Themencalls spannende Entwicklungen der Creative Industries auf. Dies ermöglicht die fundierte Aufbereitung und inhaltliche Auseinandersetzung mit aktuellen Branchentrends und neuen, zukunftsweisenden Orientierungen.

departure, die Kreativagentur der Stadt Wien und ein Unternehmen der Wirtschaftsagentur Wien, hat seit dem Start des Förderprogramms 300 Unternehmen mit 19 Millionen Euro gefördert und rund 1400 hoch qualifizierte Arbeitsplätze neu geschaffen oder gesichert sowie ein privates Investivolumen von rund 76 Millionen Euro ausgelöst. ■

<http://www.departure.at>

Frühlingserwachen

In Österreichs größtem Naturpark geht der Winterschlaf zu Ende.

Österreichs größter Naturpark kann auf ein bewegtes Jahr 2010 zurückblicken: „Gleich zu Beginn des letzten Jahres wurde dem Alpenpark Karwendel das Prädikat ‚Naturpark‘ verliehen – dies wird nur an ganz besondere Schutzgebiete vergeben“, sagte Tirols Naturschutzreferent LH-Stv. Hannes Gschwentner. Neben der Möglichkeit, verschiedene Förderungen zu bekommen, sind auch die engere Zusammenarbeit mit den anderen Tiroler Naturparks und eine starke Vertretung durch den Verband der Naturparks Österreichs wesentliche Vorteile, die der Alpenpark Karwendel damit nutzen kann.

Zusätzlich zu dieser Aufwertung konnte der Alpenpark auch zwei namhafte Auszeichnungen für ihr Projekt „Natur begreifen – Tiroler SchülerInnen lernen das Schutzgebiet vor ihrer Haustür kennen!“ für sich verbuchen: Die erfolgreich umgesetzte Idee, der Jugend die Flora und Fauna des Alpenparks näher zu bringen, wurde von der Stadt Innsbruck mit dem Umweltpreis prämiert. Hohe Ehren wurden dem Alpenpark Karwendel auch seitens der Vereinten Nationen zuteil: Das Projekt wurde zum „UNESCO-Dekadenprojekt“ aufgewertet.

Natur erleben – Natur schützen

„Das Jahr 2010 stand für uns ganz im Zeichen der Weiterentwicklung unserer Projekte und Aktivitäten in den drei thematischen Schwerpunkten ‚Natur erleben‘, ‚Natur begreifen‘ und ‚Natur schützen‘“, faßt Obmann Josef Hausberger die Bemühungen des Alpenparks zusammen. In diesem Zusammenhang wurden auch die Besucherangebote im Halltal, am Achensee und in Hinterriß realisiert. Zusätzlich dazu wurde die Präsenz des Alpenparks im Gebiet selbst durch die Naturpark-Ranger massiv verstärkt.

Um eine spannende Naturvermittlung mit Qualität und Hintergrundwissen zu garantieren, forcierte der Alpenpark die Ausbildung der Naturparkführer. „Das große Interesse an unserem Schulprogramm und die positiven Rückmeldungen seitens der Schüler und Lehrer bestärken uns, diesen Weg beharrlich weiter zu gehen“, stellt Hermann Sonntag, Geschäftsführer des Alpenparks Karwendel klar.



Foto: Naturpark Karwendel / Birgit Kluibenschädl

Positive Rückmeldungen von LehrerInnen und SchülerInnen bestätigen der Naturpark-Leitung das große Interesse am Schulprogramm.



Foto: Naturpark Karwendel / Otto Leitner

Die erfolgreich umgesetzte Idee, der Jugend die Flora und Fauna des Alpenparks näher zu bringen, wurde von der Stadt Innsbruck mit dem Umweltpreis prämiert.

Im Naturschutz wurden und werden die festgelegten Schwerpunkte des Karwendelprogramms 2013 wie beispielsweise das Artenhilfsprogramm Bergahorn konsequent fortgeführt; für 2011 ist überdies ein Projekt geplant: „Wir werden anlässlich des „Internationalen Jahr der Wälder“ eine Naturschutz-

Analyse ausgewählter Waldflächen erstellen, die uns wiederum als Grundlage für die zukünftige Arbeit dient“, berichtet Sonntag. Die BesucherInnen des Alpenparks dürfen sich im Lauf des Jahres auf eine Neubeschilderung des gesamten Gebiets freuen. ■

<http://www.karwendel.org>

Schallaburg erhält wieder Glocken

Nach fast 70 Jahren: Rückkehr der Glocken auf Renaissanceschloss Schallaburg

Nach fast 70 Jahren werden wieder Glocken die Umgebung der Schallaburg mit neuen Klängen erfüllen: Am 3. Februar wurden zwei neue Glocken im Traditionsbetrieb Grassmayr in Innsbruck gegossen. Rechtzeitig vor Beginn der Ausstellung „Venedig – Seemacht, Kunst und Karneval“ werden sie die Reise nach Niederösterreich antreten und eine neue Saison einläuten. Die traditionelle Glockenweihe wird im April stattfinden.

Letzter Glockenguß vor etwa 240 Jahren

Nach dem Vorbild italienischer Palazzi erhielt das Renaissanceschloß Schallaburg im 16. Jahrhundert das für heute charakteristische Aussehen. Prachtvoll thront es auf einer Anhöhe, sein Anblick beeindruckt schon von weitem. In der im Kern romanischen Burgkapelle wurden vor langer Zeit Gottesdienste abgehalten.

Im Turm der Kapelle befanden sich zwei Glocken, die aus den Jahren 1771 und 1775 stammten, jedoch am Ende des Zweiten Weltkrieges spurlos verschwanden. Nach knapp 240 Jahren wurden im Traditionsbetrieb Grassmayr in Innsbruck zwei neue Glocken gegossen, die dann mit elektronischer Steuerung und Schlagwerk versehen werden.

„Das Renaissanceschloß Schallaburg zählt zu den schönsten nördlich der Alpen und ist ein Juwel mit einer Jahrhunderte langen Geschichte. Zu dieser gehören auch die Glocken im Turm der Kapelle, die bis vor fast 70 Jahren die Gegend rund um die Schallaburg mit Klang erfüllten. Wir geben der Schallaburg nun ein Stück Tradition wieder und ich freue mich, schon bald die Schallaburg nicht nur aus der Ferne zu sehen, sondern auch zu hören“, so Geschäftsführer Kurt Farasin.

Ab dem Frühjahr werden die Glocken zu jeder Viertelstunde erklingen. Bei der für April geplanten traditionellen Glockenweihe erhalten diese Namen von Schutzpatronen.

Venedig zu Gast

Von 26. März bis 6. November 2011 gastiert die Lagunenstadt Venedig im Renais-



Foto: Renaissanceschloß Schallaburg

Christof Grassmayr, Geschäftsführer, ein Mitarbeiter der Fa. Grassmayr, und Peter Fritz, Standortleiter Renaissanceschloß Schallaburg, nach dem Glockenguß. (v.l.)

sanceschloß Schallaburg. Unter dem Titel „Venedig – Seemacht, Kunst und Karneval“ werden Besucher zu einer Reise eingeladen, bei der Venedig in den unterschiedlichsten Facetten beleuchtet wird.

Die Ausstellung zeigt die historische Entwicklung der Stadt vom Mittelalter bis ins Heute. Das Thema Kunst spielt in der Geschichte Venedigs und in der Ausstellung eine große Rolle. Gemälde berühmter Maler wie Tizian, Tintoretto und Longhi werden zu sehen sein. Musikinstrumente und Hörpro-

ben verdeutlichen den hohen Stellenwert der Oper und des Theaters im 17. Jahrhundert.

Die zeitgenössische Kunst, die sich in der Biennale oder im Filmfestival widerspiegelt, ist heute magischer Anziehungspunkt für Touristen. Auch Persönlichkeiten wie der Abenteurer Marco Polo und der Verführer Casanova, sowie viele weitere spannende Seiten Venedigs werden den Besuchern auf der Reise begegnen, die schließlich in die Gegenwart führt. ■

<http://www.schallaburg.at>

Wiener Jause

Kostenlose Schulobst-Aktion für Wiener Volksschulkinder begann in der Wiener Brigittenau

Essen wirkt – besonders auf Kinder und Jugendliche. Wer in der Schule konzentriert arbeiten und Leistungen erbringen soll, braucht eine gute, bedarfsgerechte Verpflegung. Wer nachhaltig gesund bleiben will, ebenso. Übergewicht, Diabetes, Konzentrationsschwierigkeiten manifestieren sich zunehmend bereits im Kindesalter.

Ausgewogenes Essverhalten wird in den Familien nicht mehr selbstverständlich vermittelt. Schulen übernehmen diese wichtige Funktion. Immerhin nehmen Kinder und Jugendliche bis zu drei Mahlzeiten pro Tag in der Schule ein.

Die Schule kann vieles dazu beitragen die Ernährungssituation zu verbessern: durch die Gestaltung geeigneter Rahmenbedingungen und durch ein attraktives Verpflegungsangebot mit hochwertigen Komponenten – von Trinkinseln, dem Schulbuffet bis hin zur Mittagsverpflegung.

In der Wiener Brigittenau startete jüngst die „Wiener Jause“ für Volksschulkinder. Dabei geht es um ein Gesundheitsförderungsprojekt, das auf gesundes Essen und Trinken setzt. „Mir ist es besonders wichtig, daß Kinder die Vielfalt an gesundem Obst und Gemüse kennenlernen und sich mit diesem Projekt auch gesunde Essgewohnheiten aneignen. Das ist nachhaltig und stärkt die Gesundheit unserer Kinder jetzt und in Zukunft“, erklärte Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely beim Besuch der Volksschule Engerthstraße. Für den Brigittenauer Bezirksvorsteher Hannes Derfler ist das Projekt in seinem Bezirk „ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung ‚Gesunde Brigittenau‘“. Gemeinsam mit den Kindern schnitten die beiden Kohlrabi, Karotten und Äpfel und bereiteten daraus einen leckeren Salat.

Zwei Mal pro Woche werden die Schulen mit frischem Bioobst und -gemüse beliefert. In der Klasse wird gemeinsam über das Obst und Gemüse gesprochen, es wird zubereitet und dann natürlich auch gegessen. Dabei unterstützen eigens zusammengestellte Informationsblätter: Ausgefallenerere Gemüsesorten werden näher erklärt, es gibt Wissenswertes und Tipps zu bestimmten Obstsorten, unkomplizierte Zubereitungstipps sowie hilfreiche Tipps für die Lehrerinnen und Lehrer.



Foto: chaub-Walzer / PID

Gesundheits- und Sozialstadträtin Sonja Wehsely, Bezirksvorsteher Hannes Derfler und SchülerInnen der Volksschule Engerthstraße bereiten die »Wiener Jause« zu.



Foto: Kaiblinger & Zehetgruber OG

Eine tägliche gute Schuljause, im Klassenverbund verzehrt, kann einen wertvollen Beitrag zu Prävention, Geschmacks- und praktischer Gesundheitsbildung leisten.

Das Gesundheitsförderungsprojekt „Wiener Jause“ läuft in zwölf Volksschulen mit über 3000 Kindern in der Brigittenau. Begonnen hat es im vergangenen Herbst mit einem Schwerpunkt auf regelmäßigem Wassertrinken. Gemeinsam mit den Kindern wurden Rituale und Trinkregeln eingeführt, die ans regelmäßige Trinken erinnern. Auch die Geschäftsführungen der beiden wichtigsten ProjektträgerInnen, Christa Peinhaupt vom Fonds Gesundes Österreich und Dennis Beck von der Wiener Gesundheitsförderung, machten sich ein persönliches Bild vom Pro-

jekterfolg. „Gesundheitsförderung beginnt im Kleinen – wie eben mit der Einführung einer gesunden Jause – kann jedoch weit darüber hinausgehen und zu strukturellen Veränderungen führen“, weiß Beck. Deswegen setzt die Wiener Gesundheitsförderung auch gezielt auf Aktivitäten im Bereich der „Gesunden Schule“. Die Projektleitung der „Wiener Jause“ liegt bei Karin Kaiblinger und Rosemarie Zehetgruber von gutessen consulting. Das Gratis-Schulobst wird auch aus EU-Mitteln unterstützt. ■

<http://www.gutessen.at>

Bevölkerungszahl stieg 2010

Zuwachs war wieder deutlich höher als im Jahr zuvor – um 0,3% weniger Sterbefälle, Geburtenbilanz positiv – +5,9% deutlich mehr Eheschließungen

Den vorläufigen Ergebnissen von Statistik Austria zufolge lebten am 1. Jänner 2011 rund 8,402 Mio. Menschen in Österreich, um rund 27.600 Personen (+0,3%) mehr als am Jahresbeginn 2010. Der Zuwachs war damit wieder deutlich höher als im Jahr zuvor (2009: +20.000 Personen). Die Zahl der ausländischen Staatsangehörigen erhöhte sich 2010 um rund 32.400 (+3,6%) auf 927.600, wobei die Zahl der EU-Ausländer und -Ausländerinnen deutlich stärker stieg als die Zahl der Drittstaatsangehörigen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerungszunahme des Jahres 2010 entfiel auf Wien.

Stärkstes Bevölkerungswachstum in Wien

Wien verzeichnet bereits seit einigen Jahren die höchsten Bevölkerungszuwächse aller Bundesländer, vor allem durch internationale Wanderungsgewinne, seit 2004 auch durch positive Geburtenbilanzen. In der Bundeshauptstadt stieg die Bevölkerungszahl im Jahr 2010 mit +0,9% dreimal so stark wie im Durchschnitt Österreichs. Leicht überdurchschnittliche Einwohnerzuwächse verzeichnete Tirol (+0,4%), während im Burgenland, in Salzburg und in Vorarlberg die Bevölkerungszunahme exakt dem Bundesdurchschnitt entsprach. Etwas geringer fiel der Anstieg in Niederösterreich und der Steiermark (je 0,2%) sowie in Oberösterreich (0,1%) aus. Kärnten war hingegen – ebenso wie im Jahr zuvor – das einzige Bundesland mit einem Bevölkerungsrückgang.

Besonders starke Zuwächse bei Angehörigen anderer EU-Staaten

Vorläufigen Ergebnissen lebten am 1. Jänner 2011 insgesamt 927.565 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Österreich. Dies entspricht 11,0% der Gesamtbevölkerung und einem Plus von gut 32.400 Personen im Vergleich zum Vorjahr.

Unter den nicht-österreichischen Staatsangehörigen stammten rund 358.600 Personen aus Ländern der Europäischen Union, um 23.600 Personen bzw. 7,0% mehr als noch im Jahr zuvor. Hingegen erhöhte sich die Zahl der in Österreich lebenden Staatsangehörigen aus Nicht-EU-Staaten im Laufe

des Jahres 2010 nur um rund 8.800 Personen (+1,6%) auf rund 569.000 Personen.

Die vorläufige Zahl der Gestorbenen im Jahr 2010 war mit insgesamt 75.387 um 0,3% niedriger als im Vorjahr (2009: 75.629). Aufgrund der gleichzeitig gestiegenen Zahl älterer Menschen ist ersten Schätzungen zufolge eine Zunahme der Lebenserwartung bei der Geburt um zumindest 0,3 Jahre auf 77,7 Jahre für Männer und 83,2 Jahre für Frauen zu erwarten. Der vorläufige Saldo aus Geburten und Sterbefällen (Geburten-



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

bilanz) fiel 2010 – auch bedingt durch den deutlichen Anstieg der Zahl der Lebendgeborenen (+3,2% auf 77.814) – mit +2.427 positiv aus. Die Säuglingssterblichkeitsrate blieb mit 3,8‰ zum fünften Mal in Folge unter der 4‰-Marke.

Aus den vorläufigen Zahlen über Gestorbene und Lebendgeborene resultierte für das Jahr 2010 eine bundesweit deutlich positive Geburtenbilanz von +2.427. In fünf Bundesländern gab es positive Bilanzen, nämlich in Wien (+1.955), in Oberösterreich (+1.489), in Tirol (1.444) sowie in Vorarlberg (+1.326) und in Salzburg (997). In den Bundesländern Niederösterreich (-1.686), in der Steiermark (-1.377), im Burgenland (-877) und in Kärnten (-844) wurden dagegen mehr Sterbefälle als Geburten verzeichnet.

Die Säuglingssterblichkeit lag 2010 mit 3,8‰ bereits zum fünften Mal in Folge unter der 4‰-Marke. Im Jahresverlauf zeigt sich im Vergleich zu den Vorjahresquartalen ledig-

lich im 1. Quartal ein Rückgang der Todesfälle, der mit -9,9% aber vergleichsweise stark ausfiel. Im 3. Quartal war mit +4,5% der deutlichste Anstieg zu verzeichnen, während im 4. Quartal mit 19.669 die meisten Sterbefälle verzeichnet wurden. Nach Monaten betrachtet ereigneten sich die meisten Sterbefälle im Dezember (7.263), die wenigsten Personen verstarben 2010 im Jänner (5.673).

Eheschließungen

Die vorläufige Zahl der Eheschließungen war laut Statistik Austria im Jahr 2010 mit insgesamt 37.493 um 5,9% höher als im Vorjahr (2009: 35.420). Damit verstärkte sich der 2009 noch sehr schwach ausgeprägte Trend steigender Heiratszahlen (+0,7% im Vergleich zu 2008) im Jahr 2010 deutlich.

In allen Bundesländern wurden im Jahr 2010 mehr standesamtliche Eheschließungen registriert, wobei die Zuwächse regional sehr unterschiedlich ausfielen. So gab es in den Bundesländern Vorarlberg (+10,9%) und Salzburg (+9,9%) deutlich mehr Trauungen als im Jahr 2009. Anstiege im Bereich des bundesweiten Durchschnitts wurden in Oberösterreich (+6,0%), im Burgenland (+5,9%), in Wien (+5,8%) und in der Steiermark (+5,7%) verzeichnet. Geringere Anstiege der Eheschließungszahlen wurden von den Standesämtern in Niederösterreich (+5,4%), in Kärnten (+4,7%) und in Tirol (+2,2%) gemeldet.

Der Jahresverlauf der Trauungen wird einerseits von traditionellen Mustern bestimmt, andererseits von den aufgrund der Datumskonstellation (Übereinstimmung von Tag, Monat und Jahr) jeweils „begehrten“ Hochzeitstagen. Im Jahresverlauf 2010 erfolgten die meisten standesamtlichen Trauungen (14.104) im 3. Quartal, in dem mit -0,5% allerdings der einzige Rückgang der Zahl der Eheschließungen registriert wurde. Der stärkste Anstieg wurde mit +22,0% im 4. Quartal erzielt. Der beliebteste Heiratsmonat im Jahr 2010 war der Mai (5.493), gefolgt vom Juli (4.991) und Juni (4.694). Im Oktober (Platz 6, 3.880) wurde, vermutlich dank des beliebten „magischen“ Datums 10.10.2010, mit +39,6% die relativ größte Steigerung gegenüber dem Oktober 2009 verzeichnet. ■

Ein Jubiläum im Zeichen der Liebe

875 Jahre Korneuburg



Foto: RWS Innsbruck

Vizebgm. Gruber gratulierte 18 Paaren zur Goldenen bzw. Diamantenen Hochzeit.

Am 17. Februar wurde eine Feier für Innsbrucks Diamantene und Goldene Hochzeitsjubilare in den Ursulinensälen veranstaltet. Vizebürgermeister Franz X. Gruber gratulierte den Ehepaaren im Namen der Stadt Innsbruck und bedankte sich bei ihnen für ihren Entschluß, die Verantwortung für einander und ihre gemeinsamen Familien zu übernehmen, mit der Jubiläumsgabe des Landes Tirol und einem Blumenstrauß.

„Die Ehe ist die Grundlage der Gesellschaft. Einerseits entsteht dieses Zusammenleben aus Liebe, nicht zuletzt aber auch aus der Entscheidung, die Verantwortung für seinen Partner und eventuell auch für gemeinsame Kinder zu übernehmen und damit zum Fortleben der Gesellschaft wesentlich beizutragen“, weiß Gruber den Einsatz der Ehepaare zu schätzen. „Eine Hochzeit ist nicht mehr so modern wie in den Jahrzehnten und Jahrhunderten vor unserer Zeit, trotzdem gibt es wieder mehr junge Menschen, die den Mut aufbringen, zueinander ‚Ja‘ zu sagen.“

Der Vizebürgermeister betonte, daß die Wirtschaftskrise die Menschen dazu angehalten habe, sich wieder mit den wahren Werten des Lebens auseinanderzusetzen. Sie füllen Kirchen und suchen verstärkt die Gemeinschaft. Hier könne man ansetzen, und jungen Menschen Mut zur Ehe machen.

Gruber versprach auch, an die Verdienste seines Vorgängers Eugen Sprenger anzuknüpfen und den Standard, den Innsbruck Menschen in ihrer letzten Lebensphase in den Senioren- und Pflegeheimen bietet, aufrechtzuerhalten. So sei zum Beispiel eine neue Wohn- und Betreuungseinrichtung im O-Dorf geplant, welche zur sozialen Absicherung der SeniorInnen beitragen wird.

Für ein stimmungsvolles Ambiente bei der Jubiläumsfeier sorgte die musikalische Untermalung eines Harfenspielers und eine kleine Jause für die Gäste.

Diamantene Hochzeiten

Marianne und Artur Albrecht (2.12.), Balbina und Maximilian Lexl (2.12.), Alma und Ernst Pechlaner (9.12.), Stefanie und Walter Dolejsi (23.12.), Johanna und Eugen Wilhelm (28.12.), Anna und Alois Salchner (6.1), Edith und Ernst Suntinger (31.1.)

Goldene Hochzeiten

Margarete und Raimund Saurer (10.12.), Christine und Hans Bär (14.12.), Aloisia und Johann Herdina (17.12.), Margot und Peter Jirousek (28.12.), Sigrid und Hermann Zangerle (29.12.), Erika und Adolf Heiss (5.1.), Maria und Ernst Jösslin (14.1.), Ursula und Herbert Jellinek (27.1.), Margarethe und Guido Mayer (28.1.), Elisabeth und Helmut Wastian (28.1.) ■

Heiligenblut wird »Heiligenblut am Großglockner«

Endlich kann die Gemeinde Heiligenblut das höchste touristische Aushängeschild, das wir in Kärnten haben, für sich künftig noch besser nutzen“, sagte Gemeinde- und Tourismusreferent LR Josef Martinz am 22. Feber anläßlich des entsprechenden Beschlusses der Landesregierung.

Der Großglockner sei weit über die Grenzen unseres Landes bekannt. Und auch die Gemeinde Heiligenblut könne in Zukunft vom Beinamen „am Großglockner“ profitieren und in jeder Bewerbung auf die besondere Lage der Gemeinde hinweisen, so Martinz. ■
<http://www.heiligenblut.at>

Mit einer Festsitzung des Gemeinderates im historischen Rathaus erfolgte am Abend des 02. Feber der offizielle Auftakt für die 875-Jahr-Feierlichkeiten der Stadtgemeinde Korneuburg. Die Festrede hielt Landtagspräsident Hans Penz. Für ihn sind solche Jubiläen „wie Aussichtswarten, die richtig verstanden und genutzt, zum Rundblick einladen“ – zum Blick zurück in die Vergangenheit ebenso wie zum Ausblick in die Zukunft. Eine der ganzen großen Herausforderungen der Zukunft ist für Penz der demografische Wandel mit all seinen Auswirkungen auf die Pflege und Betreuung, den Arbeitsmarkt und die Gesundheitssysteme. Die Schaffung einer Universität für Gesundheitswissenschaften in Krems sei neben zusätzlichen Betreuungsangeboten für die ältere Generation ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, so Penz.

Bürgermeister Christian Gepp wie auch Vertreter aller Fraktionen des Gemeinderates boten aus ihrer Sicht einen Rückblick und Ausblick. Gepp lud in seiner Ansprache die KorneuburgerInnen ein, sich der Geschichte bewußt zu werden, denn nur der, der seine Wurzeln kenne, wisse auch, auf welchem Fundament die Stadt gebaut sei.

Ziel dieses Festjahres sei es, Menschen zusammenzuführen und Gemeinsames zu entdecken. „Ich möchte, daß wir am Ende 2011 das Tausend-Ideen-Programm für Korneuburg und somit ein Stadtentwicklungskonzept für 2036 erarbeiten, genau dann, wenn Korneuburg sein 900jähriges Jubiläum feiert“. Zu Wort kamen auch ein Historiker, eine Bürgerin, die sich erst kürzlich in Korneuburg ansiedelte, und die AHS-Schulsprecherin von Korneuburg. Das Jubiläum wird in den kommenden Wochen und Monaten mit weiteren Veranstaltungen gefeiert.

Besonderer Höhepunkt war die Auszeichnung des Altbürgermeisters Wolfgang Peterl, der nach 20jähriger Amtszeit mit dem Goldenen Ehrenring und der Goldenen Ehrennadel der Stadt ausgezeichnet wurde.

Im Jahre 1136 wurde Korneuburg erstmalig urkundlich in der Gründungsurkunde des Benediktinerklosters Klein-Mariazell erwähnt. 1298 erhielt Korneuburg das Stadtrecht. Ursprünglich aus einer Ufersiedlung entstanden, war Korneuburg jahrhundertlang mit Klosterneuburg unter dem gemeinsamen Namen „Nivenburg“ verbunden. Die Verbindung war eine Furt durch die damaligen Donauarme. ■

<http://www.korneuburg.gv.at>

Österreichs jüngster Haubenkoch kocht in Ischgl

Weltoffen, frech und nicht alltäglich, garniert mit einer kräftigen Brise Fantasie – so läßt sich das Erfolgsrezept von Österreichs jüngstem Haubenkoch, Benny Parth, aus Ischgl kurz und bündig auf den Punkt bringen.



Foto: Hotel Yscla

Ähnlich dem Urlaubsversprechen Ischgls an seine Gäste, sind auch die Menükompositionen von Benny Parth nicht alltäglich.

Der 22jährige Shootingstar Benny Parth übersetzt in der Stüva im Hotel Yscla die Philosophie des Tiroler Wintersportmekkas in ein modernes und innovatives Gourmetkonzept und ergänzt die internationalen Qualitätsansprüche der Region im kulinarischen Sinne um eine höchst bemerkenswerte Facette.

Das ehemalige Tiroler Bergdorf Yscla genießt heute längst internationales Renommee und zählt mittlerweile zu den beliebtesten Skidestinationen im Alpenraum. Seinen Gästen präsentiert sich Ischgl mit einem sowohl urbanen, stylischen als auch charmanten wie traditionellen Selbstverständnis. Benny Parth, gebürtiger Ischglener und derzeitiger jüngster Haubenkoch Österreichs (1 Haube Gault Millau, 3 Sterne à la carte, 2 Bestecke Schlemmeratlas), verfolgt in der Küche des Yscla exakt dieses Mission Statement und wird mit seinen Gerichten und Kreationen dem Selbstverständnis auf höchstem Niveau gerecht. Das hoteleigene Gourmetrestaurant Stüva gilt folgerichtig als kulinarisches

Aushängeschild der Tiroler Wintersporthochburg.

Relax if you can ... »Kein Tag ist wie der andere«

Ähnlich dem Urlaubsversprechen Ischgls an seine Gäste, sind auch die Menükompositionen des jungen Paznauners alles andere als alltäglich, sein Stil neu, leicht und kreativ. Verarbeitet werden ausschließlich hochwertige Zutaten und das, aus der ganzen Welt. Nicht mehr als drei Geschmackskomponenten führt der Gourmetkünstler puristisch und reduziert zu einem Gericht zusammen. Dennoch, bei aller Internationalität und Weltoffenheit, vergißt der Shootingstar nicht auf seine Wurzeln und kombiniert demzufolge auch gerne das Beste aus dem Meer mit ausgewählten Tiroler Spezialitäten. Der kulinarische Geschmacksbogen spannt sich demnach von der Langostino in Safransauce samt zarten Vanilleton, von Seezunge in Hummersauce bis hin zu Wildhase Royal, Tiroler Kaiserkalb mit Kaffeearoma

oder Hirsch mit Kakao, Blutwurst und roter Rübe.

Von den Besten inspiriert

Seine Ausbildung genoß Benjamin, der die Liebe zum Kochen mit einer ausgeprägten Leidenschaft für das Snowboarden teilt, bei Heinz Winkler. Er besuchte die Schule des Elsässer Starkochs Marc Haerberlin und absolvierte Lehraufenthalte bei 3-Sternekoch Santi Santamaria und Sven Elverfeld. Energie, Kraft und Inspirationen schöpft Benny Parth zum einen aus gelungenen kulinarischen Experimenten, zum anderen beim ausgedehnten Snowboarden auf den Ischglener Pisten. Auch das Web 2.0 hat Einzug in die Küche von Benny gehalten. Auf Facebook läßt er Freunde und Fans an seiner Arbeit teilhaben und postet regelmäßig vielerlei Rezepte zum Nachkochen. ■

Klicken Sie auf untenstehenden Link – auch wenn er nicht lesbar ist, er funktioniert trotzdem :-)

<http://www.facebook.com/pages/Benny-Parth-Tirols-jungster-Haubenkoch/19409382603?ref=ts>

Peter Alexander ist gestorben

Der österreichische Schauspieler, Sänger und Entertainer Peter Alexander ist am 12. Feber 2011 im seinem Haus in Wien im 84. Lebensjahr entschlafen.



Foto: ORF

Mit »Sag zum Abschied leise Servus – Lebenserinnerungen von Peter Alexander«, einer Dokumentation, die der ORF als Nachruf auf den überaus beliebten Wiener ausstrahlte, nahmen zig-Tausende ÖsterreicherInnen via Fernsehen Abschied.

Peter Alexander Neumayer, am 30. Juni 1926 in Wien als Sohn eines Bankbeamten geboren, tauschte rasch das nach einjähriger britischer Kriegsgefangenschaft begonnene Medizinstudium gegen eine Schauspiel-Ausbildung am Max Reinhardt-Seminar, die er 1948 abschloß. Schon sein erstes Lied „Die Beine der Dolores“ wurde ein voller Erfolg. Regisseur Franz Antel holte den Hitparaden-Stürmer 1954 mit „Verliebte Leute“ zum Film. Bei „Liebe, Tanz und 1000 Schlager“ mit Caterina Valente war er schon der deutsche Schlagerstar.

Im Fernsehen etablierte sich der Entertainer endgültig als Superstar. Ab 1969 hatte er eine eigene TV-Show, „Peter Alexanders Wunschkonzert“ des Jahres 1973 erreichte mit 79 Prozent Einschaltquoten deutschen Rekord. Auch in Österreich war der „Gigant des Showbusiness“, wie Rudi Carell ihn nannte, mit seinen Shows ein sicherer Publikumsmagnet. Mit Operettenfilmen wie

„Hochzeitsnacht im Paradies“, „Die lustige Witwe“ oder „Im weißen Rössl“ eroberte er weitere Publikumsschichten und den Ruf eines Großmeisters des Wiener Charme und Schmah. Über 50 Komödien hat Peter Alexander gedreht.

Der langjährige Weggefährte und Schlagwerkerkomponist von Alexander, Ralph Siegel, reagierte bestürzt auf die Nachricht: „Wir sind alle fix und fertig – ich war ein sehr enger Freund von ihm.“ Es sei furchtbar, „aber vielleicht ist er jetzt bei seiner Hilde“, so der Musikproduzent nach Angaben der deutschen Presse-Agentur (dpa).

Peter Alexander wirkte in rund 50 Filmen und 40 eigenen TV-Shows mit und nahm an die 120 Platten auf. Sein Werk gehört zum Kanon der deutschsprachigen Unterhaltung, schon drei Generationen amüsierten sich bei seiner Kunst des umfassenden Entertainments. In den letzten Jahren war es still um „Peter den Großen“ geworden, wie seine

Fans ihn liebevoll nannten. Nach dem Tod seiner Frau Hilde im Jahr 2003 hatte er sich zunehmend von der Öffentlichkeit zurückgezogen. Ein schwerer Schicksalsschlag für Peter Alexander war der Tod seiner Tochter Susanne vor zwei Jahren.

Bundeskanzler Werner Faymann

Bundeskanzler Werner Faymann zeigte sich vom Tod von Peter Alexander betroffen. Er würdigt den Entertainer als großen Österreicher: „Peter Alexander hat als Künstler über Generationen den Menschen Freude bereitet – im Inland und im Ausland. Er war mit seinem Talent und seiner Vielseitigkeit über alle Grenzen hinweg das Gesicht Österreichs.“ Er habe über Jahrzehnte hinweg, seit den Jahren des Wiederaufbaus bis zu seinem Rückzug von der Bühne, mit seinen Filmen, Konzerten, Schallplatten und vor allem mit seiner eigenen TV-Show viele Menschen auf seine spezielle Art unterhalten.

Personalia

In seinen letzten Lebensjahren wurde Peter Alexander von schweren persönlichen Schicksalsschlägen getroffen, diese tragische Zeit habe er mit bemerkenswerter Würde durchlebt. Bundeskanzler Werner Faymann sprach den Verwandten und Freunden Peter Alexanders im Namen der Bundesregierung seine tiefe Anteilnahme aus.

Medienstaatssekretär Josef Ostermayer

„Peter Alexander, Sänger, Schauspieler, Entertainer und Showmaster, hat nicht nur über Jahrzehnte hinweg österreichische Musikgeschichte geschrieben, sondern grenzüberschreitend Generationen von Menschen auf unnachahmliche Art und Weise unterhalten“, so Medienstaatssekretär Josef Ostermayer anlässlich des Ablebens von „Peter dem Großen“, wie er in der Showbranche respektvoll genannt wurde.

Wie erfolgreich Alexander war, davon zeugen 8 Bambis, Sonder- und Ehrenbambi, 4 Goldene Kameras, Goldene Super Kamera, 3 Goldene Europas, Goldenes Mikrophon, sowie etliche weitere Auszeichnungen und Ehrungen. Mit seinen zahlreichen Fernsehshows hält Peter Alexander auch heute noch so manchen Rekord. Unter anderem durch seine legendäre „Peter Alexander Show“, wo der Entertainer eine Zuschauerbeteiligung von bis zu 79 Prozent erreichte.

Ostermayer sprach der Familie Alexanders sein tiefempfundenes Beileid aus und betonte, daß Österreich durch sein Ableben ein von vielen Generationen geliebtes Mitglied der deutschsprachigen Musik- und Filmszene verloren habe.

Foto: ORF/Alf Schaffler



Bild oben: »Sag zum Abschied leise Servus – Lebenserinnerungen von Peter Alexander« – in dieser Show präsentierte Peter Alexander Höhepunkte aus seiner erfolgreichen Laufbahn als Entertainer, Sänger und Schauspieler.

Bild links: Leopold ist Oberkellner im »Weißen Rössl« und hat sich in seine Chefin Josepha (Waltraud Haas) verliebt. Links im Bild: Adrian Hoven.



Kulturministerin Claudia Schmied

„Mit dem Tod von Peter Alexander verliert Österreich einen großen Schauspieler, Sänger und Entertainer. Peter Alexander zählte zu den Pionieren der deutschsprachigen Fernsehunterhaltung. Mit seinem komödiantischen Talent und vielseitiger Begabung hat er sich rasch ein großes Publikum erobert und über viele Jahrzehnte beste Unterhaltung über die Grenzen unsere Landes hinaus geboten“, so die Kulturministerin .

Foto:

Personalia

Bürgermeister Michael Häupl

Tief betroffen zeigte sich Bürgermeister Michael Häupl: „Peter Alexander war ein großer Wiener, ein großer Österreicher und ein großer Entertainer. Er hat viele Generationen mit seinem unvergleichlichen Humor und Können unterhalten und ihnen Freude bereitet. Zurecht war er Zeit seines Lebens einer der beim Publikum beliebtesten Künstler des Landes. Österreich verliert einen bedeutenden Entertainer und großen Menschen.“

ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz

„Mit Peter Alexander verliert Österreich einen seiner größten Entertainer. ‚Peter der Große‘ hat Millionen Fans im deutschen Sprachraum mit seiner Musik, seinen Filmen und seinen Fernsehshows über Jahrzehnte hinweg viel Freude bereitet. Er war einer der prägenden Stars des ORF-Fernsehens. Seine Show ist nicht nur ein Meilenstein der ORF- und Fernsehgeschichte, sie machte ihn zu einem lieb gewonnenen Familienmitglied in den Wohnzimmern der Österreicherinnen und Österreicher. Wir trauern um einen langjährigen Partner, der dem ORF über viele Jahre hinweg sehr eng verbunden war. Unser Mitgefühl gehört seinen Hinterbliebenen.“

»Sag zum Abschied leise Servus«

In der ORF-Show „Sag zum Abschied leise Servus“ präsentierte Peter Alexander Höhepunkte aus seiner erfolgreichen Laufbahn als Entertainer, Sänger und Schauspieler. In einer Vielzahl an Ausschnitten aus diversen Peter-Alexander-Shows und Spielfilmen gab es ein Wiedersehen mit Stars wie Liza Minelli, Christa Ludwig, Agnes Baltsa, Grace Bumbry, Montserrat Caballe, Günter Pfitzmann, Paul Hörbiger, Anneliese Rothenberger, Caterina Valente, Tom Jones, Wencke Myhre, Heinz Rühmann, Harald Juhnke, Larry Hagman, Richard Chamberlain, Gunther Philipp, Karl Merkatz, Hans Moser und Willy Millowitsch.

Mit Grace Bumbry singt Peter Alexander in dieser Aufzeichnung etwa die deutsch-italienische Variante von „Dort in der Kneipe in unserer Straße“, er präsentiert seine legendären Parodien auf den Mundl, Theo Lingen, Karl Moik, Zarah Leander, Louis Armstrong, Falco und Hans Moser und singt Frank-Sinatra-Songs. Und natürlich durfte der legendäre Sketch mit der Vierfachrolle als Prinz Charles, Lady Diana, Queen und Queen Mum nicht fehlen. Eine Vielzahl von Filmausschnitten komplettierte den umfangreichen Show-Rückblick.

<http://www.peter-alexander.at>



Peter Alexander mit seinem oftmaligen, kongenialen Filmpartner Gunther Philipp



Peter Alexander und Fritz Eckhardt in »Charlys Tante«



»Saison in Salzburg«: Waltraut Haas, Raoul Retzer und Peter Alexander (v.l.)

Zwölf Ehrenzeichen

Das Land Tirol zeichnete verdiente BürgerInnen aus.

Im Rahmen eines Festaktes verliehen LH Günther Platter und LH Luis Durnwalder am 20. Feber die Ehrenzeichen des Landes Tirol an zwölf BürgerInnen aus Tirol und Südtirol, die sich in besonderer Weise verdient gemacht haben. Der Feier im Riesensaal der Innsbrucker Hofburg wohnten zahlreiche geladene Ehrengäste bei.

In seiner Festansprache würdigte LH Günther Platter die bemerkenswerten Leistungen, die diese Persönlichkeiten auf unterschiedlichsten Gebieten erbracht haben. Alle künftigen Ehrenzeichen-TrägerInnen seien gesellschaftliche Vorbilder und somit Fundamente des lebendigen und starken Landes Tirol.

„Am heutigen Andreas-Hofer-Gedenktag stehen ganz besondere Menschen im Mittelpunkt. Sie alle haben sich in besonderer Weise um unsere Gesellschaft und unser Land verdient gemacht. Durch ihr Engagement haben sie einen wertvollen Mehrwert für unsere Gesellschaft, einen wichtigen Beitrag für das Land Tirol geleistet. Dieses Engagement verdient eine besondere Würdigung, der heutige Rahmen und die Verleihung soll eine entsprechende Anerkennung ihrer Leistungen sein.“

Südtirols LH Luis Durnwalder verwies in seiner Ansprache ebenfalls auf die besonders zu würdigende Lebensleistung von Menschen, die sich über das gewöhnliche Maß



Die Landeshauptmänner Günther Platter und Luis Durnwalder überreichten auch an den Extrembergsteiger Peter Habeler das Ehrenzeichen des Landes Tirol.

hinaus beruflich und/oder ehrenamtlich engagieren.

Die zwölf BürgerInnen, die mit den Ehrenzeichen des Landes Tirol ausgezeichnet wurden, haben sich – jede und jeder auf seine bzw. ihre Weise – besonders um ihre

Heimat verdient gemacht. Ihr Wirken auf wirtschaftlichem oder sozialem Gebiet oder auch in anderen gesellschaftlich relevanten Bereichen ist ein wichtiger Beitrag für einen erfolgreichen Weg des Landes Tirol in die Zukunft. ■



Fotos: Land Tirol/Mück

Am Andreas-Hofer-Gedenktag standen im Riesensaal der Innsbrucker Hofburg ganz besondere Menschen im Mittelpunkt.

Wien ehrt Univ.-Prof. Barfuß

Landeshauptmann Michael Häupl überreichte das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien an Univ.-Prof. Walter Barfuß und bezeichnete es als sichtbaren Dank der Stadt und des Landes Wien an den Geehrten. Magistratsdirektor Ernst Theimer würdigte in seiner Laudatio die herausragende Kompetenz von Barfuß, die auch der Stadt Wien immer wieder zuteil wurde, sei es als Rechtsanwalt, als Berater und Gutachter oder als Aufsichtsratsvorsitzender der Wien Holding. Theimer führte die zahlreichen und vielbeachteten Publikationen des Geehrten an und erwähnte dessen umfangreiche Seminar- und Vortragstätigkeit im In- und Ausland. Er freue sich, daß die renommierte Wiener Juristische Gesellschaft, deren Präsident Barfuß seit 1986 ist, im Rathaus „so etwas wie eine Heimstätte“ gefunden habe. Ganz besonders hob Theimer hervor, daß Barfuß als Mann der Wissenschaft und der Praxis immer die Bodenhaftung zur Realität bewahrt habe.

Univ.-Prof. Barfuß bezeichnete die Ehrung als etwas Außergewöhnliches und ein Symbol für die Verbundenheit zwischen dem ehrenden Land Wien und dem Geehrten. Er fasse es auch als Dank dafür auf, daß er sich in seinem Berufsleben immer zur Bewah-



Foto: Schraub-Walzer / PID

LH Michael Häupl überreicht das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien an Univ.-Prof. Walter Barfuß.

runng der Werte Leistung, Fleiß, Anstand und Loyalität bekannt habe.

Walter Barfuß, 1937 in Wien geboren, studierte Rechtswissenschaften und Politikwissenschaft. Danach wurde er Rechtsanwalt, später mit eigener Kanzlei. 1969 habilitierte er sich und wurde Univ.-Doz. für Verfassungs- und Verwaltungsrecht an der Universität Wien. 1997 wurde er zum o. Univ.-

Professor ernannt. 1986 wurde er Präsident der Wiener Juristischen Gesellschaft, 2002 Präsident des Österreichischen Normungsinstitutes und im selben Jahr Generaldirektor der Bundeswettbewerbsbehörde.

Für sein bedeutendes juristisches Schaffen und seine zahlreichen Publikationen wurde Barfuß bereits mehrmals mit Ehrungen ausgezeichnet. ■

Ältester Oberösterreich ist 106 Jahre alt

Johann Kastenhuber aus Bad Ischl feierte am 12. Februar seinen 106. Geburtstag. Damit ist erstmals ein Mann der älteste Oberösterreicher. In die Gratulantenschar reihte sich auch Landeshauptmann Josef Pühringer ein, der ihm persönlich gratulierte.

Johann Kastenhuber wurde am 12. Feber 1905 in Stadl Paura geboren und ist in Deselbrunn (Bezirk Vöcklabruck) aufgewachsen. Dort besuchte er die Schule und arbeitete bis zum 22. Lebensjahr am Bauernhof seiner Eltern, dem auch ein Wirtshaus angeschlossen war. Er mußte viel und hart arbeiten. Erst mit 22 Jahren kam er nach Bad Ischl, wo er als Kraftfahrer tätig war. Während des Zweiten Weltkrieges war er in Holland, Belgien, Frankreich und Rußland im Einsatz. Im März 1945 wurde er bei Linz von den Amerikanern gefangen genommen. Am 26. Dezember 1945 konnte er wieder nach Bad Ischl heimkehren.

Heute lebt Herr Kastenhuber im Bezirksaltenheim in Bad Ischl. Er ist trotz seines beachtlichen Alters noch sehr interessiert am Familienkreis und am Gemeinschafts-



Foto: Land OÖ/Cerpijak

LH Josef Pühringer gratuliert Johann Kastenhuber zum 106. Geburtstag.

leben. Seine Lieblingsbeschäftigung ist nach wie vor gutes Essen. Johann Kastenhuber hatte vier Kinder, die beiden ältesten Söhne sind bereits verstorben, eine Tochter lebt noch in Bad Ischl, ein Sohn auf Fuerteventura.

Mitte des Jahres wird noch ein weiterer Oberösterreicher aus dem Jahrgang 1905 seinen 106. Geburtstag feiern – fünf Oberösterreicherinnen werden heuer 105 Jahre alt. ■

Kaiser-Maximilian-Preis 2011

Das Land Tirol und die Stadt Innsbruck haben im Jahr 1997 aus Anlaß der Vollendung des 85. Lebensjahres des langjährigen Bürgermeisters der Stadt Innsbruck und Präsidenten des Tiroler Landtages Alois Lugger in Anerkennung seiner Verdienste um Europa den Kaiser-Maximilian-Preis, Europapreis für Regional- und Kommunalpolitik des Landes Tirol und der Stadt Innsbruck, gestiftet. Erster Kaiser-Maximilian-Preisträger im Jahr 1998 war der Präsident von Katalonien, Jordi Pujol.

2011 vergab die international besetzte Jury diese Auszeichnung an die Polin **Danuta Hübner, Mitglied des Europäischen Parlamentes in Brüssel**. Der Preis besteht aus einer Urkunde und einer Medaille sowie einem Geldpreis in der Höhe von 10.000 Euro.



Foto: Stadt Innsbruck / Vandy

Kaiser-Maximilian-Preisträgerin Danuta Hübner gemeinsam mit Herwig van Staa anläßlich der Verleihung des Kaiser-Maximilian-Preises auf Schloß Ambras.

Die Preisträgerin 2011

Die 1948 in Polen geborene Danuta Hübner ist Mitglied des Europäischen Parlamentes und Vorsitzende des Ausschusses für Regionale Entwicklung (REGI). Die promovierte Wirtschaftswissenschaftlerin engagiert sich außerhalb ihrer beruflichen Tätigkeit in einer Vielzahl politischer wie nichtpolitischer Organisationen, Stiftungen und Einrichtungen. Ihr Werdegang:

- Seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlamentes.
- Ab Mai 2004 Mitglied der Europäischen Kommission, Brüssel (Kommissarin für Regionalpolitik).
- 2003-2004 Ministerin für Europaangelegenheiten, Polen.
- 2001-2003 Leiterin des Amtes des Komitees für Europäische Integration und Staatssekretärin im Außenministerium Polen.
- 2000-2001 Stellvertretende Generalsekretärin der Vereinten Nationen und Exekutivsekretärin der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen, Genf.
- 1998-2000 Stellvertretende Exekutivsekretärin der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen, Genf.
- 1997-1998 Chefin der Kanzlei des Präsidenten der Republik Polen.
- 1996-1997 Regierungsbevollmächtigte für die Bildung des Komitees für Europäische Integration (KIE), Sekretärin des KIE im Rang eines Staatssekretärs und

Leiterin des Amtes des Komitees für Europäische Integration (UKIE).

- 1995-1996 Chefunterhändlerin für die Mitgliedschaft Polens in der OECD.
- 1994-1996 Unterstaatssekretärin im Ministerium für Industrie und Handel, Polen

Stiftung des Preises

Mit der Verleihung des Kaiser-Maximilian-Preises werden jährlich außerordentliche Leistungen von Persönlichkeiten und Institutionen aus dem Bereich der europäischen Regional- und Kommunalpolitik ausgezeichnet. Besondere Berücksichtigung finden Bemühungen um die Verwirklichung des Grundsatzes der Subsidiarität, der Inhalte der Charta der Lokalen Selbstverwaltung und der Charta der Regionalen Selbstverwaltung des Europarates.

Zur Auswahl und Begutachtung der Preisträgerinnen und Preisträger wird eine internationale Jury eingesetzt, der je eine Vertreterin bzw. ein Vertreter des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union, des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates, der Versammlung der Regionen Europas oder des Rates der Gemeinden und Regionen Europas und eine wissenschaftliche Fachexpertin bzw. ein wissenschaftlicher Fachexperte der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck sowie je zwei Vertreterinnen bzw. Vertreter des Landes Tirol und der Stadt Innsbruck angehören.

Bisherige PreisträgerInnen

- 1998 Jordi Pujol, Präsident von Katalonien.
- 1999 Dr. Josef Hofmann, Ehrenpräsident des Rates der Gemeinden und Regionen Europas.
- 2000 Luc van den Brande, Präsident der Versammlung der Regionen Europas.
- 2001 Baroness Farrington of Ribbleton, Großbritannien.
- 2002 Erwin Teufel, Ministerpräsidenten des Landes Baden Württemberg, und Heinrich Hoffschulte, 1. Vizepräsident des Rates der Gemeinden und Regionen Europas.
- 2003 Alain Chénard, Präsident des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas a. D.
- 2004 Elisabeth Gateau, Generalsekretärin der Weltunion der Kommunen
- 2005 Jan Olbrycht, Mitglied des Europäischen Parlamentes.
- 2007 Michael Häupl, Präsident des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, und Graham Meadows, Generaldirektor a.D. der Europäischen Kommission.
- 2008 Dora Bakoyannis, griechische Außenministerin.
- 2009 Giovanni Di Stasi, ehem. Präsident des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas.
- 2010 Halvdan Skard, ehemaliger Präsident des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas. ■

Zwei Physik-Highlights aus Innsbruck

In der aktuellen von »Nature« erscheinen gleich zwei Beiträge der Innsbrucker Quantenphysik. Die Experimentalphysiker um Rainer Blatt schlagen eine grundlegend neue Architektur für den Quantencomputer vor und demonstrieren erstmals die Funktion von Quantenantennen. In der zweiten Arbeit realisieren die Physiker erstmals die Grundbausteine eines offenen Quantensimulators.

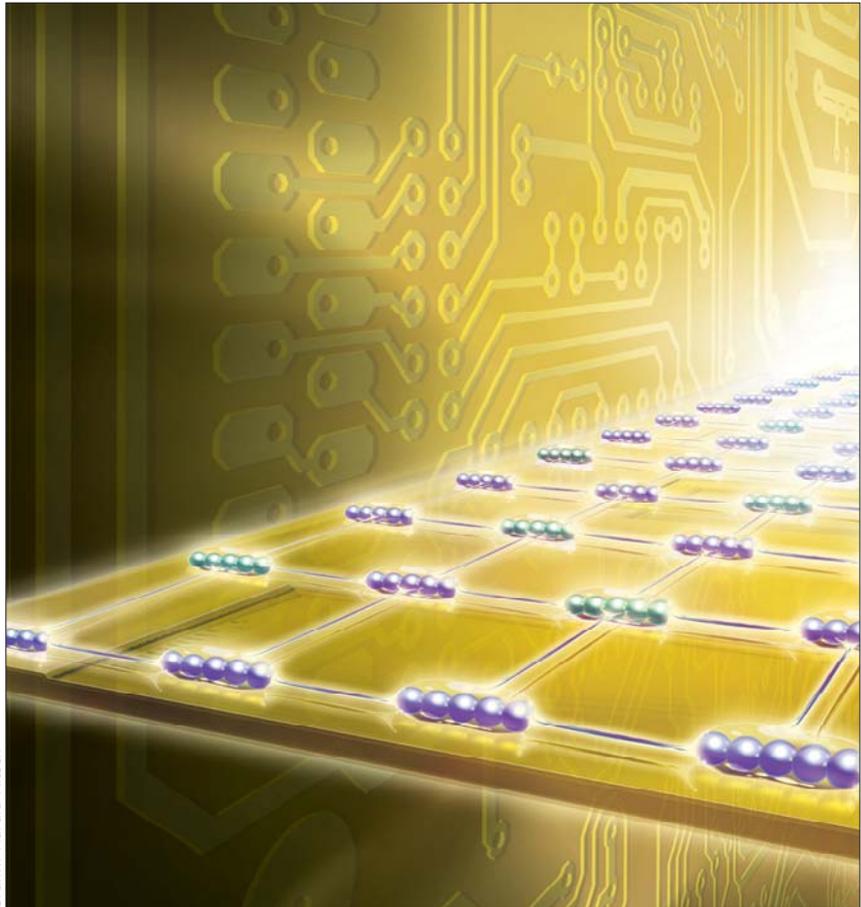
Im neuen Quantencomputer funkt's!

Atomare Antennen übermitteln Quanteninformation auf Mikrochip

Eine grundlegend neue Architektur für den Quantencomputer schlagen Innsbrucker Physiker um Rainer Blatt in der Fachzeitschrift *Nature* vor. Sie haben im Experiment erstmals die Funktion von Quantenantennen demonstriert. Diese machen es möglich, Quanteninformation zwischen einzelnen Speicherzellen auf einem Computerchip auszutauschen. Damit wird der Bau von handlicheren Quantencomputern denkbar.

Vor sechs Jahren wurde an der Universität Innsbruck das erste Quantenbyte – ein Quantencomputer mit acht Recheneinheiten – realisiert. Ein Rekord, der bis heute hält. „Um aber mit einem Quantencomputer richtig rechnen zu können, benötigen wir wesentlich mehr Quantenbits“, sagt Prof. Rainer Blatt, der dieses erste Quantenbyte mit einem Team am Institut für Experimentalphysik in einer elektromagnetischen Ionenfalle hergestellt hat. „In diesen Fallen können wir nicht beliebig viele Ionen aneinanderreihen und gleichzeitig kontrollieren.“ Die Wissenschaftler sind deshalb dazu übergegangen, den Quantencomputer als System von vielen kleinen Registern zu konzipieren. Diese müssen miteinander verbunden werden. Dafür haben die Innsbrucker Quantenphysiker nun einen revolutionären Ansatz entwickelt, der auf einer Idee der Theoretiker Ignacio Cirac und Peter Zoller basiert.

Im Labor konnten die Physiker zwei Gruppen von Ionen über eine Entfernung von rund 50 Mikrometern elektromagnetisch koppeln. Dabei dient die Bewegung der Teilchen als Antenne. „Die Teilchen schwingen wie die Elektronen in den Stäbe einer Fernsehantenne und erzeugen so ein elektromagnetisches Feld“, erklärt Blatt. „Wenn die Antennen aufeinander abgestimmt sind, nimmt der Empfänger das Signal des Senders auf und es entsteht eine Kopplung.“ Der dabei stattfindende Energieaustausch könnte die



Grafik: Harald Ritsch

Quantencomputer: Atomare Antennen machen es möglich, Quanteninformation zwischen einzelnen Speicherzellen auf einem Computerchip auszutauschen.

Grundlage für elementare Rechenoperationen eines Quantencomputers sein.

Antennen verstärken Übertragung

„Wir haben diese Idee zunächst in sehr einfacher Weise umgesetzt“, erzählt Rainer Blatt. In einer miniaturisierten Ionenfalle wird ein wellenförmiges Potential eingerichtet, in dem die Calcium-Ionen gefangen sind. Die beiden Wellentäler liegen 54 Mikrometer auseinander. „Durch das Anlegen einer Spannung an den Elektroden der Ionenfalle können wir die Schwingungsfrequenz der Ionen aneinander anpassen“, sagt Blatt. „Dabei

kommt es zur Kopplung und zum Energieaustausch, über den wir Quanteninformation übertragen können.“ Noch nie zuvor konnte eine direkte Kopplung von zwei mechanischen Schwingungen auf Quantenebene demonstriert werden. Die Wissenschaftler zeigen in dem Experiment darüber hinaus, daß die Kopplung umso stärker ist, je mehr Ionen in den beiden Gruppen vorhanden sind. „Die zusätzlichen Ionen wirken wie Antennen und erhöhen die Reichweite und Geschwindigkeit der Übertragung“, zeigt sich Rainer Blatt von dem neuen Konzept begeistert. Es stellt einen vielversprechenden Ansatz für den

Bau eines voll funktionsfähigen Quantencomputers dar. „Diese neue Technologie bietet uns die Möglichkeit zur Verschränkung mittels Kommunikation. Gleichzeitig können wir jede Speicherzeile einzeln ansprechen“, so Rainer Blatt. Der neue Quantencomputer könnte auf einem Chip mit vielen Mikrofallen basieren, in denen Ionen mittels elektromagnetischer Kopplung miteinander kommunizieren. Dies wäre ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zu alltagstauglichen Quantentechnologien für die Informationsverarbeitung.

Publikation: Trapped-ion antennae for the transmission of quantum information. Maximilian Harlander, Regina Lechner, Michael Brownnutt, Rainer Blatt, Wolfgang Hänsel. Advanced online publication Nature 2011 DOI: 10.1038/nature09800

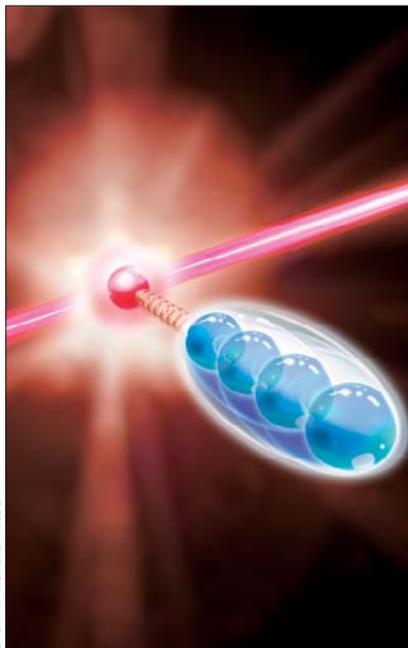
Quantensimulator öffnet sich der Welt

Forscher präsentieren Baukasten für offenen Quantencomputer

Experimentalphysiker stecken viel Zeit und Mühe in die Abschirmung sensibler Messungen gegen störende Einflüsse der Umwelt. Nun haben Quantenphysiker in Innsbruck erstmals die Grundbausteine eines offenen Quantensimulators realisiert, bei dem die kontrollierte Anbindung an die Umgebung nutzbringend eingesetzt wird. Damit kann in Zukunft das Verhalten sehr komplexer Quantensysteme untersucht werden. Die Forscher berichten darüber in der Fachzeitschrift „Nature“.

Die Eigenschaften der Quantenphysik liegen vielen Phänomenen unserer Welt zugrunde: der Struktur von Atomen und Molekülen, chemischen Reaktionen, Materialeigenschaften, dem Magnetismus und möglicherweise auch manchen biologischen Prozessen. Detailliertes Verständnis stößt allerdings rasch an Grenzen, weil die Komplexität der Phänomene mit der wachsenden Zahl der beteiligten Quantenteilchen rapide ansteigt. Herkömmliche Computer scheitern sehr rasch an der Berechnung solcher Probleme. Physiker entwickeln deshalb seit einigen Jahren auf verschiedenen Plattformen wie zum Beispiel Neutralatomen, Ionen oder Festkörpersystemen Quantensimulatoren, die ähnlich wie Quantencomputer die besonderen Eigenschaften der Quantenphysik zur Beherrschung dieser Komplexität nutzen. Zum Jahreswechsel hat die Fachzeitschrift „Science“ die Fortschritte auf diesem Gebiet zu einem der wissenschaftlichen Durchbrüche des Jahres 2010 gekürt. Ein Team von Nachwuchsforschern aus den Ar-

beitsgruppen von Rainer Blatt und Peter Zoller an den Instituten für Experimentalphysik und Theoretische Physik der Universität Innsbruck sowie am Institut für Quantenoptik und Quanteninformation (IQOQI) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften bringt diese Bemühungen nun noch einen wesentlichen Schritt weiter. Sie haben zum ersten Mal einen umfassenden Baukasten für einen offenen Quantencomputer entwickelt, mit dem in Zukunft größere Quantensimulatoren zur Untersuchung kom-



Grafik: Harald Ritsch

Quantensimulator: Ein Ion wechselwirkt mit dem Quantensystem und stellt gleichzeitig einen kontrollierten Kontakt zur Außenwelt her.

plexer Aufgabenstellungen konstruiert werden können.

Kontrollierte Störungen erwünscht

Die Wissenschaftler nutzen dazu eine Eigenschaft, die üblicherweise in Experimenten möglichst minimiert wird: Störungen durch die Umwelt. Quantensysteme verlieren durch Störungen gewöhnlich Information und fragile Quanteneffekte wie Verschränkung oder Überlagerung werden zerstört. Die Physik nennt diesen Prozeß Dissipation. Die Innsbrucker Forscher um die Experimentalphysiker Julio Barreiro und Philipp Schindler und den Theoretiker Markus Müller verwenden die Dissipation für ihren Quantensimulator aus gespeicherten Ionen zum ersten Mal gewinnbringend, indem sie die Kopplung an die Umgebung künstlich konstruieren. „Wir kontrollieren nicht nur das Quantensystem aus bis zu vier

Ionen in all seinen internen Zuständen, sondern auch seine Anbindung an die Umwelt“, erklärt Julio Barreiro. „In unserem Experiment nutzen wir dazu ein zusätzliches Ion, das mit dem Quantensystem wechselwirkt und gleichzeitig einen kontrollierten Kontakt zur Außenwelt herstellt“, erläutert Philipp Schindler. Das überraschende Ergebnis: Durch Dissipation lassen sich Quanteneffekte innerhalb des Systems, wie zum Beispiel Verschränkung, gezielt erzeugen und verstärken. „Dies ist uns durch den gezielten Einsatz des an sich störenden Umweltfaktors gelungen“, freut sich Markus Müller.

Dissipation schafft Ordnung in der Quantenwelt

In einem der Experimente demonstrieren die Forscher den erfolgreichen Einsatz von Dissipation, indem sie mit Hilfe des Umgebungsions vier weitere Ionen vollständig miteinander verschränken. „Im Gegensatz zu den üblichen Prozeduren funktioniert dies unabhängig von den Anfangszuständen der einzelnen Teilchen“, erklärt Müller. „Durch einen kollektiven Kühlungsprozeß werden die Teilchen in einen gemeinsamen Zustand gedrängt.“ Auf diese Weise können Vielteilchenzustände erzeugt werden, die sonst nur in von der Umgebung sehr gut isolierten Quantensystemen hergestellt und beobachtet werden können. Dieser gewinnbringende Einsatz der Umgebung erlaubt es, neue Arten von Quantendynamik zu realisieren und Systeme zu erforschen, die bislang experimentell kaum zugänglich waren. In der Theorie hat in den letzten Jahren ein Nachdenken darüber eingesetzt, wie Dissipation nicht wie bisher nur unterdrückt, sondern aktiv als Ressource für den Bau von Quantencomputern oder Quantenspeichern genutzt werden kann. In enger Kooperation zwischen Theoretikern und Experimentalphysikern in Innsbruck ist es nun erstmals gelungen, diese grundlegenden Effekte in einem Quantensimulator erfolgreich umzusetzen.

Publikation: An Open-System Quantum Simulator with Trapped Ions. Julio T. Barreiro, Markus Müller, Philipp Schindler, Daniel Nigg, Thomas Monz, Michael Chwalla, Markus Hennrich, Christian F. Roos, Peter Zoller und Rainer Blatt. Nature 2011. DOI: 10.1038/nature09801

Unterstützt wurden die Tiroler Quantenforscher vom österreichischen Wissenschaftsfonds FWF, der Europäischen Union, dem Europäischen Forschungsrat ERC und der Tiroler Industrie. ■

Erfolgsbilanz RNA-Netzwerk

Zu den spannendsten Themen der Molekularbiologie zählt die Erforschung der Ribonukleinsäure (RNA) als steuerndes und regulierendes Element einer Vielzahl von Prozessen der Zelle.

Zehn Jahre lang forschten WissenschaftlerInnen der Max F. Perutz Laboratories (MFPL) der Universität Wien und der Medizinischen Universität Wien im Rahmen des vom FWF geförderten Spezialforschungsbereichs „Modulators of RNA. Fate and Function“, und die beispielgebende überuniversitäre Zusammenarbeit hat reichlich Früchte getragen. Die WissenschaftlerInnen ziehen eine höchst erfolgreiche Bilanz, mit der sie Wien zu einem internationalen Hotspot der RNA-Forschung gemacht haben.

Rund zehn Millionen Euro investierte der FWF in den vergangenen Jahren in den Spezialforschungsbereich (SFB) „Modulators of RNA Fate and Function“. Den wissenschaftlichen Erfolg belegen 130 Publikationen, zwölf internationale Kooperationsprojekte und fünf Patente. „Der SFB hat entscheidend zur Aufwertung des Forschungsfeldes RNA-Biologie am Vienna Biocenter beigetragen“, sagt Udo Bläsi, Sprecher des SFB und Professor für Molekulare Mikrobiologie an der Universität Wien. Renée Schroeder, stellvertretende Sprecherin und Professorin für RNA-Biochemie ebendort: „Auf dem Gebiet hat sich unheimlich viel getan. Das überraschendste Ergebnis unserer Arbeiten war die unglaubliche Anzahl an regulatorischen RNAs und ihre vielfältigen Funktionen, die wir in den vergangenen Jahren identifizieren konnten.“

Mehr als die »kleine Schwester der DNA«

Ribonukleinsäure (RNA) ist der DNA – der Trägerin unserer Erbinformationen – sehr ähnlich. Lange Zeit wurde sie lediglich als „Arbeitskopie“ bei der Herstellung von Proteinen betrachtet. Erst die Forschungsarbeiten der vergangenen Jahre zeigten, daß die RNA in Form vieler verschiedener nicht-kodierender RNAs als steuerndes und regulierendes Element an einer Vielzahl an zellulären Prozessen beteiligt ist.

Temperatur-Sensoren und »Anstandsdamen«

Regulatorische RNAs steuern die Herstellung von Proteinen in der Zelle in Abhängigkeit von den Umweltbedingungen.



Foto: Universität Wien

Prof. Renée Schroeder, Prof. Udo Bläsi und Prof. Andrea Barta (v.l.)

Wie eine Sensorsteuerung bewirken sie beispielsweise, daß bei höheren Temperaturen andere Proteine gebildet werden als bei niedrigen. Die RNAs ermöglichen dadurch, daß Lebewesen auf Umweltbedingungen reagieren und sich anpassen können. Hauptthema der ForscherInnen war die Wechselwirkung zwischen Proteinen und der RNA. Insbesondere die sogenannten RNA-Chaperone standen im Zentrum der Untersuchungen. Chaperone sind Proteine, die den RNA-Molekülen „helfen“, sich richtig zu falten. Die korrekte Faltung der RNA ist entscheidend für ihre Funktion; aufgrund ihrer Größe und Komplexität neigt sie häufig dazu, sich „falsch“ zu falten. Die Chaperone helfen ihnen dabei auf den richtigen Weg zurück – daher auch der aus dem Englischen entlehnte Name Chaperone, übersetzt „Anstandsdame“.

Spitzenforschung und Nachwuchsförderung

Insgesamt 13 Forschungsgruppen waren am FWF-Spezialforschungsbereich beteiligt – elf an den MFPL und je eine am Institut für Molekulare Pathologie und am Forschungszentrum für Molekulare Medizin

der Akademie der Wissenschaften. Auch bei der Ausbildung des Forschungsnachwuchses wurde viel bewegt: So hat der SFB insgesamt 45 DiplomandInnen, 50 DoktorandInnen, zwei UniversitätsdozentInnen und zwei neue Professuren hervorgebracht. Zudem fungierte er als Wegbereiter für das Doktoratskolleg „RNA-Biologie“, das 2007 als erstes fokussiertes PhD-Programm an den MFPL unter der Federführung von Andrea Barta, Professorin an der Abteilung für Molekulare Biologie der MedUni Wien, etabliert wurde.

Weites Feld für künftige Forschung

Durch die exzellente Forschung konnten neue ausgezeichnete WissenschaftlerInnen an das Vienna Biocenter geholt werden. Gemeinsam mit bereits etablierten Gruppen werden sie ab Frühjahr 2011 im Rahmen des kürzlich vom FWF bewilligten SFB „RNA regulation of the transcriptome“ unter der Leitung von Renée Schröder weiterhin an den vielseitigen Molekülen forschen: „Wenn uns die Forschung der vergangenen zehn Jahre eines gezeigt hat, dann, daß es noch viele ungeklärte Fragen bei regulatorischen RNAs gibt!“

Bildungscampus Hauptbahnhof

Vassilakou: Bildungscampus Hauptbahnhof wird neue Standards setzen – Oxonitsch: Erstmals Campus für 0- bis 14jährige



Alle Visualisierungen: PPAG Popelka Poduschka Architekten aus Wien

102 Projekte wurden eingereicht – hier eine Visualisierung des Siegerprojekts von PPAG Popelka Poduschka Architekten.

Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou und Bildungsstadtrat Christian Oxonitsch stellten am Abend des 24. Februar im Rahmen einer Ausstellung das Siegerprojekt zum Bildungscampus Hauptbahnhof vor. Das Projekt von PPAG Popelka Poduschka ging aus über 100 eingereichten Projekten hervor. „Wir wollen am Bildungscampus Hauptbahnhof neue Standards im Schulbau setzen – Freiräume, Begegnung und damit eine Umgebung, in der Lernen Spaß macht. Darüber hinaus ist der Bildungscampus ein weiterer Teil zur Erschließung des Areals Hauptbahnhof, das ja nicht nur aus dem Bahnhof selbst, sondern aus Wohn-, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen bestehen wird“, sagte Vassilakou.

„Die Stadt hat mit dem Campusmodell neue Standards im Bildungsbereich gesetzt: Lernen und Freizeit werden in idealer Weise miteinander kombiniert, Infrastruktur- und Freizeitangebote können von den Kindergarten- und Schulkindern gemeinsam genutzt werden“, erklärte Oxonitsch. „Das birgt

auch für die Architektur spannende Herausforderungen: Dem Architektenteam des Siegerprojekts ist es gut gelungen, das pädagogische Konzept des ‚Campus‘ in eine prägnante bauliche Form zu bringen!“

Mit dem Leitprojekt des Bildungscampus Hauptbahnhof wird erstmals ein Campus für 0- bis 14jährige umgesetzt. Er umfasst auf einer Fläche von ca. 20.000 m² einen elfgruppigen Kindergarten, eine 17klassige Ganztagsvolksschule sowie eine 16klassige Ganztags Hauptschule und soll mit Beginn des Schuljahres 2014/2015 in Betrieb gehen. Rund 1100 Kinder werden diesen Campus mit Leben erfüllen. Vorgesehen sind Investitionen in Höhe von 65 Mio Euro.

Campusstandorte in Wien

Beim Wiener Campus werden Kindergarten-, Schul- und Freizeitpädagogik an einem Standort zusammen gefaßt. Die Kooperation zielt auf die optimale Nutzung aller Ressourcen ab: In der Bildungsarbeit stehen Räume des Gebäudes allen zur Ver-

fügung, gemeinsame Projekte ermöglichen es, miteinander und voneinander zu lernen. Die Vorteile liegen in den erleichterten Übergängen zwischen den einzelnen Altersstufen und der Kombination von Lernen und Freizeit. Der Wiener Campus ist ein ganztägiges Bildungsmodell mit verschränkten Unterrichts- und Freizeiteinheiten im Schulbereich in der Zeit von 8.00 bis 15.30 Uhr. Darüberhinaus gibt es bei Bedarf Betreuungsangebote ab 6.30 und bis 17.30 Uhr. Die Betreuung der Kinder ist auch in den Ferien gegeben.

Wien hat bereits zwei Campus-Standorte – in Favoriten den „Campus Monte Laa“ und in der Leopoldstadt den „Campus Getrude-Fröhlich“ – realisiert. Ein weiterer Campus am Donaufeld Nord in Floridsdorf ist bereits in Bau und soll im Herbst 2012 fertig gestellt sein. Die Erfahrungen der ersten Jahre sind mehr als positiv, es hat sich vor allem gezeigt, daß die Architektur eine wesentliche Rolle beim „Zusammenwachsen“ von Kindergarten und Schule spielt.

Bildungscampus Hauptbahnhof – Lernen und Begegnen auf dem »Marktplatz«

Für den Bildungscampus Hauptbahnhof wurden umfassende Vorarbeiten geleistet. Gemeinsam mit dem Österreichischen Institut für Schul- und Sportstättenbau (ÖISS), dem tilia büro für landschaftsplanung, PädagogInnen aus Kindergarten, Volksschule und Hauptschule sowie Erziehungswissenschaftlern wurde ein räumlich-pädagogisches Konzept erarbeitet und zu dessen Umsetzung ein Katalog entwickelt, der die Anforderungen und gewünschten Qualitäten für den Campus enthält. Anstelle eines konventionellen Raumprogrammes wurde dem Wettbewerb dieser Qualitätenkatalog mit Richtwerten für die einzelnen Funktionen zugrundegelegt. Dadurch sollte Spielraum für innovative Lösungen zur räumlichen Umsetzung neuer pädagogischer Konzepte gewährleistet werden.

Herzstück des Campus sind die „Marktplätze“, die von den Kindern gemeinsam genutzt werden und, auf die die übrigen Räume ausgerichtet werden sollen. Sie sollen als Bewegungs-, Gruppenarbeits- und Aufenthaltsräume, als Räume für offene Unterrichtsformen (Lerninsel) sowie Versammlungsräume für alle dienen. In Kindergarten und Volksschule befindet sich auch der Speisebereich am Marktplatz. Da über den Tag verteilt Lern- und Freizeitphasen wechseln, müssen die Räume diesen Wechsel ermöglichen und Arbeits- und Erholungsbereiche anbieten. Die Einteilung in „Unterrichtsräume“ und „Freizeiträume“ wurde aufgehoben.

Das Siegerprojekt kommt von PPAG

102 Projekte zum Bildungscampus Hauptbahnhof wurden in der 1. Stufe des EU-weiten offenen zweistufigen Realisierungswettbewerbes eingereicht. Das Preisgericht unter dem Vorsitz von Arch. Albert Wimmer wählte daraus neun Projekte für die 2. Wettbewerbsstufe aus. In der Sitzung des Preisgerichtes am 1. Feber wurden als Wettbewerbsgewinner PPAG Popelka Poduschka Architekten aus Wien ausgewählt. Die Jury begründete ihre Entscheidung damit, daß der Entwurf in der Auseinandersetzung mit dem Qualitätenkatalog eine gelungene Lösung erreicht hat, die von einer sehr guten Verbindung von Innenraum und Außenraum (Cluster, Marktplatz – Terrassen, Garten) gekennzeichnet ist. Das vorgegebene Konzept ist sehr konsequent und in hoher Qualität umgesetzt. Dem Architektenteam ist es gelungen, in prägnanter Form die Umsetzbarkeit des neuen pädagogischen Konzeptes darzustellen. ■

<http://www.wien.gv.at/verkehr-stadtentwicklung/hauptbahnhof.html>



Visualisierung der Außenansicht mit dem Sportplatz und Stellplätzen



Herzstück des Campus sind die sogenannten »Marktplätze«.



Die Einteilung in »Unterrichtsräume« und »Freizeiträume« wurde aufgehoben.

Rückkehr auf leisen Pfoten

Ganz heimlich kommt sie wieder und erobert ihren alten Lebensraum zurück: die Wildkatze.

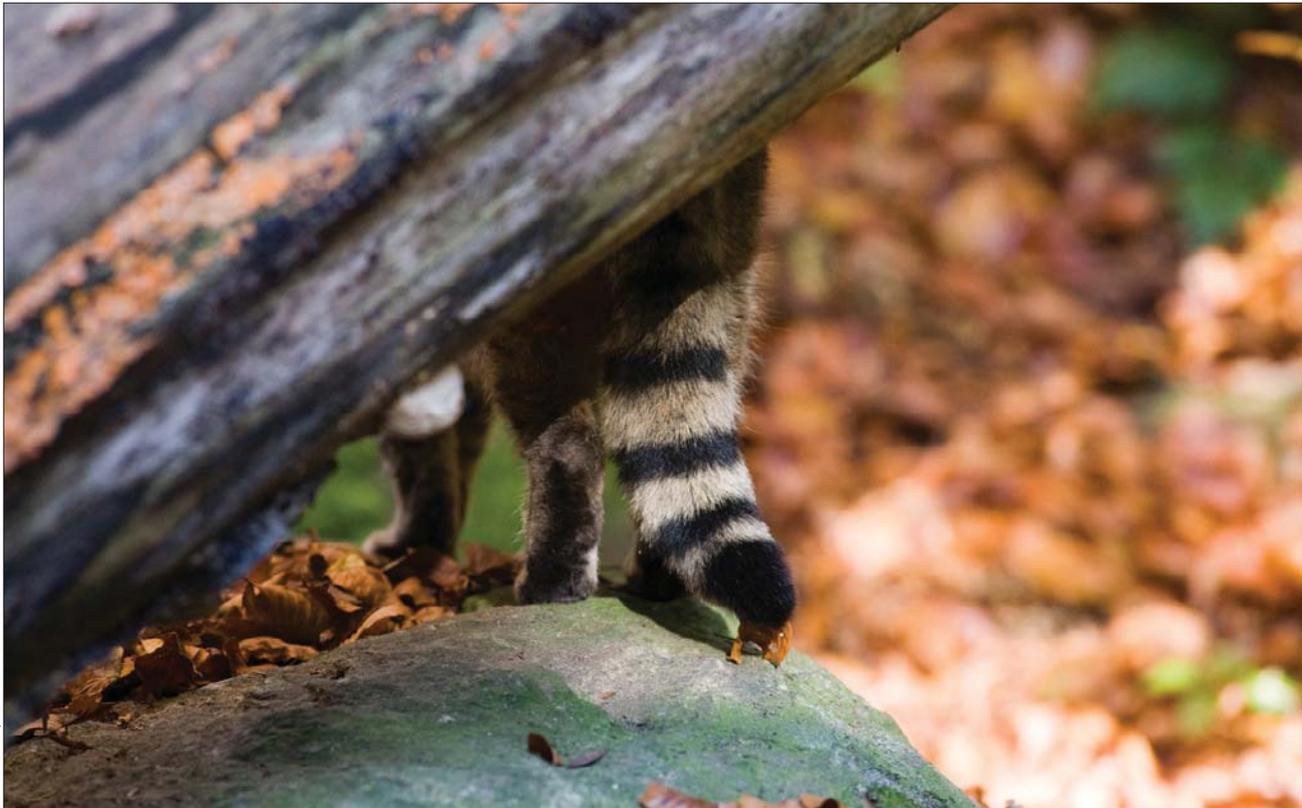


Foto: ÖBF / Dieter Manhart

Schutzmaßnahmen sollen der in Österreich seit den 1950er-Jahren als ausgestorben oder verschollen geltenden Waldbewohnerin die Rückkehr in ihre alte Heimat erleichtern. „Wir heißen die Wildkatze in unseren Wäldern willkommen“, sagt Georg Erlacher, Vorstandssprecher der Österreichischen Bundesforste (ÖBF), „und leisten einen Beitrag dazu, der Wildkatze ihren natürlichen Lebensraum zurückzugeben.“ Gemeinsam mit dem Naturschutzbund haben die Österreichischen Bundesforste nun die Infobroschüre „Aktiv für Wildkatzen“ herausgegeben. Sie richtet sich an Forstleute, Landwirte und Jäger und gibt Tipps, wie das Lebensraumangebot für Wildkatzen in den heimischen Wäldern verbessert werden kann. Entstanden ist die Broschüre in Zusammenarbeit mit der „Plattform Wildkatze“.

Kein Winterschlaf für die Wildkatze

Da die Wildkatze keinen Winterschlaf hält, ist sie darauf angewiesen, das ganze Jahr über auf Jagd zu gehen. „Die scheue Jägerin“, erklärt Erlacher, „nutzt vorzugs-

weise naturnahe Laub- und Laubmischwälder, wo sie genügend Verstecke sowie Nahrung und Aufzuchtplätze für die Jungen fin-

det.“ Schneereiche Winter bringen sie in Bedrängnis, da sich ihre Hauptbeute, kleine Nagetiere, gut unter dem Schnee verstecken



Foto: ÖBF / Thomas Stephan

Von Jänner bis März buhlen die Männchen um die Gunst der Damen, rund zwei Monate später kommen zwei bis fünf Kätzchen pro Wurf zur Welt.



Man darf doch annehmen, daß es diesen beiden Wildkatzen recht gut geht?



Die Beute unter Kontrolle: Eine Wildkatze liegt auf der Lauer.



Fotos: ÖBF / Thomas Stephan

Da sie keinen Winterschlaf halten, sind die Wildkatzen immer auf Nahrungssuche.

kann. Im Winter frißt die Wildkatze auch Aas. Doch gerade jetzt in der Paarungszeit, sind Amphibien, Insekten, Vögel oder Fische unverzichtbar fürs Überleben. Von Jänner bis März buhlen die Männchen um die Gunst der Damen, rund zwei Monate später kommen zwei bis fünf Kätzchen pro Wurf zur Welt, die unter Asthaufen, Holzpoltern oder abgestorbenen Bäumen gut versteckt werden.

Erste Nachweise in österreichischen Wäldern

Nun gibt es Hoffnung, daß sich die Wildkatze als eine der Leitarten der Artenschutzkampagne vielfaltleben, wieder in Österreich niederläßt. Nach Wildkatzenhinweisen im Nationalpark Thayatal werden dort seit wenigen Jahren mit Baldrian bestrichene Holzstöcke ausgebracht, an denen sich die Wildkatzen reiben und ihre Haare hinterlassen. Deren genetische Analyse hat bereits zum mehrmaligen Nachweis der Wildkatze in Österreich geführt. „Nun wollen wir mit wesentlich mehr Lockstöcken sukzessive den Bestand der Wildkatzen in ganz Österreich erheben“, so Ingrid Hagenstein, Leiterin des Wildkatzenprojekts beim Naturschutzbund und der Plattform Wildkatze. Als potenzieller Wildkatzenlebensraum und Projektgebiet wurde die Gegend um Bad Großpertholz im nordwestlichen Niederösterreich ausgewählt. „Auch wir planen in unseren Wäldern weitere Maßnahmen wie etwa das Aufstellen von Lockstöcken“, so Erlacher.

Neben der Wildkatze engagieren sich die Bundesforste auch für andere selten gewordene Waldbewohner – der Fortbestand von Auerhuhn, Gelbbauchunke, Haselmaus, Habichtskauz und anderen Waldvogelarten wird mit zahlreichen Schutzprojekten gefördert und gesichert.

Plattform Wildkatze

Die Plattform Wildkatze ist eine Kooperation von Naturschutzbund Österreich, Österreichischen Bundesforsten, Zentralstelle Österreichischer Landesjagdverbände, Nationalpark Thayatal, Tiergarten Wels, Alpenzoo Innsbruck-Tirol und Naturhistorisches Museum Wien. Ziele sind die nachhaltige Rückkehr der Wildkatze nach Österreich und die Etablierung eines stabilen Wildkatzenbestandes.

Die Broschüre „Aktiv für Wildkatzen“ steht unter <http://www.bundesforste.at> zum Download zur Verfügung oder kann per Mail an naturraummanagement@bundesforste.at kostenfrei bestellt werden. ■

Glanz einer Epoche

Jugendstil-Schmuck aus Europa – Ausstellung im Leopold Museum von 25. Feber bis 20. Juni 2011



Foto: Craig Dillon

Österreich: Schmetterling-Broschen, um 1910; Entwurf: Gustav Fischmeister, Ausführung: Fa. Rozet & Fischmeister, Gelbgold, Fensteremaltechnik, Diamanten, Rubine; Höhe: 5,7 cm, Breite: 4,3 cm, Tiefe: 1 cm; Rozet & Fischmeister, Wien, Privatbesitz

Das Leopold Museum in Wien präsentiert im Frühjahr 2011 in Kooperation mit dem Hessischen Landesmuseum Darmstadt die bisher umfassendste in Österreich gezeigte Ausstellung zum Thema „Jugendstil-schmuck“. Die von Patricia Spiegelfeld kuratierte und von Peter Weinhäupl initiierte Schau zeigt einen repräsentativen Querschnitt durch die wichtigsten Zentren der europäischen Schmuckerzeugung. Der Großteil der Leihgaben sind erlesene Objekte aus den Sammlungen des Hessischen Landesmuseum Darmstadt, ergänzt durch wertvolle Exponate aus Privatbesitz, aus dem Bestand des Leopold Museum, Wien Museum und des MAK die vor allem die österreichische Produktion vorstellen. Wolfgang Glüber, Leiter der Kunsthandwerklichen Sammlung des Hessischen Landesmuseum hat die Sammlung aufgearbeitet und den Katalog zur Sammlung herausgegeben. Zusätzlich zum eben erschienen Buchkatalog erscheint eine Broschüre der Wiener Ausstellung, der

vor allem auch die Leihgaben aus Wien berücksichtigt.

150 Meisterwerke des Kunsthandwerks um 1900

Insgesamt 150 Schmuckstücke – darunter beeindruckende Gürtelschnallen, elegante Kämmen, edle Broschen, prächtige Diademe, wertvolle Ringe, raffinierte Halsketten und vieles mehr – belegen Ideenreichtum und Vielfalt der Juwelierskunst um 1900. Auch dem Aufstieg der industriellen Produktion, mit der Unternehmer neben dem traditionsreichen Kunsthandwerk aus manueller Fertigung große Erfolge im Export erzielten, widmet sich die Ausstellung. Sie ist ein weiterer wichtiger Beitrag zur Aufarbeitung der Kunst um die Jahrhundertwende. Bereits in den vergangenen Jahren widmete sich das Leopold Museum der Kunst der Jahrhundertwende, mit Ausstellungen zu Adolf Hoelzel, Kolo Moser (2007), der Neupräsentation der Sammlung (2008), Josef Maria

Auchentaller (2009) und Joseph Maria Olbrich (2010). Besonders wichtig bei der Zusammenstellung der aktuellen Schau war jenes Merkmal, das Prof. Rudolf Leopold als das Wichtigste erachtete: die Qualität der Objekte. Alle anlässlich der Ausstellung „Glanz einer Epoche“ zusammengetragenen Werke, sind besonders wertvolle und seltene Stücke, bzw. Arbeiten, die sich durch die Originalität ihrer Kreation auszeichnen.

Darmstadt und Wien – Metropolen des Jugendstils

Darmstadt ist, wie Wien, ein Zentrum des Jugendstils. Der hessische Großherzog Ernst Ludwig hatte um 1900 die besten Künstler, unter ihnen den Erbauer der Wiener Secession Joseph Maria Olbrich und Hans Christiansen aber auch den Architekten Peter Behrens nach Darmstadt geholt. Sie erbauten auf der Anhöhe über der Stadt eine bahnbrechende Mustersiedlung, die Künstlerkolonie Mathildenhöhe.



Foto: Leopold Museum, Wien

Österreich: Brosche für Erzherzogin Marie Valerie, um 1900; Entwurf und Ausführung: A. E. Köchert, Wien; Gold, Silber, Rubine, Diamanten, Smaragde; Höhe: 4 cm, Breite: 8 cm; Privatbesitz

Erst im letzten Jahr führten unser guten Beziehungen zur hessischen Kunststadt zur größten bisher gezeigten Olbrich-Schau, die gemeinsam mit dem Institut Mathildenhöhe für Darmstadt und Wien konzipiert worden war. Im Zuge dieser Zusammenarbeit wurde das Leopold Museum auf den großartigen Jugendstilbestand des Hessischen Landesmuseum Darmstadt aufmerksam und die Idee für eine Präsentation in Wien entwickelte sich rasch zu einem wunderbaren gemeinsamen Projekt.

Jugendstilschmuck im Hessischen Landesmuseum

Ein essentieller Teil des Bestandes der Schmucksammlung des Hessischen Landesmuseums basiert auf der kunsthandwerklichen Sammlung des niederländischen Hofjuweliers Karel A. Citroen (* 12. Februar 1920). Der heute 91jährige Schmuckhändler begann mit seiner Sammeltätigkeit um 1952, zu einer Zeit in der es keineswegs en vogue war Kunsthandwerk des Jugendstils zu sammeln. In wenigen Jahren, bis 1959, trug der Amsterdamer Juwelier europaweit mehrere hundert kunsthandwerkliche Objekte zusammen, wobei sein Schwerpunkt auf dem Thema Schmuck lag. In den frühen 60er Jahren begann Citroen die Kollektion auszustellen, zuerst in den Niederlanden, dann auch durch Ausstellungsbeteiligungen in Paris, London und schließlich 1962 in Darmstadt im Hessischen Landesmuseum. In der Folge gelang es dem damaligen Direktor des Museums,



Foto: Hessisches Landesmuseum Darmstadt

Deutschland: Anhänger, um 1900-1905 (?); Entwurf und Ausführung: Wild & Cie, Pforzheim; Gold, Platin, Fensteremail, Perlen, Diamanten, Rubine; Höhe: 6,2 cm, Breite: 3,1 cm Hessisches Landesmuseum Darmstadt

Gerhard Bott, die mehr als 300 Jugendstilarbeiten umfassende Sammlung zu erwerben. 1963 wurde die Sammlung im Folkwang Museum Essen bereits als Sammlung des Hessischen Landesmuseums präsentiert. Die Schmuckobjekte aus der „collectie Citroen“ zählen heute zu den absoluten Höhepunkten der Bestände des Hessischen Landesmuseums.

Art Nouveau: Die Generation Lalique

Einen Schwerpunkt der Sammlung bilden die Arbeiten bedeutender Pariser Juweliers. Allen voran jene des Goldschmiedes René Jules Lalique (1860-1945), des sehr an japanischer Kunst interessierten Lucien Gaillard (1861-1942) oder Georges Fouquet (1862-1957), der intensiv mit dem tschechischen Künstler Alfons (auch Alphonse) Mucha (1860-1939) zusammenarbeitete. Erstaunlich auch die Arbeiten des in Neuilly ansässigen Emailliers André-Fernand Thesmar (1843-1912). Thesmar hatte sich auf Cloisonné – Arbeiten und plique à jour – Objekte spezialisiert. Cloisonné ist eine bereits im alten China zur Vollendung gebrachte Technik, bei der auf einem Trägermaterial Glasfluß zwischen Metallstreifen eingelassen wird. Bei plique à jour oder Fensteremail-Arbeiten steht die Lichtdurchlässigkeit des Materials im Vordergrund. Hauchdünnes, durchsichtiges Email wird durch Edelmetallstege verbunden. In der Ausstellung zeugt eine wunderbare um 1902 geschaffene Orchideenbrosche Thesmars von der Kunst-

Foto: Decorative Arts Consult



Österreich: Brosche, 1910, Entwurf: Josef Hoffmann, Ausführung: Wiener Werkstätte / Karl Ponocny, Modell Nr. G 782; Gold, Perlmutter, Mondstein, Opal, Lapislazuli, Turmalin, Granat, Chrysopras; Durchmesser: 3,8 cm; Privatbesitz

fertigkeit des Art Nouveau-Emaillkünstlers.

Der Goldschmied und Glasdesigner René Lalique war der mit Abstand erfolgreichste französische Schmuckentwerfer um 1900. Als wahrer Pionier des Metiers und sicherlich kreativster Designer seiner Generation beeinflusste er das Kunsthandwerk des Fin de siècle weit über die Grenzen Frankreichs hinaus. Lalique entwarf ab 1894 Theaterschmuck für die berühmte Sarah Bernhardt und gewann auf der Pariser Weltausstellung 1900 den begehrten Grand Prix. Kein anderer französischer Schmuckhersteller prägte die Kunst des „Art Nouveau“ so sehr wie er. Seine Arbeiten stellte er für die eigene Werkstätte her, aber auch für andere bedeutende Häuser wie Aucoc und Cartier. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts hatte Lalique eine Revolution auf dem Gebiet des Schmuckdesigns in Gang gesetzt. Er entwarf für die Welt der Belle Époque kostbaren Schmuck und durfte bedeutende Persönlichkeiten zu seinen Kunden zählen. Unerschöpflich erscheint der Reichtum an Farben und Formen.

Die Ausstellung im Leopold Museum präsentiert unter anderem einen eleganten

Schmuckkamm aus Horn mit symmetrisch angeordnete Pfauen (1904/05), versehen mit einer durch Topase verzierten Goldspange. Aus dem Hause Fouquet bezaubert die von Charles Desrosiers entworfene Fuchsienbrotsche (1902). Die Blütenblätter werden durch in Gold gefaßte Opale gebildet; die Staubfäden, die in Fruchtknoten münden, sind durch einzelne Goldstäbe geformt, die Knoten

Foto: Hessisches Landesmuseum Darmstadt



Frankreich: Schmuckkamm »Pfauen«, um 1904/05; Entwurf: René Jules Lalique; Horn, Gold, Topase; Höhe: 6 cm, Breite: 10,7 cm

selbst aus Diamanten. Gaillard interessierte sich sehr für japanische Kunst. Besonders beeindruckend ist sein Halsschmuck in Hirschkäferform (um 1905). Der vielfarbig emailierte Rücken des Käfers ist auf Silber montiert, mit einem der zwischen dem Geweih gefaßten grün, facettierten Peridot. Ein interessantes Stück anonymer Herkunft ist die um 1900 entstandene „Sarah Bernhardt“-Brosche, welche von einem unbekanntem französischen Juwelier zu Ehren der berühmten Schauspielerin Sarah Bernhardt (1844-1923) angefertigt wurde. Das Schmuckstück, inspiriert von einem Plakatentwurf Alfons Muchas (1860-1939) – La Princesse Lointaine, 1896 –, war lange Fouquet zugeschrieben worden. Wolfgang Glüber, Leiter der kunsthandwerklichen Sammlungen in Darmstadt hat – wie er im Katalog auf äußerst interessante Weise erläutert, das Schmuckstück nach intensiven Forschungen Fouquet abgeschrieben, eine oft ebenso schwere Aufgabe wie eine Zuschreibung. Erwähnt sei auch die bezaubernde Nachtfalter-Brosche von Eugène Feuillâtre (1870-1916). Der goldfarbene, emailierte menschliche Kopf wird von blaugrünen, in plique à jour gearbeiteten geschlossenen Flügeln umgeben und von goldenen Fühlern bekrönt.

Deutsche Schmuckindustrie und Juwelierskunst

Die Zentren der deutschen Schmuckindustrie waren das hessische Hanau sowie Schwäbisch Gmünd und Pforzheim in Baden-Württemberg. Der an der Kunstgewerbeschule Pforzheim unterrichtende Maler und Schmuckentwerfer Emil Riester (1855-1925) griff bereits ab 1880 fernöstliche Elemente auf und ließ sie in die Schmuckkunst einfließen. Eine Gürtel-

schließe der Pforzheimer Firma Kirchgassner & Kraft (1902-1905) beeindruckt durch ihre Gestaltung. Ein maskenartiges Gesicht, das stark an eine Brunnenfigur erinnert, hält im weit aufgerissenen Maul mit spitzen Zähnen ein ovales orangefarbenes Glasstück. Ranken, die bis zum Boden reichen stellen die Haare des Wesens dar. Unter dem Glasoval sind zwei Nadelreihen angeordnet, die in Tropfen münden und wohl Wasser symbolisieren. Das silberfarbene Material ist Alpacca, eine Kupfer-Nickel-Zink-Legierung die aufgrund ihrer Härte für die Produktion von Tafelgeräten, Bestecken oder Beschlägen besonders gut geeignet war.

Ebenfalls in Pforzheim ansässig war die Firma Wild & Cie. Ein Fensteremailan-



Foto: Hessisches Landesmuseum Darmstadt

Dänemark: Haarkamm, um 1909-1914, Entwurf und Ausführung: Georg Arthur Jensen, Silber, Opale; Höhe: 8,2 cm, Breite: 9,1 cm



Foto: Hessisches Landesmuseum Darmstadt

Frankreich: Fuchsenbrosche, um 1902, Entwurf: Georges Fouquet, Ausführung: Charles Desrosiers; Gold, Brillanten, Opale, Diamanten; Höhe: 10,6 cm, Breite: 4,1 cm; Hessisches Landesmuseum Darmstadt

hänger (um 1900-1905?) mit Mistelblättern, besetzt mit Diamanten, Perlen und Rubinen ist ein besonders schönes Stück und inspiriert sich an Arbeiten Laliques. Herausragende Künstler wie Hans Christiansen (1866-1945), ein Mitglied der Darmstädter Künstlerkolonie, entwarfen Schmuckstücke die sie von Juwelieren ausführen ließen. Von Christiansen ist in der Ausstellung des Leopold Museum eine elegante, 1901 geschaffene Gürtelschnalle zu sehen, ausgeführt von D. & M. Löwenthal, Frankfurt.

Österreich: Zwischen Tradition und Secession

Der bereits erwähnte französische Goldschmied René Lalique inspirierte auch den Wiener Jugendstil, der sich jedoch in eine völlig andere Richtung entwickelte. Im Leopold Museum zu sehen sind wertvolle Stücke des Kammerjuweliers und Hoflieferanten A. E. Köchert und des Kammerlieferanten Rozet & Fischmeister, der ganz dem „Genre Lalique“ verpflichtet war. Die Ausstellung zeigt ein um 1900 entstandenes prächtiges Diadem, das noch ganz der historischen Tradition verpflichtet ist. Das aus Silber, Gold und Diamanten gearbeitete Stück fängt noch einmal den ganzen Glanz, der sich dem Ende zuneigenden Monarchie ein. Der Schimmer der Schmetterlingsbrosche wird durch ein wunderbares Zusammenspiel von Gold, Silber, Diamanten, Rubinen und Smaragden erzielt. Die um 1910

kreierten Schmetterlingsbroschen von Gustav Fischmeister sind ganz von der Leichtigkeit des französischen „Art Nouveau“ durchdrungen. Der aus Gelbgold gestaltete Körper und die Fühler konkurrieren mit den in Fensteremailtechnik gestalteten Flügeln. Diese sind mit Diamanten und Rubinen, welche die Augen der Insekten bilden, besetzt. Gustav Fischmeister (1875-1935) besuchte die École des Arts Décoratifs in Paris und war auch Schüler und Mitarbeiter Laliques. In der Sammlung des Hessischen Landesmuseums ist Schmuck des Wiener Jugendstils nur mit wenigen Stücken vertreten, darunter aber eine besonders schöne zweiteilige Gürtelschnalle (1900/1901) von Josef Maria Auchtaller (1865-1949) aus der Produktion der Firma von Georg Adam Scheid (1837-1921), dem Schwiegervater Auchtallers. Der aus Deutschland eingewanderte Silberschmuckhersteller – er hatte auch im Schmuckzentrum Pforzheim gearbeitet, war 1858 nach Wien gekommen und wurde zu einem der führenden Schmuckexporteure der Donaumonarchie, wie Andreas Maleta in seinem Beitrag zur Broschüre der Leopold Museum-Ausstellung darlegt. Kolo Moser (1868-1918) und Auchtaller entwarfen ab 1895 für die „G. A. S. Schmuckfabrik“. Während die Secessionisten Joseph Maria Olbrich (1867-1908), Kolo Moser und Josef Maria Auchtaller anfänglich dem „floralen Jugendstil“ verpflichtet waren, wurde spätestens ab 1900 eine Geometrisie-

Foto: Hessisches Landesmuseum Darmstadt



Dänemark: Haarkamm, um 1909-1914, Entwurf und Ausführung: Georg Arthur Jensen, Silber, Opale; Höhe: 8,2 cm, Breite: 9,1 cm

rung deutlich, die besonders stark auf der Verbindung von vertikalen und horizontalen Strukturen aufgebaut ist. Während die Wiener Juweliere zur Jahrhundertwende für ein eher konservatives Publikum in historistischer Manier arbeiteten, zeigen einige besonders schöne Stücke die Eigenheit des Wiener Jugendstils und die Unterschiede zur Jugendstilkunst des restlichen Europas. Anhand von ausgewählten Leihgaben aus Privatbesitz, aus dem Bestand des Leopold Museum, Wien Museum und des MAK wird diese Eigenständigkeit dargelegt.

1903 wurde vom Industriellen Fritz Wärndorfer die „Wiener Werkstätte“ gegründet. Mitbegründer waren der Maler und Designer Kolo Moser und der Architekt und Designer Josef Hoffman (1870-1956). Auch Bertold Löffler (1874-1960) arbeitete für die Wiener Werkstätte. Die Künstler waren der Anschauung, daß Schmuck als Kunstform nicht den Reichtum der Trägerin demonstrieren, sondern ihre Individualität betonen sollte. Brillanten und Gold zogen sie Halbedelsteine und Silber vor, denn sie waren der Überzeugung, daß sich der Wert der Schmuckstücke vor allem auf deren außergewöhnliche Gestaltung und handwerkliche Qualität gründete und weniger auf den Materialwert. Aus dem Hessischen Landesmuseum stammt

Foto: Hessisches Landesmuseum Darmstadt

ein im Leopold Museum ausgestellter medaillonförmiger Anhänger von Bertold Löffler, entstanden um 1909, der einen auf dem Rücken eines Fisch reitenden geflügelten Putto zeigt, welcher einen Blumenstrauß in Händen hält. Ebenfalls aus der Darm-



Österreich: Anhängler, 1912; Entwurf: Josef Emanuel Margold; Ausführung: Fa. Oscar Dietrich; Silber vergoldet, Korallen, Elfenbein; Höhe: 5,7 cm, Breite: 4,4 cm; MAK

städter Sammlung ist eine quadratische Brosche mit Schachbrettmuster von Josef Hoffmann (1910/11). Aus Privatbesitz stammt ein Silber-Anhänger Kolo Mosers (1904), der ein sich aus Kugeln zusammensetzendes Gebilde darstellt das durch drei Opale verziert wird und weiters eine aufwändig gestaltete polychrome Papageienbrosche (um 1910) von Hoffmann. Beide wurden für die Wiener Werkstätte produziert.

Belgien, Dänemark, Niederlande, Großbritannien, Rußland

Ein wunderbarer Silberkamm des Dänen Georg Arthur Jensen (1866-1935), besetzt mit hellblauen Opalen, ist ein besonders schönes Stück aus nordischer Produktion. Auch Schmuck der „Nieuwe Kunst“ aus den Niederlanden, der Heimat des Sammlers Citroen befindet sich in der Sammlung des Hessischen Landesmuseums. Wie ein, in der Ausstellung präsentierter, um 1910 entstandener ovaler Anhänger mit Kette des Gold- und Silberschmieds Bert Nienhuis (1873-1960). Zwei einander zugewandte goldene Libellen halten einen ovalen Türkis cabochon (cabochon, frz. Nagelkopf). Umgeben sind die Tiere von goldenen Ranken auf dunkelblauem Grund. Nienhuis entwarf u.a. für die Keramikfirma „De Distel“ und die eigene Fliesenfabrik „De Lotus“. Ebenfalls gezeigt werden Stücke des Mitbegründers der Firma „De Woning“, Jan Eisenlöffel (1876-1957). Die Werkstatt des legendären russischen Goldschmieds Carl Peter Fabergé (1846-1920) in Moskau und St. Petersburg -berühmt vor allem durch die für die Zarenfamilie hergestellten Ostereier - orientierte sich eher an historistischen Ideen. Stücke die dem Art Nouveau zuzuordnen sind bilden die Ausnahme. In der Ausstellung ist ein origineller um 1900 entstandener Anhänger mit zwei Störchen zu sehen. Der belgische Jugendstil ist mit Stücken des Schmuckherstellers und Designers Philippe Wolfers (1858-1929) präsent, so zum Beispiel der herrliche Anhänger mit der „Orchidée ailée“, der geflügelten Orchidee (1902). Der Gold-Email-Anhänger ist mit Rubinen, Diamanten und Perlen besetzt.

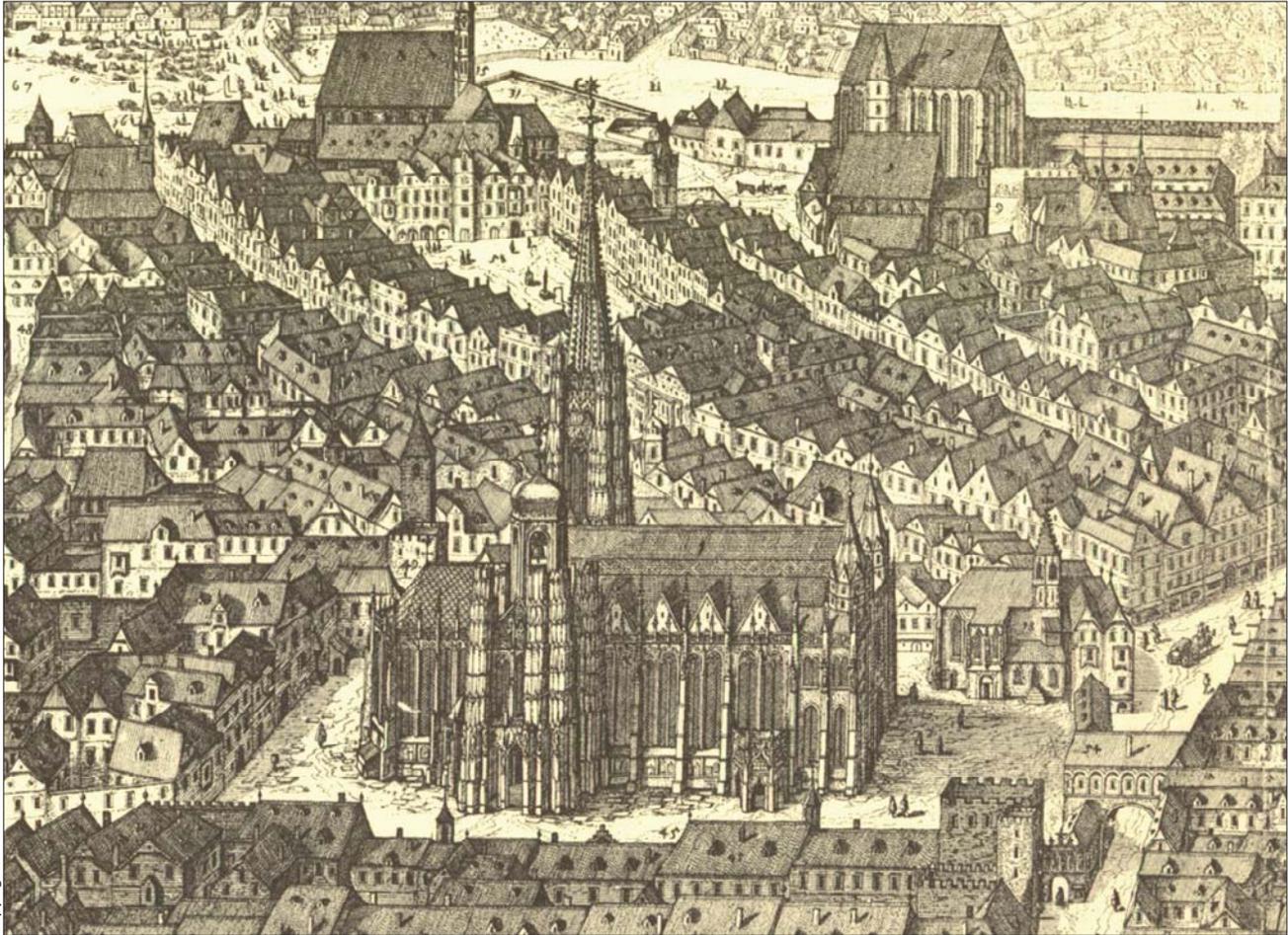
Schmuck aus Großbritannien, dem Land der Arts & Crafts-Bewegung, sind ebenfalls im Leopold Museum zu sehen. So etwa eine von William Hair Haseler (1864-1949) geschaffene Gürtelschließe für Liberty & Co. oder ein Anhänger aus der Hand des britischen Architekten und Designers Henry Wilson (1864-1934). ■

<http://www.leopoldmuseum.org>

Der Dombau von St. Stephan

Die Architekturzeichnungen von St. Stephan aus dem Spätmittelalter sind einzigartig: Von keinem gotischen Dombau in Europa hat eine derart große Zahl von Planrissen auf Pergament und Papier die Jahrhunderte überlebt.

Ausstellung im Wien Museum von 11. März bis 21. August 2011.



Copyright: Wien Museum

Vogelschau der Stadt Wien vom Norden (Ausschnitt), 1683, Jacob Hoefnagel

Der Bestand umfaßt 294 Planrisse, von denen die Akademie der bildenden Künste Wien 285 und das Wien Museum weitere 9 Stück besitzt. Insgesamt handelt es sich um 440 Zeichnungen, da über die Hälfte der wertvollen Pergamente und Papiere auf beiden Seiten benützt wurde. Diese detaillierten Pläne, nach denen die Dombaumeister und Steinmetze arbeiteten, finden sich seit 2005 auf der UNESCO-Liste des Weltkulturerbes. Sie stehen im Zentrum der Ausstellung, zum Beispiel ein fünf Meter hoher Aufriß des nie vollendeten Nordturms aus der Sammlung des Wien Museums.

Mehr als 300 Jahre wurde am Stephansdom gebaut. „Hoch hinauf“ lautete die Devise der gotischen Sakralbauten, die enor-

me Höhe des gigantischen Turms war auch ein Ausdruck von „Stadt-Marketing“ und Symbol kirchlicher wie weltlicher Macht. Nach seiner Fertigstellung im Jahr 1433 stand in Wien der höchste Turm Europas. Mehrere gleichzeitig laufende Turmbauprojekte zielten damals darauf, das Wiener Vorbild zu übertreffen. Lediglich dem Nordturm des Straßburger Münsters sollte dies gelingen. Der monumentale Dom mit dem bunt gedeckten Dach war von weitem sichtbar und wurde zur symbolische Mitte Wiens: St. Stephan fungierte auch als Repräsentationsbau der Landesfürsten, Pfarrkirche und später als Bischofssitz.

Die Planzeichnungen stammen von den berühmtesten Baumeistern der Zeit. Ausge-

führt wurde das Werk von unzähligen Handwerkern und Hilfskräften, die von weither nach Wien strömten. Und das in einer Zeit, als Europa von Umweltkatastrophen, Epidemien und Kriegen heimgesucht wurde. Ausgehend von den Originalplänen behandelt die Ausstellung verschiedene Themen: Wie wurde der Dombau finanziert? Welche Rolle spielte dabei das Wiener Bürgertum? Wer plante? Wie funktionierte eine mittelalterliche Bauhütte? Woher kam das Baumaterial?

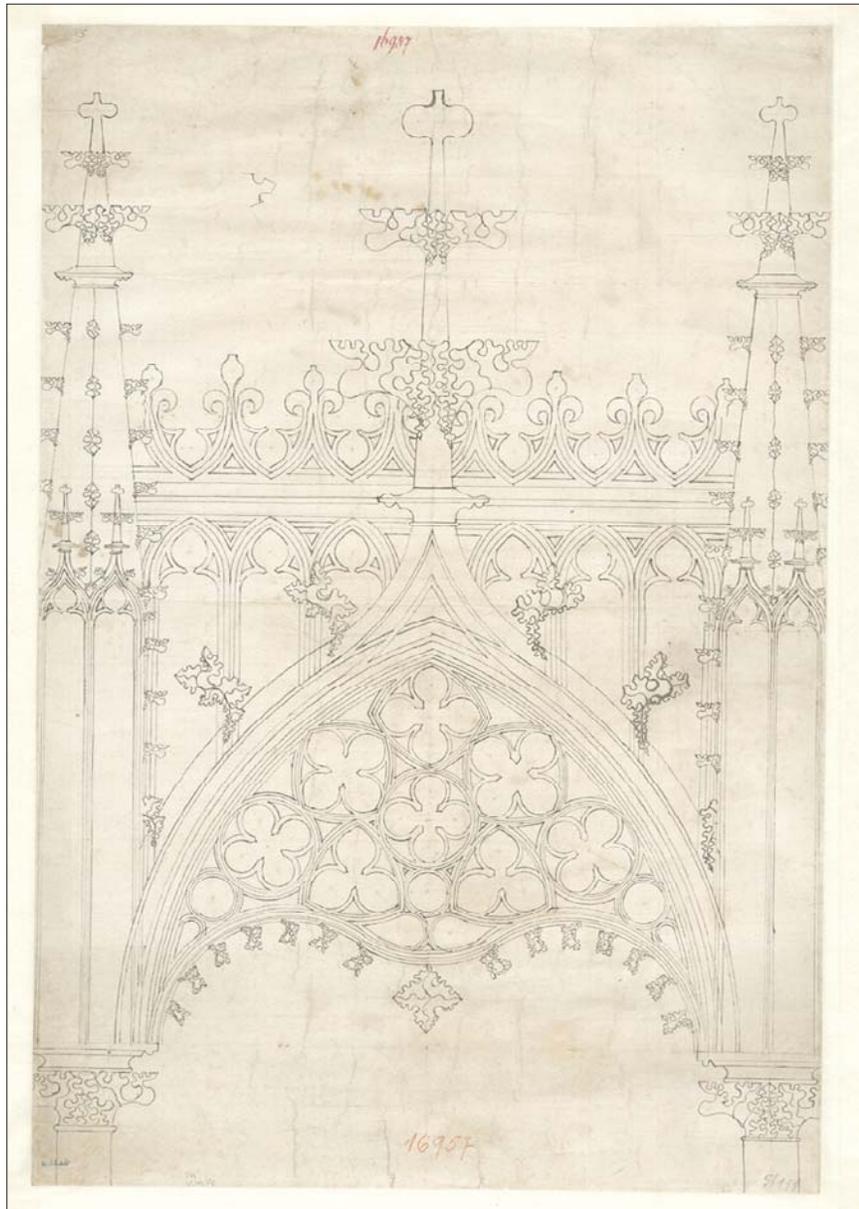
Im Wien Museum befinden sich wertvolle Bauskulpturen von St. Stephan, etwa die Fürstenfiguren. Im 19. Jahrhundert wurden diese am Dom durch Kopien ersetzt, die Originale kamen – wie auch die gotischen

Glasfenster – ins Museum. Diese einzigartigen Kulturschätze ergänzen die Ausstellung, ebenso wie eine „Bildgeschichte“ des Steffls als Wiener Stadtkrone von 1500 bis heute, u. a. mit frühen Kupferstichen, Veduten von Rudolf von Alt, Ansichtskarten oder das Manner-Logo. Dazu kommt die interaktive Station „Achtung Baustelle!“, in der Bautechniken des Mittelalters vermittelt werden. Zudem gibt es einen Erkundungspfad durch die Dauerausstellung zu zahlreichen Exponaten mit Bezug zum Stephansdom.

Die Anfänge und das Aussehen der Stephanskirche im 12. Jahrhundert sind kaum zu rekonstruieren, so etwa ist es ungewiß, ob die Kirche bereits ein Westturmpaar hatte, dessen Mauerwerk in den unteren Geschossen der heutigen Heidentürme erhalten geblieben ist. Wer letztlich der Initiator des großen Bauvorhabens war – der Landesfürst, der Bischof von Passau, zu dessen Bistum Österreich damals zählte, oder die Wiener Pfarrgemeinde – ist bis heute ebenfalls nicht geklärt. Gesichert ist, daß die frühgotische Kirche (der Westbau mit den mehrgeschosßigen Heidentürmen, das Riesentor und Teile der Westempore des heutigen Domes) 1263 geweiht wurde.

Anfang des 14. Jahrhunderts initiierten die Wienerinnen und Wiener einen großangelegten Chorneubau ihrer Pfarrkirche, danach war es der ehrgeizige Landesfürst Herzog Rudolf IV. (1339-1365), der St. Stephan seinen Stempel aufdrückte: Die folgende Erweiterung umfaßte unter anderem die Errichtung der Herzogsgruft und die Aufstellung seines prächtigen Grabmales direkt im Zentrum des Mittelchors, das zukunftsweisend als Grabstätte der Habsburgerherrscher gedacht war. Rudolf IV dürfte auch der Initiator zur Errichtung eines hohen Turmes gewesen sein, der Südturm wurde schließlich 1433 fertig gestellt, womit Wien – zumindest vorerst – den Wettlauf um den höchsten Turm gewann.

Während seiner Errichtung wurde auch mit dem Neubau eines modernen, größeren Langhauses begonnen, dessen Eindeckung mit den berühmten farbigen Ziegeln ab 1449 erfolgte. Schon kurz nach der Fertigstellung prägte das Erscheinungsbild der Kirchensüdseite – das hohe Dach und der Turm – die Silhouette der Stadt und wurde bereits im 15. Jahrhundert auf zahlreichen Stadtansichten malerisch festgehalten. Dies trug wohl wesentlich zur Identitätsbildung der WienerInnen bei. In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts begann man mit dem Bau des Nordturmes, der bekanntlich unvollendet



Altar Baldachin, 1464-66, aus dem Kupferstichkabinett der Akademie der bildenden Künste in Wien

blieb. 1511 wurden die Arbeiten eingestellt. Kaiser Friedrich III. (1415-1493) gelang es, vom Papst eine Bistumserhebung zur erlangen, die 1480 in einem feierlichen Akt bekundet wurde.

Die finanzielle Last wurde in erster Linie von bürgerlichen Stiftungen, Einkünften aus Grundbesitz und vor allem Ablaßgeldern getragen. Über mittelalterliche Urkunden läßt sich ein massives Ansteigen der Spenden von Wiener BürgerInnen für St. Stephan ab etwa 1300 belegen, wobei die Stifter vorerst explizit den Chorbau fördern wollten. Auch zahlreiche Ablaßurkunden, die speziell für dieses Bauvorhaben ausgestellt wurden, wurden mitunter von einer ganzen Reihe von Erzbischöfen und Bischöfen gemeinsam ausgestellt.

Anders als die meisten der großen Kathedralen Frankreichs oder auch der Kölner Dom, ist der Wiener Stephansdom nicht nach einem einheitlichen, bis zur Vollendung festgeschriebenen Plan errichtet, sondern das Ergebnis eines kontinuierlichen Planungs- und Ausbauprozesses, der erst nach drei Jahrhunderten zu seiner endgültigen Erscheinungsform führen sollte. Immer wieder kam es – besonders nach Bauunterbrechungen durch Krieg etc. – zu Umplanungen mit teils enormen Auswirkungen, so war etwa der Südturm in seiner gigantischen Dimension ursprünglich so nicht geplant. Viele der technischen Probleme konnten erst im Laufe der langen Bauzeit gelöst werden.

Copyright: Wien Museum

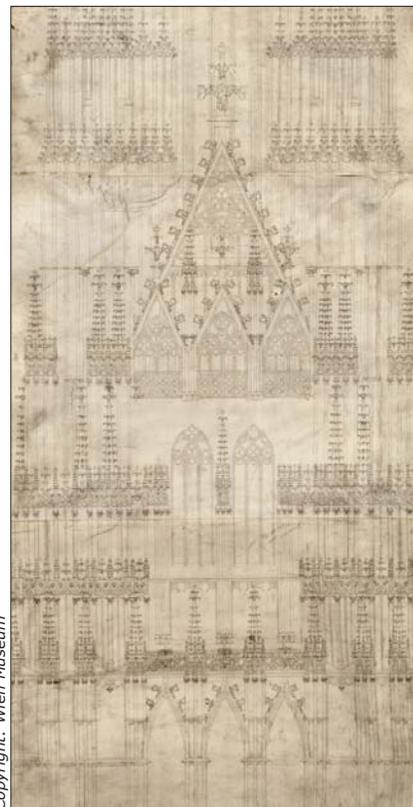


Rudolf von Alt, *Der Stephansdom in Wien, 1834; Öl auf Leinwand*

Die Bauhütte von St. Stephan, die für Organisation und Durchführung der Kirchenbaustelle verantwortlich war, war international vernetzt und hatte enormes Ansehen. Für die Planung waren die Baumeister verantwortlich, unter ihnen legendäre Persönlichkeiten der Wiener Geschichte wie etwa Hanns Puchsbaum. Das Material der Pläne war Pergament, später Papier, die Zeichenwerkzeuge Tuschfeder, Lineal, Dreieck und Zirkel. Für die praktische Umsetzung zuständig war der „Parlier“, an der Ausführung arbeitete ein Heer an Steinmetzen, Maurern und anderen Handwerkern. Enorme Rodungen im Wienerwald oder in den Donauauen waren notwendig, um Holz zu bekommen, etwa für den Dachstuhl oder für Baugerüste, die Heranschaffung des Steinmaterials erforderte einen enormen logistischen Aufwand.

Die Großbaustelle wurde zu einem wichtigen ökonomischen Faktor in der Stadt und sorgte dafür, daß von weither Menschen kamen, um hier zu arbeiten – aufgrund von Seuchen und Kriegen herrschte ein eklatanter Mangel an ansässigen Arbeitskräften. Während der Bauarbeiten mußten rund um den eigentlichen Bauplatz Material, Werkzeug, Gerüste, Baumaschinen und Baukran usw. gelagert werden. Die begrenzten räumlichen Ressourcen mitten in der Stadt und der städtische „Normalbetrieb“ zu allen Tageszeiten erforderte einen gut organisier-

ten Baubetrieb. Trotz der langen Bauzeit wurde die liturgische Bespielung während des Kirchenjahres, die Abhaltung von Got-



Copyright: Wien Museum

Ein Ausschnitt aus der Aufrißzeichnung des unvollendeten Nordturmes von St. Stephan, 1465

tesdiensten, Chorgebeten und Gedächtnisfeierlichkeiten, in St. Stephan aufrecht gehalten.

Der Bauprozeß erfolgte in Abschnitten: Grundsätzlich ließ man den alten Bau möglichst lange stehen und schuf zunächst die Außenmauern, aber nur soweit, daß das Abbruchmaterial noch gut abtransportiert werden konnte. Für eine ungestörte kultische Nutzung wurden provisorische Schranken, behelfsmäßige Dächer aus Stroh, Holz- und Fachwerkeinbauten eingesetzt. Die Kirche fungierte aber nicht nur als Ort religiöser Bräuche: Immer wieder wurde die Kirche für Versammlungen der Landesfürsten, aber auch zur Unterzeichnung von Rechtsakten gebraucht, auch die Versammlungen der von Rudolf IV. gestifteten Universität fanden in der Stephanskirche statt.

Im Zentrum der Ausstellung, in der neben 19 gotischen Planrissen weitere 120 Exponate zu sehen sind – darunter Urkunden, Fotografien, Grafiken, steinerne Architekturfragmente, Werkzeuge etc. – stehen die gotischen Planrisse von St. Stephan. Auch nach eingehender Beschäftigung mit ihnen läßt sich ihre Komplexität nicht leicht entschlüsseln. Die Technik, nach der sie einst gezeichnet und gelesen wurden, entspricht mittelalterlichen Vorstellungen und Denkprozessen, die von ihren Urhebern selbst in einer 10jährigen Ausbildung erlernt werden mußte. Umso schwieriger ist es für ein breites Publikum in diese Welt einzutauchen, Infografiken und Modelle bieten hier Hilfestellungen an, ebenso 3-D-Verortungen und Fotos.

Die Vielschichtigkeit der mittelalterlichen Planrisse spiegelt sich auch in den weiteren Kapiteln der Ausstellung. Hier geht es auch um kultur- und mentalitätsgeschichtliche Themen, um religiöse Vorstellungswelten der damaligen Menschen und die Rahmenbedingungen der Zeit. Überdauert hat die Arbeitsweise und Handwerkskunst der Dombauhütte, die sich zwar die neuesten Techniken der Dokumentation angeeignet hat, aber dennoch den traditionellen Arbeitsmethoden verpflichtet fühlt. Damit die Ausstellung auch den jüngsten Besucherinnen und Besuchern Einblick in eine mittelalterliche Baustelle gewährt, gibt es eine eigene Spiel-Baustelle, bei der mittelalterliche Konstruktionstechniken ausprobiert werden können.

Die Ausstellung „Der Dombau zu St. Stephan“ ist im Wien Museum von 11. März bis 21. August 2011 zu sehen. ■

<http://www.wienmuseum.at>

Gemalt wird im Wohn-Atelier

Schon seit geraumer Zeit stand Benedetto Fellin ganz oben auf meiner Liste derjenigen Künstler, die ich unbedingt einmal im Atelier besuchen möchte.

Von Sigrid Nepelius *)



© Benedetto Fellin / Foto: Sigrid Nepelius

Benedetto Fellin vor seinem Gemälde »Dialog in der Wüste«, das, wie viele andere auch, in seinem Wohn-Atelier entstanden ist.

Das Wiener Atelier von Benedetto Fellin, das eigentlich eine Atelierwohnung ist, strahlt eine Ruhe und Gemütlichkeit aus, in der man sich als Gast sofort wohlfühlt. Gemalt wird im „Wohnzimmer“, ein neues Bild im Anfangsstadium steht auf der Staffelei, im Hintergrund läuft afrikanische Musik. Statt beißendem Terpentin-Geruch liegt der Duft von Räucherstäbchen und Mittagessen in der Luft.

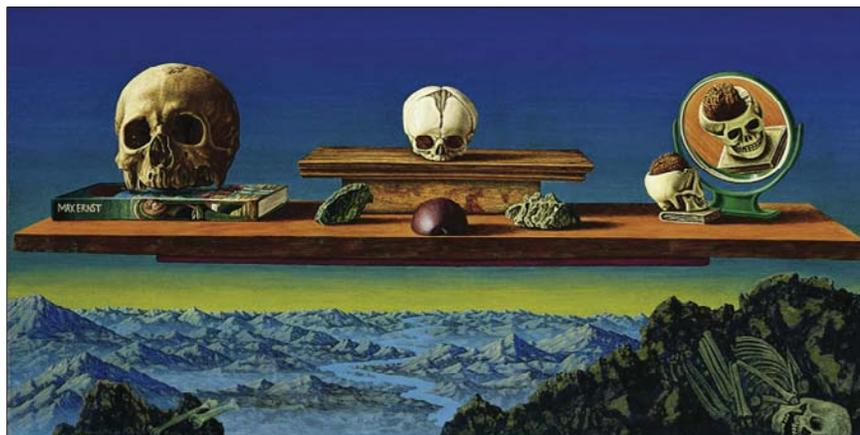
„In der Ruhe liegt die Kraft“ besagt ein Sprichwort, und betrachtet man Benedetto Arbeiten, kann man dem nur zustimmen. Woher kommt diese ganz eigene Ausstrahlung die seinen Bildern innewohnt und die für mich schwer zu beschreiben ist? Einerseits diese unglaubliche Stille, die Zeit unwichtig erscheinen läßt. Wie eine Zeitlupenaufnahme „entschleunigt“ sie alles und läßt so ein wenig von der Langsamkeit erahnen, in der die zum Teil riesigen Bilder in monatelanger Detailarbeit entstehen. Und auf der anderen Seite geballte Energie, die genauso klar auf den Betrachter einströmt, wie die eindring-

lichen und leuchtenden Farben. Mich erinnern diese beiden Eindrücke an die Erfahrung einer guten Meditation – und dieser Vergleich paßt auch ganz gut zu Benedetto Bildern: Technisch perfekte Ausführung verschmilzt mit tiefem geistigen Gehalt zu einer Einheit.

Religionen und Kulturen spielen in seinen Darstellungen eine große Rolle. Der Künstler verarbeitet wiederholt seine Eindrücke von zahlreichen längeren Aufenthalten in asiatischen, afrikanischen und mittelamerikanischen Kulturkreisen. Am deutlichsten erkennbar ist dies in den Landschaften. Die Erkenntnisse aus der Beschäftigung mit dem Gedankengut verschiedener Religionen

verbindet er mit seiner Wahrnehmung der Welt, in der wir leben, zu phantastischen Bildern in seinem unverkennbaren Stil. Vor allem dem Buddhismus fühlt er sich sehr verbunden, die Aufhebung von Ichbezogenheit und Grenzen sowie gegenseitige Toleranz sind die Herausforderungen, denen er sich nicht nur in seinen Bildern, sondern auch im Alltag stellt.

„Das Tibet-Thema beschäftigt mich bereits seit 1982“, erfahre ich während Benedetto aus seinem Leben erzählt. Auch, daß er immer Maler werden wollte wie sein Vater. Nicht verwunderlich also, daß er bereits mit zehn Jahren ein mehrere Meter langes Altar-



In »Schwebendes Totenschädel-Stilleben« setzt sich Benedetto Fellin mit der jüdisch-christlichen Vorstellung von der Vergänglichkeit alles Irdischen auseinander.

*) Sigrid Nepelius ist selbst Künstlerin im phantastischen Bereich (Malerei) und lebt und arbeitet im niederösterreichischen St. Peter i.d. Au. Sie betreibt auch das Portal <http://www.phantastisch.at> – das über den deutschsprachigen Raum hinaus sehr gut von KünstlerInnen und KunstliebhaberInnen der Phantastik angenommen und als fixes Informationsmedium genutzt wird. Das „Österreich Journal“ dankt dafür, diesen Beitrag übernehmen zu dürfen.

Kultur

bild malte, mit 15 sein erstes Ölbild. Sein Meisterstudium bei Anton Lehmden wurde durch eine Phase der fast fanatischen Beschäftigung mit der indischen Philosophie unterbrochen, danach zog er sich als Eremit ins Waldviertel zurück.

In der Meisterklasse von Rudolf Hausner setzte er schließlich sein Studium fort, erste Verhüllungen entstehen. Eine Thematik, die sich wie ein roter Faden durch Benedetto Schaffens zieht. Seine Aussage „Ich interpretiere mein eigenes Werk sehr spärlich, ich finde es viel spannender zu hören, was andere Menschen dazu sagen. Dadurch lerne ich auch viel über mich selbst, über meinen Zustand während der Entstehung eines Bildes“ kann ich gut nachvollziehen. Grund genug, mir meine eigenen Gedanken zum Verhüllungs-Thema zu machen, mit dessen jahrelanger Umsetzung Benedetto das Malen von Stoffen, Drapierungen und Faltenwürfen zur Meisterschaft gebracht hat. Strukturen, die beinahe dreidimensional wirken – feine Leinwandstoffe, grobe Teppiche und seidengleiche Gewänder, so hyperrealistisch dargestellt, daß man sie am liebsten anfassen möchte. Sie wirken auf mich wie Geister, hüllenlose Gestalten, die erst durch die Stoffe sichtbar

werden. Vielleicht symbolisieren diese „Geister“ jeweils eine bestimmte Aussage oder ein bestimmtes Gedankengut, ... auf jeden Fall etwas, das man nicht *angreifen*, sondern nur *begreifen* kann. Die Frage „Was verbirgt sich unter diesen zahlreichen Lagen Stoff?“ drängt sich unweigerlich auf und vielleicht ist gerade die Auseinandersetzung mit dieser Frage ein Tor, das einen tieferen Zugang zu Benedetto Werk öffnet.

Das Bild „Verhüllte Muse“, das nun im Phantastenmuseum Wien hängt, ist eines der ersten Bilder, in dem das Verhüllen zum Mittelpunkt wird. Im Katalog wird Benedetto, den die Faltdrapierungen in altmeisterlichen Gemälden schon als Kind faszinierten, zum Thema zitiert: „Beeinflußt von den leuchtenden Farben der indischen Stoffbazare, die ich oftmals auf Studienreisen bewunderte, verbunden mit der etruskischen Vorstellung, daß die höchsten ihrer Götter verhüllt bleiben, entstand im Laufe von 30 Jahren eine Reihe von Faltenkompositionen. Im heutigen westlichen Kulturkreis, der sich mit dem Verhüllen von Frauen konfrontiert sieht, wird dieses Thema vermehrt unter Künstlern aufgegriffen.“

Während der bescheidene gebürtige Süd-

tiroler in der Küche mit der Reissuppe beschäftigt ist (die übrigens köstlich geschmeckt hat!) betrachte ich zum wiederholten Mal das in Arbeit befindliche Bild auf der Staffelei. Die altmeisterliche Technik der Weißhöhung mit Lasuren kann man hier ganz deutlich in einem interessanten Stadium sehen. Auch, wie der Künstler schon in den ersten Farbschichten mit Strukturen arbeitet, gut zu erkennen zum Beispiel bei Stoffen und Felsen. Diese fein detaillierte und präzise Art der Malerei erfordert eine exakte Vorstellung vom fertigen Bild, mich interessiert daher, wie Benedetto zu einer Idee findet. „Die Idee entsteht ganz spontan durch einen Impuls. Manchmal entwickelt sich auch aus einem einzelnen Motiv ein Gesamtbild“, erklärt er und vor mir taucht das Bild einer verhüllten Muse auf, die ihn küßt.

Bei „hauseigenem“ Spitzwegerich-Salbei-Tee plaudern wir viel über Künstler die er schätzt, wie zum Beispiel Fritz Aigner oder Michael Engelhardt. Und Benedetto zaubert einen Katalog nach dem anderen zur Veranschaulichung aus seinem umfangreichen Fundus hervor. Aber nicht nur sein kunstgeschichtliches Wissen ist faszinierend, sondern auch die Art und Weise, wie



»Begegnung am Karakorum« – Toleranz zwischen Religionen und Kulturen ist ein immer wiederkehrendes Thema bei Fellin.



»Der heilige Berg Kailash«, eines von vielen Werken, das aus der intensiven Auseinandersetzung des Künstlers mit Tibet entstand.

für ihn nach zwei Sekunden feststeht, ob ein Bild „gut“ oder „schlecht“ ist. Wobei er selbst einräumt, daß seine Ansprüche extrem hoch sind. Mehrmals versuche ich, ihm seine Kriterien für eine Bewertung zu entlocken, aber Benedetto meint dazu: „Das kann ich nicht beschreiben, das sehe ich einfach. Es ist die Mischung aus Technik und Aussage, die ein Bild zu einem guten Bild macht.“ Und mit einem Grinsen fügt er hinzu: „Und jahrelange Erfahrung.“ Wohl jeder, der Benedetto einmal über ein Bild sprechen gehört hat, wird verstehen, daß ich ihm dies aufs Wort glaube und mich damit als Erklärung zufrieden gebe.

Viel länger als geplant habe ich Benedetto Zeit beansprucht. Ich verabschiedete mich von dem sympathischen Künstler, der mir geduldig interessante Einblicke in sein Leben und seine Arbeit gewährt hat. Und ich weiß es zu schätzen, daß er mir so ganz nebenbei selbstlos einige Stunden wertvollen Unterricht in Kunst, Kultur, Philosophie und gegen Ende sogar noch ein bißchen Coaching spendiert hat.

<http://www.fellin.at>

<http://www.phantastisch.at>

Foto: Peter Gric

»PhantastenMuseum Wien«

Der Maler Benedetto Fellin ist – natürlich – auch im jüngst eröffneten »PhantastenMuseum Wien« im Palais Palffy am Josefsplatz im 1. Wiener Gemeindebezirk vertreten, wo die Phantastische Kunst einen Mittelpunkt in Europa gefunden hat.



Phantastenmuseum Wien, Josefsplatz 6, 1010 Wien; Telefon: ++43 (1) 512 56 81-0
 Öffnungszeiten: täglich 10.00 – 18.00 Uhr <http://www.phantastenmuseum.at>

Neues Ausstellungskonzept

Durch fundierte Bauforschung wurden im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen die authentischen Raumfassungen im zentralen Bau der Gedenkstätte entdeckt.

Das sogenannte „Reviergebäude“ an der Südwestseite des Apellplatzes ist einer der wenigen erhaltenen zentralen Baukörper der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen. Das größte Objekt des Lagers wurde 1940 bis 1943 als sogenanntes „Häftlingsreviergebäude“ von Insassen in Massivbauweise errichtet und diente als Krankenrevier mit Operationssaal und Administration. Im Untergeschoß des Baukörpers war zusätzlich ein Krematorium und medizinisches „Laboratorium“ untergebracht.

Als nach der Befreiung des Lagers das Gebäude mehrfach durch Anrainer geplündert und beschädigt wurde, begannen schließlich 1948 bis 1951 die ersten Sanierungs- und Reparaturmaßnahmen zur schrittweisen Einrichtung einer Gedenkstätte. Hierbei wurden auch die bis dahin originalen Innenräume erstmals überarbeitet und teilweise überstrichen.

Im Jahre 1967 wurde das Reviergebäude nach Plänen des Linzer Architekturbüros Nobel dann zu einem Museum erweitert und umgebaut. Diese Adaptierung war von einem eigenständigen gestalterischen Grundkonzept geprägt, welches auf den Erhalt der ursprünglichen Substanz nur geringen Wert legte. So wurden große Bereiche des Inneren entkernt und die ursprüngliche Grundrisskonfiguration aufgelöst. Die Wandoberflächen und Ausstattung sollten „dem Ernst des Gegenstandes“ entsprechen und wurden so mit weißen Anstrichen und einem schwarzem Gußasphaltpoden versehen. Diese sehr reduzierte und „kalte“ Gestaltung prägte so bis zum heutigen Tag das Erscheinungsbild und wurde von den Besuchern der Ausstellungen oft fälschlich als historischer Zustand verstanden.

Im Jahr 2008 initiierte das Innenministerium die museale Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Mauthausen; an der Entwicklung des Konzepts arbeiteten neben MitarbeiterInnen der für die KZ-Gedenkstätte Mauthausen zuständigen Abteilung auch externe ExpertInnen aus unterschiedlichen Fachgebieten (Zeitgeschichte, Gedenkstättenpädagogik, Museologie).

Die Erarbeitung des neuen Rahmenkonzepts machte eine erneute Modernisierung



Gedenkstätte Mauthausen, das sogenannte »Reviergebäude«

und Gestaltung dieses Museumsbereichs notwendig. Die bis vor kurzem bestehende Ausstellung stammte im Wesentlichen aus den 1960er Jahren und entsprach nicht mehr den aktuellen wissenschaftlichen und pädagogischen Standards. Darum wird nun im ehemaligen Reviergebäude eine Überblicksausstellung zur Geschichte des KZ-Systems Mauthausen und eine themenzentrierte Ausstellung zu Massentötungen als Vorbereitung für den im Besucherrundgang folgenden Tötungsbereich errichtet.

Im Zuge der Projektentwicklung durch das Wiener Architekturbüro Helmut Neumayer und der KZ-Gedenkstätte Mauthausen



Reste des originalen Fliesenbodens im Kellergeschoß des »Reviergebäudes«.

sen wurde gemeinsam mit dem Landeskonservatorat für Oberösterreich festgelegt, dass dieser neuerliche Eingriff in die Substanz des Reviergebäudes nun aber auf Basis einer genauen wissenschaftlichen Untersuchung des Bestandes erfolgen sollte. So erstellte der Bauforscher Paul Mitchell eine detaillierte bauhistorische Untersuchung des Objektes, deren Ergebnisse in die seit 2009 im Auftrag der KZ-Gedenkstätte Mauthausen stattfindenden historischen und archäologischen Untersuchungen des Konzentrationslagers Mauthausen eingebunden werden.

Bereits die ersten restauratorische Sondierungen an den Putzschichten zeigten, daß die Vorstellung von weißen kahlen Räumen in den NS-Baracken des Konzentrationslagers revidiert werden muß. Die originalen Farbschichten zeigen warme Pastelltöne und eine mehrfarbige Linierung als dekorative Ausstattung.

Zwischenzeitlich konnte in einem Raum eine fast vollständige originale Fassung der Innenausstattung freigelegt werden. Auch der Bodenbelag war in einem bräunlich-rötlichen Ton gehalten und konnte ebenfalls als Original unter den später aufgetragenen Schichten nachgewiesen werden.

Diese Befunde werden nun seitens der KZ-Gedenkstätte Mauthausen und des Architekten unmittelbar in die Gestaltung des neuen Museums eingebunden und ermöglichen den Besuchern zukünftig direkte Einblicke in das authentische historische Erscheinungsbild der Anlage. ■

<http://www.bda.at>

30 Jahre Festspielhaus Bregenz

Das Festspielhaus Bregenz bietet nicht nur den Rahmen für die Bregenzer Festspiele mit der größten Seebühne der Welt. Das Haus mit seiner außergewöhnlichen Architektur und seinem einzigartigen Ambiente am See war auch schon Schauplatz für Bond-Dreharbeiten und das ZDF-EM-Studio.

Und es bietet noch viel mehr als Agenten und Elfmeter: Von Kongressen über Musicals bis hin zu Bällen und Messen: Seit der Eröffnung 1980 wurden insgesamt über 7600 Veranstaltungen mit über 7,8 Millionen Besuchern organisiert. Dieses Jahr feiert das Festspielhaus seinen 30. Geburtstag.

„Das 30jährige Jubiläum des Festspielhauses wollen wir zusammen mit den Bür-

gern feiern“, sagt Geschäftsführer Gerhard Stübe. Deshalb laden er und sein Team gemeinsam mit der Stadt Bregenz und den Bregenzer Festspielen am Samstag, 3. Juli, von 11 bis 18 Uhr, zum Tag der offenen Tür ein.

Als erste Programmpunkte erleben die Besucher ein musikalisches Stelldichein der Bregenzer Musikkapellen Stadt, Vorkloster

und Fluh sowie erste Einblicke in die Proben der Bregenzer Festspiele. Der offizielle Festakt beginnt um 13.45 Uhr auf der Seebühne. Im Anschluß daran werden ein Einführungsvortrag zur Oper Aida sowie eine Präsentation des Akustiksystems angeboten. Den ganzen Tag über gibt es Führungen durchs Haus. Fußballfans können das WM-Viertelfinale in der buenedrei verfolgen.

„Nach einer umfangreichen Erweiterung 1997 und einer grundlegenden Sanierung in den Jahren 2005 und 2006 ist das Festspielhaus Bregenz heute auf dem neuesten Stand der Technik und das wichtigste Kongreßzentrum der Bodenseeregion“, sagt Co-Geschäftsführer Michael Diem. Auch optisch ist das Gebäude ein Anziehungspunkt. Es trägt die Handschrift des Bregenzer Architekturbüros Dietrich/Untertrifaller. Am Tag der offenen Tür sind die Besucher eingeladen, einmal hinter die Kulissen eines modernen Tagungsbetriebs zu schauen. Tanz-Opern- und Technik-Workshops werden angeboten. Wer möchte, kann Proben der Bregenzer Festspiele besuchen. Und historische Fotos laden ein, auf Zeitreise zu gehen. Auch für Verpflegung ist natürlich gesorgt.

Die Geschichte des Festspielhauses begann eigentlich schon im Jahr 1955. Schon damals hatte die Festspielgemeinde begonnen, auf den Bau eines Festspielhauses hinzuwirken. „Die heutige Bedeutung der Stadt Bregenz als ‚Kulturhauptstadt‘ der Bodenseeregion geht darauf zurück, daß vor vielen Jahren einige Unentwegte an die Idee eines Bregenzer Festspielhauses glaubten und diese mit vereinigten Kräften in einer wirtschaftlich prosperierenden Zeit auch realisiert werden konnte“, betont Günter Rhomberg, Präsident der Bregenzer Festspiele.

„Das Festspielhaus Bregenz ist im Laufe der Jahre zu einer mehrfach ausgezeichneten internationalen Top-Adresse am Bodensee geworden“, fügt Markus Linhart, Bürgermeister von Bregenz, hinzu. „Die Stadt Bregenz als Eigentümerin des Hauses wird auch in Zukunft alles dazu beitragen, um die bewährte Kooperation von Stadt, Festspielhaus und Bregenzer Festspielen weiterzuführen.“ ■

<http://www.festspielhausbregenz.at>



Foto: Risch Lau / Archiv der Landeshauptstadt Bregenz

Vor dem Bau des Festspielhauses: Die Seebühne an ihrem alten Standort direkt hinter dem Fußballstadion.

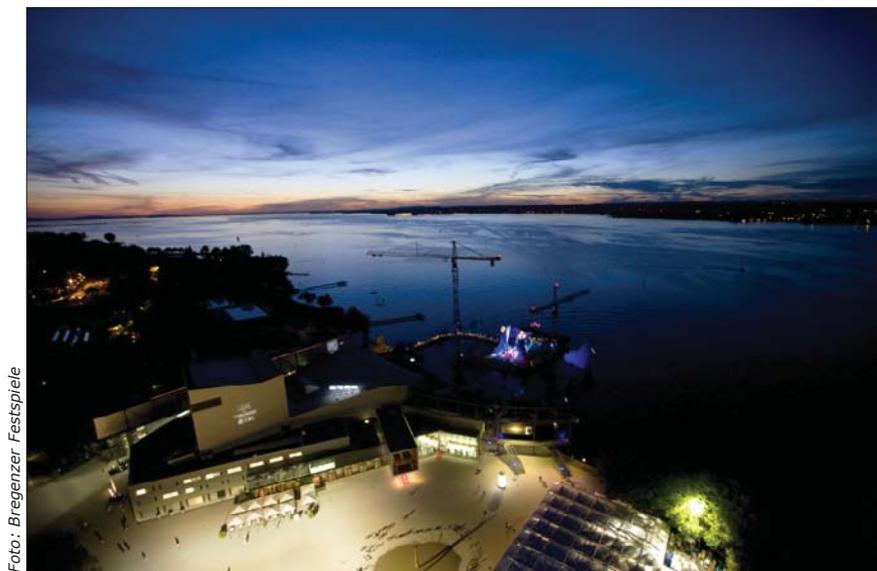


Foto: Bregenzer Festspiele

Das Festspielareal heute aus der Vogelperspektive.

Prof. Peter Schubert – der Autor dieser neuen Serie – beschäftigt sich seit mehr als 10 Jahren intensiv mit dem Jugendstil. Er hat zwei Bücher darüber verfaßt und fotografierte inzwischen wahrscheinlich das größte internationale Fotoarchiv zu diesem Thema: Es umfaßt derzeit mehr als 7000 digitale und 500 analoge Fotos aus 15 europäischen Ländern. In dieser Folge widmet er sich Hausfassaden aus den Ländern Österreich-Ungarns:

Tschechien...

Tschechien, damals die „Länder der böhmischen Krone“, also Böhmen, Mähren und Schlesien, waren seit je her fruchtbare Quellen für „österreichische“ Künstler. Vor und rund um die Jahrhundertwende zum 20. Jahrhundert war dies nicht anders. Und so wundert es auch nicht, daß eine ganz beträchtliche Zahl von Künstlern des „österreichischen“ Jugendstils – und speziell der Architekten – aus diesen Ländern stammen: Da ist etwa Joseph Maria Olbrich, der 1867 in Troppau, dem heutigen Opava als Sohn eines Lebkuchenbäckers und Besitzers einer Ziegelei, geboren wurde. Und die Bauabteilung der „höheren Staatsgewerbeschule“ in Brünn besuchten im Jahr 1889 gemeinsam Adolf Loos (geboren 1870 in Brünn), Hubert Gessner (geboren 1871 in Valasske Klobouky), Josef Hoffmann (geboren 1870 in Brtnice/Pirnitz) und Leopold Bauer (geboren 1872 in Jägerndorf/Krnov). Alle fünf gehörten zu den Schülern bzw. zum Kreis um Otto Wagner, später stieß auch noch der 1871 in Brünn geborene Jan Kotera dazu.

Diese sechs Architekten allein würden genügen, um den Jugendstil – inklusive seiner Überwindung durch Loos und seine Weiterentwicklung durch die anderen Erwähnten – weit über ihr Heimatland hinaus ausgiebig beschreiben zu können. Aber gerade in Tschechien wurde nicht nur die Wagner-Schule wirksam, sondern gerade dort übernahm der Jugendstil auch nationale und vor allem internationale Elemente: In Prag wurde die französisch-belgische Stilrichtung mit der gleichen Begeisterung übernommen wie auch Momente der eigenen Geschichte und Volkskunst (oder was man dafür hielt und was als solche propagiert wurden - wie dies etwa Alfons Mucha erfolgreich in seinen Gemälden vorführte).

Wie überall – und besonders in den Ländern Österreich-Ungarns – führte dies zu einer überaus bunten Vielfalt, die nebeneinander bestehen konnte, sich gegenseitig befruchtete, ergänzte und im Widerstreit stand.

Bleiben wir aber zunächst einmal bei den zuerst erwähnten Wagner-Schülern. Was blieb von ihnen in ihrer unmittelbaren Heimat? Nun: Hubert Gessner – später einer der Archi-



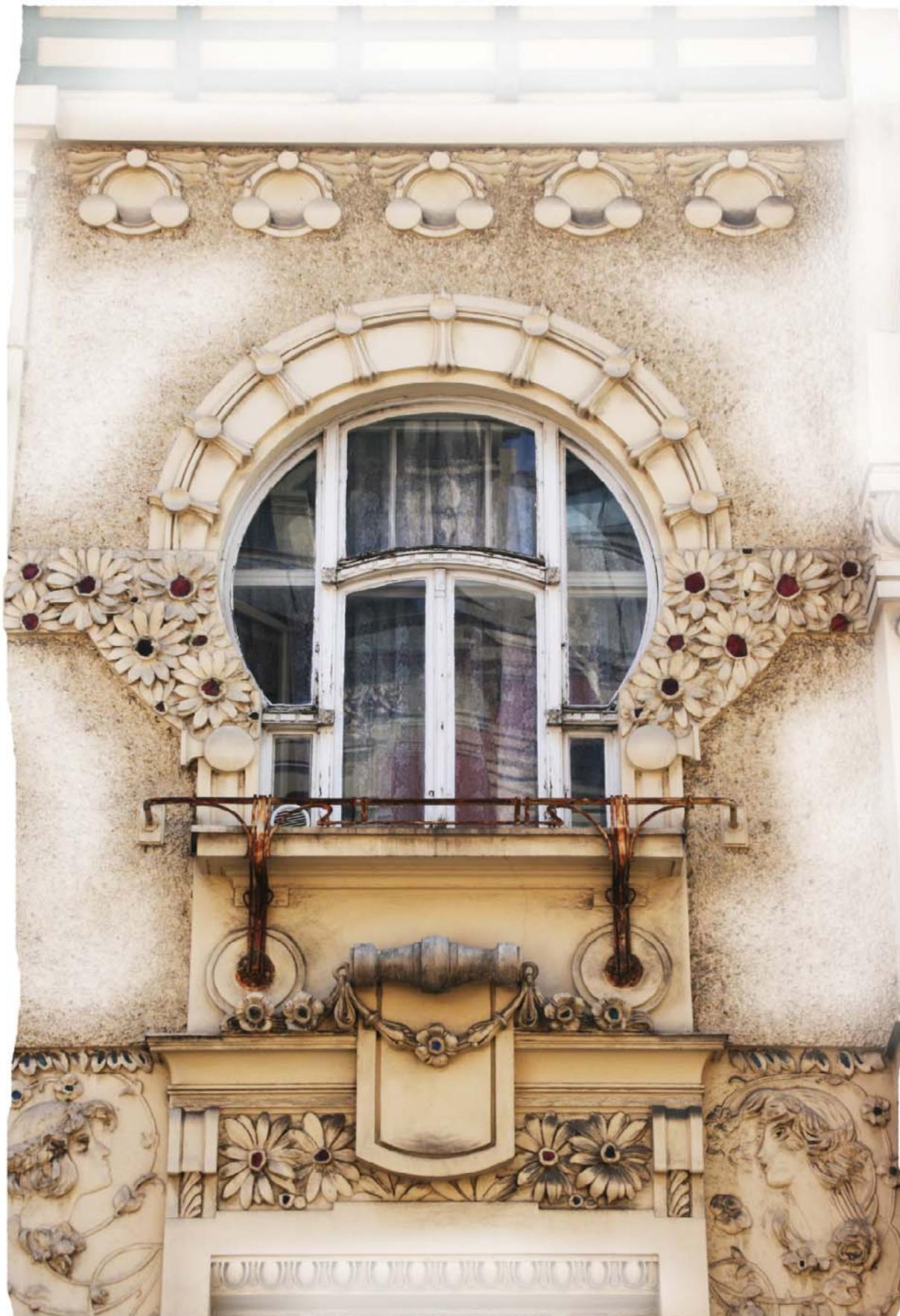
Alle Fotos: Prof. Peter Schubert

Tschechien, Kromeriz, Psychiatrische Heilanstalt, 1905-1908, Hubert Gessner, Pavillon

tekten des „roten Wien“ – übernahm etwa das erfolgreiche Projekt einer psychiatrischen Heilanstalt mit Pavillon-Gliederung vom Steinhof in Wien für eine Anstalt in Kremsier (1909-1912). Olbrich konnte die Kirche in Meltsch/Melc umsetzen, scheiterte

aber an der Neugestaltung des Café Niedermeyer in Troppau. Berühmt wurde er allerdings erst in Wien, wo er die Secession erbaute, die zum namensgebenden Gebäude des Secessionstils wurde. Während aber die Secession reiner Jugendstil ist, sind die

Serie K.u.K. Jugendstil



Tschechien, Ostrava, Milicova, Stadtvilla nach 1900 von Otakar Böhm

Serie K.u.K. Jugendstil

Gebäude im Secessionstil weitaus stärker dem Historismus verbunden.

Nach einigen wenigen Bauten in Wien warb allerdings der Großherzog von Hessen Olbrich ab: Die Möglichkeit, die Mathildenhöhe, praktisch ein ganzes Künstlerviertel mit Ateliers und Ausstellungshalle im Jugendstil, zu erbauen, war einfach zu verführerisch...

Bauer baute einige Privatgebäude in Mähren und scheiterte mit Großprojekten in Wien. Ganz anders Hoffmann, Loos und Kotera: Hoffmann wurde als Designer und Architekt in Wien berühmt und baute sein bedeutendstes Haus in Brüssel, das Palais Stoclet. Loos und Kotera wurden aber sehr rasch zu Überwindern des Jugendstils und Jan Kotera ist auch die ideale Person, um geographisch nach Prag überzuleiten, wo Kotera an der Kunstindustrieschule arbeitete und eine Reihe von Architekten prägte, die für die Architektur der jungen tschechoslowakischen Republik in der Zwischenkriegszeit maßgeblich wurden.

Wer bei einem Besuch den Prager Jugendstil kennen lernen will, dem reicht zunächst ein Besuch der Innenstadt: 1901-1909 entstand der Hauptbahnhof, der zunächst nach Kaiser Franz Joseph und dann nach Präsident Wilson benannt war: Entwurf von Josef Fanta mit einer mächtigen Zentralhalle. An der Fassade etwa die typischen Jugendstil-Maskerone versehen mit nationalen Elementen der möglichen Reiseziele.

Unterwegs über den Wenzelsplatz fällt das Grandhotel Europe auf, ursprünglich zwei Hotels von Bedrich Bendelmayer und Alois Dryak 1903-1905 gestaltet und außen wie innen ziemlich komplett erhalten. Gleichfalls auf diesem Platz das Peterka-Haus von Kotera, der schon in die Zukunft weisende Bau des sogenannten Eispalastes und die Adam-Apotheke von Emil Kralicek.

Auf dem Platz der Republik dann ein historische Höhepunkt des Jugendstils in Prag: Das Gemeindehaus, entworfen von Osvald Polivka und Antonin Balsanek. Es gilt als Zeichen des tschechisch-nationalen

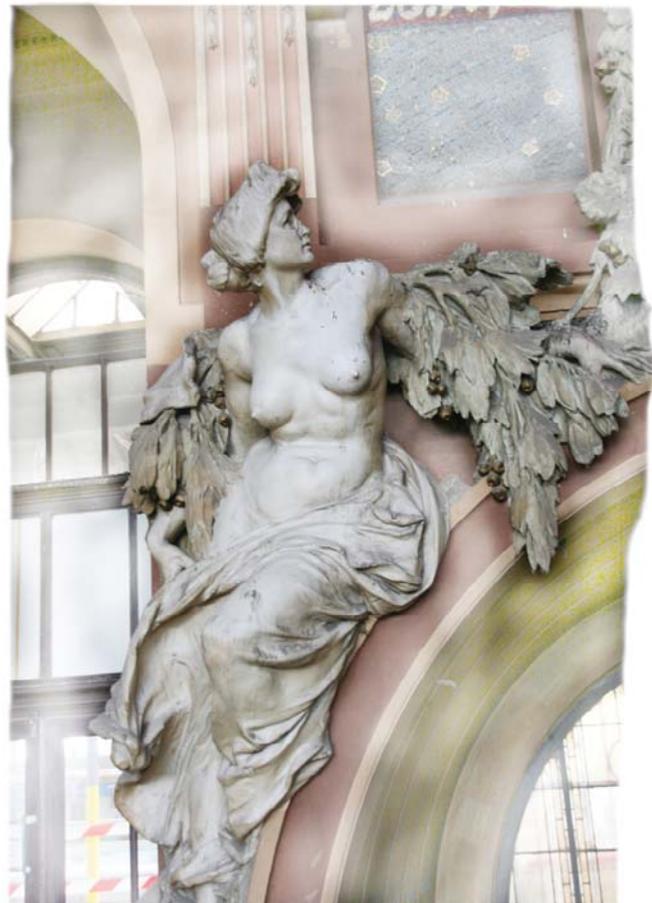
Selbstbewusstseins und ist gleichfalls ziemlich komplett – mit buntem Glasvordach, Wandmalereien und Vorhängen von Alfons Mucha – erhalten geblieben und somit ein bemerkenswertes Gesamtkunstwerk des Jugendstils. Polivka zeichnet auch für einige andere Häuser im Zentrum verantwortlich, die durch bunte Farbigkeit auffallen, wie das ehemalige Kaufhaus „Beim Novak“ und die nebeneinander gelegenen Gebäude der Praha-Versicherung und des Topic-Verlages.

Am Masaryk-Kai der Moldau gibt es einige Häuser im Historismus, die aber bereits zahlreiche Momente des Jugendstil-Dehors enthalten. Und über die Moldau führt die Svatopluk-Cech-Brücke – ein tschechisches Beispiel für vom Jugendstil geprägten Verkehrsbauten.

Natürlich ließen sich die Beispiele beliebig fortsetzen: Besonders in der „Josefstadt“ gibt es eine Reihe von faszinierenden Wohnhäusern in den unterschiedlichsten Spielarten des Jugendstils, die dann oft nebeneinander liegend interessante Kontraste ergeben.



Tschechien, Prag, Stare Mesto 1010, Narodni 9, Topic-Haus, 1903-07, Osvald Polivka



Tschechien, Prag, Haupt-(Franz Joseph-/Wilson-)Bahnhof, 1901-1909, Josef Fanta, Bildhauerarbeiten von Sucharda, Saloun, Vosmik, Folkmann

Serie K.u.K. Jugendstil



Tschechien, Prag, Wohnhaus in Josefov



Tschechien, Prag, Wohnhaus in Josefov

Und nicht zu vergessen jene Formen, die dann in die Zukunft weisen sollten, wie das Diamant-Haus von Emil Kralicek und Matej Blecha mit seinen kubistischen Formen, die als tschechische Sonderentwicklung gelten, die sonst praktisch nirgends auftritt. Mit einer Ausnahme: An einigen Gemeindebauten der Zwischenkriegszeit in Wien gibt es die gleichen Dekorelemente. Ein interessanter Kreis: Die Otto-Wagner-Schüler brachten Ideen aus Wien nach Prag und deren Schüler strahlten wieder nach Wien aus.

Neben den erwähnten Städten – und natürlich Brünn, das vor und nach dem Ersten Weltkrieg geradezu ein Mekka der Architektur war – gibt es fast überall in den Städten Jugendstilbauten, wie etwa in Königgrätz und den Badeorten. Und da noch kein umfassendes Werk zum tschechischen Jugendstil in deutscher Sprache erschienen ist, gibt es noch viel zu entdecken und das kann Reisen in dieses Land einen besonderen Reiz geben...

Wer die Fotos dieser Serie einmal im Original sehen möchte, hat derzeit im Leopold-

Museum im Wiener Museumsquartier die Möglichkeit dazu: „Glanz einer Epoche. Architektur des europäischen Jugendstils“ zeigt 72 Fotoarbeiten von Peter Schubert (bis 11. April 2011).

Prof. Peter Schubert, der Autor dieser Serie, beschäftigt sich seit mehr als zehn Jahren intensiv mit dem Jugendstil. Er hat drei Bücher darüber verfaßt und fotografierte inzwischen wahrscheinlich das größte internationale Fotoarchiv zu diesem Thema: Es umfaßt derzeit mehr als 7000 digitale und 500 analoge Fotos aus 15 europäischen Ländern: vom Kaliningrader Gebiet Rußlands im Norden bis Apulien im Süden, von Barcelona im Westen bis Constanta im Osten. Mehr als 200 Fotos davon hat er für Ausstellungen (bisher in Klosterneuburg, Tulln, Wien, Budapest, Szeged und Keckemet zu sehen) bearbeitet: „Es sind Details von Fassaden, daher reiße ich sie digital aus. Und ich möchte Schwerpunkte betonen, daher softe ich Störendes und Unwichtiges ab – wodurch ich zu einem ganz neuen Bild komme. Ich glaube,

daß meine Fotos als Dokumentation mit eigenständigem, künstlerischem Anspruch einen neuen Weg beschreiten...“

Im Atrium des Wiener Leopold-Museums beginnt am 24. Februar 2011 eine Ausstellung mit Fotos des Autors dieser Serie über den Jugendstil in Europa (bis Anfang April, täglich außer Dienstag).

Ein Originalfoto (Betender Engel von der Otto-Wagner-Kirche am Steinhof) auf Papier, 25 x 38 cm, mit Blindprägestempel des Fotografen und rückseitig signiert (limitierte Auflage fünf Exemplare) ist derzeit für einen guten Zweck – den Sie selbst aus einer Liste von Hilfsorganisationen bestimmen können – im Internet bei „Kunst für Menschen in Not“ zu ersteigern unter der Adresse <http://www.kfmin.at>



Serie »Österreicher in Hollywood«

Der Wiener Autor Rudolf Ulrich dokumentiert in seinem Buch »Österreicher in Hollywood« 400 Einzelbiografien mit beigeschlossenen Filmografien und über 12.000 Film- und Fernsehproduktionen aus Hollywood mit österreichischer Beteiligung. In dieser Folge portraitiert er

Walter Slezak

Schauspieler



Alle Fotos: Archiv Ulrich

Der Schauspieler Walter Slezak

Walter Slezak, Sohn des k. k. Kammersängers und später beliebten Filmkomikers Leo Slezak (1873-1946), geboren am 3. Mai 1902 im Haus Elisabethstraße 5 in Wien Innere Stadt, lebte stets im Umkreis künstlerischer Persönlichkeiten, Schauspieler, Sänger, Regisseure und Produzenten. Er studierte ambitionslos Medizin, war kurzzeitig Bankangestellter und wurde 1922 in der Wiener Sacher-Bar per Zufall von dem damals in Wien tätigen ungarischen Regisseur Mihaly Kertész (in USA: Michael Curtiz) für das Monumentalspektakel des österreichischen Filmpioniers Graf Alexander „Sascha“ Kolowrat, „Sodom und Gomorrha“, engagiert. Der Deutsche Wilhelm Dieterle holte ihn 1924 zur UFA nach Berlin, der Wechsel in die dortigen Studios sicherte die zukünftige Filmkarriere. Seine eindringlichste frühe Leistung auf der noch stummen Leinwand war die Titelrolle in Carl Theodor Dreyers lyrischem Meisterwerk „Michael“ (1924), Slezak spielte in 20 deutschen Filmen (1927 auch in einem italienischen, „Addio giovinezza!“), häufig als Student, Bonvivant und zunehmend im Charakterfach. Für die letzte Arbeit in Deutschland, Friedrich Zelniks Kriminallustspiel „Spione im Savoy-Hotel“, mußte der inzwischen in die USA Übersiedelte 1932 kurzzeitig nach Berlin zurückkehren.

Im Sommer 1930 hatte ihn der in Berlin zu Besuch weilende Theatergewaltige J. J. Shubert an sein Imperium in New York verpflichtet. Slezak kannte die Stadt, Sprache und Gewohnheiten der Amerikaner schon aus der Zeit, als sein Vater an der Metropolitan Opera tätig war. Er ließ sich endgültig in der Neuen Welt nieder und feierte hier seine größten Erfolge als Schauspieler, Maler, Sänger und Schriftsteller. Über ein Jahrzehnt blieb die Bühne sein bevorzugtes Arbeitsfeld, reüssierend am Broadway wie in der Provinz in teils langlaufenden Komödien und Musicals, darunter „Meet My Sister“ (1930), nach Ralph Benatzkys „Meine Schwester und Ich“, „Music in the Air“ (1932) von Jerome Kern, „May Wine“ (1935), „A Doll’s House“ (1937) und Rodgers & Hammersteins „I Married an Angel“ (1938) mit den Partnerinnen Vera Zorina und Vivienne Ziegel. 1935/36 trat er im Lyceum Theatre in einer zweimonatigen Aufführungszeit in der Komödie „Ode to Liberty“ in der Adaption von Sydney Howard auf, im April 1940 gehörte er zur Besetzung einer frühen, noch hart kritisierten und pannenreichen, live gesendeten Fernsehfassung des Stücks.



Walter Slezak als Major Erich von Keller und Thurston Hall in dem RKO-Streifen »This Land is Mine« von Jean Renoir.

Das Medium Film blieb aufgrund der regen Theaterarbeit und langfristiger Verpflichtungen mehr als ein Jahrzehnt ausgespart. Während eines Gastspiels beim Spring Festival 1942 an der Universität Austin in Texas bot ihm eine Agentur einen Part in der Drama/Comedy-Mixtur „Once Upon a Honeymoon“ neben dem Starduo Ginger Rogers und Cary Grant an. Dahinter stand der Produzent und Regisseur Leo McCarey, der Slezak oft auf der Bühne bewundert hatte und ihm Jahre zuvor in New York die Zusage gab, zu irgendeinem Zeitpunkt auf ihn zurückzukommen. Nach zufriedenstellenden Probeaufnahmen erhielt Slezak einen Vertrag bei RKO Pictures.

Der Wiener (seit 1937 US-Bürger) blieb in Kalifornien, da umgehend neue verlockende Angebote folgten, sein österreichischer

Serie »Österreicher in Hollywood«

Akzent stand einer erfolgreichen Hollywood-Karriere nicht im Wege. Sein ausdrucksvolles, äußerst lebhaftes Gesicht, ein guter Vortrag, Charme und Herzlichkeit erlaubten ihm in Rollen aller Art bei RKO, Fox, Paramount, MGM und Universal zu brillieren. Als deutscher Offizier in Jean Renoirs im deutschbesetzten Frankreich spielenden Anti-Nazifilm „This Land Is Mine“ (1943, „Dies ist mein Land“)*), in „The Fallen Sparrow“ (1943), ein im Franco-faschistischen Spanien angesiedeltes Drama, in Alfred Hitchcocks intensivem Überlebensthriller „Lifeboat“ (1944)*), in dem er mit der Charakterisierung eines dünelhaften deutschen U-Bootkommandanten einen seiner größten Filmerfolge erzielte und in Filmen wie „The Princess and the Pirate“ (1944, „Das Korsarenschiff“), ein gagreicher Ulk und Persiflierung amerikanischer Piratenfilme, „Cornered“ (1945), ein provokativer „film noir“ von Edward Dmytryk über Nazi-Kollaborateure, „The Pirate“ (1948, „Der Pirat“), ein Musical mit Gene Kelly in der inspirierten Regie von Vincente Minelli, in dem er als Bräutigam Judy Garlands gleichfalls eine seiner eindrucksvollsten schauspielerischen Leistungen bot, „The Inspector



Stephen Boyd als Ex-Bankräuber Peter Churchman und Walter Slezak als freundlicher Gesetzeshüter Antonio Gonzales in der in Pamplona spielenden Gaunerkomödie »The Caper of the Golden Bulls« von Embassy Pictures, 1967.

General“ (1949, „Die sündige Stadt“), ein Filmspaß von Henry Koster nach Nikolai Gogol mit Danny Kaye oder „White Witch Doctor“ (1953, „Weiße Frau am Kongo“), ein vom Austro-Amerikaner Otto Lang mit den Stars Susan Hayward und Robert Mitchum in Afrika gedrehtes abenteuerliches Melodram.

Auf Dauer empfand Slezak Los Angeles kulturell als Wüste und Hollywood als lang-

weilige Fabrikstadt. Nach zwölfjährigem Full-Time-Aufenthalt in der Szene orientierte sich der heitere und verschmitzte Künstler, wenn auch etwas wehmütig, nach New York zurück, das er als die aufregendste Stadt der Welt empfand. Er huldigte wieder seiner Liebe zum Theater und trat zwischendurch in Las Vegas auch als Sänger und Showmaster auf. Als „best leading actor in a musical“ mit dem prestigeträchtigen New York

*) Das Branchenblatt „Variety“ berichtete am 5. Juni 1946, daß Leo Slezak in Deutschland wegen der Mitwirkung seines Sohnes in diesen beiden Anti-Nazifilmen mit einer Strafe von 100.000 Reichsmark belegt wurde, die Adolf Hitler nach Ansicht der Filme persönlich diktierte.



Überlebende Passagiere und Besatzungsmitglieder eines von einem deutschen U-Boot versenkten alliierten Schiffes sehen sich im Rettungsboot mit ihrem Widersacher konfrontiert. (v.l.) Walter Slezak in der großartigen Zeichnung des ebenfalls schiffbrüchigen U-Bootkapitäns, John Hodiak, Tallulah Bankhead, Henry Hull, William Bendix, Heather Angel, Mary Anderson, Canada Lee und Hume Cronyn in Hitchcocks John Steinbeck-Verfilmung der Centfox »Lifeboat« von 1944.

Serie »Österreicher in Hollywood«



Douglas Fairbanks Jr. (Sinbad), Walter Slezak als der Schurke Melik und Anthony Quinn (Emir) in »Sinbad the Sailor«, einem Märchenzauber der RKO, 1947.

Critics Award ausgezeichnet, brachte ihm die Darstellung des Panisse in der Broadway-Version „Fanny“ nach den Marcel Pagnol-Stories 1955 den Antoinette Perry Award (Tony) ein. Slezak lebte zeitweilig im schweizerischen Lugano, folgte gelegentlich einem Ruf Hollywoods und sang 1959 an der Metropolitan Opera den Szupan in „The Gypsy Baron“, 1973 in San Francisco den Frosch in der „Fledermaus“ und 1975 in Philadelphia in Jacques Offenbachs Opéra-bouffe „La Périchole“ („I'm the only actor doing opera without a voice“). Von 1965 bis 1972 gastierte der inzwischen der Statur seines Vaters ähnelnde Akteur, der trotz der Berühmtheit

in den USA Europa und vor allem Wien noch immer als seine eigentliche Heimat betrachtete, in einigen deutschsprachigen und britischen Filmen, darunter „24 Hours to Kill“ (GB, 1965, „Abrechnung in 24 Stunden“) und der operettenhafte Streifen „Der Kongreß amüsiert sich“ (D/A, 1966). 1973 fungierte er als Gaststar in der seinem Vater gewidmeten ZDF-Dokumentation „Leo Slezak“.

Slezak stand im Laufe seiner Karriere 65 Mal vor internationalen Filmkameras, zuletzt 1972 in „Treasure Island“ („Die Schatzinsel“) nach dem Abenteuerroman von Robert Louis Stevenson, er arbeitete bis 1980 für das Fernsehen in über 125 TV-Episoden

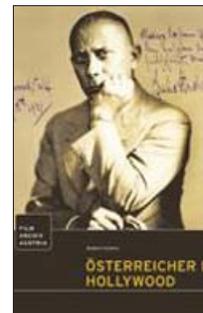


Frank Alten, Walter Slezak als Major Erich von Keller und Kent Smith (v.l.) in der Jean-Renoir-Dudley Nichols Produktion der RKO »This Land Is Mine«. Der Film lief in den USA am 7. Mai 1943 simultan in 72 Kinos in 50 der größten Städte des Landes an, ein Novum in der Geschichte Hollywoods.

und -shows als Darsteller und Host und wirkte in einer Reihe Radiodramen mit. Das Zusammentreffen mit vielen europäischen Emigranten, u.a. Ernst Lubitsch, Thomas Mann, Albert Einstein, Ernst Toch, Robert Stolz, Erich Wolfgang Korngold, Max Reinhardt, Franz Werfel, Erwin Piscator und Bertolt Brecht empfand er als glückhafte Begegnungen. Der geniale Allrounder war seit 1934 mit der holländischen Sängerin Johanna Van Rijn verheiratet, Tochter Erika Alma (Taufpatin Alma Mahler-Werfel) und Sohn Leo fanden ebenfalls den Weg in das Showbusiness. Er war als Sammler wertvoller Autografen bekannt und erwies sich mit seinen 1962 unter dem Titel „What Time's the Next Swan?“ (deutsche Ausgabe „Wann geht der nächste Schwan?“, Piper München 1964) veröffentlichten Lebenserinnerungen auch als Erzähler von Format. Walter Slezak nahm sich am 21. April 1983 in seinem Haus in Flower Hill im Bundesstaat New York selbst das Leben. Die Urne wurde im Grab des Vaters im oberbayrischen Rottach-Egern am Tegernsee beigesetzt. ■

Mit dem Buch „Österreicher in Hollywood“ legte der Zeithistoriker Rudolf Ulrich die lang erwartete Neufassung seines 1993 erstmals veröffentlichten Standardwerkes vor. Nach über zwölfjährigen Recherchen konnten 2004 die Ergebnisse in Form einer revidierten, wesentlich erweiterten Buchausgabe vorgelegt werden. „Diese Hommage ist nicht nur ein Tribut an die Stars, sondern auch an die in der Heimat vielfach Unbekannten oder Vergessenen und den darüberhinaus immensen Kulturleistungen österreichischer Filmkünstler im Zentrum der Weltkinematographie gewidmet: „Alles, was an etwas erinnert, ist Denkmal“, schließt der Autor.

Rudolf Ulrich und der Verlag Filmarchiv Austria bieten Ihnen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, die Möglichkeit, in den kommenden Monaten im „Österreich Journal“ einige Persönlichkeiten aus dem Buch „Österreicher in Hollywood“ kennenzulernen.



Rudolf Ulrich
„Österreicher in Hollywood“; 622 Seiten,
zahlreiche Abb., 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, 2004; ISBN 3-901932-29-1;
<http://www.filmarchiv.at>

Burgenland im Zeichen der Speichen

Burgenland gilt ob seiner Topographie als Radlerdestination par excellence. Bergwertungen werden hier allerdings nicht vergeben.



Foto: Burgenland Tourismus / steve.haider.com

Sehr geschätzt: die Hügellandschaften im südlichen und mittleren Landesteil und die weite pannonische Tiefebene im Norden.

Genießer schätzen die sanften, rollenden Hügellandschaften im südlichen und mittleren Landesteil und die weite pannonische Tiefebene im Norden. Ein Netz von 2500 Kilometern bestens ausgebauter Radwege macht das Land, in dem an 300 Tagen im Jahr die Sonne scheint, perfekt „erfahrbar“.

Kaum eine halbe Autostunde von Wien entfernt breitet sich majestätisch der Neusiedler See aus. Der größte Steppensee Mitteleuropas ist Herzstück eines internationalen Naturparks, die Region UNESCO-Welterbe seit 2001. Vom Leithagebirge – den östlichen Ausläufern der Alpen – sanft ablaufende Rebzeilen, ein Meer von Kirschbäumen, der goldglänzende Schilfgürtel des Sees, Salzlacken, eine einzigartige Steppenlandschaft und idyllische Weinorte bilden

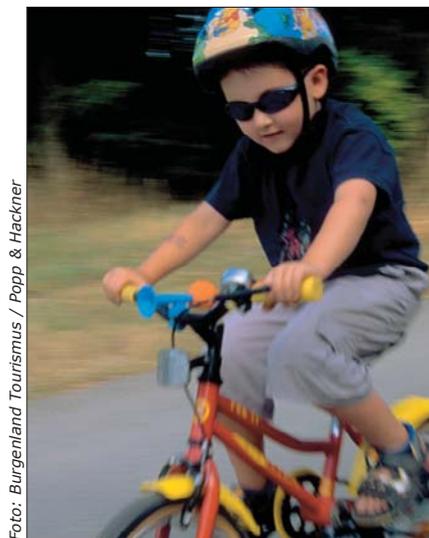


Foto: Burgenland Tourismus / Popp & Hackner

die pittoreske Kulisse für ein weitverzweigtes Radwegenetz.

Neues Design für den Steppensee

Das Herzstück bildet der B 10 Neusiedler See Radweg, der auf 133 km rund um den See, mitten durch einen grenzüberschreitenden Nationalpark, durch ein UNESCO-Welterbe und im südlichen Teil durch ungarisches Staatsgebiet führt. Mit dem Rad gelangt man an die schönsten Plätze des Nationalparks und lernt am besten die Besonderheiten der Welterberegion kennen. Viele davon sind mit der „Neusiedler See Card“, die Übernachtungsgäste in 740 Partnerbetrieben erhalten, kostenlos zu besichtigen. Wer allerdings Zeit oder Kräfte sparen oder einfach nur die Idylle des nahen Sees genie-

ÖJ-Reisetip

Ben will, fährt mit einer der Radfäheren quer über den See – in kaum einer halben Stunde, je nach Zielort.

In den letzten Jahren wurden entlang des Rundwegs elf moderne Rad-Rastplätze errichtet, die außergewöhnliches Design mit hoher Funktionalität vereinen. Ob schilfbedeckte Gitterschalenkonstruktion oder Sonnensegel, die Raststationen fügen sich harmonisch in die Landschaft ein und bieten schattige Rast und Schutz vor Regen.

Ein Platz für Champions

Der Wein- und Badeort Podersdorf am Neusiedler See zieht jeden Sommer Jahr die größten unter den Radchampions an. Stars wie Eddy Merckx, Francesco Moser und Laurent Fignon haben sich auf dem „Platz der Radchampions“ bereits mit Handabdrücken verewigt. Hier fällt auch Jahr für Jahr beim Einzelzeitfahren die Vorentscheidung bei der Österreich-Radrundfahrt. Die Radlegenden kommen ebenso gerne zu den Sportevents wie Tausende begeisterte Radfans.

Radeln (wie) auf Schienen ...

... ist nicht nur keine Hexerei, sondern obendrein noch ein Riesenspaß. Auf einer alten Bahnstrecke fährt man mit eigens konstruierten Fahrradraisinen durch das Mittelburgenland. Weingärten, Sonnenblumenfelder, Schlösser und idyllische Weinorte säumen die 23 Kilometer lange Strecke. Bis zu neun Personen passen auf eine Draisine, und daß eine spezielle Hochzeitsdraisine den Fuhrpark veredelt – Sekt inklusive – sollte Flitterwöchtern zusätzlicher Ansporn sein...

Durch die Weinidylle in den siebten Radlerhimmel

In den Naturparks des Südburgenlandes oder entlang der Lafnitz – einer der letzten naturbelassenen Flüsse Europas – erwarten den Besucher unberührte Aulandschaften. Wer je die „Weinidylle“ im Süden des Landes mit ihren steil abfallenden Weinzeilen und Kellerstöckeln mit dem Rad befahren und sich danach in einer der Buschenschenken mit einer zünftigen Brettljause und köstlichem Uhudler (einem köstlich nach Waldbeeren duftenden Wein aus nicht veredelten Reben) oder Blaufränkisch gelobt hat, wähnt sich gar im siebten Radlerhimmel.

Der Radfolder von Burgenland Tourismus beschreibt die Radwege im Detail und gibt viele nützliche Informationen rund ums Rad. „Burgenland – Radeln auf der Sonnenseite“ ist zum Download verfügbar. ■

<http://www.burgenland.info>



Der größte Steppensee Mitteleuropas ist Herzstück eines internationalen Naturparks.



Für eine Pause stehen am Radweg 810 »Designraststationen« zur Verfügung.



Es muß, wenn man sportlich ist, nicht unbedingt gemütlich zugehen ...

Kirschen, Kräuter und Kaiserschmarrn

Wandern zwischen Flaschenobst, Bienenluft und zünftiger Almjause



Foto: ÖÖ, Tourismus/Röbl

Neben den Naturgenuß tritt auch die Vorfreude auf die wohlverdiente Jause aus dem Genußland Oberösterreich.

Der Weg ist das Ziel. So läßt sich die Philosophie des Wanderns ganz kurz in nur einen Satz verpacken. Hinter dem kurzen und etwas nüchternen Wörtchen „Weg“ verbirgt sich für den Wanderer allerdings ein nahezu unglaubliches Universum an Genüssen und Erlebnissen. Beim Genußwandern kommt dann auch noch die Kulinarik ins Spiel und wer aufmerksam unterwegs ist, erfährt so manches über jene Schmankerl, die bei der Jause auf den Tisch kommen.

Vom Baum in die Flasche

Genausowenig, wie der Strom aus der Steckdose kommt, kommt der Obstsaft aus der Flasche. Um dem Geheimnis dieser wertvollen Durstlöcher auf den Grund zu gehen, empfiehlt es sich, in die Natur hinauszuziehen. Oder genauer: In den Naturpark Obst-Hügelland. In den beiden oberösterreichischen Gemeinden Scharn und St. Marien-

kirchen an der Polsenz hat der Obstbau eine lange Tradition und elf Rundwanderwege führen in die Welt der schönen Früchte. Wer ganz genau wissen will, woher die süßen Ausgangsprodukte für den flüssigen Hochgenuß kommen, der sollte am besten gleich mehrere Touren durch die Obstgärten der Region planen. Im Frühjahr sind es die Blütenpracht und das geschäftige Summen der Bienen, welche in Vorfreude auf das saftige Obst schon das Wasser im Munde zusammenlaufen läßt. Im Sommer und im Herbst sind es die nacheinander heranreifenden Obstsorten, die in die sanfte Hügelland lenken. Die Scharntner Kirschen haben sich beispielsweise unter Kennern bereits einen hervorragenden Ruf erworben. Aber auch Marillen, Äpfel, Birnen und anderes mehr entfalten im schattigen Blätterdach der Bäume nacheinander ihr volles Aroma. Wenn die hungrigen und durstigen Wanderer schließ-

lich in einer der Mostschenken einkehren, dann lüftet sich endgültig das Mysterium rund um den Saft. Vom Baum in die Flasche und von dort ins Glas. Hin und wieder darf es auch ein bißchen alkoholisch sein, dann kommt der Most ins Spiel, dieses für Oberösterreich so typische leicht vergorene Getränk aus den speziellen Mostäpfeln und -birnen. Oder darf es sogar ein Edelbrand sein? Es ist eine besondere Kunst, das Aroma der Früchte beim Destillieren in seiner ganzen Komplexität einzufangen. So geht es wieder auf den Weg hinaus, körperlich gestärkt und mit einem geschärften Auge für die Vorgänge, die den Jahreskreis im Obstgarten bestimmen.

Von Kräutern und Bienen

Das Mühlviertel steigt in sanften Hügeln vom Ufer der Donau hinauf bis zu den grünen Höhen des Böhmerwaldes. Seinen be-

ÖJ-Reisetip

sonderen Charakter bezieht es aus dem Granit auf den es gebaut, aus dem es gewachsen ist. Ein Land, das seine Bauern zu Kreativität zwingt, wollen sie ihm seine besten Seiten abringen. Und darin sind sie seit Generationen geübt. Wer sich etwa Zeit nimmt um in Hirschbach den Bergkräuter-Wanderweg in Angriff zu nehmen, der wird in eine unglaubliche Welt der Düfte und Aromen eintauchen. Weil es aber mit dem Wandern und Schnuppern nicht getan ist, sollte die Jause bei einem der Kräuterkraftwirte einplanen. Denn so richtig gut entfalten sich die Aromen natürlich erst bei der Verwendung in der Küche.

Die Kräuter und Wiesen des Mühlviertels sind es, die in der ganzen Vielfalt ihrer Pflanzenarten die Bienen anlocken. Welchen Einfluss die Bienen und deren sprichwörtlicher Fleiß auf unsere Gesundheit haben, damit beschäftigt sich der „Weiselweg“ in Julbach im Böhmerwald. Etwas mehr als acht Kilometer lang führt dieser Themenweg durch die Blumenwiesen im Norden Oberösterreichs um schließlich bei der Erlebnisimkerei Hüttner seinen Höhepunkt zu finden. Stärkung einmal anders heißt es hier etwa mit der „Mühlviertler Honigjause“.

Auf der Alm, da gibt's die Jause

Die Alm. Hinter diesen drei Buchstaben verbirgt sich seit jeher ein Sehnsuchtsort des Wanderers. Viel wird in den Traum von der

Alm hineingepackt: Das abgeschiedene Leben der Sennerinnen, das Leben in Einklang mit der Natur, der Geschmack von frisch gefertigten Lebensmitteln. Und so ist es nahezu selbstverständlich, daß die Wanderer diesem Traum immer wieder aufs Neue entgegen streben. Die Urlaubsregion PyhrnPriel im Südosten Oberösterreichs ist eine Gebirgslandschaft, die in der Vorstellungswelt eines Almwanderers dem Paradies recht nahe kommen dürfte. Für atemberaubende Panoramablicke bei legendärem Kaiserschmarrn und deftiger Jause sorgt beispielsweise die Gowilalm. Die idyllische Lage auf dem Almbalkon der Haller Mauern hoch über Spital am Pyhrn bürgt für die Aussicht auf die Gipfel des Toten Gebirges. Die Produkte aus eigener Bio-Landwirtschaft lassen neben dem Auge auch den Gaumen frohlocken.

Bodenständige Jause, zünftiges Bergerlebnis und eine Almhütte, die seit 300 Jahren auf einem idyllischen Fleckchen Erde steht. Hier ist die Rede von der „Steysbergerreith“, die über dem Stodertal thront und von Vorderstoder aus in gemütlicher Wanderung erreichbar ist. Hier rücken die bizarren Gipfel von Spitzmauer, Großem und Kleinem Priel fast in Griffweite. Serviert werden unter anderem Kochkäse und geräuchertes Rindfleisch aus eigener Landwirtschaft.

Wer beim Almwandern auch noch mehr über das Leben „Auf der Alm“ erfahren

möchte, dem sei der entsprechende Themenwanderweg am Hengstpaß empfohlen. In einem alten Almwirtschaftsgebiet liegen hier gleich mehrere Hütten darunter die Puglalm. Speck und Brat'l, Milch und Most, Krapfen und andere Köstlichkeiten kommen auch hier – erraten – vom eigenen Biohof im Tal. Mahlzeit!

NATURSCHAUSPIEL.at

Unter dem Motto „NATURSCHAUSPIEL.at – Ent-Führung in die Natur“ haben Oberösterreichs kreativste Naturvermittler spannende, abwechslungsreiche und manchmal sogar genussvolle Programme entwickelt. Die Bühnen für dieses außergewöhnliche Outdoor-Erlebnis sind 16 unterschiedliche Schutzgebiete in ganz Oberösterreich. Manchmal geht's dabei auch richtig kulinarisch zu, etwa wenn im Naturpark Obst-Hügel-Land ein „Brunch im Grünen“ oder die „Obstkultour“ auf dem Programm stehen. Manchmal wird auch – etwa im „Naturrestaurant“ – nach dem Speiseplan der Natur gekocht und gespeist. Im Vordergrund steht aber immer das besonders intensive Naturerlebnis – von der Begegnung mit der Familie Rotwild im Nationalpark Kalkalpen bis zur Schmugglerwanderung an der bayerisch-oberösterreichischen Grenze im Oberen Donautal. ■

<http://www.naturschauspiel.at>

<http://www.oberoesterreich.at>



Foto: ÖÖ. Tourismus/Erber

Die Gowilalm hoch über Spital am Pyhrn ist ein kulinarischer Hotspot am Kalkalpenweg und beliebter Ausgangspunkt für Bergtouren in den Haller Mauern.